

Rechtsanwälte
Tronje Döhmer * Uta Steinbach * Axel Steinbach
in Kooperation

DAV-Ausbildungskanzlei Döhmer * Bleichstr. 34 * 35390 Gießen

Landgericht Saarbrücken
- 9. Zivilkammer -
Franz-Josef-Röder-Straße 15
66119 Saarbrücken

RA Döhmer - DAV-Ausbilder
- **Strafverteidiger**
- Insolvenz-, Arbeits-, IT-Recht, FamR
35390 Gießen, Bleichstr. 34 (Parken im Hof)
Tel : 0641/97579-0 / Fax 97579-31
RAin Steinbach* & RA Steinbach**
* - Fachanwältin für Familien- & Medizinrecht -
** - Fachanwalt für Verkehrsrecht -
35619 Braunfels, Wetzlarer Str. 1

Gießen, 19. April 2010

Sachbearbeiter: RA Döhmer

Aktenzeichen: 21-10/00026 vö

Bei Schriftverkehr und Zahlung bitte angeben! Danke!

- 9 O 481/09 -

**In dem Zivilrechtsstreit
Schmidt u. a. ./ Bergstedt**

wird zu den Ausführungen der Kläger im Schriftsatz vom 22.03.2010 wie folgt Stellung genommen:

Die Ausführungen der Kläger gehen zum überwiegenden Teil an der Sache vorbei. Auch wenn es den Klägern missfällt und sie es aus diesem Grunde offenbar ignorieren wollen, so bleibt es trotzdem Fakt, dass es sich bei dem zum Streitgegenstand der vorliegende Klage gemachten Passagen des Dokumentes "Organisierte Unverantwortlichkeit" zum Teil um Tatsachenbehauptungen und zum Teil um auf Tatsachenbehauptungen beruhenden Wertungen handelt. Deren Grundlage sind die in dem Dokument insgesamt angeführten und minutiös belegten Fakten.

Vehement versuchen die Kläger, die Einbeziehung des gesamten Inhalts der Broschüre - einschließlich vieler auf die Kläger und ihre unseriösen Geschäftspraktiken und Verflechtungen bezogenen Tatsachen - zu verhindern. Die Kläger verkennen dabei jedoch, dass der Beklagte und nicht die Kläger bestimmen, welche Quellen er zum Beleg der Richtigkeit seines Tatsachenvortrages anführt.

Mit dem Versuch, Kritik an ihren Personen und Geschäftspraktiken zu verbieten, gleichzeitig aber die Belege für die Richtigkeit der Kritik nicht zulassen zu wollen, zeigen die Kläger, dass sie mit einer sachlichen Auseinandersetzung mit dem Thema

Gentechnologie nichts zu tun haben und diese auch nicht zulassen wollen. Vorliegend geht es Ihnen ersichtlich schlicht um die Zensur einer anderen Meinung und nicht um den Schutz der Persönlichkeitsrechte der Kläger vor rechtswidrigen Angriffen durch vermeintlich verleumderische Aussagen des Beklagten. Denn wären sich die Kläger sicher, dass die Aussagen des Beklagten weder belegbar noch zulässig, wenn nicht gar nahe liegende Wertungen aufgrund einer umfänglich dargestellten und überprüfaren Faktenlage sind, würden sie die Beweisführung anhand des Gesamtdokumentes, in dem auch die Wertungen erfolgt sind, nicht zu verhindern suchen.

Es ist zwar nachvollziehbar, dass die Kläger gerne nur die von ihnen ausgewählten Behauptungen des Beklagten zum Streitgegenstand machen wollen, weil sie fraglos am besten selbst wissen, dass die weiteren Angaben über ihre Person und ihre Geschäftspraktiken stimmen. Es ist den Klägern selbstverständlich bekannt, dass sie Versuchsfelder betreuen oder (mit-)verantworten, in denen mit falschen Angaben in den entsprechenden Anträgen Genehmigungen und Fördergelder erschlichen wurden. Es ist folglich selbstverständlich, dass das gesamte Dokument streitgegenständlich ist, da die angegriffenen Passagen ihre Begründung im gesamten Dokument finden.

Die von den Klägern in der Anlage K2 vorgelegte Version des Dokuments "Organisierte Unverantwortlichkeit" gerügten Passagen sind sichtbar vom Recht auf Meinungsfreiheit gedeckt, da sie beweisbare Fakten und durch beweisbare Fakten begründete Wertungen enthalten.

Die Kläger erwähnen die textlichen Passagen der Internetseiten „www.biotech-gesellschaften.de.vu“ und „www.projektwerkstatt.de“ in der Hauptsachklage nicht. Sie zielten allein auf die zeitweise dort herunterladbare 2. Auflage der vor allem in schriftlicher Form verbreiteten Broschüre hin. Diese Broschüre weist ein ordentliches Impressum und den Namen eines Verlages auf. Die Veröffentlichung hat eine ISBN und der Verlag einen Verlagssitz. Es gibt folglich keinen Grund zu der Annahme, dass das Gericht in Saarbrücken zuständig sein könnte.

Der Behauptung, dass der Beklagte verantwortlich für die Veröffentlichung im Internet ist, wird widersprochen. Es kann nicht einerseits eine strenge Rechtsprechung durchgesetzt werden, in dem Anforderungen an Angaben im Impressum festgesetzt werden – und dann beliebigen Klägern ohne jegliche Nachweispflicht die Möglichkeit eingeräumt werden, einfach frei heraus zu behaupten, eine andere als die dort genannte Person sei für einen Internetinhalt verantwortlich. Das würde eine umfassende Rechtsunsicherheit erzeugen, nach der in Zukunft jede beliebige Person für jede Internetseite verantwortlich gemacht werden könnte. Dazu würde nach Auffassung der Klägern offenbar schon reichen, wenn jemand Texte der Person auf Internetseiten veröffentlicht. Insofern könnten ebenso Karl Marx, Barack Obama, Immanuel Kant oder sogar die KlägerInnen als verantwortlich für die Internetseiten gemacht werden. Schließlich sind unstrittig Texte von diesen Personen auf den Internetseiten enthalten.

Der Beklagte informierte sich mehrfach darüber, ob die Kläger überhaupt versuchten, in Kontakt mit der im Impressum benannten Person zu kommen. Dieses ist nicht geschehen und wird von den Klägern auch nicht behauptet. Es ist also sichtbar und unstrittig, dass es den Klägern weder um Aufklärung noch um die Sache geht, sondern um den Angriff auf eine ihnen aufgrund ihrer Recherchen unerwünschten Person.

Sämtliche Ausführungen der Kläger zur Frage, wer wie und wo für welche Veränderungen im Internet verantwortlich sein soll, werden bestritten.

Sie sind im übrigen aber auch ohne Bedeutung, weil es in diesem Verfahren nicht darum geht, wer wann genau was im Internet veranlasste, sondern ob die in den streitgegenständlichen Passagen enthaltenen Äußerungen weiter gemacht werden dürfen oder nicht. Der Beklagte begehrt, dass die Klage abgewiesen wird, damit er die Passagen wieder veröffentlichen darf. Es ist also ohne Bedeutung, ob bzw. wann dieses bereits erfolgt ist, weil gar nicht umstritten ist, dass der Beklagte die Äußerungen für richtig hält und wieder öffentlich machen möchte. Er sieht dabei sowohl die Faktenlage wie auch die verfassungsrechtlich geschützte Presse- und Meinungsfreiheit hinter sich.

Bezweifelt wird zudem, dass mit dem Urheberrecht bereits die Verantwortlichkeit feststehen soll. Der Beklagte verfasst alle seine Schriften – wie inzwischen in aufklärten Kreisen der Gesellschaft üblich – unter Common licence. Damit ist es jeder Person möglich, Texte und Dokumente weiter zu verbreiten und zu nutzen.

Ebenso kann nicht aus der Tatsache, dass Bitten des Beklagten entsprochen wurde und Veränderungen z.B. auf der Internetseite erfolgten, abgeleitet werden, dass der Beklagte dafür auch persönlich verantwortlich sein soll. Vielmehr zeigt all das, dass der Beklagte wider seiner Überzeugung dem Beschluss des Gerichts folgte und sich darum bemühte, dass Beschlüsse des Gerichts auch wirken konnten. Es ist ihm nicht anzulasten, dass sowohl die Kläger als auch das Gericht in den vorgelagerten Verfahren fälschlicherweise davon ausgingen, der Beklagte sei für die Veröffentlichungen verantwortlich. Der Beklagte hätte auch einfach nichts tun können. Er war nicht zum Handeln verpflichtet, weil er für die Internetseite nicht verantwortlich ist.

Aus dem Vortrag der Kläger würde sich die absurde Logik ergeben, dass just das Bemühen, dem Ansinnen des Gerichts trotz der Formfehler nachzukommen, jetzt als Scheinbeweis gegen den Beklagten verwendet würde. Danach wäre es für ihn dann besser gewesen, er hätte niemanden um etwas gebeten und die Internetseiten wären unverändert geblieben. Den Zirkelschlüssen der Kläger kann deshalb nicht gefolgt werden.

Es ist auffällig, dass sich die Kläger an der Frage der Veröffentlichung im Internet geradezu fest beißen. Es wäre kein Problem, die Aussagen des Beklagten anhand der schriftlich und in hoher Auflage verbreiteten Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ nachzuweisen. Der Beklagte hat nie widersprochen, dass er gerne wieder eine unzensurierte Fassung selbst herausbringen möchte. Von daher wäre die Klage auf Grundlage der schriftlichen Broschüre einfach zu führen.

Dass darauf verzichtet und krampfhaft der Nachweis einer Verantwortlichkeit für das Internet versucht wird, zeigt das hohe klägerische Interesse, am Gerichtsstandort Saarbrücken festhalten zu können. Denn die Papierfassung hat ein ordentliches Impressum und einen Verlag mit Verlagsort. Es kann nur spekuliert werden, warum denn den auch nicht aus der Nähe von Saarbrücken stammenden Klägern dieser Gerichtsort so wichtig ist. Dafür gibt es schon indizielle Hinweise.

Die Kläger meinen, dass den „Beklagten vorliegend die Darlegungs- und Beweislast für die Wahrheit der behaupteten Tatsachen träge. Absurd ist diese Feststellung allerdings angesichts der Tatsache, dass die Kläger gleichzeitig die weiteren Ausführungen in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ aus der Prüfung heraus halten wollen. Schließlich ist mit der Broschüre und den inzwischen überreichten Belegen zu allen Aussagen genau der unterstellten Darlegungs- und Beweislast genüge getan. Einfach zu leugnen, dass Nachweise erfolgt sind, um sich mit der Richtigkeit

der Vorwürfe nicht beschäftigen zu müssen, ist kein substantiiertes Vortragen. Die KlägerInnen mögen die vorgebrachten Beweise und Tatsachenbehauptungen bestreiten – aber nicht ihre Bedeutungslosigkeit erklären, um damit zu vertuschen, dass sie nicht imstande sind, die Beweise zu widerlegen.

Obwohl es aus den genannten Gründen, vor allem weil in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und den vorgelegten Quellen bereits ausreichende Beweise enthalten sind, überflüssig ist, diese nochmals vorzutragen, sollen im Folgenden die bereits vorgetragenen Beweise zu den einzelnen streitgegenständlichen Äußerungen noch mal aufgeführt werden. Die Äußerungen sind dabei in der Reihenfolge aufgeführt, wie sie in der Klage enthalten sind.

1. "Steuermittel in eine Zentrale für Gentechnikpropaganda und undurchsichtige Firmengeflechte zu verschieben"

Bezug sind das AgroBioTechnikum und das IPK in Gatersleben. Dann: „Nun soll ein neuer Ort her, um weiter Steuermittel in eine Zentrale für Gentechnikpropaganda und undurchsichtige Firmengeflechte zu verschieben“. Als „neuer Ort“ ist die BioTech-Farm/Schaugarten Üplingen gemeint. (Quelle: Broschüre, S. 13)

Die Grundlagen für diese Feststellungen sind in der Broschüre enthalten und bereits belegt. Die Behauptung im Schriftsatz der Kläger vom 22.03.2010, es seien keine Beweise erbracht worden, ist falsch. Es ist der fortgesetzte, durchsichtige Versuch, über die unstrittigen Fakten nicht zu reden, diese nicht zu prüfen, sondern ohne Prüfung der Faktenlage unliebsame Bewertungen, die auf diesen Fakten beruhen, verbieten zu wollen.

Die angegriffene Formulierung enthält drei Einzelbehauptungen.

Für alle ist in der Schrift „Gentechnik-Verflechtungen in Sachsen-Anhalt“ von Andreas Bauer zu lesen:

„Neuester Coup von Schrader, BioTech Farm und InnoPlanta e.V.: Die Anlage eines Schaugartens für genmanipulierte Pflanzen in Üplingen (Gemeinde Aschersleben). Dieser Schaugarten - angelegt auf einem Stiftungsgut der Stiftung Braunschweigischer Kulturbesitz – wird überwiegend mit Geldern der EU-Regionalförderung finanziert. In dem Schaugarten sollen der Öffentlichkeit verschiedene gentechnische Freisetzungsversuche vorgeführt werden. Laut einem Antrag, der dem Umweltinstitut vorliegt, handelt es sich dabei um ein Teilvorhaben eines größeren EU-Projekts mit dem Titel „Akzeptanzverbesserung und Nutzungsmöglichkeiten von gentechnisch verbesserten Pflanzen in Europa“ (Interreg IVC).

Ziel ist es laut Antrag, „... durch geeignete Maßnahmen der Kommunikation und Öffentlichkeitsarbeit in und zwischen den am Projekt beteiligten Regionen, die Akzeptanz gegenüber gentechnisch verbesserten Pflanzen in Europa zu verbessern“.

Zu förderfähigen Aktivitäten des Programms zur Akzeptanzförderung der Agro-Gentechnik gehören demnach Seminare, Konferenzen, Studienreisen, Marketing, PR, Management, praktische Pilot- und Demonstrationsvorhaben. Das Interreg-Projekt ist mit Mitteln in Höhe von 2,5 Mio. € ausgestattet, 80 Prozent davon sind EU-Gelder. Die Lead-Funktion in dem Projekt liegt in den Händen des Salzlandkreises, der InnoPlanta mit der Projektdurchführung beauftragt hat. Der Salzlandkreis ist Mitglied im Verein InnoPlanta. Vor Ort durchgeführt wird das Projekt nicht von InnoPlanta und

seinem Vorsitzenden Uwe Schrader, sondern der Firma BioTech Farm. Deren Geschäftsführer hieß bis zum Sommer 2008 ebenfalls Uwe Schrader.“

Beweis:

- 1.I Inaugenscheinnahme der Schrift „Gentechnik-Verflechtungen in Sachsen-Anhalt“ (siehe Klageerwiderung vom 08.03.2010 zu Fußnote 52)
- 2.Ze ugnis des Herrn Andreas Bauer, zu laden über das Umweltinstitut München, Landwehrstr. 64 a, 80336 München

Ansonsten können für jeden Punkt einzeln etliche Belege benannt werden:

1.a „Steuermittel ... verschoben“

Die Mehrzahl der Versuche in Üplingen sind Zweitversuche der aus dem Biosicherheitsprogramm der Bundesregierung mit erheblichen Steuermitteln geförderten Freisetzungen am Standort Thulendorf oder Sanitz. Auch dort ist die Firma biovativ die Durchführende der Versuche. Geschäftsführerin ist die Klägerin Kerstin Schmidt. Biovativ ist auch an der Versuchsdurchführung in Üplingen beteiligt, zudem ist die Klägerin auch Geschäftsführerin der vom Firmenstandort Groß Lüsewitz entfernt liegenden BioTechFarm. Die genauen Angaben stehen in der Broschüre. Dort sind die Quellen angegeben, die zudem als Ausdruck bereits übergeben worden sind. Die Kläger scheinen sich zu weigern, diese zu Kenntnis zu nehmen.

Beweis:

1. Bereits angegeben in der Klageerwiderung vom 08.03.2010 als Ziffern (78), (81) und folgende, (89), (101), (106), (128 f.),
2. Landtagsdrucksache 4/2703 in Sachsen-Anhalt, bereits angegeben in der Klageerwiderung vom 08.03.2010 als Fußnote 50

Die vergebenen Mittel waren erheblich. Das beschreibt Horst Rehberger in seinem Buch "Unterwegs" (2009, S. 224 f.):

„Trotz ihrer auf Rückführung von Haushaltsansätzen abzielenden Politik hat die CDU/FDP-Koalition von Sachsen-Anhalt deshalb seit 2002 die Mittel für die Förderung der wirtschaftsnahen Forschung und Entwicklung neuer Produkte und Verfahren auf Vorschlag des Wirtschaftsministers drastisch erhöht. ... Hatte die Höppner-Regierung im Jahre 2001 lediglich knapp 7 Millionen Euro für die einzelbetriebliche Förderung von Forschung und Entwicklung ausgegeben, stiegen diese Mittel aus dem Wirtschaftsministerium über 11 Millionen im Jahre 2002, 23 Millionen im Jahr 2003, 26 Millionen im Jahr 2004 auf nahezu 60 Millionen Euro im Jahr 2005. Auch die Innovationsbeteiligungsgesellschaft des Landes erhöhte in diesen Jahren ihre Beteiligungen an innovativen Unternehmen um 48 Millionen auf 115 Millionen Euro. ... Im Sinne einer erfolgreichen Cluster-Bildung setzte das Land deshalb Förderschwerpunkte in den Bereichen Chemie/Neue Werkstoffe, Maschinen- und Anlagenbau einschließlich Automotive sowie Life Science, Biotechnologie, Pharmazeutik und Medizin.“

Beweis:

1. Inaugenscheinnahme des Buches „Unterwegs“ (S. 224 f.), bereits angegeben in der Klageerwiderung vom 08.03.2010 nach Fußnote 52
2. Zeugnis des Herrn Horst Rehberger, b.b.

Im Magazin des 2009 von InnoPlanta auf der BioTechFarm in Üplingen mit einem Preis bedachten Thomas Deichmann steht es ähnlich im Artikel "Im Osten geht die Sonne auf" (NOVO Nr. 67, Nov. 2003):

„Die Vorreiterrolle bei diesem Streben nimmt derzeit Sachsen-Anhalt ein. In einer Kabinettsitzung am 12. August hat die Landesregierung zuletzt eine Biotechnologie-Umsetzungsstrategie zur Nutzung und Entwicklung der Pflanzenbiotechnologien beschlossen. Die Grüne Gentechnik wurde neben der Pharmaproduktion als einer von zwei Förderschwerpunkten festgelegt. In den kommenden fünf Jahren werden insgesamt rund 150 Mio. Euro für die Entwicklung beider Sektoren bereitgestellt. Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) kündigte an, Sachsen-Anhalt zu einem 'führenden, weltweit anerkannten Biotechnologiestandort auszubauen'. In kaum einem anderen Zukunftsbereich verfüge das Land über ein derartiges Potenzial, das Wirtschaftswachstum zu steigern und neue, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. ...

Neben der Stärkung bereits bestehender regionaler Netzwerke, dem Ausbau internationaler Partnerschaften wie beispielsweise mit den Biotech-Regionen im niederländischen Wageningen und in Monterrey in den USA und der Verbesserung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist die derzeit ehrgeizigste Maßnahme des Landes der Bau des Bioparks Gatersleben. Hier sollen sich alsbald Biotech-Firmen aus aller Welt ansiedeln - am liebsten auch die ganz großen im Geschäft wie Monsanto, Syngenta und Bayer Crop Science.“

Beweis:

1. Vorlage und Inaugenscheinnahme des Artikels "Im Osten geht die Sonne auf" in NOVO Nr. 67, Nov. 2003 (**Anlage 1**),
2. Vernehmung des Zeugen Thomas Deichmann, zu laden über den Novo Argumente Verlag GmbH, Postfach 600843, 60338 Frankfurt

1.b „Zentrale für Gentechnikpropaganda“

Diese Behauptung wird auch von der Klägerseite selbst – wenn auch in anderen Worten – aufgestellt. Darauf weist schon der Name „Schaugarten“ hin. Auf der Seite www.biotechfarm.de heißt es:

„Die BioTechFarm GmbH & Co. KG ... bietet Dienstleistungen ... zur PR-mäßigen Begleitung der Feldversuche an.“

Ziel ist nicht wissenschaftliche Arbeit, sondern eine Art botanischer Garten für gv-Pflanzen:

„Besucher können sich vor Ort umfassend informieren, die Pflanzen ansehen und ihre Fragen von Fachleuten beantworten lassen.“

Die Seite „www.biotechfarm.de“ wird allerdings nicht mehr gepflegt. Der neue Name „Schaugarten Üplingen“ zeigt das Profil der reinen Propagandaeinrichtung deutlicher. Auf „www.schaugarten-ueplingen.de“ heißt es:

„Wenn es Sie interessiert, wie weit die moderne Pflanzenforschung tatsächlich ist, wenn Sie sich einmal 'echte' Freilandversuche anschauen wollen, wenn Sie wissen wollen, ob gentechnisch veränderte Pflanzen zu einer nachhaltigen Landwirtschaft beitragen können - dann kommen Sie in den Schaugarten Üplingen und machen sich Ihr eigenes Bild. ... Der Schaugarten ist 2010 von Juni bis September für Besuchergruppen geöffnet. Das detaillierte Besucherprogramm 2010 wird rechtzeitig veröf-

fentlich. ...Die Führung schließt einen Besuch des Schaugartens und der Ausstellung im Stiftsgut ein. ... Im Stiftsgut sind Tagungen möglich einschließlich Versorgung mit Speisen und Getränken. ... 2010 sind mehrere 'Tage der offenen Tür' vorgesehen. Der Schaugarten ist dann für alle Besucher geöffnet.“

Nur auf Wunsch geht es hingegen um Inhalte: „Wenn Sie wünschen, kann Ihr Besuch im Schaugarten mit einer Diskussionsrunde und Kurzvorträgen zu moderner Pflanzenzüchtung und Pflanzenbiotechnologie ergänzt werden.“

Beweis:

1. Vorlage und Inaugenscheinnahme der benannten Internetseiten www.biotechfarm.de und www.schaugarten-ueplingen.de (**Anlage 2**)
2. Bereits angegeben: Seiten 15 ff. der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit und Belege zu den Fußnoten 71 bis 85

Auszug aus einem Bericht über das InnoPlanta-Forum am 7.9.2009 auf der BioTech-Farm, in: mz-web am 8.9.2009:

„'Unser Unternehmen unterhält in Üplingen mit dem Schaugarten die europaweit erste Freilandausstellung. Mit der Kooperation bieten wir den Mitgliedern der Marketinginitiative an, ihre Produkte der modernen Pflanzenzucht dort der Öffentlichkeit zu präsentieren', ergänzt K. Schmidt, Geschäftsführerin von BioTech-Farm.“

Beweis: Inaugenscheinnahme des Textes auf <http://www.mz-web.de/servlet/ContentServer?pagename=ksta/page&atype=ksArtikel&aid=1246046562955>, bereits angegeben in der Klageerwiderung vom 08.03.2010 nach Fußnote 77 .

Auf der Gentechnik-Propagandaseite TransGen (www.transgen.de), die von denselben Personen erstellt wird wie die Internetseite des Schaugartens Üplingen, wird dieser reine PR-Charakter auch zutreffend beschrieben:

„Der insgesamt fünf Hektar große Schaugarten bildet gewissermaßen eine öffentliche Bühne ... Wer sich ein eigenes Bild von Gentechnik und Pflanzenzüchtung machen möchte, wer interessiert und neugierig ist, kann sich zu einem Besuch im Schaugarten anmelden. Schulklassen und Gruppen sind besonders willkommen.“

Beweis: Vorlage und Inaugenscheinnahme des Textes auf <http://www.transgen.de/wissen/kalender/951.doku.html> (**Anlage 3**)

Auch in anderen Medien wird der Schaugarten als Propagandaprojekt dargestellt, das vor allem bzw. nur der Öffentlichkeitsarbeit dient (Auszug aus dem Bericht über die Eröffnung in der Magdeburger Volksstimme, 09.07.2008):

„Der 'Schaugarten Üplingen' im Landkreis Börde wurde gestern offiziell eröffnet. ... Landwirten, Verbrauchern sowie Schulklassen werden Führungen angeboten. ... Zu sehen sind Bt-Mais MON 810 von Monsanto (mit Hilfe eines Gens des *Bacillus thuringiensis* gegen den Maiszünsler resistent), ein herbizidtoleranter Mais (Round up ready) und Sticks (gentechnisch veränderte Maissorten, in die beide Eigenschaften eingebaut sind). ... Auf dem Kartoffelfeld steht neben der konventionellen Stärkekartoffel Kuras die Amflora von BASF PlantScience, die aufgrund ihrer gentechnischen Veränderung nur eine Sorte Stärke bildet.“

Ganz ähnlich in einem Newsletter der Landesregierung Sachsen-Anhalt:

„In Ausleben (Kreis Börde) wurde in dieser Woche der bundesweit erste Schaugarten für gentechnisch veränderte Pflanzen eröffnet. In dem Garten auf dem Stiftungsgut Üplingen können sich Landwirte und andere Interessierte über aktuelle Entwicklungen bei der Züchtung von Nutz- und Energiepflanzen informieren. Das Unternehmen BioTech Farm organisiert hier für Firmen und Wissenschaft Feldversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen.“

Im Tageblatt stand am 25.08.2009:

„Kurz hinter der Gedenkstätte 'Marienborn' steht ein neuer Zaun - mit Wachturm, Wachmännern und Bewegungsmeldern. Doch in Üplingen wird nicht an die innerdeutsche Teilung erinnert. Im Schatten des Turms wachsen in einem gesicherten Schaugarten der 'BioTechFarm' gentechnisch veränderte Pflanzen - vom Mais bis zur Kartoffel. 'Ohne den Schutzzaun wären diese Pflanzen längst zerstört', sagt Dr. Uwe Schrader ganz offen. Hier werben Firmen wie Monsanto, KWS und Pioneer aus Buxtehude 'für den Nutzen' der Grünen Gentechnik. Schrader weiß, dass die Masse der Verbraucher die Gentechnik ablehnt - 'aus Unkenntnis und aufgrund von Desinformationskampagnen', sagt der Mitinitiator des EU-weit einzigartigen Projekts. Die Branche hat ein Imageproblem - und der Schaugarten ist ein Ansatz, um den Widerstand zu überwinden. 'Wir wollen für Offenheit und Information sorgen', sagt Schrader, FDP-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender von 'InnoPlanta'. ... Es sei eine Frage der Zeit, wann Genmais auch in Deutschland flächendeckend angebaut wird: 'Wir müssen jetzt aufpassen, dass Deutschland in der Grünen Gentechnik nicht den Anschluss verliert.' Die Forschung und der Anbau müssten gefördert werden. ... Der Schaugarten 'Üplingen' der BioTechFarm liegt zwischen Braunschweig und Magdeburg an der Autobahn 2. Der Schaugarten auf dem 'Stiftsgut Üplingen' ist von Juni bis September - täglich von 10 bis 18 Uhr - geöffnet. Anmeldung und Infos unter Telefon 03 94 04 / 66-372. Gruppen und Einzelpersonen können gentechnisch veränderte Feldfrüchte und Getreidesorten - Mais, Kartoffeln, Weizen und Rüben - im direkten Vergleich mit den konventionellen Züchtungen sehen. Verschiedene Strategien zu Pflanzenschutz und Düngung werden erläutert. Eintritt und Führung sind kostenlos. Unis forschen in Üplingen, Großkonzerne wie Monsanto, BASF, KMS und DuPont sind mit Produkten vertreten.“

(<http://www.tageblatt.de/db/Druckvorschau.cfm?DID=1523264>)

Beweis: Vorlage und Inaugenscheinnahme des benannten Newsletter und des Textes aus dem Tagblatt (**Anlage 4**)

Aus einem Bericht eines Besuchs im Gen-ethischen Informationsdienst GID, Oktober 2008 (S. 24 f.):

„Wie die Vertreter von InnoPlanta e.V. berichten, gibt es bereits Expansionspläne. Die Bundesministerien für Landwirtschaft, Forschung und Wirtschaft hätten bereits signalisiert, einen solchen Garten in jedem Bundesland einzurichten. Die Debatte um die Chancen und Risiken der Agro-Gentechnik wird weitergehen. Im Streichelzoo für GVO.“

Beweis: Vorlage und Inaugenscheinnahme des benannten Textes (**Anlage 5**)

Forschung hingegen wird nicht betrieben. Auszug aus der umfangreiche Einwendung von Verbänden zu Freisetzen in Üplingen:

„Untersuchungszwecke sind die Freisetzungspflanzen in Üplingen offensichtlich nicht gedacht. Denn Angaben zu dem Transport der Pflanzen wurden in dem Antrag nicht gemacht. Es scheint auch unverhältnismäßig Pflanzen über 200 km zu transportieren und damit ein weiteres Risiko der ungewollten Verbreitung zu eröffnen. Aus dem Antrag ergibt sich keine Erklärung warum die Freisetzung dieser Pflanzen in Üplingen erfolgen soll. Zusammenfassung ... Für den Standort Üplingen ist eine Genehmigung unter allen Umständen ausgeschlossen.“

Beweis: Inaugenscheinnahme der Stellungnahme unter www.abl-ev.de/fileadmin/Dokumente/AbL_ev/Presse/Einwand_Pharma_Kartoffel_der_Uni_Rostock_26_02_09.pdf (**Anlage 6**)

Die dubiosen und rücksichtslosen Geschäftspraktiken werden hinter einer Tarnung von Nachhaltigkeitspropaganda versteckt. So schreibt die Betreiberfirma der auf dem Standort beheimateten Biogasanlage ganz unverblümt von der Gentechnikpropagandazentrale als Kompetenzzentrum für Nachhaltigkeit:

„Darüber hinaus sollen überregionale Veranstaltungen mit Referenten aus der Landwirtschaft, der Pflanzenzüchtung und natürlich dem Bereich der Erneuerbaren Energien, die Themen zukunftsorientierte Landwirtschaft und Energieerzeugung interessierten Kreisen näher bringen. ... Im Stiftsgut Üplingen entsteht Schritt für Schritt ein Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung (Center for Sustainable Development - CSD). Dort werden die regionalen und überregionalen Kompetenzen gebündelt, in den unterschiedlichen Teilprojekten zur Entwicklung des ländlichen Raums angewendet und damit die Erschließung innovativer Handlungsfelder ermöglicht. So befindet sich z.B. unmittelbar angrenzend der Schaugarten Üplingen der Biotechfarm GmbH&Co. KG, in dem Feldversuche mit neuartigen Pflanzenzüchtungen anschaulich demonstriert werden. Bedeutende Unternehmen der Saatguterstellung wie KWS Saat AG oder Monsanto führen hier ihre Feldversuche in Zusammenarbeit mit Biotechfarm durch. Der Standort Üplingen ist so mit gebündelter Kompetenz im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft ausgestattet.“ (Auszug aus einer Pressemitteilung vom 30.9.2009)

Beweis:

Vorlage und Inaugenscheinnahme der Pressemitteilung der BKN - Quelle: <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2009-09/15082377-bkn-016.htm> (**Anlage 7**)

1.c „Undurchsichtige Firmengeflechte“

Beteiligte Firmen und Organisationen an BioTechFarm und Schaugarten sind

- die Groß Lüsewitzer Vereine und Firmen FINAB, biovativ, BioOK (S. 12)
- die Üplinger BioTechFarm
- die Aachener Initiative i-bio Information Biowissenschaften
- der Gaterslebener Lobbyverband InnoPlanta und sein Vorsitzender, Kläger Uwe Schrader (S. 20)

Auch zu all diesen ist in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ der notwendige Hintergrund benannt.

Der gemeinnützige Verein FINAB e.V. (Vorsitz: Prof. Inge Broer, mehrjährige Schatzmeisterin; die Klägerin Kerstin Schmidt) hat die politische Diskussion für ein Agrogentechnikzentrum in Groß Lüsewitz angestoßen und die dafür erforderliche Öffentlichkeitsarbeit selbst geleistet.

Während der Umsetzung gründete der Verein dann die Firma biovativ als Tochterfirma, die nun als kommerzieller Betrieb die durch die Initiative des Vereins erreichte Infrastruktur nutzt und einen erheblichen Anteil der Fördermittel kassiert. Geschäftsführerin der Firma wurde die damalige Schatzmeisterin von FINAB und jetzige Klägerin Kerstin Schmidt. Um weitere Fördermittel in Empfang zu nehmen, wurde ein Firmenkonsortium gegründet unter dem Namen BioOK. Geschäftsführerin ist auch hier die Klägerin. Im Konsortium ist zudem die Firma BioMath. Auch hier heißt die Geschäftsführerin Kerstin Schmidt. Es ist offensichtlich, dass hier ein dubioses Geflecht an Firmen geschaffen wurde, um optimal Fördermittel in Empfang zu nehmen und verwenden zu können. Hinter den Firmen und Geflechten stecken immer wieder Prof. Inge Broer und die Klägerin Kerstin Schmidt. Verschleiert wird nicht nur, dass hier vor allem eine betriebliche und Forschungsfassade scheinbar vieler Firmen geschaffen wurde, sondern auch, dass die Nutznießer im Hintergrund große Agrarkonzerne sind. So wird die Klägerin sowohl mit den Firmen in Groß Lüsewitz wie auch neu in Üplingen vom ansonsten für Monsanto tätigen Anwalt Hartwig Stiebler vertreten. Der Wachschatz am Thulendorfer Feld wird von BASF bezahlt. Inge Broer hält mehrere Patente mit der Firma Bayer. Auch hier wird Undurchsichtigkeit gezielt produziert. Der Werbeflyer der BioTechFarm liegt unter anderem auf der Internetseite der BASF.

Weitere Details werden in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ präzise aufgelistet.

Beweis:

1. bereits angegeben: Seiten S. 12 bis 15 der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Belege zu den Fußnoten 55 bis 71,
2. Inaugenscheinnahme der URL-Verknüpfung www.basf.com/group/corporate/de/function/conversions:/publish/content/products-and-industries/biotechnology/images/Biotech_Farm.pdf (**Anlage 8**)

Geschäftsführer der Üplinger BioTechFarm, die Träger des späteren Schaugartens Üplingen war und ist, war zunächst der Kläger Uwe Schrader. Dieser übergab den Posten an die bereits in den Groß Lüsewitz ansässigen undurchsichtigen Firmengeflechten als Vielfachgeschäftsführerin aktive Klägerin Kerstin Schmidt, als er nachrückend ein Landtagsmandat für die FDP erlangte. Auf dem Gelände in Üplingen hängen Fahnen der Groß Lüsewitzer Firma biovativ. Die Internetseite wird von i-bio aus Aachen gefertigt. Der Lobbyverband InnoPlanta hielt 2009 sein Jahrestreffen auf dem Gelände ab und plant dieses auch für 2010.

Auch hier ist erkennbar, wie mehrere Firmen mit erneut nur zwei wesentlichen Personen (nämlich genau den beiden KlägerInnen) hinter einer undurchsichtigen Fassade mehrerer Namen agieren.

Für die Freisetzungen in Üplingen werden regelmäßig im Genehmigungsantrag keine Ziele angegeben. Es sind viele Zweitversuche, die als Zusatzstandort in die Genehmigungs- und Förderanträge an anderen Orten, vor allem in und um Groß Lüsewitz sowie auf Firmengelände der KWS angemeldet werden. Die mit Konzernen hochverfilzte und auch nach eigener Aussage einseitig Konzerninteressen vertretene Geneh-

migungsbehörde BVL hat alle Anträge ohne Überprüfung des Sinns der Zweitfelder durchgewunken. Am Genehmigungsverfahren beteiligt ist zudem das Julius-Kühn-Institut, dessen führender Gentechnikforscher Prof. Joachim Schiemann einer der Gründer des Vereins FINAB ist und an mehreren Projekten und Aktivitäten z.B. mit der Klägerin Kerstin Schmidt gemeinsam arbeitet.

Folglich auch hier: Undurchsichtige Geflechte von Firmen, Vereinen und zudem damit verflochtenen Behörden.

Weitere Details werden in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ präzise aufgelistet.

Beweis: bereits angegeben: Seiten 15 ff. der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Belege zu den Fußnoten 71 bis 85

Die Aachener Initiative i-bio ist recht neu und Träger der Internetpropagandaplattform www.transgen.de. Dieses Internetangebot ist hinter scheinbarer Neutralität verschleierte Werbung durch die Gentechnik-Seilschaften an und um die RWTH Aachen, u.a. dem dortigen Versuchsleiter von Genfeldern, Stefan Rauschen. Auf der eigenen Seite www.i-bio.info steht:

„www.transgen.de ist ein Projekt von i-bio (zuvor TransGen Wissenschaftskommunikation). Seit 2009 wird es von Forum Bio- und Gentechnologie – Verein zur Förderung der gesellschaftlichen Diskussionskultur e.V. unterstützt.“

Tatsächlich wird auf www.transgen.de der genannte e.V. als „Herausgeber“ bezeichnet. Auf der Vereinsseite www.forum-biotechnologie.de steht als Ziel:

„Wir wollen ... durch Anzeigenkampagnen, Flyer o. ä. Werbemittel wissenschaftlich fundierte Informationen zur Grünen Gentechnik in der öffentlichen Diskussion nach vorne bringen, ... in einem Blog unmittelbar auf Medienberichte reagieren, die Positionen der Gentechnikgegner unhinterfragt übernehmen.“

Der Verein ist gemeinnützig und wird laut eigener Internetseite vertreten durch Sigrid Fuhrmann, Anika Poetschke und Dr. Stefan Rauschen. Sigrid Fuhrmann steht auch im Impressum www.biosicherheit.de, GMO Compass (www.gmo-compass.com), www.transgen.de und www.i-bio.info.

Anika Poetschke ist neben dem Verein und seinem Forum Biotechnologie auf www.transgen.de, GMO Compass (www.gmo-compass.com), und www.i-bio.info verzeichnet.

Stefan Rauschen arbeitet an der RWTH Aachen und ist Versuchsleiter des Freisetzungsversuchs auf dem bundeseigenen Gelände in Braunschweig.

Es ist also sichtbar, dass sich auch hier hinter einer dubiosen Vielfalt von Vereinen und Firmen eine feste Gruppe befindet. Der Vorwurf des dubiosen Geflechts ist also als Bewertung der tatsächlichen Lage völlig gerechtfertigt.

Beweis:

1. Vorlage und Inaugenscheinnahme der benannten Internetseiten (**Anlage 9**),
2. Vernehmung der benannten Personen Stefan Rauschen, Anika Poetschke und Sigrid Fuhrmann, zu laden über das Forum Biotechnologie, c/o Verein zur Förderung der gesellschaftlichen Diskussionskultur e. V., Klosterweiher 8.

52066 Aachen.

Der Lobbyverband InnoPlanta und die Gentechnik-Seilschaften am Standort Gatersleben sind das zeitlich erste undurchsichtige Geflecht von Konzernen, Kleinstfirmen, Bioparks und Vereinen in der Agro-Gentechnik. InnoPlanta stellt allein mit seiner Mischung aus Konzern-, Verbands- und Behördenvertretern in Vorstand und Beirat eine in Deutschland einzigartige Seilschaft dar.

Alle Details werden in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ präzise aufgelistet und brauchen hier nicht wiederholt werden. Im Besonderen sei hingewiesen auf:

- Die Zusammensetzung der Gremien von InnoPlanta (S. 20)
- Die Posten der InnoPlanta-Schatzmeisterin Eveline Nettelau (S. 12)
- Die personellen Verflechtungen (S. 16)

Die undurchsichtigen Geflechte um InnoPlanta sind schon über 10 Jahre alt. Sie werden u.a. beschrieben im Buch von Horst Rehberger: "Unterwegs" (2009, S. 226):

„Im Jahr 1999 hatte das Bundesministerium für Bildung und Forschung den InnoRegion Wettbewerb ausgeschrieben. Durch ihn sollte die Clusterbildung in den neuen Bundesländern vorangetrieben werden. Was lag näher, als im Raum Nordharz/Börde ein Konzept für die Weiterentwicklung der Biotechnologie zu entwickeln, mit dem man an diesem Wettbewerb teilnehmen konnte? Das geschah unter Federführung der Wirtschaftsförderungsgesellschaft Aschersleben (Evelyne Nettelau) und der BioRegion Halle-Leipzig GmbH (Dr. Uwe Schrader). Als Berater wirkte auch Rehberger bei der Erstellung des Konzeptes mit. Auf seinen Vorschlag hin wurde der InnoPlanta e.V. als Netzwerk zur Förderung der grünen Biotechnologie gebildet. In ihm haben sich Wissenschaftler, Saatzüchter, Pflanzenbiotechnologie-Unternehmen, kommunale Gebietskörperschaften und nicht zuletzt Landwirte zusammengeschlossen. Der InnoPlanta e.V. im Jahr 2000 als Sieger aus dem Wettbewerb hervor. Er realisierte mit der Prämie von rund 30 Millionen Euro 38 Einzelforschungsvorhaben. Daraus entstanden eine Vielzahl von Patenten und Lizenzen in den beteiligten mittelständischen Unternehmen sowie zahlreiche Arbeitsplätze.“

Beweis:

1. Inaugenscheinnahme des Buches „Unterwegs“ (S. 224 f.), bereits angegeben in der Klageerwiderung vom 08.03.2010 nach Fußnote 52,
2. Zeugnis des Herrn Horst Rehberger, b.b.

Weitere Details werden in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ präzise aufgelistet.

Beweis: bereits angegeben: Seite 20. der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Belege zu den Fußnoten 86 bis 90

Zum Verein FINAB als erste Gründung mit der Klägerin als Funktionärin und den Verflechtungen ist unter Punkt 6 weiteres zu finden. Zudem enthält die Broschüre hierzu nähere Angaben. Zusammenfassend lässt sich feststellen:

Die der Bewertung zugrundeliegenden Fakten sind wahr, die Bewertung daher angemessen und durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

Der Lobbyverband InnoPlanta, dessen Vorsitzender der Kläger ist, wird auch in der Studie „Kontrolle oder Kollatorion“ von Antje Lorch und Christoph Then beschrieben hinsichtlich seiner vielfältigen Verflechtungen. Dort steht:

„InnoPlanta e.V. Geschichte: 2000: Gründung, durch u.a. Hans Strohmeyer, BIO Mitteldeutschland GmbH (Projektkoordinator, Leitung Geschäftsstelle InnoPlanta). 2003: Aufnahme in die BMBF-Initiative Kompetenznetze.de; 2006 Gründung der Arbeitsgemeinschaft Innovativer Landwirte im InnoPlanta (AGIL) Mitglieder:93 rund 60 Partner aus Forschung, Wirtschaft, Finanzen und Politik. Beiratsmitglieder: u.a. Jany (BfEL), Katzek (BIO Mitteldeutschland). Genius als Mitglied übernimmt PR-Aufgaben. Mitglieder u.a. KWS, NovoPlant, SunGene und TraitGenetics (Gatersleben), BIO Mitteldeutschland, Genius, Landesbauernverband Sachsen-Anhalt, Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ Quedlinburg, jetzt JKI) und Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK Gatersleben). Finanzierung: BIO Mitteldeutschland, 20 Mio. Euro Fördermittel des BMBF aus dem InnoRegio Wettbewerb seit 2003 Aktivitäten: Beratung von Mitglieder und Vermittlung von Finanzierung, Öffentlichkeitsarbeit und 'Akzeptanzforschung', jährliche Veranstaltung des InnoPlanta Forum, gefördert durch Unternehmen Region des BMBF und durch BIO Mitteldeutschland 2004: bundesweit erster Erprobungsanbau von MON810. 2006 Gründung des AGIL mit Patenschaften zur Unterstützung von Bauern, die MON810 anbauen (wollen), 2006 war Klaus-Dieter Jany einer dieser Paten. Jährliche Veranstaltung des InnoPlanta-Forums.“

Beweis:

1. Zeugnis der Frau Antje Lorch, Amsterdam (nur bekannt: lorch@ifrik.org or by phone +31-20-694 6195) und
2. Zeugnis des Herr Christoph Then, zu laden über Testbiotech e.V., Frohschammerstr. 14, 80807 München.

Ebenso wird InnoPlanta in der Schrift „Gentechnik-Verflechtungen in Sachsen-Anhalt“ von Andreas Bauer beschrieben:

„InnoPlanta ist neben einer zentralen Anlaufstation für Fördergelder aller Art auch ein Netzwerk vieler bedeutender Akteure der Agro-Gentechnik. Die Liste der Verantwortlichen liest sich wie ein 'Who's who' insbesondere der sachsen-anhaltinischen Gentechnik- und Saatzucht-Szene. Vorstandsvorsitzender ist zum Beispiel Dr. Uwe Schrader, FDP-Landtagsabgeordneter, ehemaliger Vorsitzender des Landwirtschaftsausschusses im Landtag sowie ehemaliger Geschäftsführer - und jetzt nur noch 'ehrenamtlicher Beirat' - der Firma BioTech Farm. ... Dass es sich bei InnoPlanta auch über das Schaugarten-Projekt hinaus um eine zentrale Schnittstelle zwischen Politik, Gentechnikkonzernen, PR-Organisationen und Forschungsinstitutionen handelt, macht ein Blick auf die Gremien und Mitglieder des Vereins deutlich. Neben Einzelpersonen und Firmen haben sich auch ganze Landkreise den Zielen von InnoPlanta angeschlossen (Landkreis Bördekreis, Landkreis Quedlinburg, Landkreis Harz, Salzlandkreis). In den Vorstand gewählt wurde unter anderem Wolf von Rhade von der Nordsaat Saatzucht GmbH. Die Nordsaat hat gemeinsam mit dem IPK das umstrittene Genweizen-Projekt auf dem Gelände der Genbank Gatersleben durchgeführt. Der erst kürzlich aus dem Vorstand ausgeschiedene Hans Strohmeyer von der staatlichen Lobbyorganisation BIO Mitteldeutschland wurde durch den Landwirt Mathias Pitschke ersetzt. Strohmeyer ist nun Tourismus-Manager bei der Seenland GmbH. Schriftführer von InnoPlanta ist mit Dr. Thomas Kühne wiederum

ein Vertreter einer staatlichen Forschungseinrichtung, des Julius-Kühn-Instituts.

Auch unter den Beisitzern findet man viel Prominenz, unter anderem:

- Torsten Wagner (Vizepräsident des Landesbauernverbandes Sachsen-Anhalt)
- Professor Dr. Ingo Schellenberg (Leiter des Fachbereiches Landwirtschaft/Ökotropologie der HS Anhalt, Bernburg)
- Professor Dr. Ulrich Wobus (ehemaliger Direktor des IPK Gatersleben)
- Dr. Jens Lerchl (Geschäftsführer der SunGene GmbH)
- Reinhard Dennerlein (einer der wenigen Landwirte, der in Bayern Bt-Mais anbaut)
- Ulrich Gerstner (Landrat des Salzlandkreises)
- Karl-Friedrich Kaufmann (Sprecher der unter dem Dach von InnoPlanta agierenden Gentechnik-Anbauerinitiative Arbeitsgemeinschaft Innovative Landwirte AGIL)
- Biotech-Unternehmensberater
- PR-Strategen wie der Direktor der Berliner Brunswick Group
- Jens Katzek von der staatlichen Lobbyorganisation BIO Mitteldeutschland
- der Gentechnik-Lobbyist Professor Dr. Klaus Jany (Bundesforschungsanstalt für Lebensmittel)

Weitere Mitglieder von InnoPlanta sind Gentechnik-Firmen wie die BASF-Tochter SunGene, die Bayer-Tochter Icon Genetics, verschiedene Pflanzenzuchtunternehmen, der Bauernverband Sachsen-Anhalt und selbst staatliche Einrichtungen wie die Landesanstalt für Landwirtschaft, Forsten und Gartenbau Sachsen-Anhalt.

Ein interessanter Aspekt ist die starke Präsenz von Kommunikations- und PR-Agenturen für InnoPlanta. Treibende Kraft bei der Öffentlichkeitsarbeit von InnoPlanta ist laut Eigenangabe die bekannte Gentechnik-PR-Firma Genius mit seiner Geschäftsführerin Christina Sinemus. Auf der Website von Genius heißt es dazu: 'Genius unterstützt den InnoPlanta e.V., einen der Sieger des InnoRegio Wettbewerbs des BMBF, beratend und durchführend in der Öffentlichkeitsarbeit für den Verein, das durch ihn repräsentierte Netzwerk und die Region.'

Die neue Mitgliedschaft der Kommunikationsprofis von der Brunswick Group im Beirat weist darauf hin, dass sich InnoPlanta im Bereich der Gentechnik-PR weiter professionalisieren will. Auch auf anderen Ebenen versucht InnoPlanta öffentlichkeitswirksame Aktionen für die Agro-Gentechnik durchzuführen. Zum Beispiel durch die unter dem Dach von InnoPlanta zusammengeschlossene Gentechnikanbauer-Initiative 'Arbeitsgemeinschaft Innovativer Landwirte (AGIL)'. Ziel der Initiative ist es, Landwirte, die am Anbau von gentechnisch veränderten Pflanzen interessiert sind, aktiv zu unterstützen.

Im Jahr 2006 versuchte die AGIL, so genannte 'Paten' für Genmaisfelder in Ostdeutschland aus den Reihen von Politik und Wissenschaft zu akquirieren. Dabei konnten gewonnen werden:

- Dr. Christel Happach-Kasan (FDP-Bundestagsabgeordnete)

- Katherina Reiche (CDU-Bundestagsabgeordnete)
- Peter Bleser (CDU-Bundestagsabgeordneter)
- Professor Klaus-Dieter Jany (Bundesforschungsanstalt für Lebensmittel)
- Professor Christian Gienapp (Landesforschungsanstalt für Landwirtschaft und Fischerei Mecklenburg-Vorpommern)“

Beweis: Zeugnis des Herrn Andreas Bauer, b.b.

Die Klägerin Kerstin Schmidt und ihre Firmen werden ebenfalls in der Studie „Kontrolle oder Kollatoratorion“ von Antje Lorch und Christoph Then beschrieben. Dort steht:

„Verfolgt man die Spur von Schmidt weiter, die hier als Ko-Autorin für das Konzept der Fragebögen im Fall MON810 genannt wird, trifft man auf ein überraschendes Firmengeflecht mit weiteren Verbindungen zu Industrie und Behörden. So liegt die Geschäftsführung der Firma BioMath bei Kerstin Schmidt, die zudem die Geschäftsführung der Firmen biovativ und BioOK inne hat. Alle drei Firmen erhalten über zahlreiche Forschungsprojekte zur Agro-Gentechnik öffentliche Forschungsmittel. Zudem ist Schmidt Schatzmeisterin beim Verein FINAB. Dieser beschreibt sich als 'gemeinnütziger Verein mit dem Ziel der Förderung der Agrobiotechnologie in Mecklenburg-Vorpommern'. Vorsitzende des Vereins FINAB und Gesellschafterin der Firma BioOK ist Prof. Inge de Broer von der Universität Rostock. Ein wichtiges Projekt ist die Einrichtung und Nutzung des AgroBioTechnikums in Groß Lüsewitz: 'FINAB und biovativ nutzen seit Beginn 2005 das AgroBioTechnikum für ihre Forschungs- bzw. Dienstleistungstätigkeiten', heißt es in der Selbstdarstellung des Vereins. Hierzu gehörten 2006/07 mehrere – in der Öffentlichkeit sehr umstrittene – Freisetzungsexperimente, so u.a. Freisetzungen der so genannten 'Cholera'-Kartoffel der Universität Rostock und die Freisetzung von gv-Raps durch FINAB e.V. Die gv-Raps-Freisetzungen wurden 2004-06 vom Wirtschaftsministerium des Landes Mecklenburg-Vorpommern massiv gefördert, mit dem Ziel Erfahrungen in Freisetzungen zu sammeln und sich als Dienstleister zu etablieren. 'Diese Freisetzung dient einerseits der Etablierung von notwendigem Know-how für die Beantragung und Durchführung von Freisetzungen am Standort Groß Lüsewitz, andererseits als politisches Signal und Präsentation des Dienstleistungsangebotes im AgroBioTechnikum. Gemeinsam mit der Universität Rostock wird an der Etablierung von Analyseverfahren zur Identifizierung und Quantifizierung von gentechnisch veränderten Pflanzen gearbeitet. Diese Verfahren sollen als Standarddienstleistungen im Zentrum angeboten werden.' (Volumen 628.198 Euro, Förderung durch das WM MV: 80%) Insgesamt scheint in Groß Lüsewitz/Sanitz ein günstiges Klima für die Freisetzung von gv-Pflanzen zu herrschen: Seit 2003 fanden hier auch Freisetzungen von gv-Raps durch die Bundesforschungsanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen Quedlingburg (jetzt Teil des JKI), von gv-Kartoffeln durch BASF und von herbizid-tolerantem Mais durch Monsanto statt. Die Firma biovativ wiederum wurde 2003 als 100%ige Tochter des Vereins FINAB gegründet, mit der Aufgabe das Gewächshaus und die Äcker des von FINAB initiierten AgroBioTechnikum zu betreuen. Wie bereits festgestellt, ist Kerstin Schmidt die Geschäftsführerin von biovativ. Laut Handelsregister hat die biovativ GmbH nur einen Mitarbeiter. Da Schmidt gleichzeitig auch Geschäftsführerin von BioMath und BioOK und im Vorstand von FINAB e.V. ist – und all diese Betriebe und der Verein unter der gleichen Adresse und teilweise unter der gleichen Telefon-

nummer zu erreichen sind - drängt sich der Verdacht auf, dass es sich hier gar nicht um separate Einheiten handelt, sondern das Konglomerat von Firmen eher dazu dient, die kommerziellen Interessen im Umfeld des Vereins FINAB möglichst undurchsichtig zu gestalten. ...

Kerstin Schmidt

Studium & wissenschaftliche Arbeit: Diplom-Mathematikerin.

aktuelle Position: Schmidt ist gleichzeitig Geschäftsführerin von drei Firmen (BioMath, biovativ, BioOK), die unter derselben Adresse Servicedienstleistungen für Universitäten und Gentechnikfirmen rund um die Entwicklung, Freisetzung und Zulassung von GVOs anbieten, und mit Zulassungsbehörden zusammenarbeiten.

Schmidt ist außerdem im Vorstand des Vereins FINAB, der seinen Sitz ebenfalls unter der gleichen Adresse hat, der der 100% Gesellschafter einer dieser Firmen ist, und der selber aktiv an der Freilassung von GVOs beteiligt ist. 2007 arbeitet sie für BioMath an der Erweiterung des Monitoringplans für MON810 für Monsanto durch Einbeziehungen einiger, durch das BVL vorgeschlagener, Umweltbeobachtungssysteme.

wissenschaftliche Publikationen (Auswahl): Schmidt (BioMath) mit Schiemann veröffentlichen Artikel zu Fragebögen als Grundlage des anbaubegleitenden Monitorings publiziert, u.a.: Schiemann et al. (2006): Data acquisition by farm questionnaires and linkage to other sources of data. Journal für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit 1(1): 26-29.

Das Konzept von BioOK wird vorgestellt in: Mikschofsky, Broer & Schmidt (2007): BioOK: One-stop agency for the risk assessment of genetically modified plants and derived food and feed. Journal of Biotechnology 131: 36-37.

Mitglied in Kommissionen & Arbeitsgruppen: Schmidt ist Mitglied in BBA-Arbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring und war als ad hoc-Expertin für die EFSA PMEM Workinggroup, in der ebenfalls an Fragebögen zum Monitoring gearbeitet wurden eingeladen.

Mitglied in Forschungsprojekten: 2002: Projektpartner im Impfmöhre-Projekt. 2005-08: Projektpartner und Kontaktperson für BMBF-Projekt Anbaubegleitendes Monitoring Teilprojekt 3. 2007/08: Entwicklung von gv-Kartoffeln (biovativ).

Mitglied in / Teilnahme an Lobbyorganisationen: Schatzmeisterin von FINAB e.V.

direkte & indirekte Beteiligung an Genehmigungsverfahren: Entwicklung von Monitoringverfahren zusammen mit Zulassungsbehörden (BBA-Arbeitsgruppe

Anbaubegleitendes Monitoring, EFSA-ad-hoc-Expertin); Entwicklung von spezifischen Monitoringplänen für Gentechnikfirmen (Monsanto) auf Basis von Unterlagen, die durch das BVL bereitgestellt wurden; Dienstleister für die Prüfung und Zulassung von gv-Pflanzen; Entwicklung von gv-Pflanzen, Antragstellerin für Freisetzungsversuche, bzw. angegeben als Dritte, die für die Broer/Uni Rostock Freisetzungen durchführen sollen; Betreiberin eines S1-Labor und eines Zentrum, in dem Freisetzungen für Dritte stattfinden sollen. ...

AgroBio Technikum

Geschichte: Bau 2003-05. Nutzung seit 2005. Initiiert durch FINAB e.V.

Wissenschaftliche Betreuung durch biovativ GmbH. Besitzerin: Gemeinde Sanitz.

Betreiberin: BioConValley. Beirat: Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerien Meck.-Vorpommern, Gemeinde Sanitz, BioConValley und FINAB.

Aktivitäten/Teilnahme an Forschungsprojekten: 260 ha landwirtschaftliche Nutzfläche für Freilandversuche, 1000m² Gewächshausfläche und Lagerhalle für Saat- und Erntegut; 14 Mitarbeiter. Betreuung von Freilandversuchen mit zusätzlichen Serviceleistungen. Sitz von verschiedenen Laboren und Betrieben. u.a. Labore von biovativ und FINAB, Firmensitz von BioConValley. 2006: Freisetzung zum Studium von Auskreuzungsraten von gv-Raps.

Teilnahme an Lobbyorganisationen: Initiierung durch FINAB. Firmensitz von BioConValley.

Finanzierung: durch das Land Meck.-Vorpommern (Landwirtschafts- und Wirtschaftsministerien: 5,43 Mio. Euro), EU und BMBF. Gesamtkosten vermutlich 10 Mio. Euro.

BioMath

Geschichte: Gründung 1990. 2005: Mitbegründer der BioOK GmbH. Geschäftsführerin seit 1993: Schmidt. Mitarbeiter: 6, Jahresumsatz: 200.000 Euro. Gleiche Büroadresse in Rostock wie biovativ, BioOK und FINAB.

Aktivitäten/Teilnahme an Forschungsprojekten: 2001-05: Schmidt führt Interviews zum Gebrauch von Fragebögen zum Anbaumonitoring durch. Teilnahme an der BBAArbeitsgruppe Anbaubegleitendes Monitoring. 2005-08: Durchführung eines Teilprojekts im BMBF-Projekt Anbaubegleitendes Monitoring. 2007: Entwicklung von erweitertem Monitoringplan für MON810 für Monsanto.

2002: Impfmöhre. Projekt zur Etablierung eines Standorts für gv-Pharmapflanzen. mit Uni Rostock. 2003: OpiNet – Software zur optimalen Versuchsplanung für das gv-Monitoring. Durchführung von Freisetzungsversuche für Broer/Uni Rostock.

Teilnahme an Lobbyorganisationen: Personelle und geteilte Büroadresse mit FINAB.

Finanzierung/Kunden (Auswahl): Monsanto Agrar, Aventis CropScience, Pioneer Hi-Bred, Syngenta Seeds, KWS; BBA (jetzt JKI); Bundesanstalt für Züchtungsforschung Quedlinburg (seit 2008 zusammen mit der BBA Teil des JKI). Uni Oldenburg, Uni Rostock. ...

biovativ GmbH

Geschichte: Gründung 2003 als 100%ige Tochter von FINAB e.V. Geschäftsführerin: Schmidt. Gleiche Büroadresse Rostock wie BioMath, BioOK und FINAB. Labor im AgroBioTechnikum wie auch FINAB. Umsatz 250.000 Euro. Seit 2005: Nutzung des AgroBioTechnikum Gross Lüsewitz. März 2005: Mitbegründung der BioOK GmbH.

Mitarbeiterzahl (Stand 2007): 1.

Aktivitäten/Teilnahme an Forschungsprojekten: seit 11/2003: Betreuung des Gewächshaus und des Freilands in dem von FINAB initiierten AgroBioTechnikum. 2004-06: Projektpartner Auskreuzungsraten von gv-Mais. 2005/06: Durchführung von drei verschiedenen Freisetzungsversuchen mit gv-Kartoffeln für Uni Rostock. Cholera-Kartoffeln.

2006: Freisetzung von gv- Raps in Gross Lüsewitz. 2007/08: Entwicklung von gv-Kartoffeln.

Teilnahme an Lobbyorganisationen: 100%ige Tochter von FINAB.

Finanzierung/Kunden (Auswahl): 2005-08: Finanzierung durch das BMBF als einer der Partner des BioOK Verbund: 337.356 Euro

BioOK GmbH

Geschichte: Gründung der BioOK GmbH März 2005 durch BioMath, biovativ, Broer und sechs weitere Gesellschafter, z.T. ebenfalls von der Uni Rostock. Geschäftsführerin: Schmidt.

Finanzierung/Kunden (Auswahl): 2005-08: Finanzierung durch das BMBF als einer der Partner des BioOK Verbund....

FINAB – Verein zur Förderung innovativer und nachhaltiger Agrobiotechnologie M-V

Geschichte: Gründung 1999. Vorstandsvorsitzende: Broer, Vorstandsmitglied u.a. der Bürgermeister der Gemeinde Sanitz (Gross Lüsewitz), Schatzmeisterin: Schmidt. 2001: Einrichtung eines S1-Labor im AgroBioTechnikum. 2003: Gründung der biovativ GmbH als 100%ige FINAB-Tochter. 2005: Beginn der Nutzung des AgroBio-Technikum.

Mitglieder: Gründungsmitglied ist u.a. Schiemann. Mitglieder (Stand 2007): Wissenschaftler (v.a. der Uni Rostock), Firmen aus der Region Rostock und Vertreter der Landesregierung Meck.-Vorpommern und andere Behörden.

Finanzierung: u.a. durch das Land Meck.-Vorpommern, BMBF und EU für die Durchführung von Projekten und den Bau des AgroBioTechnikum.

Aktivitäten: 2000: Machbarkeitsstudie zum AgroBioTechnikum. 2001-04: Forschungsprojekt Gezielte Übertragung minimierter Transgensequenzen mit optimierter Funktion. 2001: Projekt Entwicklung von Verfahren und Begleitforschung an Nutzpflanzen zur Sicherung und Verbesserung der Produkt und Prozessqualität – Einrichtung eines S1-Labor-Technikums in Vorbereitung des AgroBioTechnikums in Gross Lüsewitz. 2002: „Impfmöhre“-Projekt. 2004-06: Forschungsprojekt Auskreuzungsraten von gv-Mais. 2005: Betreuung von fünf Standorten in Meck.-Vorpommern im Rahmen des Erprobungsanbaus von MON810-Mais unter Koordination der Uni Rostock. 2006: Freisetzung von gv-Raps.“

Beweis:

1. Zeugnis der Frau Antje Lorch, b.b. und
2. Zeugnis des Herr Christoph Then, b.b.

InnoPlanta sieht sich auch selbst als Lobbyverband und Netzwerk verschiedener Akteure in der Gentechnik. Die Darstellung der Ziele auf der eigenen Internetseite zeigt das deutlich: „InnoPlanta e.V. fördert alle Aktivitäten von landwirtschaftlichen Betrieben, Unternehmen, wissenschaftlichen Institutionen, Gebietskörperschaften und von Organisationen, die der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Pflanzenbiotechnologie und der modernen Pflanzenzucht dienen. Hierzu gehört auch die Vernetzung aller Beteiligten.

InnoPlanta e.V. leistet Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Akzeptanz der Pflanzenbiotechnologie in der Bevölkerung sowie zur Präsentation Deutschlands als optimaler Standort für alle wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten im Be-

reich der Pflanzenbiotechnologie.

InnoPlanta übernimmt die Rolle eines kompetenten Ansprechpartners und die Aufgabe der Informationsbereitstellung an Mitglieder, Öffentlichkeit, Medien und Politik.“

Beweis: Inaugenscheinnahme der Internetseite
<http://www.innoplanta.de/de/innoplanta.html> (Anlage 13)

Auf einer von InnoPlanta in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit eingesetzten Folie benennt sich InnoPlanta selbst als Förderer von Vernetzung mit identitätsstiftender Wirkung. Diese Formulierung ist inhaltlich identisch mit der kritischen Formulierung von „Netzwerk“ bzw. „Seilschaften“ und der Funktion als Macher von Verflechtungen. Die Folie:

Ihr Partner für die Pflanzen von Morgen

Bilanzseminar der InnoRegio InnoPlanta

Pflanzenbiotechnologie Nordharz/Börde

UNTERNEHMEN
DEUTSCHLAND
REGION InnoPlanta
Nordharz/Börde

Ergebnis

- deutliche qualitative Effekte im kollektiven Zusammenwirken und bei neuen Kooperationen, insbesondere zwischen Wissenschaft und Wirtschaft
- gemeinsame branchenpolitische Ausrichtung der Kräfte; die Region wird zunehmend auch in der politischen Diskussion um Grüne Gentechnik wahrgenommen und akzeptiert
- bundesweiter Erprobungsanbau von Bt-Mais und die bundesweit agierende Arbeitsgemeinschaft Innovative Landwirte im InnoPlanta e.V. zeugen von der anerkannten Kompetenz
- InnoPlanta ist Mitglied der BMWi(früher BMBF)-Initiative Kompetenznetze.Deutschland

Kompetenznetze Deutschland
networking for innovation

Beweis: Inaugenscheinnahme des Foliensatzes „Bilanzseminar der InnoRegio InnoPlanta“, bereits angegeben in der Klageerwiderung vom 08.03.2010 zur Fußnote 89

Horst Rehberger schrieb in seinem Buch "Unterwegs" (2009, S. 243 f.): „Der Verein ist ein Netzwerk zur Förderung der Grünen Biotechnologie, in dem sich Wissenschaftler, Saatzüchter, Pflanzenbiotechnologie-Unternehmen, Landwirte und kommunale Gebietskörperschaften zusammengeschlossen haben. Er wurde 1999 auf meinen Vorschlag hin gegründet und ging ein Jahr später als Sieger aus dem InnoRegio-Wettbewerb des Bundesministeriums für Bildung und Forschung hervor. So standen für Forschung und Entwicklung rund 30 Millionen Euro zur Verfügung. Damit hat der Verein 38 Einzelforschungsvorhaben realisiert. Heute mausert er sich zu einer gemeinsamen Plattform innovativer Landwirte aus der ganzen Bundesrepublik. Vereinsvorsitzender ist Uwe Schrader. Mit ihm bin ich inzwischen in Europa unterwegs, um auch außerhalb Deutschlands die trotz aller Widerstände rasch wachsende Zahl

zukunftsorientierter Landwirte EU-weit zusammenzuführen. Die Überzeugung eint uns: Technologiefeindlichkeit, Verzagtheit und Angst dürfen auch im 21. Jahrhundert das Handeln von uns Europäern nicht bestimmen!“

Beweis: Zeugenvernehmung von Horst Rehberger, b.b.

2. Seilschaft für Fördermittelveruntreuung

Bezug: Üplingen ist „Kooperation der beiden wichtigsten Seilschaften bei Freisetzungsversuchen, Fördermittelveruntreuung und Firmengründungen: Dem IPK in Gatersleben und dem AgroBioTechnikum in Groß Lüsewitz.“ (Quelle: Broschüre, S. 15)

2.a Fördermittelveruntreuung/Betrug: Kein Einhalten der Richtlinien

Auf der Internetseite der die Versuche ausführenden Firma biovativ (Geschäftsführin ist die Klägerin Kerstin Schmidt) heißt es:

„In 2009 sind in Groß Lüsewitz mehrere Freisetzungsversuche geplant. Bei den gentechnisch veränderten Pflanzen handelt es sich um Prototypen, bei denen verschiedene Fragestellungen untersucht werden sollen. In allen Fällen geht es um Sicherheits- und Begleitforschung. Bis auf eine gentechnisch veränderte Kartoffel ist bei keiner dieser Pflanzen daran gedacht, sie in den nächsten Jahren als Produkte auf den Markt zu bringen. Einige dieser Versuche werden vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) im Rahmen des Programms 'Biologische Sicherheitsforschung' gefördert.“

Das aber ist nicht zulässig. Laut Förderrichtlinie des Programms zur biologischen Sicherheitsforschung "sollen die Arbeiten zur Erhöhung der biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen (...) an Kulturpflanzen bzw. für die Anwendung vorgesehenen Pflanzen durchgeführt werden und nur in begründeten Ausnahmefällen an Modellpflanzen. Freisetzungsbegleitende Untersuchungen sollen sich ausschließlich auf gentechnisch veränderte Pflanzen beziehen, deren Anwendung in Deutschland erwartet wird bzw. deren Freisetzung bereits erfolgt." Der Text von Biovativ aber sagt selbst, dass bis auf einen Fall die Pflanzen für eine Markteinführung gedacht sind. Hier wird also offen eingeräumt, dass Steuergelder zweckentfremdet ausgegeben werden.

Beweis: Bereits angegeben: Seite 26 der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Belege zu den Fußnoten nach 117

2.b Fördermittelveruntreuung/Betrug: Fälschungen bei Antragsstellung

Am Gengerstefeld, dass seit 2009 von biovativ im Auftrag der Universität Gießen am AgroBioTechnikum angelegt, betreut und wieder entfernt wird, wurde umfangreich nachgewiesen, dass die im Förder- und im Genehmigungsantrag angegebenen Versuchsziel erfunden wurden, um die Fördermittel und den Genehmigungsbescheid zu ergaunern. In der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ ist dazu ein zusammenfassender Text auf Seite 24 enthalten mit entsprechenden Quellenangaben.

Die Fälschungen am Gengerstefeld sind umfangreich im Gerichtsverfahren am Landgericht Gießen mit dem Az. 8 Ns – 501 Js 15915/06 erörtert worden. Etliche Beweis-

anträge wurden gestellt, in denen die falschen Angaben nachgewiesen wurden. Es handelt sich folglich um einen umfangreichen Fördermittelbetrug, seit 2009 unter Beteiligung der Firma biovativ mit der Geschäftsführerin Kerstin Schmidt.

Der Fördermittelgeber PT Jülich beriet die antragstellende Universität Gießen darin, wie der Antrag zum Fördertopf passend gestellt werden könne – der real durchgeführte Versuch wurde hingegen nicht angepasst. Außerdem enthält der Finanzierungsplan direkt ausgewiesene Fahrtkosten zu Treffen bei Lobbyverbänden, d.h. es ist schon aus dem dann genehmigten Finanzierungsplan ersichtlich, dass die Gelder für andere Zwecke als die Sicherheitsforschung ausgegeben werden sollten. Im Wesentlichen werden Regelstellen des versuchsdurchführenden Instituts finanziert.

Beweis:

1. Benannte Beweismittel im Beweisantrag des Strafprozesses am Landgerichts Gießen mit dem Geschäftszeichen 8 Ns – 501 Js 15915/06, auf den ausdrücklich und in seinem gesamten Textumfang Bezug genommen wird (**Anlage 10**)
2. Schreiben des PT Jülich an die Universität Gießen vom 14.12.2007, welches sich in den Gerichtsakten des LG Gießen befindet (**Anlage 11**)
3. Antrag auf Gewährung einer Bundeszuwendung auf Ausgabenbasis (AZA) der Uni Gießen an das BMBF am 16.1.2008 (Förderkennzeichen 0313282A, Anlage zu AZA 4, Pos. 0844/0845, **Anlage 12**)

2.c Fördermittelveruntreuung/Betrug: Keine oder andere Forschung

Mehrere Felder in der Betreuung oder unter Mitwirkung der KlägerInnen sind – abweichend von der Antragsstellung für Fördermittel oder Genehmigungen gänzlich ohne wissenschaftliche Arbeit geblieben. Dieses gilt für die Felder auf der BioTech-Farm in Üplingen. Hier existiert keinerlei wissenschaftliche Ausstattung, die überhaupt für Untersuchungen eingesetzt werden könnte. In einer Einwendung von Umwelt- und landwirtschaftlichen Verbänden heißt es:

„Untersuchungszwecke sind die Freisetzungspflanzen in Üplingen offensichtlich nicht gedacht. Denn Angaben zu dem Transport der Pflanzen wurden in dem Antrag nicht gemacht. Es scheint auch unverhältnismäßig Pflanzen über 200 km zu transportieren und damit ein weiteres Risiko der ungewollten Verbreitung zu eröffnen.

Aus dem Antrag ergibt sich keine Erklärung warum die Freisetzung dieser Pflanzen in Üplingen erfolgen soll.“

Beweis:

1. Vernehmung der Pächter: Stiftungsgut Üplingen GbR (Gesellschafter: Jörg Hartmann und Horst Düll), Siedlerweg 21, 50374 Erftstadt
2. Einwendung von AbL, BUND und anderen, b.b. (**Anlage 6**)

Bereits bei den Versuchsfeldern am AgroBioTechnikum konnten kaum oder keine wissenschaftlichen Aktivitäten an den angelegten Feldern beobachtet werden.

Beweis:

1. Zeugnisse der Frau Ute und des Herrn Andreas Strauß, Birkenallee 11,

Thulendorf-Sagerheide sowie des Herrn Thomas Bittorf, Birkenallee 10, Thulendorf-Sagerheide,

2. des Wachpersonals der Versuchsfelder am Ortsrand von Sagerheide, Namhaftmachung durch die Kägerin und zu laden über die Klägerin.

Als besonderes Beispiel sind die Forschungsaktivitäten am Feld mit transgener Gerste untersucht und dokumentiert worden. Danach weichen Antragsstellung für Genehmigung und Fördergelder von den tatsächlichen Untersuchungszielen ab. Der Versuch wurde auf dem Gelände des AgroBioTechnikums für 2009 und 2010 angemeldet. Das Versuchsergebnis wurde aber bereits nach der Vegetationsperiode 2009 bekanntgegeben. Die Forscher fanden dabei etwas heraus, was gar nicht untersucht wurde - aber gerade gut in die politische Diskussion passte: "Die Züchtung ist der folgenreichere Eingriff. ... Klassische Züchtung verändert Pflanzen offenbar stärker als es der biotechnologische Zusatz einzelner Gene vermag. Kleine Unterschiede in der Erbgutsequenz (Mutationen), auf die Pflanzenzüchter aus sind, haben also eine wesentlich stärkere Wirkung auf die gesamte Pflanze als das Einschleusen eines einzelnen Gens, selbst wenn es aus einem anderen Organismus stammt."

Hier zeigt sich deutlich, dass Forschungsergebnisse frei erfunden werden. Gegenüber Geldgebern und Genehmigungsbehörden sowie der Öffentlichkeit wird der Versuch frei simuliert, während tatsächlich auf dem Feld ganz andere Sachen untersucht werden. Dafür hätte es aber keine Zuschüsse gegeben.

Beweis:

1. benannte Beweismittel im Beweisantrag des Strafprozesses am Landgerichts Gießen mit dem Geschäftszeichen 8 Ns – 501 Js 15915/06, auf den ausdrücklich und in seinem gesamten Textumfang Bezug genommen wird (**Anlage 10**),
2. Zeugnis des Herrn Prof. Karl-Heinz Kogel, zu laden über die Universität Gießen, Ludwigstr. 37, 35390 Gießen) und
3. Zeugnis des Herrn Prof. Uwe Sonnwald, zu laden über die Universität Erlangen, Schlossplatz 4, 91023 Erlangen.

Zusammenfassend lässt sich feststellen: Die der Bewertung zugrundeliegenden Fakten sind wahr, die Bewertung daher angemessen und durch die Meinungsfreiheit gedeckt.

3. El Dorado für Geldwäsche in Üplingen

Bezug ist die Suche nach neuen Gentechnikstandorten nach dem Aus für Freisetzung in Gatersleben und zunehmenden Schwierigkeiten durch Widerstand von Gemeinden und Bevölkerung auf den Flächen am AgroBioTechnikum. „Das neue El Dorado“ sei nun in Üplingen gefunden (Quelle: Broschüre, S. 18).

Die notwendigen Angaben dazu sind in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ enthalten. Der Vorwurf der Geldwäsche beinhaltet unter anderem die Veruntreuung von Fördermitteln und ist diesbezüglich inhaltlich deckungsgleich mit den Punkt 2. Auf die dortigen Ausführungen wird daher ausdrücklich Bezug genommen, um diese hierzu nicht erneut vortragen zu müssen. Bereits die Veruntreuung der Fördermittel für die vermeintlichen Sicherheitsforschung rechtfertigen den Vorwurf eines „El Dorado für Geldwäsche“ ausreichend, zumal es sich zu großen Teilen um die

gleichen Versuchspflanzen, Versuchsanordnungen, Genehmigungen und Akteure handelt.

Weitere Mittelflüsse, die hier zusätzlich gemeint sind:

3.a Geldwäsche: 38 Mio. DM für InnoPlanta in Gatersleben (1999):

Eine besonders große Menge staatlicher Mittel erhielt der dafür neu gegründete Verein InnoPlanta 1999 von der Bundesregierung. Dieses Geld wurde vor allem dafür ausgegeben, die Kooperation der verschiedenen Akteure in der Gentechnik zu verbessern. Entstanden ist das dargestellte Geflecht mit dem Lobbyverband InnoPlanta als Propagandaorganisation. Zusammen mit weiteren Geldern der Landesregierung, der katholischen Kirche und der regionalen Wirtschaftsförderung Aschersleben-Staßfurt entstanden die ersten Bioparks in Gatersleben. Neben der Propaganda kamen die Fördermittel dem Firmenaufbau zugute.

Andreas Bauer vom Umweltinstitut München schrieb 2008:

„Neben dem auf dem Gelände des IPK angesiedelten Biotech-Gründerzentrum, dem Biopark Gatersleben sowie der „Standortinitiative“ Green Gate Gatersleben sind die Lobbyorganisationen BIO Mitteldeutschland und InnoPlanta bedeutende Faktoren und Nutznießer staatlicher Unterstützung.“

Beweis:

1. Zeugnis des Herrn Andreas Bauer, b.b.,
2. Inaugenscheinnahme der Schrift „Gentechnik-Verflechtungen in Sachsen-Anhalt“, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg zu den Fußnoten 52

3.b Geldwäsche: Zweitstandorte zum BioSicherheitsprogramm

Mehrere der in Üplingen angelegten Felder mit gv-Pflanzen sind Zweitstandorte von Feldern, die aus dem Biosicherheitsprogramm gefördert und als Freisetzung genehmigt wurden.

Es wurde bereits beschrieben, dass die Förderungen aus dem Biosicherheitsprogramm entgegen den Förderrichtlinien erfolgten. Dieses gilt folglich auch für die Zweitstandorte in Üplingen, die nun nach dem Aufbau der BioTechFarm hinzugekommen sind.

Beweis:

1. b.b. (Anlage 6)
2. Inaugenscheinnahme der Anmeldungen zum Standortregister, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg nach Fußnote 71

3.c Geldwäsche: BioTechFarm-Briefkasten in Rostock und in Gatersleben

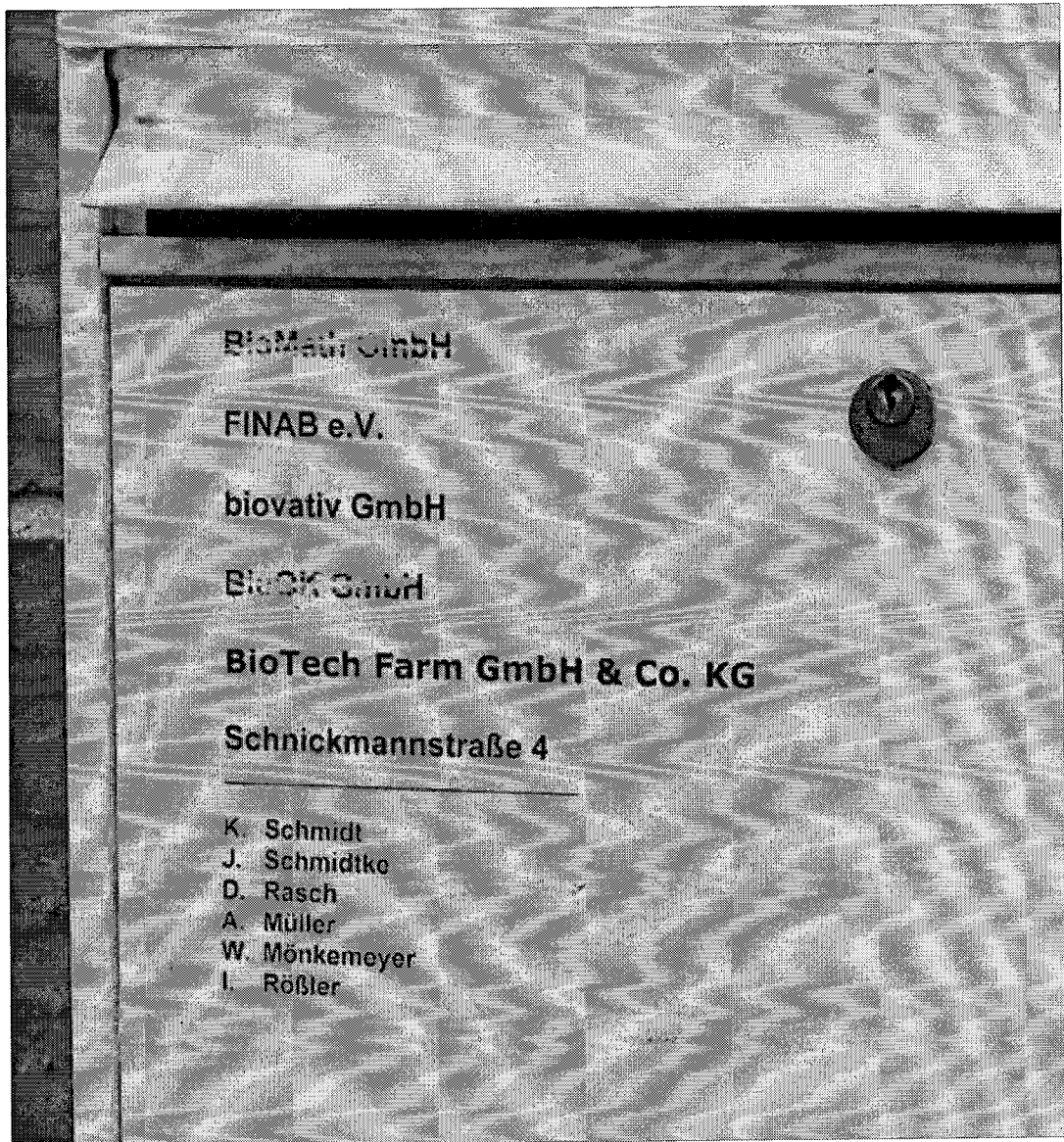
Bewiesen ist, dass die BioTechFarm aus den Firmengeflechten rund um Rostock und in Gatersleben geschaffen wurden. So hingen Briefkasten der BioTechFarm zunächst in der Schnickmannstraße 4 in Rostock und Am Schwabeplan in Gatersleben geführt.

In der Schrift „Gentechnik-Verflechtungen in Sachsen-Anhalt“ von Andreas Bauer steht:

„Bis zum Sommer 2008 residierte auch das Unternehmen BioTech Farm im Gründerzentrum. Es wurde gemeinsam vom InnoPlanta-Vorstandsvorsitzenden und FDP-Landtagsabgeordneten Uwe Schrader und der in Mecklenburg-Vorpommern tätigen Gentechnik-Lobbyistin Kerstin Schmidt gegründet. Mittlerweile hat sich Uwe Schrader aus der Geschäftsführung zurückgezogen und firmiert als ehrenamtlicher Beirat des Unternehmens.“

Beweis:

1. das folgende Foto:



2. Vernehmung der Klägerin als Partei,
3. Zeugnisse der auf dem Briefkasten in der Schnickmannstraße genannten weiteren Personen (siehe Foto), zu laden über die Klägerin Kerstin Schmidt,
4. Zeugnis der Frau Eveline Nettelau, der Verwalterin des Hauses, an dem der

Briefkasten in Gatersleben angebracht war,

5. Zeugnis des Herrn Andreas Bauer, b.b.
6. Inaugenscheinnahme der Schrift „Gentechnik-Verflechtungen in Sachsen-Anhalt“, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg zu den Fußnoten 52

Am 7.9.2010 unterschrieben die BioTechFarm und gentechnikbetreibende Organisationen aus Gatersleben einen Kooperationsvertrag, nachdem in Gatersleben ansässige Firmen das Gelände in Üplingen für Freisetzen nutzen können. Damit wird der Anbau von gv-Pflanzen weiter ausgedehnt auf einem Gelände, das mit Mitteln der EU als Nachhaltigkeitsprojekt und eigentlich regionale Wirtschaftskreisläufe saniert wurde. Diese Mittel sind eindeutig zweckfremd ausgegeben. Die Nutzung als überregionale Gentechnik-Anpflanzhochburg müsste eigentlich zur Rückforderung der in die Sanierung des Hofgutes geflossenen Steuermittel führen.

Beweis: Vertrag zwischen Firmen und Organisationen aus Gatersleben und Üplingen, unterzeichnet auf dem InnoPlanta-Forum am 07.09.2009, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg nach Fußnote 77

4. rücksichtslos

Der konkrete Bezug dieser Formulierung ist die Übernahme eines als Nachhaltigkeitsprojekt ungebauten Hofgutes, wobei diese Übernahme durch Manipulation in der öffentlichen Darstellung begleitet war. Nach dieser Machtübernahme würden nun „rücksichtslose und profitorientierte GentechnikbefürworterInnen“ das Geschehen vor Ort bestimmen (Quelle: Broschüre, S. 19).

Die tatsächliche Rücksichtslosigkeit der prägenden Personen, Vereine und Firmen auf dem Gelände der BioTechFarm in Üplingen ist durch die Angaben in der Broschüre und den Schriftsatz zur Klageerwiderung bereits belegt. Zudem ist der Betrug mit Fördermitteln als Rücksichtslosigkeit zu werten. Diesbezüglich wird auf den Punkt 2 ausdrücklich Bezug genommen.

Weitere Vorgänge, Beispiele und Belege für die Rücksichtslosigkeit der verantwortlichen Personen und Organisationen der BioTechFarm sind:

4.a Rücksichtslos: Übernahme eines Nachhaltigkeitsprojektes für Gentechnik-Experimente und –Werbung

Die Übernahme einschließlich der Vertuschung bei der Veränderung von Zielen ist in der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ ab Seite 15 genau beschrieben. Die Belege für alle dortigen Aussagen sind bereits vorgetragen. Dabei kam es zu verfälschender Propaganda und Vertuschung der tatsächlichen Ziele der Neuorientierung eines Nachhaltigkeitsprojektes auf die neue Stoßrichtung Agro-Gentechnik. Ein Jahr nach der Machtübernahme war das gesamte Nachhaltigkeitsprojekt auf Agro-Gentechnik getrimmt und stellte nur noch dieses dar. Die EU-Regionalmittel, gezahlt für ganz andere Zwecke, erzielten damit nicht mehr den mit ihnen angestrebten Zweck. Die BioTechFarm hat weder etwas mit ökologischen Zielen noch mit regionalem Wirtschaften zu tun.

Beweis: Bereits angegeben: Seiten 15 ff. der Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit und Belege zu den Fußnoten 71 bis 85

4.b Rücksichtslos: Auskreuzungsfelder inmitten der Schwerpunktregion für Saatzucht

Auf der BioTechFarm stehen unterschiedliche gentechnisch veränderte Pflanzen. Der Ort, Üplingen, liegt mitten in der Börde, in der etliche Firmen der Saatzucht ansässig sind. Deren Arbeit wird folglich gefährdet. Dass die BioTechFarm und andere gv-Felder der Nähe in einem solchen Umfeld liegen, wird auch von InnoPlanta zugegeben. Auszug aus einer Selbstdarstellung von InnoPlanta:

„Pflanzenbiotechnologie ist eine Zukunftsbranche. In der Region Nordharz/ Börde ist ein großes wissenschaftliches Potenzial dafür vorhanden. Traditionell gilt die Region als Wiege und Zentrum der deutschen Saatzucht.“

Beweis: Inaugenscheinnahme der Webseite
www.unternehmen-region.de/de/292.php (**Anlage 14**)

4.c Rücksichtslos: Anbau verbotener Pflanzen

2009 wurde der MON810-Mais verboten. Kein Landwirt durfte ihn in Deutschland anbauen. Nur einer tat es trotzdem: Die BioTechFarm in Üplingen. Sie hatten eine gesonderte Freisetzungsgenehmigung, die nicht zurückgezogen wurde. Das heißt: Das ganze Land durfte den Mais wegen dessen Umweltgefährdung nicht anbauen. Das Verwaltungsgericht Braunschweig bestätigte das Anbauverbot. Doch die KlägerInnen zumindest als Verantwortliche sowie eventuell andere Beteiligte am Schau-garten pflanzten die Sorte einfach aus. Im Tageblatt stand am 25.08.2009:

„Der BT-Mais MON 810 wiegt sich im Wind - genauso wie die Hybridzüchtungen nebenan. Den kleinen Unterschied erkennen Laien nicht. Lediglich die Schilder 'Pflanzen sind nicht zum Verzehr bestimmt. Betreten für Unbefugte verboten', Vogelschutznetze und Turm erinnern die Besucher, dass es kein Garten wie jeder andere ist. Eine Mantelsaat soll verhindern, dass Genmais-Pollen zu weit fliegen.“

Beweis:

1. Inaugenscheinnahme der Internetseite mit dem Text: <http://www.tageblatt.de/db/Druckvorschau.cfm?DID=1523264> (**Anlage 4**),
2. Folgender Auszug aus dem Standortregister (hilfsweise: Inaugenscheinnahme unter www.standortregister.de):

Aktenzeichen	6786-01-0163
Notification Number	B/DE/04/163
Genehmigungsstand	G V
Genehmigungsdatum	01.07.2005
Freisetzer	Monsanto Agrar Deutschland GmbH
Land	Deutschland
GVO Trivialname	Mais
GVO wissenschaftlicher Name	Zea mays
Eigenschaften	
Anzahl Organismen	8-10 Pflanzen / qm
Groesse Freisetzungsflaeche	5.7 ha
Kurzbeschreibung des Vorhabens	Organismen: Familie: Poaceae Spezies: Zea mays L. freizusetzende Pflanzen: Maishybride NK603xMON810 sowie Maishybriden der einzelnen Elterlinien NK603 bzw. MON810 Beschreibung des Vorhabens: Freigesetzt werden sollen Hybriden, die durch Kreuzung der gentechnisch veränderten Maislinien NK603 und Mon810 hergestellt wurden, sowie die Elternlinien selbst. Zur Erzeugung dieser Pflanzen

4.d: Rücksichtslos: Gewollte Erhöhung des Spritzmitteleinsatzes durch die Agro-Gentechnik

Anders als in den bunten Propagandabroschüren und schönen Sonntagsreden führt die Agro-Gentechnik zu einem erhöhten Einsatz von Spritzmitteln und damit zu einer verstärkten Umweltbelastung. Das ist nicht nur Fakt, sondern auch so gewollt. Das formulierte 1999 in einem Konzept zur Biotechnologieregion Sachsen-Anhalt der damalige Geschäftsführer der Bioregion Halle-Leipzig Management GmbH und jetzige Kläger Uwe Schrader als sogenannter „Experte“ der PR-Agentur tti (Magdeburg). Er begründete den Ausbau der Gentechnik mit der „Aussicht, in dem stagnierenden Pflanzenschutz-mittelmarkt durch Anwendung der Pflanzenbiotechnologie Positionsverbesserungen zu erzielen“. Umweltzerstörungen und Gesundheitsgefährdung sind also gewollte Effekte und Ziel des Handelns des Klägers.

Beweis: Inaugenscheinnahme des benannten tti-Papieres, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg nach Fußnote 85

4.e Rücksichtslos: Versuchsfelder in Sagerheide übergehen AnwohnerInnen und Gemeinderat

Der Sicherheitszaun um die Versuchsfelder des AgroBio Technikums reichen bis an Gärten der AnwohnerInnen. Diese wurden ohne Vorinformation vom Bau des Zaunes

überrascht. Die Gemeinde Thulendorf ist einstimmig (!) gegen die Versuchsfelder, hat aber keine Handlungskompetenzen.

Beweis:

1. Zeugnisse der Frau Ute und des Herrn Andreas Strauß, b.b.
2. Zeugnis des Herrn Thomas Bittorf, b.b.

4.f Rücksichtslos: Gengerstefeld neben Gerstensaattie in Sagerheide

Auf dem Grundstück Birkenallee 10/11 stand 2009 ein Beet mit verschiedenen Gerstensorten. Dort gewann die Hofgemeinschaft Ulenkrug Saatgut. Dennoch wurde direkt neben dem Beet mit gentechnisch veränderter Gerste experimentiert. Einwendungen der Beetbetreiber wurden übergangen.

Beweis: Zeugnisse der Frau Ute und des Herrn Andreas Strauß, b.b.

4.g Rücksichtslos: Gengerstefeld in Nähe von Felder für Bio-Bierbrauerei

Nur wenige Kilometer entfernt wird Bio-Gerste angebaut. Die Stralsunder Brauerei beschwerte sich über das gv-Experimente in der Nähe ihrer Rohstoffquellen und gab aus Protest gegen die Genversuche eine Auszeichnung der Verbraucherministerin Ilse Aigner zurück.

Beweis:

1. Zeugnis der Herrn Markus Berberich, Geschäftsführer der Stralsunder Brauerei, Greifswalder Chaussee 84-85, 18439 Stralsund und
2. Inaugenscheinnahme der Presseinformation der Stralsunder Brauerei zur Rückgabe des Preises aus Protest gegen das gv-Gerstefeld unter www.stralsunder.de (**Anlage 15**).

4.h Rücksichtslos: Gv-Anbau in Üplingen gegen Votum des Gemeinderates

Auch in Ausleben lehnte die Mehrheit des Gemeinderates die Gv-Felder – ohne Wirkung – ab.

Beweis: Beziehung und Inaugenscheinnahme des entsprechenden Gemeinderatsprotokolls

4.i Rücksichtslos: Verhindern von Kritik

Der Versuch, per Gericht die Kritik an den Machenschaften der Gentechnikfirmen und –lobbyverbände zu stoppen, ist nicht der erste Versuch. Als in der Warslebener Kirche (2km von der BioTechFarm entfernt) ein erster kritischer Vortrag stattfinden sollte, versuchte der Kläger den zuständigen Pfarrer mit Horrorgeschichten über den Referenten zu einer Absage der Veranstaltung zu bewegen. Es gelang dem Kläger, selbst die regionale Polizeiführung für diese politische Zensur zu benutzen. Der Versuch schlug wegen der Standfestigkeit des Pfarrers aber dennoch fehl.

Beweis: Zeugnis des Kirchengemeinderatsmitglieds Jens Klamm, Am Pahlberg 1,

39393 Warsleben

4.j Rücksichtslos: IPK-Filz ... Gv-Felder neben Saatgutbank

Die Aktivitäten von InnoPlanta fanden jahrelang ihren Schwerpunkt zum einen in der Börde, die als „Wiege der Saatzucht“ bezeichnet wird (bereits benannt) und daher durch Auskreuzungen besonders gefährdet wäre. Zum anderen hatte InnoPlanta nicht nur seinen Firmensitz auf dem Gelände des IPK in Gatersleben, sondern unterstützte von Beginn an den Ausbau der dortigen Gentechnik. Das geschah, obwohl auf dem Gelände auch die größte Saatgutbank in Gatersleben stand. Trotzdem wurden dort gentechnische Experimente im Freiland mit solchen Pflanzen durchgeführt, die in die Bestände der Saatgutbank hinein auskreuzen konnten.

Die Rücksichtslosigkeit von Freisetzungen lässt sich gut zeigen an den Abläufen der Genehmigung eines gv-Weizenfeldes neben der Weizen-Saatgutbank. Dieses Feld wurde von der Genehmigungsbehörde BVL durchgewunken, dann aber die Saatgutbank zum Wegziehen aufgefordert!

Der NABU hat den Vorstoß des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zur Verlegung der Genbank für Kulturpflanzen im sachsen-anhaltinischen Gatersleben als ein Stück aus dem bürokratischen Tollhaus bezeichnet. Das BVL hatte den Eigentümer der Genbank, das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), aufgefordert, die Vermehrungsflächen für die Genbank, eine der größten der Welt, zu verlagern. Laut eines Sprechers sei die Gefahr von Auskreuzungen nicht vollständig auszuschließen. „Die Seehofer-Behörde widerspricht sich selbst und liefert damit einen absurden Schildbürgerstreich“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Einerseits genehmige sie den Anbau von genmanipulierten Pflanzen, um dann zu betonen, dass sie das Risiko durch die Gen-Pflanzen für nicht beherrschbar halte. Sollen demnächst alle Bauern umziehen, wenn das BVL eine Freisetzung von Gen-Pflanzen in der Nähe ihrer Felder genehmigt? *Minister Seehofer muss diesem Treiben rasch Einhalt gebieten und sich endlich für einen glaubwürdigen Schutz von Natur und Verbrauchern vor der Agro-Gentechnik einsetzen“, so Tschimpke weiter.

Das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) unterhält am Standort Gatersleben eine Genbank, in der Samen von 150.000 Kulturpflanzen eingelagert sind. Die alten Weizensorten müssen zur Erhaltung immer wieder im Freiland angebaut werden. In unmittelbarer Nähe zu den Anbauflächen wird Gen-Weizen angebaut. Das BVL hatte bereits im vergangenen November für den Freisetzungsversuch im IPK grünes Licht gegeben. Der NABU hatten den Anbau des Gen-Weizens am Standort Gatersleben mehrfach kritisiert. Nicht nur Hamster und Mäuse können zwischen den verschiedenen Kulturen hin- und herwandern, sondern es besteht darüber hinaus die Gefahr, dass der moderne Gen-Weizen in die alte Sorten der Genbank einkreuzt. Obwohl rund 30.000 Einwendungen von Bürgern, Verbänden und Lebensmittelhändlern gegen den Anbau des genmanipulierten Weizens an das BVL übergeben worden seien, hatte die Behörde dem riskanten Vorhaben zugestimmt.

Beweis:

1. Zeugenaussage des zuständigen Abt.-Leiters der Genehmigungsbehörde BVL, Hans-Jörg Buhk, zu laden über BVL, Mauerstr. 39-42, 10117 Berlin

2. Zeugenvernehmung der Gentechnikreferentin des NABU Deutschland, Dr. Steffi Ober, zu laden über NABU, Charitéstr. 3, 10117 Berlin
3. Inaugenscheinnahme einer diesbezüglichen Pressemitteilung des NABU vom 15.3.2007 (**Anlage 16**)

4.k Rücksichtslos: Propaganda für Klimawandel, Atomenergie und mehr

Wer in die Praxis der Propaganda von InnoPlanta und bei Veranstaltungen auf der BioTechFarm schaut, erkennt die Kaltschnäuzigkeit der dort Agierenden. Mensch und Natur zählen nichts – dem Profit soll alles geopfert. So wurde am 07.09.2009 auf der BioTechFarm (InnoPlanta-Tagung) ausgerechnet dem Journalisten Thomas Deichmann der Preis für objektiven Journalismus verliehen. Geehrt wurde damit das Gesamtwerk seiner Artikel zum Thema. Diese zeigen eine grauenhafte Einstellung zum Wert des Lebens. Zitate aus eigenen Texten bzw. dem von ihm verantworteten Magazin des genau für solche Aussagen Geehrten:

"Eine richtige Antwort auf die Klimadebatte wäre ein massiver Ausbau der Kernenergieversorgung." - so stand es in der Novo86 (1–2 2007), S. 11. Und ähnlich: in einer anderen Ausgabe: "Wir können unseren Kindern gerne Windräder vorenthalten, aber auf keinen Fall Kernkraftwerke." (Novo40, 5-6/1999) und "Die Kernenergie ist die sicherste und effektivste Form der Energiegewinnung und vor allem dann empfehlenswert, wenn man natürliche Ressourcen schonen will." (Novo73/74, 11 2004 – 2 2005)

Zum Klimaschutz lassen sich die Fortschrittsgläubigen so aus: "Die Menschheit hat kein Recht auf einen konstanten Meeresspiegel", im Interview auf Fragen von Thomas Deichmann in: Novo96 (9–10 2008). Außerdem veröffentlicht das von Deichmann verantwortete Magazin im Internet eine Kampagne „Aufbruch nach vorn!“ mit folgenden Äußerungen: „Einen deutlichen Temperaturanstieg als Katastrophe zu betrachten, ist lediglich eine Meinung. ... Die Idee, die Menschheit könne sich an die zurzeit diskutierten Veränderungen nicht anpassen – insbesondere durch technische Innovation –, ist eine Beleidigung für die Menschheit. Die Leute, die archaische Lösungen wie Windmühlen propagieren, sind die gleichen pessimistischen Misanthropen, die auch meinen, Thomas Malthus sei ein großer Prophet gewesen. Sie glauben wirklich, die Menschheit sei eine Pest auf der Erde. Dabei sind wir ihre Krönung.“ (http://www.novo-argumente.com/magazin.php/dfa/artikel/novo105_28/)
„Das Alternative Kopenhagen-Manifest ...

1. Der 'ökologische Fußabdruck' der Menschen wächst zu Recht! ...
All unsere Errungenschaften – seien es Industrie, Städte, moderne Landwirtschaft oder Hochhäuser – werden als schädlicher „ökologischer Fußabdruck“ verunglimpft. ... Wir haben die Erde nicht vergiftet, wir haben sie humanisiert. Und unser „Fußabdruck“ ist ein fünftausendjähriges Projekt zur Beherrschung der Naturgewalten und Gestaltung unserer Umwelt, das weiter voranschreiten muss.

2. Kohlenstoff-Rechner gehören abgeschaltet! ...

3. Wirtschaftswachstum ist gut! ...

Wir sollten darauf bestehen, dass Wirtschaftswachstum im Kern gut und überdies unverzichtbar. ...

8. Energie ist die Lösung, nicht das Problem!

Ob man Braunkohle mit dem Schaufelradbagger abbaut oder Uran aus Pechblende extrahiert, immer erntet das heute auch Argwohn. Natürliche Ressourcen werden als endlich wahrgenommen und ihr Verbrauch als unabdingbar mit der Zerstörung des Planeten verbunden. Doch das Schreckgespenst der Ressourcenknappheit basiert nicht auf wissenschaftlichen Fakten. Es entspringt vielmehr der Überzeugung, dass wir natürliche Ressourcen ohnehin am besten gar nicht für menschliche Zwecke nutzen sollten. Selbst der Wasserverbrauch auf unserem blauen Planeten wird heute problematisiert. ... Energieerzeugung, nicht Rationierung ist die Lösung. Billige Energie ist ein großer Fortschrittmotor. Jede Art der Energiegewinnung kann erforscht werden – auch Wind- und Wellenkraft –, solange wir die Prämisse akzeptieren, dass der Energieverbrauch zunehmen muss, um die Bedürfnisse der Menschheit befriedigen zu können. ...

10. Menschen sind wichtiger als Tiere! ...

Legen wir die Leitbilder der professionellen Miesmacher, die sich hinter Eisbären verstecken, auf Eis!“

Die Formulierungen zeigen eine außergewöhnliche Rücksichtslosigkeit gegenüber Mensch und Umwelt. Genau diese journalistische Tätigkeit, d.h. diese Rücksichtslosigkeit wurde durch den Verein InnoPlanta geehrt.

Beweis:

1. Inaugenscheinnahme des Sammelbandes aller journalistischen Beiträge von Thomas Deichmann zur Agro-Gentechnik, dem Buch „Wer hat Angst vor Grüner Gentechnik?“,
2. Inaugenscheinnahme der angegebenen Ausgaben der Zeitschrift NOVO und der Internetseite www.novo-argumente.com (**Anlage 17**).

Wolfgang Clement, Festredner auf dem InnoPlanta-Forum am 7.9.2009: „Deutschland wird sich jedenfalls nur dann als eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt behaupten können, wenn wir auf den zukunftssträchtigen Feldern von Wissenschaft und Wirtschaft auch künftig eine international führende Rolle einnehmen. In der Biotechnologie wie auch auf anderen Feldern von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung - nehmen Sie nur die Atomenergie, die CO₂-freie Kohleverbrennung oder, um eine ganz andere Disziplin anzusprechen, die Stammzellforschung - ist dies zur Zeit nicht gewährleistet. So setzen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf's Spiel!“

Beweis: Dokumentation der Rede auf www.innoplanta.de (**Anlage 18**)

5. profitorientiert

Der konkrete Bezug dieser Formulierung ist die Übernahme eines als Nachhaltigkeitsprojekt ungebauten Hofgutes, wobei diese Übernahme durch Manipulation in der öffentlichen Darstellung begleitet war. Nach dieser Machtübernahme würden nun „rücksichtslose und profitorientierte GentechnikbefürworterInnen“ das Geschehen vor Ort bestimmen (Quelle: Broschüre, S. 19).

Die tatsächliche Profitorientierung der prägenden Personen, Vereine und Firmen auf dem Gelände der BioTechFarm in Üplingen ist durch die Angaben in der Broschüre

und den Schriftsatz zur Klageerwiderung bereits belegt.

Zudem ist der Betrug mit Fördermitteln als Profitorientierung zu werten, da hier Forschungsmittel für profitable Geschäfte mit z.T. kriminellen Methoden missbraucht werden. Diesbezüglich wird auf den Punkt 2 ausdrücklich Bezug genommen.

Weitere Vorgänge, Beispiele und Belege für die Profitorientierung der verantwortlichen Personen und Organisationen der BioTechFarm sind:

5.a Profitorientiert: Mehr Spritzmittelabsatz durch Agro-Gentechnik

Konzept des Klägers Uwe Schrader zur Entwicklung der Gentechnik 1999 mit der Hoffnung, dass die Gentechnik den Absatz von Pestizide steigere:

„Der Weltmarkt für Pflanzenschutzmittel beträgt ca. 32 Mrd. \$, wovon die Hälfte auf Herbizide, ein Viertel auf Insektizide, 20% auf Fungizide und der Rest auf Nematizide etc. fällt. Biologische Pflanzenschutzmittel haben keine nennenswerte Bedeutung. Das Pflanzenschutzmittelgeschäft ist oligopolistisch strukturiert. 80% des Weltmarktes werden von 10 führenden Herstellern bedient. Das geringe Marktwachstum bei gleichzeitig hohen Entwicklungsaufwendungen führte zu einer Branchenrestrukturierung, in deren Verlauf Hoechst und Schering ihre Pflanzenschutzmittelaktivitäten 1994 in der AgrEvo zusammenschlossen. Die beiden Baseler Firmen Ciba-Geigy und Sandoz fusionierten 1996 aufgrund des Konzentrationsdruckes in der Pharmaindustrie zur Novartis, womit gleichzeitig der weltgrößte Pflanzenschutzmittelhersteller, Novartis Crop Protection AG, und der zweitgrößte Saatzüchter, Novartis Seed AG, entstanden. 1997 trennte sich das Pharmaunternehmen Eli Lilly von seinem agrochemischen Geschäft und gab es an seinen J.V.-Partner Dow Chemicals ab (s. Tabelle "Führende Pflanzenschutzmittelhersteller"). Die Aussicht, in dem stagnierenden Pflanzenschutzmittelmarkt durch Anwendung der Pflanzenbiotechnologie Positionverbesserungen zu erzielen, erklärt die für das Marktvolumen und die Profitabilität der Branche unerwartet hohe interne und externe F&E- Intensität. Die sich abzeichnenden Erfolge in der Einführung von transgenen Kulturpflanzen in Nordamerika, Argentinien und Brasilien haben der durch Übernahme und Fusion von Pflanzenschutzmittelherstellern erfolgten Marktkonsolidierung weiteres Momentum gegeben und zu einer regen Akquisitionstätigkeit der Unternehmen in die Biotechnologie- und Saatzuchtbranche geführt.“

Der Kläger war damals Geschäftsführer der Bioregion Halle-Leipzig Management GmbH.

Beweis: Inaugenscheinnahme des benannten tti-Papieres, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg nach Fußnote 85

5.b Profitorientiert: Die Firmen der Klägerin Kerstin Schmidt

Die Klägerin betreibt mehrere Firmen, die nach privatwirtschaftlichen Regeln arbeiten. Hierbei geht es im konkurrierenden Markt immer um das Erzielen von Profiten.

Beweis:

1. Einholung eines Sachverständigengutachtens,
2. Vernehmung der Klägerin als Partei.

Der Umgang der Klägerin Kerstin Schmidt mit Geld und Firmen ist in der Broschüre mit einem Extra-Abschnitt bedacht und daher genau beschrieben. Die Beweismittel für alle dortigen Aussagen sind in der Klageerwiderung enthalten. Die Richtigkeit der Angaben des Textes „Mit Geld umgehen: Kerstin Schmidt“ (Quelle: Broschüre, S. 14) wird auch von Klägerseite nicht bestritten.

5.c Profitorientiert: Biotechnologie, Atomenergie, Stammzellforschung

Die Profitorientierung ist nicht nur in der praktischen Tätigkeit des Klägers Uwe Schrader und anderen Beteiligten leicht zu erkennen. Sie ist auch ideologisch eindeutig erkennbar in Pressemitteilungen, Internetseiten usw. von InnoPlanta, dem dort angesiedelten Arbeitskreis AGIL und anderen.

Beweis: Zeugenvernehmung des Klägers als Partei

Am 7. September 2009 fand auf der BioTechFarm unter Mitwirkung der BioTechFarm-Geschäftsführerin, Klägerin Kerstin Schmidt, und Leitung des InnoPlanta-Vorsitzenden, Kläger Uwe Schrader, das wichtigste Treffen der deutschen Gentechnik-Seilschaften statt. Fast alle Redebeiträge waren erfüllt vom Glauben an Wettbewerbsvorteile und große Profitchancen. Besonders dokumentierte sich das in der Festansprache von Gastredner Wolfgang Clement (Ex-Bundeswirtschaftsminister), der unter anderem sagte: „Deutschland wird sich ... nur dann als eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt behaupten können, wenn wir auf den zukunftssträchtigen Feldern von Wissenschaft und Wirtschaft auch künftig eine international führende Rolle einnehmen ... Biotechnologie, Atomenergie, ... Stammzellforschung“

Beweis: Vernehmung des ehemaligen Bundeswirtschaftsministers Wolfgang Clement

Ebenso zeigte es sich in der Preisverleihung für vermeintlich objektiven Journalismus. Den Preis erhielt Thomas Deichmann von marktradikalen Magazin NOVO. Er erhielt die Auszeichnung für sein journalistisches Gesamtwerk, also unter anderem für folgende Zitate, die er in journalistischen Beiträgen der Vergangenheit veröffentlichte: „Die Kernenergie ist die sicherste und effektivste Form der Energiegewinnung“ und „Die Menschheit hat kein Recht auf einen konstanten Meeresspiegel“ (Quelle: Gesammelte Werke von Thomas Deichmann im Buch „Wer hat Angst vor grüner Gentechnik?“). Wer Sympathie für solche Äußerungen zeigt und diese noch ehrt, zeigt eine deutliche Profitorientierung auch im Denken.

Beweis: Vernehmung von Thomas Deichmann, b.b.

6. "würden für ihre dubiosen Firmenkonstrukte umfangreiche Firmen- und Steuergelder" einsacken

Bezug sind die „Beteiligten“ an der BioTechFarm. Als dubiose Firmenkonstrukte sind die Rechtsform der Biotechfarm und die damit verbundenen Haftungsbeschränkungen in der Broschüre explizit benannt und beschrieben. Zudem sind die weiteren beteiligten Firmen oder Vereine gemeint wie biovativ und InnoPlanta (Quelle: Broschüre, S. 19).

Zur Rechtsform ist in der Broschüre eine genaue Ausführung zu finden. Die konkret gewählte Rechtsform dient der Beschränkung der Haft.

Beweis: Sachverständigengutachten zur Rechtsform und Haftungsfragen

bei einer GmbH & Ko. KG

Das eine mit Gentechnik agierende Firma die Sicherheit ihrer Anwendungen preist und gleichzeitig eine Firmenform wählt, die die Risiken für die eigene Ökonomie beschränkt, ist mit dem Begriff „dubios“ mindestens adäquat, wenn nicht zurückhaltend beschrieben. Hinzu kommen aber noch die in der Broschüre insgesamt beschriebenen Besitz- und Geschäftsführungsverhältnisse in den verschiedenen Firmen der Klägerin Kerstin Schmidt.

Die Aussage ist zudem inhaltlich deckungsgleich mit der Aussage unter 1. Auf die Ausführung dazu sei deshalb verwiesen.

7. seien Angehörige einer Gentechnikmafia

Gemeint sind Personen und Firmen, die die Macht über das Gelände des Stiftsguts Üplingen übernommen haben (Quelle: Broschüre, S. 19). Die genaue Personengruppe ist nicht explizit benannt. In jedem Fall gehören dazu die Firmen BioTechFarm und biovativ, die daran beteiligten Personen, die an Rechtsgeschäften wie der Pachtvertragsunterzeichnung beteiligten Personen und Firmen sowie weitere mit konkreten Besitz- und Handlungsrechten auf der Fläche ausgestatteten Personen und Organisationen.

Als konkreter Bezug wird auch die Tätigkeit des Rechtsanwaltes Hartwig Stiebler benannt, der auch als Anwalt für die Firma Monsanto arbeitet. Ebenso hat die Klägerin selbst bereits für die Firma Monsanto gearbeitet. InnoPlanta hat im Rahmen des InnoRegio-Projektes ebenfalls Monsanto und insbesondere den Anbau von Maissorten dieser Firma gefördert.

Beweis:

Vernehmung der benannten Personen als Zeugen: Klägerin und Kläger als Partei (b.b.) und Hartwig Stiebler, Goltsteinstr. 31, 40211 Düsseldorf)

Die Gentechnikseilschaften sind bereits häufiger als Mafia bezeichnet worden. Dieses geschah in Bezug auf die Firma Monsanto, mit und für alle Benannten schon gearbeitet haben, sogar in Schriften der Bundesregierung als Mafia und, darüber hinausgehend, Gestapo bezeichnet wird.

Beweis: b.b.

Selbst die Verwendung des Begriffs Mafia für die Gentechnikseilschaften ist bereits belegt. Auf die Ausführungen in der Klageerwiderung mitsamt Belegen sei daher an dieser Stelle zur Vermeidung von Wiederholungen verwiesen und ausdrücklich Bezug genommen.

Es ist Sache der KlägerInnen, diese Ausführungen nicht zur Kenntnis zu nehmen und zu behaupten, es seien keine Belege vorgebracht worden. Damit bleiben die Feststellungen der Klageerwiderung unstrittig, weil eine bloße Behauptung, es sei nichts belegt worden, kein Entgegentreten gegenüber den tatsächlich vorgelegten Beweisen und Belegen darstellt.

Einerseits ist folglich belegt, dass das Begriff „Mafia“ nicht nur für explizit kriminelle Vereinigungen verwendet wird. Andererseits ist ausreichend belegt wurden, dass die Kläger zu einem Netzwerk von Personen gehören, die mehrfach, wenn nicht systematisch mit falschen Genehmigungs- und Förderanträgen behördliche Genehmi-

gungen und staatliche Förderungen erschleichen, illegale Felder anlegen, falsche Informationen streuen und somit durchaus einer kriminellen Vereinigung gemäß handeln.

Beweis: b.b.

8. dass das AgroBioTechnikum, dessen Geschäftsführer die Antragstellerin zu 1) ist, vor allen "der Propaganda und der Veruntreuung großer Mengen von Steuergeldern" diene

Der Bezug (AgroBioTechnikum) ist durch die Klageschrift selbst als Bezug der Äußerung benannt (Quelle: Broschüre, S. 13).

Die Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ enthält zum Geschäftsgebahren des AgroBioTechnikums und der dort wirkenden Personen und Organisationen ein eigenständiges Kapitel. Es ist also klar, dass sich die zusammenfassende Tatsachenbehauptung, das AgroBioTechnikum diene vor allem der Propaganda und der Veruntreuung großer Mengen von Steuergeldern“.

Die Aussage ist inhaltlich deckungsgleich mit der Aussage unter 1. Auf die Ausführung dazu sei deshalb verwiesen. Bezüglich der Bewertung „Veruntreuung“ sei zudem explizit auf die Ausführungen unter 2. Bezug genommen, dass Fördergelder gezielt umgelenkt und Felder falsch deklariert werden.

Hinzugefügt seien Angaben zu den Aktivitäten des Vereins FINAB. Sie belegen genau die gemachte Aussage. Da der Verein FINAB Initiator des AgroBioTechnikums und dessen ideologischer und praktischer Ursprung ist (die handelnde Firma biovativ ist Tochterunternehmen des gemeinnützigen Vereins FINAB), sind die Positionen und Handlungen von FINAB auch von besonderer Bedeutung.

Ablauf und Ziel der Vereinsgründung werden auf der Internetseite des Vereins genau so dargestellt wie in der Broschüre und Klageerwiderung auch geschildert:

„Der gemeinnützige Verein FINAB e.V. wurde 1999 mit dem Ziel der Förderung der Agrobiotechnologie in MV gegründet. Wichtiger Meilenstein hierfür war die Errichtung eines Kompetenz- und Gründerzentrums für Agrobiotechnologie. Das AgroBioTechnikum Groß Lüsewitz konnte im November 2004 eröffnet werden. Zeitnah gründete FINAB Ende 2003 seine 100%ige Tochterfirma biovativ GmbH, die am 01.07.2004 ihre Geschäftstätigkeit aufnahm. FINAB und biovativ nutzen seit Beginn 2005 das AgroBioTechnikum für ihre Forschungs- bzw. Dienstleistungstätigkeiten.“

Beweis: Inaugenscheinnahme von www.finab.de, bereits angegeben:
Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg mit Fußnote 57

Der Verein FINAB beschreibt zudem auf seiner Internetseite, dass ein mit hohen Beträgen aus Steuermitteln geförderter Versuch nur der Firmenentwicklung und Propaganda dienen würde:

„Laufzeit 23.8.04 – 31.12.06, Volumen 628.196 €, Förderung 80%

Diese Freisetzung dient einerseits der Etablierung von notwendigem Know-how für die Beantragung und Durchführung von Freisetzungen am Standort Groß Lüsewitz,

andererseits als politisches Signal und Präsentation des Dienstleistungsangebotes im AgroBioTechnikum.“

Beweis: Inaugenscheinnahme von www.finab.de, bereits angegeben:
Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg mit
Fußnote 57

Dass das AgroBioTechnikum der Propaganda dient, wird auch aus der Tatsache sichtbar, dass die Bundestagskandidatin aus dem Wahlkreis, zu dem der Kreis Herzogtum Lauenburg gehört, im Bundestagswahlkampf 2009 mit einem Bus eine Werbetour zu den vermeintlich der Sicherheitsforschung dienenden Feldern am AgroBioTechnikum durchführte.

Beweis: Zeugnis der MdB Christel Happach-Kasan, Schwalbenweg18,
23909 Bäk

9. sowie die BioTechFarm in Üplingen, deren Geschäftsführerin ebenfalls die Antragstellerin zu 1) ist, "wichtig zur Wäsche von Steuergeldern in einem unübersichtlichen Gewirr von Firmen" sei.

Der Bezug ist aus dem vorgehaltenen Zitat erkennbar (Quelle: Broschüre, S. 15).

Der Vorwurf ist weitgehend deckungsgleich mit den Aussagen unter 1. Die der Bewertung zugrundeliegenden Fakten sind wahr, die Bewertung daher angemessen und durch die Meinungsfreiheit gedeckt. Auf die dortigen Ausführungen und Beweismittel wird daher Bezug genommen.

10. Schrader, der Antragsteller zu 2) sei der "Macher aus dem IPK-Filz in Gatersleben"

Der Bezug ist aus dem vorgehaltenen Zitat erkennbar (Quelle: Broschüre, S. 18).

Unklar ist schon, welche Teile der Aussage eigentlich als falsch oder grundlos ehrenrührig bezeichnet werden. Soll der Kläger nicht „Macher“ sein, also nur Aushilfskraft oder weitgehend tatenlos sein? Oder soll sein Verein InnoPlanta nicht dort die Geschäftsstelle betreiben und er selbst zumindest einen Briefkasten aufweisen? Oder ist der Begriff IPK-Filz in Frage gestellt? Dazu mögen sich die Kläger äußern.

Sowohl bezüglich der Position des Klägers Uwe Schrader als auch der Existenz von Firmengeflechten in Gatersleben sind in der Broschüre umfangreiche Angaben erfolgt und auch durch die Fußnoten mitsamt der in der Klageerwiderung übergebenen Dokumenten dazu belegt. Zudem ist anzuführen:

10.a Uwe Schrader ist Macher in den Firmengeflechten von Gatersleben

Kläger Uwe Schrader ist mehrfach handelnde und verantwortliche Person für die Entwicklung von Firmen und Projekten am Standort Gatersleben oder – von dort ausgehend – in Üplingen. So unterschrieb er den Pachtvertrag für die BioTechFarm, unterschrieben im September 2007 vom Kläger. Sitz der BioTechFarm dort: Gatersleben. Dort hängt auch ein Briefkasten – gemeinsam mit dem Briefkasten von des Klägers.

Beweis:

1. Inaugenscheinnahme des benannten Vertrags, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg nach Fußnote 77,
2. Vernehmung des Klägers als Partei.

Dass es sich bei InnoPlanta und dem Umfeld des Klägers um ein Geflecht von Behörden, Firmen, Geldgebern usw. handelt, ist an mehreren Stellen – und bis heute unwidersprochen – dargestellt worden, so unter anderem in der schon benannten Studie von Lorch/Then. Sie schreiben auf S. 19:

"Jany ist als Mitglied im Beirat des Vereins InnoPlanta gelistet, der den Anbau von gv-Saaten in Sachsen-Anhalt fördert und der durch die BIO Mitteldeutschland GmbH (und deren Geschäftsführer Jens Katzek) gefördert wird." Zudem auf S. 45: "Jany ist Beiratsmitglied von Innoplanta, und tritt bei Innoplanta-Veranstaltungen z.T. als Angestellter des BfEL auf, ohne dass dies in BfEL-Tätigkeitsberichten erwähnt würde. 2006 übernahm er als Leiter des MBZ der BfEL eine Patenschaft für einen MON810-Bauern in der Arbeitsgemeinschaft Innovativer Landwirte im Innoplanta (AGIL)." Weiter auf S. 48 über die PR-Agentur Genius, Darmstadt: "Mitglied im Innoplanta e.V., der den ersten Versuchsanbau von MON810 durchführte und Mitglieder in der Entwicklung und dem Anbau von GVO unterstützt." Und (über den Gesprächskreis Grüne Technik auf S. 53: "2005: Mitorganisation des Innoplanta-Forum"

Auf S. 53 werden Mitglieder in den Führungsgremien von InnoPlanta aufgelistet. Darunter sind zu finden: „Jany (BfEL), Katzek (BIO Mitteldeutschland). Genius als Mitglied übernimmt PR-Aufgaben. Mitglieder u.a. KWS, NovoPlant, SunGene und TraitGenetics (Gatersleben), BIO Mitteldeutschland, Genius, Landesbauernverband Sachsen-Anhalt, Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen (BAZ Quedlinburg, jetzt JKI) und Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK Gatersleben).

Zum gleichen Thema schrieb auch Andreas Bauer vom Umweltinstitut München: „InnoPlanta e.V. - Pflanzenbiotechnologie Nordharz/Börde
Vorstandsvorsitzender: Dr. Uwe Schrader
Stellvertretender Vorsitz: Mathias Pitschke (Landwirt), Wolf von Rhade (Nordsaat Saatzucht GmbH)

Schatzmeisterin: Eveline Nettle (Geschäftsführung Biotech-Gründerzentrum Gatersleben GmbH)

Schriftführer: Dr. Thomas Kühne (Institutsleiter Julius Kühn Institut, Bundesforschungsinstitut für Kulturpflanzen)

Beirat: Vorsitz: Dr. Horst Rehberger (ehemaliger Wirtschaftsminister Sachsen-Anhalt)

Mitglieder: Dr. Detlef Wilke (Biotech Consulting GmbH), Dr. Jens A. Katzek (BIO Mitteldeutschland), Professor Dr. Klaus Jany (Bundesforschungsanstalt für Lebensmittel), Eric Schreyer (Geschäftsführer Biopark Gatersleben), Dr. Jürgen Schweden (BASF Plant Science), Dr. Walter Bübl (Bayer Crop Science), Thomas Wimmer (Direktor des PR- und Kommunikationsunternehmens Brunswick Group)

Laut Eigenangabe ist der InnoPlanta e.V. ein "Netzwerk von Firmen und Einrichtungen"

gen der Pflanzenzüchtung aus der Region und ist im Projektmanagement und der Öffentlichkeitsarbeit aktiv.“

Beweis: Zeugnis des Herrn Christoph Then und der Frau Antje Lorch, b.b.

Es ist also zu sehen, dass InnoPlanta sich selbst als „Netzwerk von Firmen und Einrichtungen“ dargestellt – angesichts der undurchsichtigen Strukturen und der die Neutralität staatlicher Behörden in Frage stellenden Verflechtungen dürfte der Begriff „Fitz“ hierfür mehr als angemessen sein.

InnoPlanta ist wichtiger Teil der Gentechnik-Geflechte von Gatersleben. Andreas Bauer (2007) schrieb im Text "Genbank Gatersleben: Gentechnik oder genetische Ressourcen?" auf S. 8:

„Im Biotechnologie-Gründerzentrum haben folgende Firmen/Lobbyorganisationen ihren Sitz: ... InnoPlanta e.V. (laut Eigenbeschreibung ein 'Zusammenschluss von Firmen, landwirtschaftlichen Unternehmen, Saatzüchtern, wissenschaftlichen Einrichtungen und Hochschulen zur Förderung der Pflanzenbiotechnologie in der Region Nordharz/Börde'; Geschäftsführer ist der FDP-Landtagsabgeordnete Uwe Schrader, Stellvertreter der bisherige Direktor des IPK, Prof. Wobus) ... Zwischen Lobbygruppen, IPK und den Biotech-Firmen auf dem Gelände gibt es zahlreiche personelle Verknüpfungen. So ist der Geschäftsführer von Trait Genetics, Dr. Martin Ganal, auch im Vorstand von InnoPlanta. Auch Jens Katzek von BIO Mitteldeutschland ist bei Inno-Planta im Rang eines Beirats.

Und ein Blick auf den Beirat zeigt nochmals in aller Deutlichkeit, wie sich in dem Verein Lobbyisten, PR-Industrie, Politik und Forschung verzahnen: Vorsitzender des InnoPlanta-Beirats ist Dr. Horst Rehberger, bis 2006 Wirtschaftsminister und ehemaliger stellvertretender Ministerpräsident von Sachsen-Anhalt. Neben ihm finden sich: Konzernvertreter von BASF und Bayer Crop Science“.

Beweis: Zeugnis des Herrn Andreas Bauer, b.b.

Dafür, dass die Aktivitäten in Üplingen stark aus den Gentechnikfirmen und –geflechten in Gatersleben initiiert, vorangetrieben und gesteuert wurden, liegen etliche Belege vor. Der neueste ist der Vertrag zwischen Gentechnikfirmen und –organisationen und der BioTechFarm, wie es in einem Bericht über das InnoPlanta-Forum am 7.9.2009 auf der BioTechFarm zu lesen war (mz-web am 8.9.2009):

„Der Standort der Pflanzenbiotechnologie in Gatersleben arbeitet in Zukunft enger mit dem Schaugarten Üplingen zusammen. Die Marketinginitiative 'Green Gate Gatersleben' und die BioTech-Farm GmbH haben im Rahmen der Veranstaltung "Grüne Biotechnologie - Deutschland am Scheideweg?" des Vereins InnoPlanta eine Kooperationsvereinbarung für eine intensivere Zusammenarbeit beschlossen. ... 'Der Pflanzenbiotechnologie weht in Deutschland ein scharfer Wind entgegen', kommentiert Dr. Jens Katzek, Geschäftsführer der BIO Mitteldeutschland GmbH und GGG-Mitglied. 'Umso wichtiger, dass sich die einzelnen Akteure stärker zusammenschließen und sich gegenseitig unterstützen. Die Kombination der Standorte Gatersleben und Üplingen bedeutet, dass man - einmalig in Deutschland - von der Forschung und Entwicklung bis hin zur Produktion und dem Präsentieren der Produkte die gesamte Wertenkette der Pflanzenbiotechnologie in Sachsen-Anhalt abbilden kann.“

Beweis: Vorlage und Inaugenscheinnahme des benannten Berichts (**Anlage 19**)

Fraglos stellt sich InnoPlanta auch selbst als Netzwerk und als Macher von Verflechtungen dar. So zum Beispiel auf einer von InnoPlanta in der eigenen Öffentlichkeitsarbeit eingesetzten Folie.

Beweis: Inaugenscheinnahme der Folie und des Foliensatzes „Bilanzseminar der InnoRegio InnoPlanta“, b.b.

10.b und habe Demonstranten "gekauft"

Bezug ist eine Veranstaltung am 19.4.2009 in Üplingen im Eingangsbereich der Bio-TechFarm (Quelle: Broschüre, S. 20). Dass es diese Veranstaltung gab, ist nicht bestritten und durch das Foto in der Broschüre auch belegt.

Zunächst ist auch hier unklar, welcher Teil des Satzes genau gemeint ist. Wird bestritten, dass es sich um eine Demonstration handelte? Oder wird bestritten, dass Teilnehmende der sogenannten Demonstration für ihre Mitwirkung Geld erhielten?

Der Beklagte geht vom zweiten Sinngehalt aus. Dennoch mögen sich die Kläger dazu kärend äußern.

Die Behauptung der Kläger, es seien keine Belege erbracht worden, ist auch an diesem Punkt erkennbar frei erfunden. Vielmehr enthalten die vorgelegten Unterlagen mehrere eidesstattliche Versicherungen. Die Verfasser der EVs sind als Zeugen benannt. Die Behauptung, dass die Pro-Gentechnik-DemonstrantInnen für ihren Dienst honoriert wurden, ist also erkennbar wahr. Erfunden ist ausschließlich die Behauptung der Kläger, es seien keine Beweise vorgelegt wurden.

Beweis:

1. Eidesstattliche Versicherungen, bereits angegeben: Broschüre „Organisierte Unverantwortlichkeit“ und Beleg nach Fußnote 85,
2. Zeugnis der in den Eidesstattlichen Versicherungen mit ladungsfähiger Adresse benannten Personen

Es ist also ohne Zweifel so, dass alle vorgehaltenen Äußerungen gut belegt, begründet und auf Basis präziser Recherche als Behauptung zutreffender Tatsachenbehauptungen oder als angemessene Bewertung im Rahmen der Meinungsfreiheit erfolgt sind.

Es ist geradezu unverschämt, dass die Kläger trotz der umfangreichen Unterlagen und Belege behaupten (wie auf S. 6 ihres Schreiben), für die Wahrheit dieser Aussagen biete der Beklagte jedoch keinerlei Beweis an.

Es erfüllt den Beklagten mit Schrecken, dass sich Personen, die derart rücksichtslos und allein profitorientiert handeln, dabei Fördermittel veruntreuen, Anträge fälschen und Propagandalügen verbreiten, auch noch die Dreistigkeit besitzen, die Wahrheit durch gerichtliche Verfügungen und Beschlüsse unterdrücken zu wollen.

Widersprochen werden muss abschließend auch der Bewertung einer Aussage des Beklagten, wie die KlägerInnen dies im letzten Absatz ihres Schriftsatzes vom 22.03.2010 vornehmen. Der Absatz zeigt, mit welchen Methoden die Kläger operieren und wie sie wahllos Falschbehauptungen und unbewiesene Behauptungen aufstellen. Sie verhalten sich damit so, wie sie es dem Beklagten vorwerfen – und das

nicht zum ersten Mal.

Der Beklagte hat, wie es der Wahrheit entspricht, bereits mehrfach klargestellt, dass er – ohne sich dazu verpflichtet zu fühlen – eine PDF-Fassung seines in Papierform erschienenen Dokumentes erzeugte und weitergab. Er tat das ausdrücklich mit dem Wunsch, dass auch andere diese veränderte Fassung weiterverwenden sollten. Diese Bitte wurde dann auch auf einigen Internetseiten nachgekommen. Verantwortlich ist der Beklagte für diese Handlungen Dritter aber nicht. Beleglos behaupten die KlägerInnen nun jedoch, dass der Beklagte doch dafür verantwortlich sei – und versteigen sich, selbstverständlich erneut ohne Beleg, zu der Behauptung, der Beklagte hätte die Unwahrheit gesagt.

Es ist nach Ansicht des Beklagten unerträglich, wie hier Personen aus Kreisen, die sich nachweislich mit gefälschten Anträgen Fördermittel und Genehmigungen erschlichen haben, die umfangreiche Personengeflechte zur Verschleierung solcher Handlungen und zur Lobbyarbeit für ihre Interessen mit aufgebaut haben, andere fälschlicherweise der Lüge bezichtigen, während sie selbst eigene derartige Handlungen zu verschleiern versuchen.

D Ö H M E R
Rechtsanwalt

ZUR SACHE:
Neue Friedensordnung
Von Thomas Deichmann

STICHWORT:
Zur Reformdebatte
(Teil II).
Von Sabine Reul

Alexander Ewald:
Ro(a)gieren nach
Kassanlage

Frank Furedi:
Nachhaken im Nimmerland

Katharina Rutschky:
Die Schule als Manieren-
Manager: Cool oder
uncool?
[Heft S.20]

Kenan Malik:
Der Mensch ein
Naturwesen?
[Heft S.22]

Ulrich Dahl:
Das Geschlecht der Kinder
ist egal

ISSN 1618-9377

Thilo Spahl:
75 Jahre Penicillin: ein
Grund zum Feiern!

Wolfgang Viehöver:
Die Homöopathie ist ein
großer Irrtum

ISSN 1618-9377
ISSN 2121-4111

Sandy Starr:
Zukunft? Abgesagt. Zu
gefährlich!

Tilmann Prüfer:
Klein aber Gemein?
[Heft S.44]

Kathleen Richardson:
Menschliche Maschinen,
mechanische Menschen
[Heft S.46]

Stuart Derbyshire:
Tut fischen Fischen weh?

Thomas Deichmann:
Im Osten geht die Sonne

EINSPRUCH:
Gesunde Kühe, tote
Menschen
Von Thilo Spahl
[Heft S.53]

Graham Brookes:
Rumänische
Erfolgsgeschichte:
Transgene Sojabohnen
leben sich

Edgar Gärtner:
Klimaforschung oder Der
zweite Abschied vom
geozentrischen Weltbild
[Heft S.56]

Michael Brew:
Wahrnehmungsprobleme
und Katastrophenrhetorik
[Heft S.58]

Thomas R. DeGregori:
Loblied auf den Kuhdung

ISSN 1618-9377
ISSN 2121-4111

Brendan O'Neill:
Grenzüberschreitender
Terrorismus: ein vom
Westen verursachtes
Schisma

Philip Cunliffe:
Die neuen Retter der Welt?
[Heft S.70]

ISSN 1618-9377
ISSN 2121-4111

Hanko Uphoff:

Im Osten geht die Sonne auf

Die Grüne Gentechnik wird jetzt verstärkt in den neuen Ländern angesiedelt, um den Widerstand von Verbraucherschutzministerin Künast gegen die Biowissenschaften zu brechen. Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wollen sich weitere Blockaden im Rahmen der anstehenden Novellierung des deutschen Gentechnikgesetzes nicht mehr gefallen lassen. Von Thomas Deichmann.

Die Grüne Gentechnik wird jetzt verstärkt in den neuen Ländern angesiedelt, um den Widerstand von Verbraucherschutzministerin Künast gegen die Biowissenschaften zu brechen. Sachsen-Anhalt, Sachsen, Thüringen und Mecklenburg-Vorpommern wollen sich weitere Blockaden im Rahmen der anstehenden Novellierung des deutschen Gentechnikgesetzes nicht mehr gefallen lassen. Von Thomas Deichmann

Die OECD geht davon aus, dass die modernen Biotechnologien in den nächsten Jahrzehnten eine ökonomisch ähnliche Bedeutung wie derzeit die Informationstechnologie erlangen werden. Und nach der Delphie-Studie des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF) wird bis zum Jahr 2020 etwa die Hälfte aller bedeutenden Innovationen nicht mehr ohne biotechnologische Verfahren möglich sein. Hierzulande ist von all dem noch wenig zu spüren - vor allem was die Pflanzenbiowissenschaften angeht. Doch das mag sich alsbald ändern, und als Folge könnten die Landschaften im Osten des Landes anders als je erwartet erblühen.

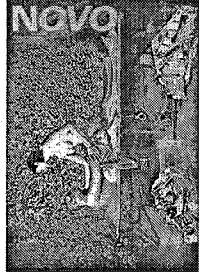
Mehrere politische Initiativen der letzten Monate deuten nämlich darauf hin, dass die Grüne Gentechnik in nächster Zukunft verstärkt in den neuen Bundesländern angesiedelt wird. Länderchefs, Forschungsanstalten und Unternehmen wollen mit diesem Schritt den anhaltenden Widerstand der grünen Verbraucherschutzministerin Renate Künast und ihres Parteil Kollegen und Umweltministers Jürgen Trittin gegen die modernen Biotechnologien unterlaufen. Keine schlechte Idee, denn während die Stimmungsmache der grünen Bundesminister gegen transgene Pflanzen im Westen des Landes zwar auf immer weniger offene Ohren stößt, aber trotzdem noch einige Wählerstimmen einbringt, gelten Hightech und Forschung einschließlich der Gentechnik im Agrar- und Lebensmittelbereich im Osten weniger als Gefahr denn als Chance für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft und als vielversprechende NewEconomy-Branche. Glückt die vor kurzem lancierte Biotech-Offensive im Osten der Republik, könnten die neuen Länder in ein paar Jahren nicht nur die Führungsrolle in Sachen Wirtschaftlichkeit, Qualität und Nachhaltigkeit des deutschen Ackerbaus übernehmen.

Die Vorreiterrolle bei diesem Streben nimmt derzeit Sachsen-Anhalt ein. In einer Kabinettsitzung am 12. August hat die Landesregierung zuletzt eine Biotechnologie-Umsetzungsstrategie zur Nutzung und Entwicklung der Pflanzenbiotechnologien beschlossen. Die Grüne Gentechnik wurde neben der Pharmaproduktion als einer von zwei Förderschwerpunkten festgelegt. In den kommenden fünf Jahren werden insgesamt rund 150 Mio. Euro für die Entwicklung beider Sektoren bereitgestellt. Wirtschaftsminister Horst Rehberger (FDP) kündigte an, Sachsen-Anhalt zu einem "führenden, weltweit anerkannten Biotechnologiestandort auszubauen". In kaum einem anderen Zukunftsbereich verfüge das Land über ein derartiges Potenzial, das Wirtschaftswachstum zu steigern und neue, hochwertige Arbeitsplätze zu schaffen. In der Tat gibt es kaum eine andere Region in Deutschland, in der so wesentliche Teile der Agrarkette Pflanzenzüchtung, Ackerbau, Lebensmittelverarbeitung und Pflanzenbiotechnologie versammelt sind. Um das Potenzial zu nutzen, ziehen in Sachsen-Anhalt die Ministerien für Wirtschaft, Umwelt, Landwirtschaft und Kultur an einem Strang. Darüber freut sich nicht zuletzt die Industrie, die in die Erarbeitung des Aktionsplans des Landes mit einbezogen wurde und nun darauf hofft, in absehbarer Zeit zunächst ost-, später auch westdeutschen Bauern und Verbrauchern ihre verbesserten Agrarprodukte (beispielsweise Maissorten mit gentechnisch erzeugten Resistenzen gegen Fraßschädlinge) schmackhaft machen und den deutschen Markt für ihre Produkte, die zum Teil schon bedeutende Weltmarktanteile erobert haben, öffnen zu können.

Neben der Stärkung bereits bestehender regionaler

Inside

NOVO 67/68




Im Osten geht die Sonne auf
von Thomas Deichmann

Während die Stimmungsmache der grünen Bundesminister gegen transgene Pflanzen im Westen des Landes zwar auf immer weniger offene Ohren stößt, aber trotzdem noch einige Wählerstimmen einbringt, gelten Hightech und Forschung einschließlich der Gentechnik im Agrar- und Lebensmittelbereich im Osten weniger als Chance für eine nachhaltige und effiziente Landwirtschaft und als vielversprechende NewEconomy-Branche.

Fadenscheinigkeit mit
Fadenscheinigkeit
bekämpfen: Schlingensiefel
und die Church of Fear


 Hazel Rosenstrach:
Zwischenhändler in der
Geistesproduktion
[Heft S.76]

 Sabine Rothemann:
Erfindung oder wirkliche
Wörter?


 Stefan Chatrath:
Toni-Hüter sind anders
[Heft S.80]

INHALT

 INHALT /
DAFÜR STEHT NOVO

 BRIEFE / IMPRESSUM
[Heft S.6]

 UPDATES
[Heft S.12]

 SCHÖNE NEUE WELT
von James Woudhuysen
[Heft S.13]


 FROHE BOTSCHAFT
von Dirk Maxelner und
Michael Miersch
[Heft S.38]


 MEHRWERT
Crashkurs Ökonomie
von Dirk Maxelner und
Michael Miersch
[Heft S.39]

 TITTE
Michael Najjar
[Heft S.42]

 BÜCHER
[Heft S.74]

 ANSCHNITTEN
von Klaus Bittermann:
Günter Grass
[Heft S.77]

 ANSTOSS
von Bernd Herrmann:
1954 - war da was?
[Heft S.81]

 GRÄTSCH
von Matthias Heilmann:
Deutschland ist Weltmeisterin
[Heft S.81]

 INNOVATION
von Hans-Joachim Maes
[Heft S.82]

Netzwerke, dem Ausbau internationaler Partnerschaften wie beispielsweise mit den Biotech-Regionen im niederländischen Wageningen und in Monterrey in den USA und der Verbesserung der Ausbildung des wissenschaftlichen Nachwuchses ist die derzeit ehrgeizigste Maßnahme des Landes der Bau des Bioparks Gatersleben. Hier sollen sich alsbald Biotech-Firmen aus aller Welt ansiedeln - am liebsten auch die ganz großen im Geschäft wie Monsanto, Syngenta und Bayer Crop Science. Es ist vorgesehen, 35 bis 50 Prozent der Investitionen in Infrastrukturmaßnahmen durch Fördermittel aufzufangen. Der 35 Mio. Euro teure Gewerbepark mit Laborgebäuden, Gewächshäusern und Anbauflächen soll auf einem zwölf Hektar großen Areal optimale Bedingungen für Unternehmen und Forschungsanstalten bieten - der Baustart ist für das Frühjahr 2004 geplant. Die Verhandlungen mit den Investoren laufen auf Hochtouren.

Von Sachsen-Anhalt unterstützt wird auch das InnoRegio-Projekt "InnoPlanta" in der Region Nordharz / Börde - ein Verein, der im Mai 2000 gegründet wurde und auf den das Land sehr stolz ist, weil er beim InnoRegio-Wettbewerb des BMBF im Herbst 2000 sogleich den ersten Platz belegte und mit 20 Mio. Euro an Fördermitteln für den Zeitraum 2001-2006 die höchste jemals vergebene Prämie im InnoRegio-Wettbewerb erhielt. "InnoPlanta" vernetzt vor allem bereits existierende Kompetenzen der Region, die beispielsweise am weltweit renommierten Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) in Gatersleben, der Bundesanstalt für Züchtungsforschung (BAZ) mit einem Sitz in Quedlinburg, der Universität in Halle, der Hochschule Anhalt in Berburg und einer Reihe lokaler Saatzeitunternehmen wie der ZKW Züchtungsgesellschaft mbH in Wanzleben und der Nordsaat Saatzeit GmbH in Böhnschhausen angesiedelt sind. InnoPlanta koordiniert die vielfältigen Projekte der Branche - darunter Forschungen an verbesserten Spargelsorten und die Züchtung von Kulturpflanzen mit neuen Inhaltsstoffen - und bindet sie in die Biotechnologie-Strategie der Landesregierung ein. Der Verein betreut derzeit 32 Einzelprojekte mit insgesamt 83 Partnern. Zukünftig soll er mit dem Netzwerk "Rephyna", dessen Schwerpunkt bei der Isolierung von Arzneimitteln aus Pflanzen liegt, zusammengeführt werden.

Dreh- und Angelpunkt der Initiativen in Sachsen-Anhalt ist die BIO Mitteldeutschland GmbH (BMD), deren Gründung im November 2002 von der Landesregierung beschlossen wurde. Sie ist aus der Bioregion Halle-Lepzig Management GmbH hervorgegangen und hat die Aufgabe, die Implementierung der Biotech-Offensive des Landes zu koordinieren und voranzutreiben. Als Geschäftsführer wurde Jens Katzek an Bord geholt, der zuvor den gleichen Posten bei der in Frankfurt am Main ansässigen Deutschen Industrievereinigung Biotechnologie (DIB) innehatte. Als er diesen im vergangenen Herbst kurzerhand an den Nagel hingte, um in den Osten zu ziehen, wurde das in der Branche als deutliches Signal dafür gewertet, dass Sachsen-Anhalt zukünftig auch in politischer Hinsicht von sich reden machen würde. Als DIB-Geschäftsführer hatte sich Katzek für die Entwicklung verlässlicher nationaler und internationaler Rahmenbedingungen für Entwickler und Anwender der Grünen Gentechnik eingesetzt, und er war deshalb nicht selten mit Ministerin Künast aneinandergeraten. In Sachsen-Anhalt hat er nun beste Voraussetzungen für sein Wirken. Zum Beschluss der Biotechnologie-Umsetzungsstrategie des Landes sagte er, Pläne zur Förderung der Biotechnologie gebe es zwar wie Sand am Meer, "aber eine umfassende, in sich schlüssige Strategie, wie sie die Landesregierung jetzt vorgelegt" habe, finde man eher selten.

Ein wesentlicher Eckpunkt dieser Strategie, an der Katzek mitgefeilt hat, ist die politische Einflußnahme auf die nationalen und internationalen Gesetzgeber in Berlin und Brüssel. So hat der Bundesrat vor einigen Wochen nicht zufällig einen Entschlußantrag verabschiedet, in dem die Bundesregierung aufgefordert wurde, die von den EU-Behörden novellierte Freisetzungsrichtlinie (2001/18/EG) unverzüglich und ohne deutsch-grünen Sonderweg, d.h. ohne erschwerende Hürden für hiesige Produzenten und Anwender, in nationales Recht umzusetzen. Initiator war in diesem Fall die Umwelt- und Landwirtschaftsministerin von Sachsen-Anhalt Petra von Wernicke (CDU). Bundesministerin Künast, die mit der Umsetzung der EU-Freisetzungsrichtlinie betraut ist und dafür das deutsche Gentechnikgesetz (GenTG) ändern muss, hatte kurz zuvor einen Referentenentwurf für das GenTG vorgelegt, in dem sie u.a. vorschlug, den Schwellenwert für die aus Gründen der landwirtschaftlichen Praxis nicht zu vermeidenden und völlig unbedenklichen Vermischungen "ökologisch" produzierter und transgener Feldfrüchte noch deutlich unter den EU-Wert von 0,9 Prozent zu drücken. Schon allein hierdurch würde der Grünen Gentechnik in Deutschland weiter das Wasser abgegraben. Doch damit nicht genug: Künast möchte außerdem, dass der bisher im GenTG aufgeführte Förderzweck für die Grüne Gentechnik gestrichen wird. Und Punkte wie die Wahlfreiheit für Konsumenten und die Transparenz sollen zu Gesetzeszwecken erklärt werden, was nach Aussage anderer Ressorts in ihrem Entwurf nichts zu

suchen habe. Wissenschaftler monieren, dass an etlichen Stellen die in der EU-Freisetzungsrichtlinie genannten Anforderungen verschärft werden sollen. Doch Künast bräuhete zur Durchsetzung ihrer Ziele eine Mehrheit im Bundesrat. Angesichts der dortigen Mehrheitsverhältnisse gegen Rot-Grün und der jüngsten Initiativen in den neuen Ländern dürfte ihr diese versagt bleiben.

Um die Marschrichtung der neuen Länder in Sachen Pflanzen-Biotech in Zukunft besser koordinieren zu können, verfolgen Sachsen-Anhalt, Sachsen und Thüringen das Ziel, eine "Agenda Mitteldeutschland" aufzustellen. In einzelnen Bereichen funktioniert die Zusammenarbeit bereits. So wollen die drei Länderchefs die von Künast und Trittin anvisierte Fortsetzung der deutschen Blockade der Grünen Gentechnik stoppen. Sie fordern deshalb eine 1:1-Umsetzung der EU-Beschlüsse in deutsches Recht. Für diese Zielsetzung wollen sie auch weitere Landesregierungen gewinnen. Zudem ist darüber nachgedacht worden, die gesamte mitteldeutsche Wirtschaftsregion, die mit Gebieten im In- und Ausland um Investitionen, Firmenniederlassungen und Arbeitsplätze konkurrieren muss, noch besser aufzustellen. Dabei sollen weitere ostdeutsche Bundesländer sowie Niedersachsen miteinbezogen werden. Diese Strategie erscheint sinnvoll, denn in Brandenburg beispielsweise sitzen mit dem Max-Planck-Institut für molekulare Pflanzenphysiologie in Golm und der Potsdamer PlanTech GmbH weitere bedeutende Kompetenzen. Und für solche regionalen Kompetenznetzwerke hat die Europäische Kommission im Rahmen ihrer LifeScience-Strategie außerdem spezielle Fördertöpfe vorgesehen.

Um den ehrgeizigen politischen und ökonomischen Zielen Nachdruck zu verleihen und Künast bei der Novellierung des GenTG vorzeitig in die Schranken zu verweisen, debattierte der Landtag von Sachsen-Anhalt kurz vor der Sommerpause Anfang Juli auch schon über einen Regierungsantrag, den Biotechunternehmen und Forschungsanstalten im Bundesland ein Anbauprogramm für gentechnisch veränderte Pflanzen vorzuschlagen. Im Oderbruch in Brandenburg liefen in den vergangenen Jahren bereits erfolgreich Testanbauten von transgenem Mais. Und in Thüringen sollte dieses Jahr mit der erstmaligen Erprobung einer gentechnisch gegen Pilzbefall veränderten Weizensorte begonnen werden. Doch der Testanbau von Syngenta wurde von Biotechgegnern sabotiert, indem sie konventionelles Weizensaatgut auf der Testfläche verteilten. Solche Störaktionen betrachten die Landeschefs im Osten als unschöne "Westimporte". Sie wollen sich aber nicht davon abhalten lassen, den eingeschlagenen Weg weiterzugehen. So ist zu erwarten, dass die im Herbst 2003 anstehende Novellierung des GenTG zu einem harten Schlagabtausch zwischen den politischen Gegnern und den Befürwortern der Pflanzenbiotechnologien führen wird.

Dass Künast sich nicht einmal unbedingt auf die eigenen Reihen verlassen können, zeigt das Bundesland Mecklenburg-Vorpommern, dessen sozialdemokratischer Landwirtschaftsminister Till Backhaus die Grüne Gentechnik ebenfalls fördert und zumindest in diesem Punkt mehr mit seinen ostdeutschen Landeskollegen der Union gemein hat als mit der grünen Landwirtschaftsministerin des Bundes. Auf einer Tagung des Vereins zur Förderung Innovativer und Nachhaltiger Agrobiotechnologien (FINAB e.V.) im vergangenen Mai bezeichnete er die Verweigerungshaltung Berlins hinsichtlich der Pflanzenbiowissenschaften als "falschen Weg", der sich im globalen Welthandel ohnehin nicht einhalten ließe. Backhaus fungierte als Schirmherr der Tagung, die auf dem Gelände der Internationalen Gartenbauausstellung (IGA) in Rostock abgehalten wurde. Sein Ministerium misst den Aktivitäten von FINAB e.V. große Bedeutung zu.

Der Verein wurde im April 1999 gegründet mit dem Ziel, die agrarwissenschaftlichen und wirtschaftlichen Kräfte im traditionell landwirtschaftlich orientierten Nordosten Deutschlands zu vernetzen und die Tier- und Pflanzenzucht im Sinne einer naturschonenden Landwirtschaft in Mecklenburg-Vorpommern zu entwickeln. Dabei werden alle verfügbaren Technologien, von der Grünen Gentechnik bis hin zum ökologischen Landbau, vorurteilsfrei einbezogen und das im Westen der Republik politisch heiß diskutierte Konzept der gleichberechtigten Koexistenz verschiedener Anbausysteme in die Praxis umgesetzt. Augenfällig ist auch in Mecklenburg-Vorpommern die fruchtbare und vertrauensvolle Kooperation zwischen unterschiedlichen Ministerien, Forschungseinrichtungen und Agrarbetrieben, was maßgeblich auf das unermüdliche Engagement zweier Frauen zurückgeht: der FINAB-Vorsitzenden Inge Broer, Agrarökologin an der Universität Rostock, und einer ihrer Stellvertreterinnen, Kerstin Schmidt von der BioMath GmbH in Rostock.

In Sachen Infrastruktur ist Mecklenburg-Vorpommern einen Schritt weiter als Sachsen-Anhalt. Bereits im März 2002 erfolgte der erste Spatenstich für ein großzügiges Kompetenz- und Gründerzentrum für biogene Ressourcen in Groß Lüsewitz etwa zehn Kilometer vor Rostock. Das Kompetenzzentrum soll 30 Hektar landwirtschaftlicher Nutzfläche umfassen, dazu werden

Gewächshäuser und im angegliederten Gründerzentrum Büro- und Laborgebäude errichtet. Bei der Grundsteinlegung des "Bioaktiv" getauften Projekts im September letzten Jahres überreichte Landwirtschaftsminister Backhaus einen Zuwendungsbescheid der Landesregierung über 5,34 Mio. Euro, die in den Bau des Zentrums fließen sollen.

Thomas Delchmann ist Chefredakteur von *Novo*. Mit Thilo Spahl ist er Autor von *Das populäre Lexikon der Gentechnik* (Eichborn Verlag, Frankfurt a.M. 2001). Im Oktober ist von ihm zusammen mit Detlev Ganten und Thilo Spahl *Leber, Natur, Wissenschaft, Alles, was man wissen muss* (Eichborn Verlag, 2003) erschienen. Eine gekürzte und redigierte Version des vorliegenden Artikels ist am 7.10.03 in der Beilage "Biotechnologie" der Frankfurter Allgemeine Zeitung erschienen.

WEBTIPPS

InnoPlanta e.V.:
<http://www.innoplanta.com>

BioMitteldeutschland GmbH (BMD):
<http://www.bio-mitteldeutschland.de>

FINAB e.V.:
<http://www.finab.de>

**Deutsche Industrievereinigung
Biotechnologie (DIB):**
<http://www.vci.de/dib>

Transgen:
<http://www.transgen.de>

Biosicherheit:
<http://www.biosicherheit.de>



BioTechFarm
GmbH & CO. KG



Unternehmen

BioTechFarm
Leistungsangebot

Informationen

Kontakt
Impressum

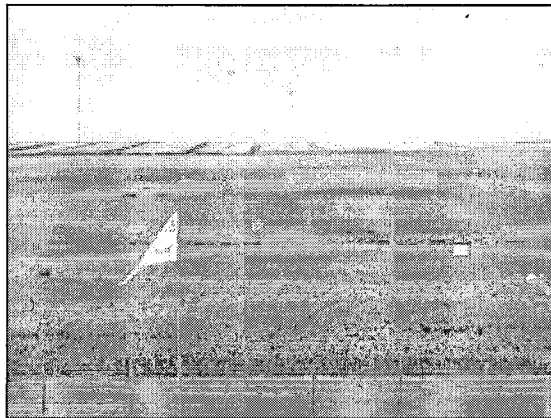
Willkommen bei BioTechFarm

Feldversuche · Erprobungsanbau · Schaugarten

Die BioTechFarm GmbH & Co. KG organisiert Feldversuche für Unternehmen, wissenschaftliche Einrichtungen und Institutionen, die neuartige Pflanzen, Pflanzenschutz- und Düngemittel im Feld erproben möchten. Die Gesellschaft stellt hierzu entsprechend geeignete Flächen bereit, bietet Dienstleistungen zur agronomischen Betreuung der Flächen, zum Schutz der Flächen vor Zerstörung und zur PR-mäßigen Begleitung der Feldversuche an.



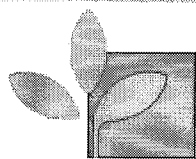
www.schaugarten-ueplingen.de



Auch 2009 stellt die BioTechFarm Produkte der modernen Pflanzenzüchtung vor:

- eine Bandbreite kommerzieller Getreide- und Energiepflanzen,
- verschiedene Strategien zur Pflanzenschutz und Düngung sowie aktuelle Entwicklungen in der Züchtung von Mais,
- Kartoffeln, Weizen und Zuckerrübe mit Methoden der Gentechnik.

Besucher können sich vor Ort umfassend informieren, die Pflanzen ansehen und ihre Fragen von Fachleuten beantworten lassen. - Der Eintritt ist frei.



Schaugarten Üplingen

Pflanzenforschung erleben

Auch 2010: Besuchen Sie den Schaugarten Üplingen.

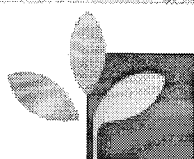


Die Landwirtschaft der Zukunft soll umweltfreundlich sein und zum Klimaschutz beitragen, weniger Wasser verbrauchen und den Boden schonen. Die Weltbevölkerung wächst und muss ernährt werden. Und auch nachwachsende Rohstoffe konkurrieren um die landwirtschaftlich nutzbaren Flächen, die kaum noch ausgeweitet werden können.

Deshalb sind Pflanzen mit neuen Eigenschaften nötig: Gesunde und vitale Pflanzen, die gute Erträge liefern, unempfindlich sind gegenüber Schädlingen und Krankheiten – und auch bei widrigen Umweltbedingungen wie Kälte, Hitze oder Trockenheit gedeihen.

Ohne eine moderne Pflanzenforschung wird das nicht zu erreichen sein. Überall auf der Welt arbeiten Universitäten, Forschungseinrichtungen und Unternehmen an der Entwicklung neuer Pflanzensorten. Sie nutzen dabei verschiedene Züchtungsmethoden, darunter auch die Pflanzenbiotechnologie.

Wenn es Sie interessiert, wie weit die moderne Pflanzenforschung tatsächlich ist, wenn Sie sich einmal "echte" Freilandversuche anschauen wollen, wenn Sie wissen wollen, ob gentechnisch veränderte Pflanzen zu einer nachhaltigen Landwirtschaft beitragen können – dann kommen Sie in den Schaugarten Üplingen und machen sich Ihr eigenes Bild.



Schaugarten Üplingen

Öffnungszeiten und Anmeldung

Der Schaugarten ist 2010 von Juni bis September für Besuchergruppen geöffnet.

Das detaillierte Besucherprogramm 2010 wird rechtzeitig veröffentlicht.

- Telefon: 039404 66-372
- **Anmeldung per Fax**
Bitte drucken Sie das Formular aus und faxen Sie es ausgefüllt zurück.

[Download](#) [PDF | 43K]

- **Online Anmeldung**

[zur Anmeldung](#)

Die Führung schließt einen Besuch des Schaugartens und der Ausstellung im Stiftsgut ein.

Gruppen

Nach Eingang Ihres Besuchswunsches ruft die Besucherbetreuerin bei Ihnen an, um Termin und Ablauf des Besuches genauer mit Ihnen zu besprechen (ab Frühjahr 2010)

Wenn Sie wünschen, kann Ihr Besuch im Schaugarten mit einer Diskussionsrunde und Kurzvorträgen zu moderner Pflanzenzüchtung und Pflanzenbiotechnologie ergänzt werden. Im Stiftsgut sind Tagungen möglich einschließlich Versorgung mit Speisen und Getränken.

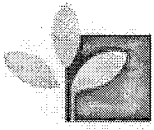
Alles Weitere entnehmen Sie bitte dem Besuchsprogramm 2010, das in Kürze erscheint.

Einzelpersonen

... sind willkommen. Nach Eingang der Anmeldung wird die Besucherbetreuerin mehrere Termine für einen Besuch mit Führung vorschlagen.

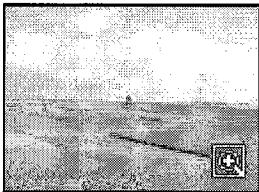
2010 sind mehrere "Tage der offenen Tür" vorgesehen. Der Schaugarten ist dann für alle Besucher geöffnet.

So 18.04.2010 | 21:21 Uhr



Pflanzenforschung erleben Schaugarten Üplingen

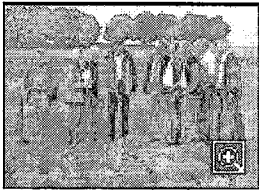
Auch 2009 steht der Schaugarten Üplingen (Sachsen-Anhalt) für Besucher offen. Hier werden im Freiland konventionelle wie gentechnisch veränderte Weizen-, Mais-, Zuckerrüben- und Kartoffelsorten getestet und verschiedene Anbaumethoden miteinander verglichen. Einzelpersonen wie Gruppen können an Führungen durch den Schaugarten teilnehmen und eine Ausstellung zur Grünen Biotechnologie besuchen.



Im Schaugarten werden in diesem Jahr Anbau- und Freisetzungsversuche mit gentechnisch veränderten Mais-, Weizen-, Zuckerrüben- und Kartoffellinien durchgeführt.

Schaugarten Üplingen in der Anbausaison 2009

Neben dem umstrittenen Bt-Mais MON810 werden verschiedene andere gentechnisch veränderte Maislinien gezeigt, darunter Weiterentwicklungen von MON810, Mais mit einer weiteren, gegen den Maiswurzelbohrer gerichteten Variante des Bt-Proteins sowie Mais mit gentechnisch vermittelter Herbizidtoleranz. Zu besichtigen sind auch gv-Maispflanzen mit mehreren neu eingeführten Merkmalen (*stacked genes*), so dass sie über Resistenzen gegen verschiedene Schädlinge und Herbizide verfügen.



Führungen: eine Besuchergruppe besichtigt eine Parzelle mit herbizidtoleranten Zuckerrüben

Eine herbizidtolerante gv-Zuckerrübe, die in den USA seit zwei Jahren im Anbau ist, wird im Schaugarten derzeit unter Praxisbedingungen erprobt. Mit ihr soll eine einfachere und umweltverträgliche Unkrautbekämpfung möglich sein.



Grundlagenforschung: Weizen mit einer Resistenz gegen Brandpilze

Für Besucher besonders interessant dürften die Kartoffeln sein, die im Schaugarten zu besichtigen sind. Bei ihnen geht es darum, wie sie sich gegenüber der Kraut- und Knollenfäule (Phytophthora) verhalten, einer berüchtigten Kartoffelkrankheit. Im Schaugarten stehen sie direkt nebeneinander: einige aktuelle Sorten ohne Resistenz, eine weitere Sorte mit einer konventionell eingezüchteten Resistenz sowie mehrere gentechnisch veränderte Sorten, in die zwei Resistenzgene einer südamerikanischen Wildkartoffel eingeführt wurden. Wenn es wie zu erwarten ist im Hochsommer oder Herbst zu einem Befall mit dem Krankheitserreger kommt, können die Besucher im Schaugarten beobachten, wie sich die verschiedenen Kartoffelsorten im "Ernstfall" verhalten.



Unkrautbekämpfung im Maisanbau: Im Schaugarten stehen verschieden Konzepte im Vergleich, darunter auch herbizid-resistenter gv-Mais.



Kartoffeln: Eine südamerikanische Wildkartoffel (Mitte) liefert

Im Schaugarten sind auch Versuche mit

Mehr im Web

Schaugarten Üplingen

- Schaugarten Üplingen
- Pflanzenforschung erleben. Flyer zum Schaugarten

Dorf Üplingen

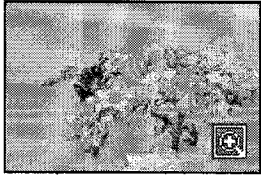
- Üplingen wurde vom Deutschen UNESCO-im Rahmen der UN-Dekade "Bildung für Nachhaltige Entwicklung" ausgezeichnet.

Wissen

Veranstaltungen, Schaugärten, Museen

- ▶ Veranstaltungskalender
- ▶ Ausstellungen, Schaugärten und Museen
- ▶ phaeno Wolfsburg: Bausteine des Lebens - Genetischen Phänomenen auf der Spur

Gene, die eine Resistenz gegen die Kraut- und Knollenfäule vermitteln (links). Daneben konventionelle Kartoffelsorte.



Buchweizen. Neue Nutzungsformen für traditionelle Kulturarten.

gentechnisch veränderten Pflanzen zu sehen, die sich noch in einem frühen Entwicklungsstadium befinden und eher in der Grundlagenforschung anzusiedeln sind, etwa ein in der Schweiz entwickelter Weizen mit einem neuartigen Resistenzkonzept gegen Brandpilze sowie Kartoffeln, die in Ihren Knollen einen Grundstoff für Bioplastik oder einen Impfstoff gegen eine Kaninchenkrankheit produzieren.

Darüber hinaus bietet der Schaugarten Anschauungsunterricht zu einigen alten und neuen Kulturpflanzen, die sich möglicherweise als "moderne" Lieferanten für nachwachsende Rohstoffe eignen: etwa Buchweizen, Öllein, Sudangras oder Amaranth.

Wer Gentechnik und Pflanzenzüchtung an konkreten Beispielen betrachten möchte, kann sich zu einem Besuch im Schaugarten anmelden. Schulklassen und Gruppen sind besonders willkommen. Das nahe gelegene Stiftsgut Üplingen zeigt eine kleine Ausstellung zu den Themen des Schaugartens und bietet Raum für Veranstaltungen. Ein Besuch im Schaugarten ist nur im Rahmen einer Führung möglich.

☞ Informationen zum Schaugarten und den verschiedenen Versuchen, Anmeldung und Besichtigung

Mehr bei TransGen

- ▶ Kartoffeln: Neue Züchtungsstrategien gegen einen trickreichen Erreger
- ▶ Komm ins Beet: Schaugärten in Köln und Golm

24. Juli 2009



© Copyright 1995 - 2010 TransGen Wissenschaftskommunikation

**SACHSEN-ANHALT**

Staatskanzlei

Die Woche in Sachsen-Anhalt**Newsletter der Landesregierung Nr. 28 vom 11. Juli 2008****Inhalt:****Landespolitik**

**InnoPlanta-Preis für Journalisten und Wissenschaftler verliehen
Neues Internetportal zum Thema Integration frei geschaltet
Diese Woche im Kabinett: Beschlüsse der Landesregierung
Vereinbarung zur Stärkung der wirtschaftlichen Innovationskraft
Weitere Investition am Standort Osterweddingen
Neue Produktionshallen in Halberstadt eingeweiht
Start für 3D-Animation in neuer Eisleber Tourist-Information
Mehr als 22 Mio. Euro für Ausbau von Bildungseinrichtungen
Mehr erfolgreiche Schulabschlüsse in Sachsen-Anhalt
Qualität der Lehre an den Hochschulen soll verbessert werden
Stärkere Bestrafung extremistischer Straftaten
Werke aus der „Bibliothek verbrannter Bücher“ übergeben**

Land und Regionen

**Leichter Geburtenanstieg in Sachsen-Anhalt 2007
Magdeburg zeigt neue Ausstellung zu „Spektakeln der Macht“
Stiftung Bauhaus Dessau zeigt Ausstellung über Eugen Batz
Städtepartnerschaft zwischen Magdeburg und Harbin/China
Mathemobil der Universität Magdeburg tourt durch Schulen
Landesmedienanstalten vergaben Fernsehpreis Mitteldeutschland
Schaugarten für gentechnisch veränderte Pflanzen eröffnet
Medaillen für Saale-Unstrut-Weine des Jahrgangs 2007**

Personen-Projekte-Publikationen

**Schwimmtrainer Volker Hoffmann mit Wernigeröder Bürgerpreis geehrt
Beitrag der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung gebildet
Verein dokumentiert Bericht über Freiwilligendienste Jugendlicher im Ausland
Erste Engagementlotsen haben in Sachsen-Anhalt ihre Ausbildung beendet**

Terminvorschau

**Ritterturnier auf der Burgruine Regenstein bei Blankenburg
Orangerie Oranienbau zeigt historische Kutschen und Wagen
Ausstellung der Künstlergruppe „Kölner Kästchentreffen“ in Halle**

Und außerdem...

Landespolitik

InnoPlanta-Preis für Journalisten und Wissenschaftler verliehen



InnoPlanta

über die grüne Gentechnik auszeichnen.

„Wir brauchen beim Thema der grünen Gentechnik eine sachliche Diskussionskultur, die objektiv Chancen und Risiken gegeneinander abwägt. So kann sich allmählich auch eine höhere Akzeptanz bei den Verbrauchern entwickeln.“ Das sagte Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer in der vergangenen Woche in Berlin in seiner Festrede zur erstmaligen Verleihung des Preises für Journalisten und Wissenschaftler. Der Verein InnoPlanta will mit dem Preis künftig jährlich objektive und zugleich allgemein verständliche Berichterstattung

[mehr Informationen](#)

Neues Internetportal zum Thema Integration frei geschaltet



Sachsen-Anhalt hat in dieser Woche ein umfassendes und vielfältiges Internetportal zum Thema Integration frei geschaltet. Unter der Adresse www.integriert-in-sachsen-anhalt.de gibt es hier gebündelte Informationen zu allen Fragen der Zuwanderung, des Zusammenlebens von Einheimischen mit Zuwanderern sowie der Integration.

[mehr Informationen](#)

Diese Woche im Kabinett: Die Landesregierung Sachsen-Anhalts

- hat auf der Grundlage eines Berichts von Finanzminister Jens Bullerjahn die Mittelfristige Finanzplanung für die Jahre 2008 bis 2012, die langfristige Projektion der Haushaltsentwicklung bis zum Jahre 2025 sowie die 2. Überarbeitung des Personalentwicklungskonzeptes für die Jahre 2008 – 2025 erörtert. [mehr](#)
- verabschiedete den Krankenhausplan 2008 und gab zugleich knapp 18,5 Millionen Euro für Krankenhausinvestitionen frei. Die bedarfs- und qualitätsgerechte Versorgung der Bevölkerung mit stationären Leistungen wird weiter gesichert. [mehr](#)

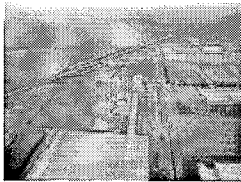
Vereinbarung zur Stärkung der wirtschaftlichen Innovationskraft

Der Landessprecher Sachsen-Anhalt des Verbandes Innovativer Unternehmen e.V. (VIU), Dr. Hans Günter Peters, und Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff haben in der vergangenen Woche eine Konsultationsvereinbarung zu Stärkung der Innovationskraft der Wirtschaft in Sachsen-Anhalt unterschrieben. Wesentliche Inhalte der Vereinbarung sind unter anderem: die weitere intensive Zu-

sammenarbeit bei der Innovationsförderung, beim Wissens- und Technologietransfer in die Wirtschaft und bei der Bereitstellung von Ausbildungs- und Praktikumsplätzen.

[mehr Informationen](#)

Weitere Investition am Standort Osterweddingen



Die f I Glass GmbH errichtet in Osterweddingen (Landkreis Börde) eine Betriebsstätte zur Herstellung von Flachglas (Floatglas). Im Beisein von Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff und Verkehrsminister Dr. Karl-Heinz Daehre wurde in der vergangenen Woche der Grundstein für das Werk gelegt, in das das Unternehmen insgesamt mehr als 188 Mio. Euro investiert und damit etwa 230 Arbeitsplätze schafft.

[mehr Informationen](#)

Neue Produktionshallen in Halberstadt eingeweiht



Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff hat in der vergangenen Woche zwei neue Produktionshallen auf dem Gelände der Halberstädter Technische Werkstätten GmbH (HaTeWe) eingeweiht. Das vor 15 Jahren gegründete Metallbauunternehmen hatte in den vergangenen Monaten rund drei Millionen Euro in den Aus- und Umbau der zwei Hallen investiert. Für die Investition erhielt die HaTeWe GmbH Fördermittel aus der Gemeinschaftsaufgabe zur

Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur (GA-Mittel).

[mehr Informationen](#)

Start für 3D-Animation in neuer Eisleber Tourist-Information

Besucher des Eisleber Luthergeburtshausensembles können künftig das Petriviertel erkunden, ohne einen Fuß vor die Tür zu setzen. Möglich macht dies eine vom Magdeburger Fraunhofer IFF entwickelte 3D-Animation, die Wirtschaftsminister Dr. Reiner Haseloff in der vergangenen Woche in Betrieb genommen hat. Zugleich wurde die neue Geschäftsstelle des „Tourist-Information Lutherstadt Eisleben e.V.“ ihrer Bestimmung übergeben.

[mehr Informationen](#)

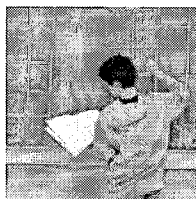
Mehr als 22 Mio. Euro für Ausbau von Bildungseinrichtungen



Das Land Sachsen-Anhalt investiert in den nächsten Jahren rund 22,4 Millionen Euro in den weiteren Ausbau der Bildungslandschaft. Der Finanzausschuss des Landtages hat in der vergangenen Woche den entsprechenden Vorlagen des Ministeriums für Landesentwicklung und Verkehr zugestimmt. Mit dem Geld könnten wichtige Vorhaben in den unterschiedlichsten Bereichen realisiert werden, so Bauminister Dr. Karl-Heinz Daehre.

[mehr Informationen](#)

Mehr erfolgreiche Schulabschlüsse in Sachsen-Anhalt



Der Anteil der Schulabgänger, die in Sachsen-Anhalt die Schule ohne Abschluss verlassen, sank von 2004 bis 2007 um drei Prozentpunkte. Nach einer Studie der „Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft“ und der „Wirtschafts-Woche“ belegt Sachsen-Anhalt damit den ersten Rang im Bundesvergleich. Zahlen aus dem Kultusministerium bestätigen die Aussage: Im Schuljahr 2006/07 verließen 4,8 Prozent der Schulabgänger die Schule ohne Abschluss, 2003/2004 waren es noch 8,3 Prozent.

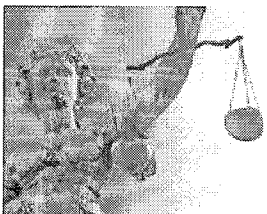
[mehr Informationen](#)

Qualität der Lehre an den Hochschulen soll verbessert werden



Der Wissenschaftsrat hat in der vergangenen Woche einstimmig Empfehlungen zur Qualitätsverbesserung von Lehre und Studium an den deutschen Hochschulen verabschiedet. Sachsen-Anhalts Kultusminister Prof. Dr. Jan-Hendrik Olbertz, der ländersseitig den Vorsitz der Verwaltungskommission des Wissenschaftsrates führt, war als Mitglied einer Redaktionsgruppe an der Erarbeitung des beschlossenen Papiers beteiligt.

Stärkere Bestrafung extremistischer Straftaten



Sachsen-Anhalts Justizministerin Professor Angela Kolb hat es als großen Erfolg bezeichnet, dass sich der Bundesrat in der vergangenen Woche auf Antrag aller neuen Länder für eine stärkere Bestrafung extremistischer Straftaten ausgesprochen hat. Durch Änderungen im Strafgesetzbuch soll erreicht werden, dass menschenverachtende, rassistische oder fremdenfeindliche Beweggründe oder Ziele einer Tat bei der Festsetzung der Strafe besonders berücksichtigt werden.

[mehr Informationen](#)

Werke aus der „Bibliothek verbrannter Bücher“ übergeben

Justizministerin Prof. Angela Kolb übergab in dieser Woche in Magdeburg Exemplare aus der Reihe „Bibliothek verbrannter Bücher“. Eine Quedlinburger Betriebsberufsschule und ein Gymnasium der Landeshauptstadt sind die ersten in Sachsen-Anhalt, die Werke aus dieser Reihe erhielten. Die „Bibliothek verbrannter Bücher“ ist ein Projekt des Moses Mendelssohn Zentrums Potsdam.

[mehr Informationen](#)

Land und Regionen

Leichter Geburtenanstieg in Sachsen-Anhalt 2007

Im Jahr 2007 sind in Sachsen-Anhalt mehr Babys geboren worden als im Vorjahr. Es gab einen leichten Geburtenanstieg von 460 Kindern, teilte das Statistische Landesamt in der vergangenen Woche in Halle mit. Insgesamt kamen 2007 fast 17.400 Babys zur Welt. Die Entwicklung verlief regional stark unterschiedlich. Der geburtenstärkste Landkreis war im vergangenen Jahr der Harz mit einem Plus von 8,7 Prozent. Auch der Saalekreis lag mit einem Anstieg von 6,5 Prozent über dem Landesdurchschnitt von 2,7 Prozent.

[mehr Informationen](#)

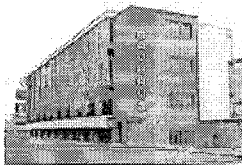
Magdeburg zeigt neue Ausstellung zu „Spektakeln der Macht“



Das Kulturhistorische Museum Magdeburg zeigt ab 21. September 2008 die Ausstellung „Spektakel der Macht. Rituale im Alten Europa 800 – 1800“. Die Schau führe rund 250 hochrangige Leihgaben aus europäischen Museen, Bibliotheken und Schatzkammern erstmals zu diesem Thema zusammen, teilte die Investitions- und Marketinggesellschaft Sachsen-Anhalt in dieser Woche in Magdeburg mit. Auf 750 Quadratmeter Ausstellungsfläche sind Besucher auf den Spuren öffentlicher Rituale unterwegs.

[mehr Informationen](#)

Stiftung Bauhaus Dessau zeigt Ausstellung über Eugen Batz



Die Stiftung Bauhaus Dessau zeigt seit der vergangenen Woche erstmals eine Werkschau des Klee-Meisterschülers Eugen Batz (1905-1986). Im Meisterhaus Kandinsky/Klee sind 130 Aquarelle, Gemälde, Fotografien und Radierungen zu sehen. Batz hatte 1929 sein Studium am Bauhaus Dessau aufgenommen. 1931 folgte er seinem Lehrer Paul Klee (1879-1940) an die Kunstakademie Düsseldorf und wurde dort dessen Meisterschüler.

[mehr Informationen](#)

Städtepartnerschaft zwischen Magdeburg und Harbin/China

Magdeburg und das chinesische Harbin haben eine Städtepartnerschaft besiegelt. Beide Regionen wollten ihre wirtschaftlichen und kulturellen Kontakte ausbauen, teilte die Stadtverwaltung in der vergangenen Woche mit. Harbin mit etwa drei Millionen Einwohnern ist die Hauptstadt der nordostchinesischen Provinz Heilongjiang und liegt direkt an der Grenze zu Russland. Die chinesische Stadt ist die sechste Stadt, mit der Magdeburg eine Städtepartnerschaft eingeht.

[mehr Informationen](#)

Mathemobil der Universität Magdeburg tourt durch Schulen



Mathematiker der Universität Magdeburg wollen Schülern die Angst vor Zahlen, Gleichungen und Textaufgaben nehmen. Professoren und Studenten sind seit Ende Mai mit einem Mathemobil an den Schulen in Sachsen-Anhalt unterwegs und stoßen dabei auf großes Interesse, wie die Universität kürzlich in Magdeburg mitteilte. Inzwischen kämen auch

Anfragen aus Berlin und Niedersachsen. Das Mathemobil ist ein Beitrag der Hochschule zum Wissenschaftsjahr der Mathematik.

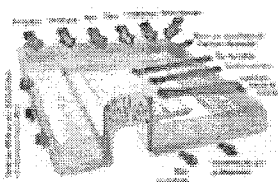
[mehr Informationen](#)

Landesmedienanstalten vergaben Fernsehpreis Mitteldeutschland

Die Landesmedienanstalten Thüringen, Sachsen und Sachsen-Anhalt haben in der vergangenen Woche in Erfurt den Rundfunkpreis Mitteldeutschland in der Sparte Fernsehen verliehen. Der Preis ist mit insgesamt 11.000 Euro dotiert. Sieger in der Kategorie Bester Beitrag ist Christian Uhlisch (Leipzig Fernsehen) mit „Heuersdorf - Eine Kirche zieht um“. In der Kategorie Bestes Porträt sprach die Jury den ersten Preis Judith Noll (Salve.TV Weimar) für „Ein außergewöhnlicher Mensch - Norbert Gladis“ zu.

[mehr Informationen](#)

Schaugarten für gentechnisch veränderte Pflanzen eröffnet



In Ausleben (Kreis Börde) wurde in dieser Woche der bundesweit erste Schaugarten für gentechnisch veränderte Pflanzen eröffnet. In dem Garten auf dem Stiftungsgut Üplingen können sich Landwirte und andere Interessierte über aktuelle Entwicklungen bei der Züchtung von Nutzpflanzen und Energiepflanzen informieren. Das Unternehmen BioTech Farm organisiert hier für Firmen und Wissenschaft Feldversuche mit gentechnisch veränderten Pflanzen.

[mehr Informationen](#)

Medaillen für Saale-Unstrut-Weine des Jahrgangs 2007



Mit Medaillen in Gold, Silber und Bronze sind die besten Saale-Unstrut-Weine des Jahrgangs 2007 in dieser Woche in Leipzig ausgezeichnet worden. 19 von den knapp 100 Rebsäften erhielten eine Goldmedaille, wie der Weinbauverband Saale-Unstrut (Freyburg) mitteilte. Die Jury vergab zudem 46 Mal Silber und 34 Mal Bronze. 19 Weingüter erhielten mindestens eine Medaille. Mit 4,8 Millionen Litern gehört der Jahrgang 2007 zu den Spitzenjahrgängen.

[mehr Informationen](#)

Personen – Projekte - Publikationen

Der Schwimmtrainer Volker Hoffmann wurde in der vergangenen Woche mit dem **Wernigeröder Bürgerpreis** geehrt. Er erhält die mit 1.000 Euro dotierte Auszeichnung für sein ehrenamtliches Engagement in der Region, teilte die Stadtverwaltung mit. Hoffmann ist seit vielen Jahren Vorsitzender der Kreissportjugend. Er betreut als Übungsleiter junge Menschen über den Sport hinaus und organisiert mit ihnen auch andere Freizeitaktivitäten. [mehr](#)

Zehn Persönlichkeiten gehören den neuen **Fachbeirat der Landesvereinigung kulturelle Kinder- und Jugendbildung Sachsen-Anhalt e. V.** an. Dieses Gremium hat sich Anfang Juli konstituiert und wird drei Jahre im Amt sein. Der Fachbeirat beschloss, dass **Prof. Dr. Ilona Wuschig** und **Jürgen Jankofsky** künftig als Sprecher/in agieren werden. [mehr](#)

Der Verein „grenzenlos e.V.“ hat Medienberichte über Jugendliche dokumentiert, die einen Freiwilligendienst bzw. Zivildienst im Ausland leisten. Diese **Pressedokumentation** stellt ein umfangreiches Medienarchiv über Freiwilligendienste im Ausland zur Verfügung und vermittelt Jugendlichen, die sich für einen Dienst im Ausland interessieren, wertvolle Informationen.

Die ersten Engagementlotsen Sachsen-Anhalts haben ihre Ausbildung beendet und beginnen nun mit der Umsetzung neuer Projekte und Vorhaben im Landkreis Anhalt-Bitterfeld. Engagementlotsen sind Bürgerinnen und Bürger, die als Ehrenamtliche vor Ort aktiv sind, Menschen und Einrichtungen bzw. Vereine vernetzen, weitere Freiwillige gewinnen und Projekte umsetzen, die sonst nicht verwirklicht werden könnten.

Termine

Videobotschaft von Ministerpräsident Prof. Dr. Wolfgang Böhmer in dieser Woche zum Thema: „Leopoldina Halle“
Im Internet abrufbar ab 11. Juli 2008 → [mehr](#)

Zum 17. Ritterturnier auf der Burgruine Regenstein bei Blankenburg erwarten Ritter, Herolde, Knappen und Wunderheiler **am 19. und 20. Juli 2008** ihre Gäste. Im Rahmen dieses Spektakels werden die Besucher von mittelalterlichen Klängen und Gauklern empfangen. Vor allem die ehrenhaften Ritterkämpfe sorgen für ein aktionsgeladenes Wochenende am Nordrand des Harzes. [mehr](#)

Noch bis zum 14. September 2008 werden historische Kutschen und Wagen in einer Ausstellung in der Orangerie Oranienbaum (Landkreis Wittenberg) gezeigt. Die Fahrzeuge aus dem 18. und 19. Jahrhundert wurden von Sammlern aus Dessau, Wörlitz und Oranienbaum zur Verfügung gestellt. Neben dem sogenannten eleganten Landauer sind der Nachbau einer westfälischen Postkutsche und ganz einfache Kutschentypen zu sehen. [mehr](#)

Eine Ausstellung der Künstlergruppe „Kölner Kästchentreffen“ wird bis zum **28. September 2008** in den Franckeschen Stiftungen in Halle gezeigt. Im Laufe der Jahre sei bei diesen Treffen eine Vielzahl dreidimensionaler Miniaturwelten aus Alltagsgegenständen, Fragmenten und Fundstücken in Bildkästen, Kartonagen und kleinen Vitrinen entstanden, die erstmals in einer Ausstellung gezeigt werden, teilte die Stiftung mit.

Und außerdem ...

... liegt im Halberstädter Jagdschloss Spiegelsberge das älteste erhaltene Riesenweinfass der Welt. Das habe die Redaktion Guinnessbuch bestätigt, teilte die Halberstädter Stadtverwaltung kürzlich mit. Es sei zudem mit einem Fassungsvermögen von 144.000 Litern das weltweit größte Fass des ausgehenden 16. Jahrhunderts. Das Fass wurde 1594 für das Schloss in Gröningen gebaut und kam 200 Jahre später in das neu erbaute Spiegelsbergen-Schloss nach Halberstadt. [mehr](#)

Impressum

Staatskanzlei Sachsen-Anhalt
Presse- und Informationsamt
Hegelstraße 42
39104 Magdeburg

Telefon: +49 0391-567-6666
Telefax: +49 0391.567-6677
E-Mail: newsletter@stk.sachsen-anhalt.de
Internet: www.sachsen-anhalt.de

Verantwortlich: Theo Struhkamp
Redaktion: Andreas Zirke
Layout und Design: Burkhard Rulf

Wir bemühen uns intensiv, auf dieser Website richtige und vollständige Informationen zur Verfügung zu stellen. Wir übernehmen jedoch keine Haftung oder Garantie für die Aktualität, Richtigkeit oder Vollständigkeit der auf dieser Seite bereitgestellten Informationen. Dies gilt auch für alle Verbindungen (Hyperlinks), auf die diese Website direkt oder indirekt verweist. Wir sind für den Inhalt einer Seite, die mit einem solchen Link erreicht wird, nicht verantwortlich. Es gilt das Telemediengesetz (TMG) vom 26. Februar 2007.

Magdeburg, den 4. Juli 2008

**InnoPlanta-Preis für Journalisten und Wissenschaftler verliehen/
Ministerpräsident Böhmer mahnt sachliche Diskussion über grüne Gentechnik
in**

Wir brauchen beim Thema der grünen Gentechnik eine sachliche Diskussionskultur, die objektiv Chancen und Risiken gegeneinander abwägt. So kann sich allmählich auch eine höhere Akzeptanz bei den Verbrauchern entwickeln. Ich begrüße die Stiftung des InnoPlanta-Preises, denn er kann dazu beitragen, dieses Ziel zu erreichen.“ Das sagte Ministerpräsident Prof. Dr. Böhmer heute in Berlin in seiner Festrede zur erstmaligen Verleihung des Preises für Journalisten und Wissenschaftler. Der Verein InnoPlanta will mit dem Preis künftig jährlich objektive und zugleich allgemein verständliche Berichterstattungen über die grüne Gentechnik auszeichnen.

Die Chancen der grünen Gentechnik können wir nur dann nutzen, wenn es gelingt, ein freundlicheres Klima für die Technologie zu schaffen. Je besser verdeutlicht wird, dass es einen objektiven Nutzen gibt, desto einfacher wird es sein, innovative Ideen umzusetzen“, sagte der Regierungschef. Vorteile könnten nicht zuletzt eine Verbesserung des Ertragspotenzials und die Verringerung des Einsatzes von Pflanzenschutzmitteln sein. Ein wichtiges Forschungsgebiet sei unter anderem die Kultivierung von Pflanzen zur Produktion von Arzneimitteln.

Die Entwicklung und Vernetzung der Potenziale der Pflanzenbiotechnologie bleibt für die Landesregierung ein wichtiges Anliegen. Auf der Grundlage der Empfehlungen des Wissenschaftsrats soll zum Beispiel ein länderübergreifend agierendes Netzwerk mit dem Schwerpunkt Pflanzenforschung entstehen. Bei der weiteren Unterstützung der Biotechnologie durch die Landesregierung wird es vor allem um die punktgenaue Förderung vielversprechender Forschungs- und Entwicklungsprojekte gehen“, so Böhmer.

Hintergrund:

Veranstalter sind der Focus-Redakteur Robert Thielicke und Prof. Dr. Hans-Jörg Jacobsen, Leiter der Abteilung Pflanzengenetik an der Leibniz-Universität Hannover.

InnoPlanta e.V. ist ein Netzwerk zur Förderung der grünen Gentechnik und der Pflanzenzüchtung und ging im Jahr 2000 aus dem InnoRegio-Wettbewerb der Bundesregierung hervor. In dem Verein engagieren sich Biotechnologie-Unternehmen, Wissenschaftler, Saatzüchter, Landwirte und kommunale Gebietskörperschaften.

In Sachsen-Anhalt gibt es derzeit mehr als 40 Unternehmen und 10 Forschungseinrichtungen im Bereich der Biotechnologie. Sie haben rund 5.500 Mitarbeiter, davon 1.500 auf dem Gebiet der Pflanzenbiotechnologie.

Impressum:

Staatskanzlei des Landes Sachsen-Anhalt
Pressestelle
Legestraße 42
06104 Magdeburg
Tel: (0391) 567-6666
Fax: (0391) 567-6667
E-Mail: staatskanzlei@stk.sachsen-anhalt.de



Nachrichten



Dr. Uwe Schrader wirbt im Schaugarten Üplingen in Sachsen-Anhalt für die Grüne Gentechnik. Ein Weizenfeld ist - aus Sicherheitsgründen - mit einem Vogelschutznetz umgeben, im Hintergrund ist der Wachturm und das Genmaisfeld zu sehen, auch Pioneer ist vertreten. Vassel



Für Dr. Degenhardt (Pioneer) ist der Genmais-Anbau ein Beitrag zu Klimaschutz und Welternährung.

Genmais: Werbefeldzug hinter Gittern

Schaugarten Üplingen informiert über Gentechnik - Saatgut-Firma Pioneer aus Buxtehude unterstützt Projekt bei Magdeburg

Buxtehude/Üplingen. Kurz hinter der Gedenkstätte "Marienborn" steht ein neuer Zaun - mit Wachturm, Wachmännern und Bewegungsmeldern. Doch in Üplingen wird nicht an die innerdeutsche Teilung erinnert. Im Schatten des Turms wachsen in einem gesicherten Schaugarten der "BioTechFarm" gentechnisch veränderte Pflanzen - vom Mais bis zur Kartoffel. "Ohne den Schutzzaun wären diese Pflanzen längst zerstört", sagt Dr. Uwe Schrader ganz offen. Hier werben Firmen wie Monsanto, KWS und Pioneer aus Buxtehude "für den Nutzen" der Grünen Gentechnik.

Schrader weiß, dass die Masse der Verbraucher die Gentechnik ablehnt - "aus Unkenntnis und aufgrund von Desinformationskampagnen", sagt der Mitinitiator des EU-weit einzigartigen Projekts. Die Branche hat ein Imageproblem - und der Schaugarten ist ein Ansatz, um den Widerstand zu überwinden. "Wir wollen für Offenheit und Information sorgen", sagt Schrader, FDP-Landtagsabgeordneter und Vorsitzender von "InnoPlanta". Der Verein setzt sich für den Anbau von gentechnisch verändertem Mais ein und "kämpft für Forschungsfreiheit". Schließlich seien in Deutschland mittlerweile Freisetzungsversuche kaum noch möglich. Ein Grund, warum Universitäten wie Rostock und Zürich ihre Versuchsfelder auf dem gesicherten Ein-Hektar-Areal haben. In Ostdeutschland sei die Akzeptanz höher, heißt es.

"Hier wachsen keine Monsterpflanzen", sagt Dr. Heinz Degenhardt von Pioneer bei der Führung durch den Schaugarten. Die Teilnehmer nicken. "Es ist letztlich Fortsetzung der Züchtung - mit neuen Werkzeugen", sagt Degenhardt. Auf Einladung des Unternehmens informierten sich, neben Kreislandwirt Johann Knabbe und Stader Saatgut-Geschäftsführer Axel Lohse, Landwirte und Lokalpolitiker in Üplingen. Der BT-Mais

MON 810 wiegt sich im Wind - genauso wie die Hybridzüchtungen nebenan. Den kleinen Unterschied erkennen Laien nicht. Lediglich die Schilder "Pflanzen sind nicht zum Verzehr bestimmt. Betreten für Unbefugte verboten", Vogelschutznetze und Turm erinnern die Besucher, dass es kein Garten wie jeder andere ist. Eine Mantelsaat soll verhindern, dass Genmais-Pollen zu weit fliegen. Bereits im Info-Flyer steht unverblümt: "Wenn sie wissen wollen, ob gentechnisch veränderte Pflanzen zu einer nachhaltigen Landwirtschaft beitragen können - dann besuchen sie den Schaugarten." Die Antwort ist nicht überraschend. Es sei eine Frage der Zeit, wann Genmais auch in Deutschland flächendeckend angebaut wird: "Wir müssen jetzt aufpassen, dass Deutschland in der Grünen Gentechnik nicht den Anschluss verliert." Die Forschung und der Anbau müssten gefördert werden.

Not, Hunger, Umweltschutz und Klimawandel sprächen für den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen wie Maiszünsler-resistentem BT-Mais. Wie funktioniert's? Dem Mais wird ein Gen eingebaut, damit die Pflanze sich selbst gegen den Fressschädling schützen kann. In diesem Fall ist das in der Natur vorkommende und auch im Bio-Anbau verwendete Bodenbakterium "bacillus thuringensis" die Basis. Deshalb ist von BT-Mais die Rede. Dass das Gift von MON 810 laut Bundesministerin Ilse Aigner (CSU) Lebewesen wie Wasserorganismen, Schmetterlinge und Marienkäfer schädigt, stimmt laut Degenhardt nicht. BT-Eiweiß wirke im Darm der Maiszünslerlarve "spezifisch" und sei für höher entwickelte Lebewesen unschädlich. Rückstände im Boden seien unbedenklich. Das gelte auch für Pollen, die mehrere 100 Meter weit fliegen können. Diese seien nicht mehr fruchtbar. Dass Genmais die Bauern

weiter in die Abhängigkeit großer Konzerne treibt, glaubt Degenhardt nicht. Es werde wie heute Lizenzen für kleine Saatzuchtunternehmen geben.

Der Anbau sei sicher, das habe auch die Europäische Behörde für Lebensmittelsicherheit wiederholt geäußert. Es gelte, Schaden von der Landwirtschaft abzuwenden. "Die Anbauverbote sind politisch motiviert, das Standortregister ist eine Hürde", sagt Schrader und kritisiert den Bund. Für Degenhardt ist das Etikett "gentechnikfrei" bei der Lebensmittelkennzeichnung ohnehin "Verbrauchertäuschung". Schon heute werde Gen-Soja verfüttert. Auch dürfen für das Tierfutter gentechnisch hergestellte Vitamine und Zusatzstoffe verwendet werden, auch Bio-Tiere bekämen Gen-Medizin. "Kaum ein Mensch würde Insulin ablehnen", sagt Degenhardt. Ihnen ist klar: "Wir sind eine satte Gesellschaft." Verbraucher und Handel müssten ins Boot. Die Landwirtschaft im Kreis Stade sitzt in den Startlöchern. Gentechnik ist "ein Werkzeug", sagt Saatgut-Chef Lohse. Kreislandwirt Knabbe ist noch reserviert: "Der Anbau muss sich wirtschaftlich lohnen." Haftungsrisiken seien noch zu hoch, außerdem bestehe gegenwärtig kein Bedarf für BT-Mais: "Der Schädling ist bei uns kein Problem."

Pioneer sieht sich als Klimaschützer

Bei der herkömmlichen Selektion sei die „Wissenschaft an ihre Grenzen gestoßen“, sagt Pioneer. Daher setzt der Konzern auf gentechnisch veränderte Sorten – als ein Allheilmittel gegen die Probleme dieser Welt. Mit Blick auf den Klimawandel könnten Sorten entwickelt werden, die trotz Trockenheit angemessene Erträge lieferten. Weil es wärmer wird, seien weltweit Schädlinge auf dem Vormarsch, an Monokulturen allein liege es nicht. Degenhardt: „Angesichts des Bevölkerungswachstums brauchen wir Gentechnik, sonst lässt sich der Hunger nicht stillen.“ Erträge könnten gesteigert werden, ohne die Steppen und Regenwälder urbar zu machen. Auch der Verbrauch an Wasser- und Pflanzenschutzmitteln sinke, weniger Kohlendioxid werde in die Atmosphäre gepustet.

Großkonzerne und Unis forschen im Osten

Buxtehude/Üplingen (bv). Der Schaugarten „Üplingen“ der BioTechFarm liegt zwischen Braunschweig und Magdeburg an der Autobahn 2. Der Schaugarten auf dem „Stiftsgut Üplingen“ ist von Juni bis September – täglich von 10 bis 18 Uhr – geöffnet. Anmeldung und Infos unter Telefon 03 94 04 / 66-372. Gruppen und Einzelpersonen können gentechnisch veränderte Feldfrüchte und Getreidesorten – Mais, Kartoffeln, Weizen und Rüben – im direkten Vergleich mit den konventionellen Züchtungen sehen. Verschiedene Strategien zu Pflanzenschutz und Düngung werden erläutert. Eintritt und Führung sind kostenlos. Unis forschen in Üplingen, Großkonzerne wie Monsanto, BASF, KMS und DuPont sind mit Produkten vertreten.

www.schaugarten-ueplingen.de

Stichwort: Pioneer

Die Saatgut-Firma Pioneer Hi-Bred Northern Europe ist eine Tochter der US-Firma DuPont. Im Gewerbegebiet „Apensener Straße“ beschäftigt das in Pflanzenzüchtung führende Unternehmen 100 Mitarbeiter. Pioneer hat in Buxtehude die Zentrale für die Geschäftseinheit Nordeuropa mit 286 Mitarbeitern. Sie betreuen Märkte in 16 Staaten: Holland, Luxemburg, Dänemark, Schweden, Deutschland, Polen und das Baltikum sowie Tschechien, Österreich und die Schweiz. Zu den Aktivitäten gehören Züchtung, Saatgutaufbereitung und Vertrieb von Mais-, Raps- und Sonnenblumensaatgut sowie Herstellung und Vertrieb des Siliermittels für die Verbesserung von Mais- und Grassilagen. 2008 setzte die DuPont-Tochter mehr als 100 Millionen Euro um. Ausblick: Nachwachsende Rohstoffe gewinnen an Bedeutung: Biomaterialien aus Mais werden Kunststoff ersetzen; schon heute ist die Maisstärke in Lebensmitteln und Arzneien und enthalten.

www.pioneer.com/de

(bv)

25.08.2009

 Artikel drucken

Fenster schließen

GVO im Streichelzoo

GID

GID: 190

Page(s)

24

- 25

Autor(s)

author1_first:

Christian

author1_last:

Rehmer

Christian Rehmer ist Mitarbeiter der agrarpolitischen Sprecherin der Bundestagsfraktion Die Linke, Dr. Kirsten Tackmann.

Einleitungen

Im sachsen-anhaltinischen Üplingen gibt es seit Juli dieses Jahr einen Schaugarten, in dem in erster Linie gentechnisch veränderte Pflanzen gezeigt werden sollen. Ein Besuch.

Üplingen im September. In spätherbstlicher Sonne wiegen sich die Pflanzen im Wind. Hier wirken sie ganz friedlich, andernorts stiften sie Unfrieden. Über gentechnisch veränderte Pflanzen (GVP) wird viel gestritten. „Das sind oftmals rein theoretische Debatten. Wir kommen nur weiter, wenn wir den Leuten zeigen, worum es dabei geht“, erläutert Dr. Uwe Schrader seinen Besuchern. Er ist ehrenamtlicher Vorsitzender von Innoplanta e.V. und agrarpolitischer Sprecher der FDP-Fraktion im Landtag von Sachsen-Anhalt. Begeistert steht er in seinem Schaugarten vor großen Maispflanzen und erläutert die Geschichte der Pflanzenzüchtung.

Auf insgesamt 1,2 der gut 500 Hektar des wunderschönen Stiftungsgutes Üplingen GbR befindet sich seit diesem Sommer der Schaugarten Üplingen. Die landwirtschaftlichen Gebäude aus dem 18. Jahrhundert sind liebevoll wieder hergerichtet. Ihre hellen Mauern leuchten in der Herbstsonne. Im Schatten steht idyllisch ein John Deere-Schlepper. Ein guter Ort, um Leute von einer guten Idee zu überzeugen?

Über dem Eingang zum Schaugarten hängt ein großes Schild „Biotech-Farm“. Doch im Schaugarten werden nicht nur GVP ausgestellt. Besuchergruppen haben von Juni bis September die Möglichkeit, sich ganz allgemein über Pflanzenzüchtung zu informieren. Dabei sind sowohl traditionelle als auch gentechnische Zuchtverfahren zu besichtigen. Die Finanzierung des Schaugartens erfolgt über die Ausstellerfirmen. Öffentliche Gelder seien nicht geflossen, versichert der Innoplanta-Fachmann und ehemalige Landesbauerngeschäftsführer Karl-Friedrich Kaufmann. Betreiber ist die Biotech Farm GmbH & Co KG mit Sitz in Üplingen (siehe Kasten).

Monsanto und BASF

Auf dem Gelände des Schaugartens sind aktuell fünf verschiedene GVP zu finden: MON810, die einzige in Deutschland und der EU angebaute gentechnisch veränderte Pflanze. Die Maissorte NK603, zugelassen in der EU für den Import und die Verarbeitung. Und ein herbizidresistenter gv-Mais, der entsprechend dem mit ihm gemeinsam eingesetzten Herbizid „Roundup“ auch als „RoundupReady“ bezeichnet wird. Alle gv-Maissorten stammen von dem US-Biotechkonzern Monsanto. Dazu kommt die gentechnisch veränderte Amflora-Stärkekartoffel, sowie einige gegen den Phytophthora-Pilz resistente Speisekartoffeln - beide von der BASF entwickelt. Zum direkten Vergleich stehen neben den gv-Pflanzen konventionelle und ökologische Sorten. Um die Vielfalt landwirtschaftlicher Nutzpflanzen zu demonstrieren, können die Besucher im hinteren Bereich des Gartens weitere Kulturen besichtigen. Sonnenblumen, Zuckerhirse, Öllein, Miscanthus, Sudangras und Hanf sind hier zu finden. „Der enthält aber kein THC“¹ [1], betont Dr. Schrader, „eignet sich aber sehr gut als Pufferpflanze, da er sehr feine Haare hat“. Ob man ihn auch als Mantelsaat für Genmais einsetzen könne, will ein Zuhörer wissen. „Das wäre mal einen Versuch wert“, meint Kaufmann.

Die Berliner Besuchergruppe ist beeindruckt von den Ausführungen der beiden Experten. Sie lassen sich von den Fortschritten durch die Züchtungsmethode Agro-Gentechnik fesseln. Am Beispiel einer Wildkartoffel erläutert Dr. Schrader das Dilemma der klassischen Züchtung: „Wir bräuchten zirka 20 Jahre, um durch natürliche Kreuzung nur die gewünschte Eigenschaft der natürlich in die Sorte vorkommenden Phytophtheraresistenz in eine andere Kartoffel einzukreuzen.“ Mit Hilfe der Agro-Gentechnik ginge das viel schneller. Direkt daneben steht bildhaft die transgene resistente Kartoffel. So einfach scheint das zu sein.

Doch die Herren Schrader und Kaufmann finden auch kritische Töne. Sie sprechen sich gegen die Patentierung von Leben aus und bemängeln die Übermacht der transnationalen Saatgutkonzerne wie Monsanto. Auch mit einigen GVP sind sie nicht einverstanden.

Schrader findet zum Beispiel das Koppelgeschäft zwischen Saatgut und Pestiziden bedenklich: „Herbizid und Herbizidtoleranz der Pflanze sind nicht geeignet, die Gentechnik attraktiv zu machen“, kritisiert der Agrarexperte. Ob es stimme, dass MON810 einen erhöhten Ligningehalt habe, will ein junger Mann wissen. „Davon weiß ich nichts“, entgegnet Dr. Schrader.² [2]

Bald in jedem Bundesland?

Die heutige Besuchergruppe aus Berlin ist die letzte in diesem Jahr. Danach wird abgeerntet. Die Kartoffelpflanzen wurden bereits gespritzt und liegen darnieder. Egal ob gentechnisch verändert oder nicht. Im kommenden Juni öffnet der Schaugarten wieder seine Tore. Mit transgenem Getreide soll es dann auch eine dritte GVP geben. Wie die Vertreter von Innoplanta e.V. berichten, gibt es bereits Expansionspläne. Die Bundesministerien für Landwirtschaft, Forschung und Wirtschaft hätten bereits signalisiert, einen solchen Garten in jedem Bundesland einzurichten. Die Debatte um die Chancen und Risiken der Agro-Gentechnik wird weitergehen. Im Streichelzoo für GVO.

-
1. [3] Rausch erzeugender Wirkstoff, der aus manchen Hanf-Sorten gewonnen werden kann. Fällt in Deutschland unter das Betäubungsmittelgesetz.
 2. [4] Siehe: D. Saxena und G. Stotzky (2001): Bt Corn Has a Higher Lignin Content than Non-Bt Corn. American Journal of Botany, Band 88, Nr. 9, Seiten 1704-1706.

Fußnoten:

Kontrolle oder Kollaboration?

Unter www.biotechfarm.de [5] ist Kerstin Schmidt als Geschäftsführerin der BioTech Farm GmbH & Co. KG genannt. Sie ist laut dem Bericht „Kontrolle oder Kollaboration“ von Antje Lorch und Christoph Then außerdem Geschäftsführerin der Firmen BioOK, BioMath und biovativ. Alle Firmen sind in der Entwicklung und Prüfung von gentechnisch veränderten Pflanzen aktiv. Die Firmen werden stark vom Bundesministerium für Bildung und Forschung unterstützt.

(Christof Potthof)

Der Bericht „Kontrolle oder Kollaboration“ von Antje Lorch und Christoph Then im Netz zum Beispiel unter: www.keine-gentechnik.de [6] > Bibliothek > Zulassungen
[Landwirtschaft & Lebensmittel](#) [BASF](#) [Biotech-Farm](#) [Innoplanta](#) [MON810](#) [Monsanto](#) [NK603](#) [Schaugarten Üplingen](#)
Gen-ethisches Netzwerk e.V., Berlin. Kontakt: gen@gen-ethisches-netzwerkSTOPSPAM.de. (c) 2000-2008

Source URL (retrieved on 19.04.2010 - 00:51): <http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gjd/190/rehmer/gvo-streichelzoo>

Links:

- [1] http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gjd/190/rehmer/gvo-streichelzoo#footnote1_ek3gz6h
- [2] http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gjd/190/rehmer/gvo-streichelzoo#footnote2_3ohw7hj
- [3] http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gjd/190/rehmer/gvo-streichelzoo#footnoteref1_ek3gz6h
- [4] http://www.gen-ethisches-netzwerk.de/gjd/190/rehmer/gvo-streichelzoo#footnoteref2_3ohw7hj
- [5] <http://www.biotechfarm.de>
- [6] <http://www.keine-gentechnik.de>

KATRIN BROCKMANN
RECHTSANWÄLTIN

RAin Brockmann * Heinrich-Roller-Str. 19 * 10405 Berlin

Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittel-sicherheit

Mauerstr. 39-42
10117 Berlin

Per Fax: 01888-444-40099

Heinrich-Roller-Str.19
10405 Berlin

TEL: 030/ 288 76 783
FAX: 030/ 288 76 788

IN BÜROGEMEINSCHAFT MIT
RECHTSANWALT PETER KREMER
RECHTSANWALT ULRICH WERNER

DONNERSTAG, 26. FEBRUAR 2009

Unser Zeichen: Bund u.a. 09-014 Einwendungen gegen Freisetzung von Kartoffeln durch die Universität Rostock, Antragsnummer 67860-10199

Sehr geehrter Dr. Leggewie, sehr geehrte Damen und Herren,

in o.g. Angelegenheit zeige ich die Vertretung von folgenden Einwendern an.

Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft (AbL) e.V., vertreten durch den Bundesvorstand, Maria Heubuch, Bahnhofstr. 31, 59065 Hamm /W estfalen

Bund für Umwelt und Naturschutz e. V., vertreten durch Prof. Dr. Hubert Weiger, Am Köllnischen Park 1, 10179 Berlin

Interessengemeinschaft für gentechnikfreie Saatgutarbeit, vertreten durch Siegrid Herbst, Hohe Straße 9, D-30449 Hannover

NABU Bundesgeschäftsstelle Berlin, vertreten durch Leif Miller, Charitéstraße 3, 10117 Berlin

Ökologischer Ärztebund, vertreten durch Alexander Mauckner und Angela von Beesten, Frielinger Straße 31, 28215 Bremen

Umweltinstitut München e.V., vertreten durch den geschäftsführenden Vorstand Harald Nestler, Landwehrstr. 64a, 80336 München

Namens und mit Vollmacht der Einwender mache ich gegen den o.g. Antrag Einwendungen geltend:

Die Voraussetzungen für die Erteilung der Genehmigung sind nicht gegeben.

I. Fehlende rechtliche Voraussetzung für die Freisetzung von Pharmapflanzen in der Bundesrepublik Deutschland

Schon zu den beantragten Freisetzungen der gleichen GVO im Jahr 2006 wurde in den Einwendungen darauf hingewiesen, dass in Deutschland keine Rechtsgrundlage für die **Freisetzung** von Pharmapflanzen gegeben ist. Pharmapflanzen können aufgrund des höheren Risikos bei einer Ausbreitung in die Umwelt nicht allein nach der Richtlinie 2001/18 EG freigesetzt werden.

In seinem Umweltgutachten 2004 hat sich auch der Sachverständigenrat für Umweltfragen (SRU) gegen den Anbau von Pharmapflanzen im Freiland und für einen ausschließlichen Anbau in geschlossenen Systemen ausgesprochen (SRU 2004a, Tz. 853). Gleichzeitig ist in Bezug auf Pharmapflanzen von wesentlich geringeren Anbauflächen auszugehen als in Bezug auf Nahrungs- und Futtermittel sowie nachwachsende Rohstoffe, sodass eine Beschränkung des Anbaus von Pharmapflanzen auch wirtschaftlich zumutbar erscheint. Der SRU bekräftigt daher seine Forderung, **den Anbau (inklusive Freisetzungen) von Pharmapflanzen** auf geschlossene Systeme zu beschränken.

- Vergleiche

http://www.umweltrat.de/02gutach/download02/umweltg/UG_2008_kap12.pdf

Diese Diskussion wird auf rechtlicher Ebene in gleicher Weise geführt. So wird in einer aktuellen umfangreichen Studie zu den Versprechungen und Risiken der Erzeugung von pharmazeutischen Stoffen durch Pflanzen und Tiere aus dem Jahr 2009 (Pharming, herausgegeben von Prof. Dr. Eckhardt Rehberger) bezüglich der Freisetzung von Pharmapflanzen festgestellt, dass die Richtlinie 2001/18 wie auch die entsprechende Implementierung im nationalen Recht zu Pharmapflanzen bislang schweigen.

Das heisst, gegenwärtig kann die Freisetzung von Pharmapflanzen unter der Richtlinie 2001/18 angemeldet oder nach der Richtlinie 90/219 als geschlossenen Versuch (Containment) durchgeführt werden. Im ersten Fall muss nach der Freisetzung noch die pharmazeutische Zulassung durchgeführt werden. Diese Zulassung verlangt nach europäischem Recht, der Verordnung 726/2004, wegen der Risiken das Containment. Daraus leitet diese Studie ab,

„However Regulation 726/2004 in conjunction with Directive 2001/18 and the applicable requirements relating to the quality of development pharmaceuticals and the production for such pharmaceuticals may limit these options.“

- Rehberger “Legal problems of Pharming”, S. 216, 217 in Pharming, Springer Verlag Berlin Heidelberg 2009 (Hervorhebungen durch Unterzeichnerin)

Das heisst, auch wenn die Richtlinie 2001/18 für Pharmapflanzen das Containment nicht zwingend fordert, dann kann sich eine Einschränkung auf diese Option der Freisetzung aus

der Verbindung dieser Regelungen und den entsprechenden Anforderungen ergeben. Die Studie zieht dazu insbesondere die Fragen der Risikobeurteilung, die Fragen der Abfallbeseitigung und die Fragen des Arbeits- und Gesundheitsschutzes heran. Darüber hinaus macht sie geltend, dass insbesondere die Anforderungen an die klinischen Tests von Pharmazeutika eine Freisetzung im Prinzip ausschließen.

Zur Frage der Risikoeinschätzung zitiert diese Studie die Rechtsprechung des EuGH in zwei jüngeren Entscheidungen zu pharmazeutischen Erzeugnissen und in einer etwas älteren Entscheidung bezüglich eines Pflanzenschutzmittels:

“... that a mere hypothetical risk does not permit precautionary action. Rather, there must be some scientific foundation for believing that adverse effects may occur (scientifically plausible grounds for concern), although the court does not necessarily require empirical findings and emphasis the normative nature of the decision on tolerability of risk. These decision are of general importance beyond the narrow field of pharmaceutical law. They have been followed by the commission of the European Unions in its communication on the precautionary principle. (CON 2001, 1 final: 15-18) Therefore one may assume that the decisions set the future standard of precautionary analysis also in context of national biotechnical law, insofar as it implements Directive 2001/18.

...

In granting an initial permit the standard of scrutiny may be stricter. It is clear, here that remaining uncertainties must be taken into account and evaluated as to the question of whether they are tolerable or not.”

- Rehberger “Legal problems of Pharming”, S. 229 in Pharming, Springer Verlag Berlin Heidelberg 2009 (Hervorhebungen durch Unterzeichnerin)

Das heisst u.a., auch ein rein hypothetisches Risiko verbietet nach Auffassung des EuGH nicht Vorsorgemaßnahmen. Bezüglich der Pharmapflanzen wurde festgestellt, dass

„In any case, the relevant risks are more difficult to trace and a determination that the risks presented are negligible appears problematic. In contrast to the antibiotic resistant marker genes, where the probability of horizontal gene transfers to microorganisms that could cause such effects, according to the present state of knowledge, is very low, plant pharming arguably presents a higher potential because some gene spread, due to pollen or seed dispersal is to be expected an commingling cannot be ruled out either.”

...

- Rehberger “Legal problems of Pharming”, S. 233 in Pharming, Springer Verlag Berlin Heidelberg 2009 (Hervorhebungen durch Unterzeichnerin)

Bezüglich der Abfallregelungen in der Richtlinie 2001/18 und dem nationalen Recht werden schwerste Bedenken für die Anwendung auf Pharmapflanzen angemeldet. Sie werden als völlig ungenügend angesehen.

„While the waste regime applicable to contained use is satisfactory, the concept of sole reliance on case by case assessment under the release Direktive appears from a legal point of view, the more the since general law is not very demanding either. However, as in the case of

contained use in practice one normally requires incineration of the waste which solves the relevant problems“

- Rehberger “Legal problems of Pharming”, S. 233 in Pharming, Springer Verlag Berlin Heidelberg 2009

Die Studie schlägt als wesentliche Vorsorgemaßnahme daher vor, dass **keine** Futtermittelpflanzen oder Pflanzen für die Ernährung der Menschen für Pharmapflanzen verwendet werden:

“Extra strict confinement may, if technically possible, include the use of crops not used for food and feed. This confinement strategy will reduce the risk of both commingling and gene flow, especially if taxonomic relationships are weak between the pharming crop and food or feed crops and wild relatives in the area. Whether this non-food and non-feed strategy should apply only to the production of highly bioactive pharming products or should be a general precautionary measure for all pharming plants can be debated.”

- Rehberger “Legal problems of Pharming”, S. 299 in Pharming, Springer Verlag Berlin Heidelberg 2009 (Hervorhebungen durch Unterzeichnerin)

Diese Ausführungen sind insbesondere unter der Maßgabe der Bedeutung der Kartoffel für die menschliche Ernährung zu bewerten. Laut Food and Agriculture Organization (FAO) betrug im Jahr 2005 die Weltproduktion 322 Millionen Tonnen Kartoffeln. Die Kartoffel ist damit in großen Teilen der Welt, auch in Mitteleuropa, ein wichtiges Nahrungsmittel und steht nach Reis, Weizen und Mais an Platz vier der Grundnahrungsmittel.¹ 73% der Welternte von Kartoffeln wird von 12 Staaten erbracht. Deutschland steht mit der Produktion von 11,1 Mio t (2006) an sechster Stelle.²

Die Kartoffel gilt als sicherstes Nahrungsmittel. Allergieexperten in Großbritannien fanden in einem breit angelegten Versuch heraus, dass die Knolle das geringste Allergie auslösende Potenzial besitzt selbst bei regelmäßigem reichlichem Verzehr. Weder Ekzeme noch Migräne werden von Kartoffeln ausgelöst.³

Zusammenfassend ist daher festzustellen, dass die Freisetzung der beiden Pharmapflanzen und der kunststoffproduzierenden Kartoffeln unter diesen Gesichtspunkten geprüft werden muss. Ein anderer Maßstab genügt nicht dem Vorsorgeprinzip.

II. Fehlende Voraussetzungen nach dem GenTG

1.F ehlende Voraussetzungen nach § 11 Abs. Nr. 1 und 2 GenTG

a) Universität Rostock als Antragsteller?

¹ http://de.wikipedia.org/wiki/Kartoffel#_note-2.

² Deutsche Gesellschaft für Technische Zusammenarbeit (GTZ) GmbH: Kartoffelwelt – Karriere einer Kartoffel.

³ foodaktuell.ch, Kurznachrichten, 5.02.08: Kartoffel gilt als offiziell sicherstes Lebensmittel, <http://www.foodaktuell.ch/nachrichten.php?art=871>.

Der o.g. Freisetzungsantrag wurde durch die Universität Rostock als Betreiber der Freisetzung gestellt. Die Freisetzung soll jedoch offensichtlich nicht durch die Universität Rostock durchgeführt werden. Durchführende sind nach dem Antrag und einer veröffentlichten Selbstdarstellung ein Verbund von Firmen, die sich zusammengeschlossen haben, um Zulassungsverfahren für GVO als Leistung anzubieten.

- Antrag
- Vergleiche Selbstdarstellung der BIO OK GmbH im Internet www.unternehmen-region.de/de/1036.php

Der Antrag ist von dem tatsächlichen Betreiber der geplanten Freisetzung zu stellen. Denn die Frage wer Antragsteller der Genehmigung ist und damit gegebenenfalls Inhaber der Genehmigung wird, hat nicht nur gebührenrechtliche Konsequenzen, sondern betrifft auch Fragen der Bewertung der Zuverlässigkeit des Betreibers, der Zurechnung der Rechtspflichten und haftungsrechtliche sowie deliktische Fragen.

„Dabei setzt das Merkmal der Durchführung der Freisetzung weiter voraus, dass die Person oder Personenvereinigung auch tatsächlich entscheidenden Einfluss zu nehmen vermag.

- Recht der Gentechnik und Biomedizin, April 2001, Kommentierung des GenTG § 15 Rdnr. 68, C.F. Müller

*„Die Betreibereigenschaft ist unabhängig vom Eigentum am Gelände auf welchem das Freisetzungsvorhaben durchgeführt werden soll. Zu den Rechtsverhältnissen an der Versuchsfläche gibt das RKI die folgenden Hinweise: Damit die, mit dem Genehmigungsbescheid verbundenen Verpflichtungen im Zusammenhang mit der Freisetzung tatsächlich wahrgenommen werden könne, ist es erforderlich, dass der Betreiber berechtigt ist, für die Dauer der Freisetzung samt anschließender Nachkontrolle über die Versuchsfläche zu verfügen, **entsprechende Angaben sind im Antrag zu machen.**“*

- Recht der Gentechnik und Biomedizin, April 2001, Kommentierung des GenTG § 15 Rdnr. 69, C. F. Müller

Es wird weder bei den beschriebenen Untersuchungen noch im Zweck der Freisetzung deutlich, dass die Universität Rostock über den Namen der Professorin Inge Broer hinaus an der Freisetzung beteiligt ist. Auf S. 18 des Antrags ist zwar die Rede davon, dass der Freisetzungsvorhaben am Institut für Landnutzung durchgeführt wird. Dies widerspricht jedoch den Angaben zu den tatsächlichen Örtlichkeiten der geplanten Freisetzung. Da die Unterzeichnende auch Vorsitzende der Gesellschafter der biovativ GmbH und Gesellschafterin der BioOK GmbH ist, hat möglicherweise nicht die Universitätsprofessorin Broer der Universität Rostock diesen Freisetzungsvorhaben beantragt, sondern die Vorsitzende der Bio OK GmbH, deren Sitz tatsächlich Groß Lüsewitz ist.

Zwar ist die Universität Rostock nach der Eigendarstellung der BioOK GmbH Partner der Bio OK GmbH. Diese Partnereigenschaft genügt jedoch nicht der Legaldefinition des § 3 Nr. 7 GenTG. Der Wortlaut ist eindeutig. Es muss sich um **eine** juristische, natürliche Person bzw. eine nicht rechtsfähige Personenvereinigung handeln, die die Freisetzung **unter ihrem Namen durchführt**. Im vorliegenden Antrag ist die Universität Rostock nach den Antragsunterlagen an dieser Freisetzung nicht beteiligt. Daher kann sie die Freisetzung auch nicht unter ihrem Namen durchführen.

- Vergleiche Antrag

Dies ergibt sich außerdem aus der Selbstdarstellung der BioOK GmbH. Danach ist federführend bei den Vorhaben nicht die Universität Rostock, sondern die BioOK GmbH als juristische Person.

*„Partner aus Wirtschaft und Wissenschaft wirken zusammen, um aus Kompetenzen und Erfahrungen in der biologischen Sicherheitsforschung neue, effektivere und kostengünstigere Analyse- und Bewertungsverfahren zu entwickeln und über die **BioOK GmbH in einer One-Stop-Agency zu vermarkten.**“*

- <http://www.unternehmen-region.de/de/1036.php>

Das Freisetzungsvorhaben wird nach Angaben des Antrags im Wesentlichen auf den gepachteten Flächen des AgroBioTechnikums Groß Lüsewitz durchgeführt. Es ist nicht davon auszugehen, dass die Universität Rostock diese Flächen gepachtet hat. Jedenfalls ist dem Antrag weder ein Pachtvereinbarung noch eine Überlassungsvereinbarung zu diesen Flächen beigelegt oder Angaben dazu gemacht.

Noch deutlicher wird die Diskrepanz bei der geplanten Freisetzung in Üplingen. Wie hier eine Freisetzung durch die Universität Rostock entscheidend beeinflusst werden kann, bleibt völlig offen. Der Antrag enthält keine Angaben von wem und wie die Freisetzung in Üplingen durchgeführt werden soll. Die Firma Biotechfarm, die den Schaugarten in Üplingen betreibt, kann durch die Universität Rostock nicht angewiesen werden. Die Einrechnungen eines Unterpachtvertrages ist daher nicht ausreichend.

Damit sind die formalen Anforderungen des Antrags für beide geplanten Standorte nicht erfüllt.

Die **Zuverlässigkeit** des Betreibers ist Voraussetzung der Genehmigung nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 mit Verweis § 11 Abs. 1 Nr. 1 GenTG. Daher ist es nicht egal, welche juristische Person die Freisetzung durchführen möchte. Es kommt auf die Zuverlässigkeit des tatsächlichen Betreibers an. § 11 Abs. 1 Nr. 1 GenTG lautet:

„Die Genehmigung zur Errichtung und zum Betrieb einer gentechnischen Anlage ist zu erteilen, wenn

*keine Tatsachen vorliegen, aus denen sich Bedenken gegen die Zuverlässigkeit des **Betreibers** und der für die Errichtung sowie für die Leitung und die Beaufsichtigung des Betriebs der Anlage verantwortlichen Personen ergeben, ...“*

Die Zuverlässigkeit eines Betreibers ist eine Eigenschaft, die durch die Genehmigungsbehörden zu prüfen ist. Insbesondere sind Feststellungen dazu zu treffen, ob gegebenenfalls Bußgeldverfahren oder Straftaten oder Verstöße gegen das Gentechnikgesetz oder andere Regelungen wie Subventionsrecht und Steuerrecht vorliegen.

Entgegen der Auffassung des BVL kommt es wegen der zwingenden Voraussetzung der Zuverlässigkeit auf die Identität zwischen Betreiber und Durchführenden der Freisetzung an. Die Zuverlässigkeit des Betreibers als Voraussetzung dient, wie die Risikoprüfung, der Verringe-

rung des Risikos nachteiliger Wirkungen für die Allgemeinheit. Daher steht die tatsächliche Betreibereigenschaft nicht im Belieben des Antragstellers und nicht im Ermessen der Genehmigungsbehörde.

Aufgrund der Zwischenberichte zu dem ersten Freisetzungsvorhaben mit der Pharma-Kartoffel liegen Tatsachen vor, aus denen sich Bedenken bezüglich der Zuverlässigkeit ergeben. Die Zwischenberichte zu den Freisetzungen zeigen ein hohes Maß von Nachlässigkeit auf Seiten der Antragstellerin. So waren Ende Januar 2008 (Zeitpunkt der Einreichung des Zwischenberichts für das Versuchsjahr 2007) noch nicht einmal die Proben aus dem Jahr 2006 (!) auf den Gehalt an Cyanophycin untersucht. Derartig nachlässiges Arbeiten wirft schwere Zweifel an der Zuverlässigkeit des Antragstellers und seiner Fähigkeit auf, Freilandversuche in verantwortungsbewusster Weise durchzuführen. Darüber hinaus ist zumindest ein Zwischenbericht nicht pünktlich eingegangen.

Es ist der Antragstellerin aufzugeben, nachzuweisen, inwieweit die beantragten Freisetzungen tatsächlich durch sie durchgeführt werden. Durch die Behörde ist die Zuverlässigkeit der Antragstellerin zu prüfen. Anderenfalls ist der Antrag schon aus formalen Gründen abzulehnen.

b) Keine Sicherstellung der personellen Kontrollverpflichtung durch Projektleiter

Wegen der mit der Freisetzung von gentechnisch veränderten Pflanzen verbundenen Risiken wird nach § 16 Abs. 1 Nr. 1 i.V.m § 11 Abs. 1 Nr. 1 und Nr. 2 GenTG verlangt, dass der Projektleiter sowie der oder die Beauftragten für die Biologische Sicherheit, die für ihre Aufgaben erforderliche Sachkunde besitzen und die ihnen obliegenden Verpflichtungen **ständig** erfüllen können.

Nach den Antragsunterlagen sollen gleichzeitig drei verschiedene Freisetzungsvorhaben an zwei verschiedenen Orten über drei Jahre durchgeführt werden.

Das Gentechnikgesetz fordert jedoch, je Freisetzungsvorhaben einen Projektleiter und einen Beauftragten für biologische Sicherheit. In den Unterlagen ist nur der Name der Professorin Broer als Projektleiterin angegeben. Dies ist eine Tatsache, die erhebliche Bedenken insoweit auslöst, als dass der Projektleiter bei diesem Umfang verschiedener Freisetzungsvorhaben nicht in der Lage ist, die ihm obliegenden Verpflichtungen nach dem Gentechnikgesetz einzuhalten.

Für diese Tatsache spricht, dass die benannte Projektleiterin auch für andere Freisetzungsvorhaben benannt wurde. Da davon auszugehen ist, dass die benannte Projektleiterin außerdem Lehrverpflichtungen an der Universität Rostock hat, und die im folgenden aufgeführten Verpflichtungen, wird nicht gesehen, wie sie den Verpflichtungen nach § 14 GenTSV tatsächlich nachkommen kann.

- *Stellvertretendes Mitglied im Koordinationsausschuss des "TA-Verfahrens zum Anbau von Kulturpflanzen mit gentechnisch erzeugter Herbizidresistenz in der Landwirtschaft*
- *Vorsitzende des Vereins zur Förderung Innovativer und Nachhaltiger Agrobiotechnologie MV (FINAB)*
- *Koordinatorin des Bioprofile Projekts: Bionetz Ostseeküste: Meerwert in der Pflanze*
- *Gutachterin der Deutschen Stiftung Umwelt für Biotechnologie*

- *Leiterin der Ad hoc Arbeitsgruppe Gentechnik des Umweltministeriums MV*
 - *Gesellschaftervorsitzende der bioativ GmbH*
 - *Gesellschafterin der BioOK GmbH*
 - *Sprecherin des Clusters: Pflanzen mit neuen Eigenschaften der Berlinbrandenburgischen Akademie der Wissenschaften*
 - *Ad hoc Expertin der European Food Safety Authority (EFSA)*
 - *Mitglied des Informationskreises Gentechnik des Bund Deutscher Pflanzenzüchter (BDP)*
 - *Mitglied des Kuratoriums der Kleinwanzlebener Saatzucht KWS*
 - *Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Umweltministeriums MV*
 - *Mitglied im wissenschaftlichen Beirat des Ministeriums für Ernährung, Landwirtschaft, Forsten und Fischerei MV*
 - *Mitglied der Arbeitsgruppe "Anbaubegleitendes Monitoring" der Biologischen Bundesanstalt Braunschweig*
 - *Mitglied des Lenkungsausschusses der Machbarkeitsstudie "Kompetenzzentrum für Innovative und Nachhaltige Agrobiotechnologie"*
 - *Mitglied der Futur Fokusgruppe Agrarproduktion (Bundesforschungsministerium)*
 - *Vorstandsmitglied im Forschungsverbund Mecklenburg Vorpommern FMV*
 - *Mitglied im Scientific Board des deutschen Pflanzengenomprojekts Gabi*
- *Am 11.02.2008 wurde Frau Prof. Broer zum ordentlichen Mitglied des Bundesinstituts für Risikobewertung (BfR) Kommission für genetisch veränderte Lebens- und Futtermittel berufen.*
- *Am 14.02.2008 wurde Frau Prof. Broer zur Vorsitzenden des Gutachterkreises "Applied Life Science and Biotechnology" (LS9A) für das European Research Council ERC berufen.*

- Vergleichende Studie des Umweltinstituts München: Verflechtungen in der Gentechnikindustrie, <http://umweltinstitut.org/gentechnik/allgemeines-gentechnik/genfilz-609.html>

c) Keine zuverlässigen Angaben zur persönlichen Verantwortlichkeit der Versuchsdurchführung

Darüber hinaus will der Antragsteller offensichtlich die Feldarbeiten an die Firma Bioativ GmbH vergeben.

- vergleiche Antrag

Dies widerspricht den Bestimmungen des § 11 Abs. 2 GenT. Denn die Regelung hat die persönliche direkte Verantwortlichkeit für die Durchführung von Freisetzungsversuchen zum Zweck. In der Kommentierung zum Gentechnikgesetz (Landmann/Rohmer) wird insoweit bei der Genehmigung von einer **Kombination aus Real- und Personalkonzession** ausgegangen.

- vergleiche Landmann/Rohmer/Wahl, Umweltrecht Kommentar IV, § 12 GenTG a.F.

Auch die Kommentierung Recht der Gentechnik und Biomedizin, April 2001, verlangt wie oben genannt den Nachweis der direkten Entscheidungsbefugnis bezüglich der Durchführung

der Freisetzung. Die o.g. pauschale Übertragung von Versuchstätigkeiten auf im Antrag nicht persönlich benannte Beteiligte ist daher unzulässig.

Selbst wenn man die Ansicht vertritt, dass grundsätzlich im Rahmen der „Personalkonzession“ eine Beauftragung möglich ist, dann ist Mindestvoraussetzung einer Genehmigungserteilung die Vorlage der Betreiberverträge und der jeweils in den Betrieben Verantwortlichen mit Nachweis der erforderlichen Sachkunde im Genehmigungsverfahren, nebst Auslage im Anhörungsverfahren, um zu klären, ob die Personalkonzession unter diesen Umständen erteilt werden kann.

Anderenfalls werden diese Sicherheitsbestimmungen des § 11 GenTG unterlaufen. Hierbei geht es entgegen der Auffassung des BVL in der Antragsgenehmigung der ersten Freisetzung nicht um eine Überschneidung mit der persönlichen Verantwortung des Projektleiters, sondern um die Frage, wer Inhaber der Genehmigung ist.

d) Haftung

Es ist weiter unvertretbar, dass durch eine solche Konstruktion der Verlagerung von Verantwortlichkeiten Konsequenzen in der Haftung durch die Allgemeinheit übernommen werden sollen. Dies gilt insbesondere unter dem Gesichtspunkt, dass die tatsächlichen Interessenten und Durchführenden der beantragten Freisetzung erklärtermaßen den Zweck der Freisetzung mit der Etablierung des Geschäftsfeldes einer privatwirtschaftlich profitorientierten GmbH begründen.

- Vergleiche Selbstdarstellung der BioOK GmbH im Internet www.unternehmen-region.de/de/1036.php

2.F ehlerhafte Antragstellung § 15 Abs. Nr. 1 GenTG

Die Voraussetzungen des § 15 Abs. 1 Nr. 1 GenTG sind für den Antrag nicht gegeben. Es handelt sich bei dem Antrag mit dem Aktenzeichen 67860-10199 nicht wie behauptet, um einen Antrag zur Freisetzung, sondern um drei verschiedene Anträge. In den Antragsunterlagen sind aufgeführt, die Freisetzung transgener Kartoffellinien, die entweder das

- a) das vp60 Gen für das virale Hüllprotein VP60 tragen,
- b) oder das cycl-Gen für die bakterielle Cyanophycin-Synthetase
- c) oder das synthetische ctxB-Gen für das bakterielle Cholera-toxin B
- d) und das bakterielle nptII Gen für die bakterielle Neomycinphosphotransferase

- vergleiche Antrag

Nach § 14 Abs. 3c Gentechnikgesetzes ist es zwar möglich, einen Antrag bezüglich einer Kombination gentechnisch veränderter Organismen zu genehmigen. Entsprechend den Diskussionen im Rahmen der Novellierung des GenTG handelt es sich vorliegend jedoch nicht um eine Kombination gentechnisch veränderter Organismen, sondern um drei verschiedene GVO. Mit Kombination von GVO sind Organismen gemeint, die innerhalb einer Kulturpflanze mehrere gentechnische Veränderungen vereinigen. Dies ist vorliegend nicht der Fall.

Die Anträge sind daher durch die jeweilige unterschiedliche gentechnische Veränderung und gegebenenfalls **unterschiedliche Eigenschaften** zwischen den vorgestellten gentechnischen Veränderungen a-c, bzw. a-d zu unterscheiden. Die sicherheitsrelevanten Eigenschaften einer Kartoffellinie mit Cholera-toxin B sind andere, als die sicherheitsrelevanten Eigenschaften für eine Kartoffellinie, die ein virales Hüllprotein VP 60 trägt, etc. Daran ändert auch die Verwischung der Tatsachen mit Begrifflichkeiten wie, das „System Kartoffel“ nichts.

Die Anforderung des GenTG für jedes Freisetzungsvorhaben einen Antrag zu stellen, hat nicht nur formale Gründe, sondern vor allem inhaltliche Gründe. Denn unterschiedliche, zu erwartende Eigenschaften erfordern auch eine differenzierte Risikobewertung. Außerdem ist dies eine Frage der Transparenz bezüglich der beantragten Freisetzungen.

Auch von einem einheitlichen Zweck der drei Freisetzungen ist nicht auszugehen. Denn der angegebene Zweck der Freisetzung - gentechnisch veränderte Kartoffelpflanzen für die Entwicklung angepasster Methoden zu gewinnen (S. 81 des Antrags) - ist kein zulässiger Zweck im Sinne des Gentechnikgesetzes und der Richtlinie 2001/18 EG und kann daher nicht als Zweck herangezogen werden.

Die Regelungen in der Richtlinie und im Gentechnikgesetz sehen Freisetzungen allein zur Entwicklung von Methoden zur kommerziellen Nutzung nicht vor. Zwar ist dem Wortlaut der Definition in der Freisetzungrichtlinie wie beim Gentechnikgesetz keine Beschränkung gegeben. Die Definition in Artikel 6 Nr. 3 lautet in der englischen Fassung:

„deliberate release means any intentional introduction into the environment of a GMO or a combination of GMOs for which no specific containment measures are used to limit their contact with and to provide a high level of safety for the general population and environment.“

Die Einschränkung von Freisetzungen auf experimentelle Zwecke zur Entwicklung von GVO ergibt sich jedoch aus dem Sinn und Zweck der Regelung und den Erwägungsgründen der Richtlinie.

Zunächst war Freisetzung in der EU der allgemeine Oberbegriff für Freisetzen und das Inverkehrbringen. Dies führte insbesondere in der alten Richtlinie 90/220/EWG zu begrifflichen Ungenauigkeiten. Diese Ungenauigkeiten setzten sich auch in Richtlinie 2001/18/EG fort. So wird begrifflich in den Erwägungsgründen nicht eindeutig zwischen Freisetzen und Inverkehrbringen unterschieden. Sondern es ist von absichtlichem Freisetzen für GVO als Produkte oder in Produkten die für die absichtliche Freisetzung gedacht sind und von Freisetzen im Forschungsbereich die Rede:

„(7) Es ist notwendig, die Rechtsvorschriften der Mitgliedstaaten über die absichtliche Freisetzungen von GVO in die Umwelt anzugleichen, um die gefahrlose Entwicklung von gewerblichen Produkten zu gewährleisten, in denen GVO angewendet werden.“

(32) Jedermann hat, bevor er einen GVO absichtlich in die Umwelt freisetzt oder GVO als Produkte oder in Produkten, deren Verwendungszweck die absichtliche Freisetzung in die Umwelt beinhaltet oder, in den Verkehr bringt, der zuständigen Behörde seines Landes eine diesbezügliche Anmeldung zu machen.“

Nach diesen Erwägungsgründen wird deutlich unterschieden zwischen Freisetzung zu Forschungszwecken und der Entwicklung von gewerblichen Produkten, in denen GVO angewandt werden. Unter Letzterem ist das Inverkehrbringen zu verstehen. Die Nivellierung bezüglich der Anmeldung in Erwägungsgrund 32 führt nicht zu einer Gleichstellung von Freisetzung und Inverkehrbringen in dem Sinne, dass man auch Freisetzung zu kommerziellen Zwecken meint. Das heißt, nach diesen beiden Erwägungsgründen ist Freisetzung für kommerzielle Zwecke, wie hier beantragt ausgeschlossen.

„(23) Die absichtliche Freisetzung von GVO im Forschungsbereich ist in den meisten Fällen ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Entwicklung neuer Produkte, die von GVO abgeleitet sind oder diese enthalten.“

(24) Die Einbringung von GVO in die Umwelt sollte nach dem "Stufenprinzip" erfolgen, d.h., die Einschließung der GVO wird nach und nach stufenweise gelockert und ihre Freisetzung in der gleichen Weise ausgeweitet, jedoch nur dann, wenn die Bewertung der vorherigen Stufen in Bezug auf den Schutz der menschlichen Gesundheit und der Umwelt ergibt, dass die nächste Stufe eingeleitet werden kann.“

In allen Erwägungsgründen wird im o.g. Sinne unterschieden. Im Erwägungsgrund 23 werden jedoch zwei Einschränkungen gemacht: Einmal heißt es absichtliche Freisetzung im Forschungsbereich. Dann wird dargelegt, dass „Freisetzungen im Forschungsbereich“ in den meisten Fällen ein notwendiger Schritt auf dem Weg zur Entwicklung neuer Produkte sei. Zu fragen ist, in welche Richtung diese Einschränkungen zielen. Heißt es, dass auch kommerzielle Freisetzungen durch die Richtlinie legitimiert werden?

Dagegen spricht der Erwägungsgrund 24. Das Step-by-Step Prinzip schließt Freisetzungen für kommerzielle Zwecke aus. Der Wortlaut des Erwägungsgrundes ist leider weder in der deutschen noch in der englischen Fassung so genau, dass die **stufenweise** Ausweitung der Freisetzung zwingend an die unterschiedlichen Genehmigungsverfahren für Freisetzung und Inverkehrbringen gebunden ist. Für eine solche Annahme spricht jedoch, dass die Ausweitung für eine nächste Stufe von der **Bewertung der vorherigen Stufe abhängig** gemacht wird. Da die Bewertungen der Risiken immer nur in Zusammenhang mit den Genehmigungen erfolgen, kann eine nächste Stufe der Freisetzung erst nach Abschluss der vorhergehenden Stufe erfolgen.

Zusammenfassend ist zu sagen, dass sich aus den genannten Erwägungsgründen der Ausschluss von Freisetzungen zu rein kommerziellen Zwecken ergibt. Aufgrund der Trennung in Erwägungsgrund 7 und des Stufenprinzips in Erwägung 24 ist deutlich, dass Freisetzungen zu Forschungszwecken allein zur Entwicklung von Pflanzen dienen sollen.

Diese Auffassung wird durch die Gesetzesbegründung zur Gentechniknovellierung im Jahr 2004 gestützt. Dort heißt es, „Die Richtlinie regelt die Freisetzung (zu Erprobungs- oder Forschungszwecken) sowie das Inverkehrbringen von gentechnisch veränderten Organismen (GVO).“

Die Standardisierung von Methoden ist wahrscheinlich noch unter Forschungszwecken zu fassen. Hoch zweifelhaft ist jedoch, ob die Standardisierung von Methoden für Freisetzungen mit Hilfe hoch risikobehafteter Konstrukte wie Pharmapflanzen vorangetrieben werden sollen.

Unabhängig von diesem Problem wird anhand des Antrags auch deutlich, dass die geplanten Versuche mit den dargestellten Pflanzen völlig ungeeignet als Modellpflanzen und zur Standardisierung von Verfahren und Methoden sind. Auf diese Problematiken wird noch eingegangen.

Der Antrag ist aufgrund der fehlerhaften Antragstellung nach § 15 Abs. 1 GenTG zurückzuweisen.

3.Si cherheitsrelevante Eigenschaften der GVO

Der Antrag genügt auch bezüglich der Beschreibung der sicherheitsrelevanten Eigenschaften nicht den Anforderungen des § 15 Abs. 1 GenTG.

Der Antragsteller ist nach § 15 Abs. 1 Satz 2 Nr. 3 GenTG verpflichtet, die neuesten Kenntnisse bezüglich der sicherheitsrelevanten Eigenschaften des freizusetzenden Organismus und der Umstände, die für das Überleben, die Fortpflanzung und die Verbreitung des Organismus von Bedeutung sind, darzustellen. Es fällt auf, dass der Antragsteller im Antrag bei einer Reihe von Punkten lediglich Annahmen und Erwartungen formuliert und es offenbar entgegen den gesetzlichen Anforderungen nicht für erforderlich hält, seine Angaben grundsätzlich mit Belegen zu untermauern.

a) Durch die Transformation bedingte Effekte

Die Antragstellerin äußerte „Epigenetische und pleiotrope Effekte werden zwar diskutiert, konnten jedoch noch nicht belegt werden“ (S. 48 des Antrags). Dies ist nicht auf dem Stand der Wissenschaft. Es existiert eine umfangreiche Literatur zu den mit einer Transformation verknüpften Positionseffekten und pleiotropen Effekten sowie einer epigenetischen Steuerung der Genaktivität (z.B. Traavik et al. 2007, Wilson et al. 2006, Latham et al. 2006). Damit setzt sich der Antrag nicht auseinander.

Bekannt ist, dass auch nach *Agrobacterium*-vermittelter Transformation häufig mehr als eine Kopie der Transgene sowie partielle Kopien, T-DNA und Plasmid-DNA ins Pflanzengenom eingebaut werden. Veränderungen der Einbauorte sind nicht selten (Smith et al. 2001, Wilson et al. 2004). Im Antrag (Tab. 13) wird darauf verwiesen, dass in immerhin 28,5 % der zur Freisetzung beantragten Kartoffellinien Mehrfachkopien (2 bzw. 3) vorliegen – wobei nicht klar wird, ob sich diese an derselben oder an verschiedenen Integrationsstellen befinden. (Im Übrigen stimmen die Tabellen 13 und 18 (Stabilität der Transgene) bezüglich der Spalte „Pflanze“ (Event) nicht überein.)

Mehrfachkopien von Transgensequenzen erhöhen aber die Wahrscheinlichkeit für Prozesse der Gen-Inaktivierung (Tang et al. 2007, Gelvin 2003).

Es fehlen Daten zu den Integrationsorten der Transgene. Auch ist nicht ersichtlich, ob partielle oder invertierte Transgenkopien in die pflanzlichen Genome mit eingebaut wurden und ob die Integrationsorte Umlagerungen erfahren haben.

Ob es zu weiteren RNA Sequenzen über read through-Prozesse kommt, wird nicht dargestellt. Solche neuen Transkripte wurden beispielsweise für die RR-Sojabohne beschrieben (Rang et al. 2005).

In Bezug auf potentiell mit übertragene Vektorsequenzen wird nur das *aadA*-Gen erwähnt (s.u.), auf andere Vektor-Backbone-Sequenzen wird nicht näher eingegangen.

Offenbar baut die Antragstellerin darauf, dass von ihm keine detaillierten Daten zur Integration von Vektorsequenzen verlangt werden, ansonsten könnte sie wohl kaum lapidar bemerken, „es wird erwartet, dass vom jeweiligen Vektor nur der T-DNA-Bereich auf die gentechnisch veränderten Pflanzenzellen übertragen wird“, ohne Belege für diese Erwartung beizubringen. Immerhin ist die Integration von Vektorsequenzen nach *Agrobacterium tumefaciens* vermittelter Transformation nicht unüblich (Lange et al. 2006, Smith et al. 2001), ja sie mag sogar „ein nicht zu verhinderndes, aber häufig nicht bemerktes Ergebnis der Transformation“ sein (Gelvin 2003).

Zudem wurde gezeigt, dass bei *Agrobacterium*-vermittelter Transformation nicht nur DNA der T-Plasmidvektoren, sondern sogar DNA-Sequenzen (bis zu 18 kb) aus dem bakteriellen Chromosom von *Agrobacterium tumefaciens* mit übertragen werden können (Ulker et al. 2008).

Einer wissenschaftlichen Einrichtung sollte es möglich sein, die freizusetzenden Pflanzen im Vorfeld auf die tatsächlich erfolgten genomischen Veränderungen zu untersuchen und Positionseffekte und die Übertragung von überflüssigen DNA-Sequenzen so weit wie möglich auszuschließen. Die zur Freisetzung beantragten Kartoffeln, die als Modellpflanzen dienen sollen, entsprechen somit nicht der Anforderung nach dem Stand der Wissenschaft, keine unnötigen DNA-Sequenzen zu enthalten.

Die genannten Effekte können beispielsweise die Expression von Genen des Glykoalkaloid-Stoffwechsels beeinflussen und so möglicherweise zu erhöhten Solaningehalten führen. Auch wenn die in den Freisetzungsversuchen ausgebrachten Kartoffeln nicht direkt zum Verzehr gedacht sind, können sie doch von Wildtieren gefressen werden. Eine genauere Analyse der Glykoalkaloidgehalte der einzelnen Linien ist deshalb angezeigt. Die Glykoalkaloidgehalte verändern sich unter Umständen auch unter Stressbedingungen, denen die gentechnisch veränderten Kartoffeln im Freiland unterworfen sein können. Daten über entsprechende Gewächshausversuche unter Stressbedingungen (z.B. Hitze, Trockenheit, Kälte, Nährstoffmangel, Wasserstress) fehlen jedoch.

b) CaMV 35S Promotor

Der hier und andernorts häufig in transgenen Pflanzen verwendete 35S-Promotor aus dem Blumenkohl-Mosaikvirus (CaMV 35S) ist in die Kritik geraten. Möglicherweise begünstigen bestimmte Sequenzbereiche dieses Promotors DNA-Rekombination und damit genetische Instabilität. Es wurde gezeigt, dass der CaMV 35S Promotor nicht nur in Pflanzen, Hefe und dem Darmbakterium *Escherichia coli* (Ho et al 2000), sondern auch in kultivierten menschlichen Darmzellen aktiv ist (Myhre et al. 2006). Obwohl der Promotor allgemein als konstitutiv gilt, wird seine Aktivität jedoch durch verschiedene Faktoren, beispielsweise Stress, beeinflusst (Brinker 1999), was die Expression der Transgensequenzen verändern kann. Zudem ist der CaMV 35S Promotor zweimal in den übertragenen Konstrukten vorhanden, da er sowohl die Strukturgene als auch das *nptII* Markergen kontrolliert.

c) Markergene – horizontaler Gentransfer

Die Nutzung von Antibiotikaresistenzgenen in transgenen Pflanzen wird aufgrund der möglichen Übertragung auf Bakterien des Magen-Darmtraktes oder in Umweltmedien vorkommende Bakterien (horizontaler Gentransfer) kritisch diskutiert.

Alle transgenen Kartoffellinien besitzen das Antibiotikaresistenzgen Neomycin-Phosphotransferase II (nptII), das zur Resistenz gegen die Antibiotika Kanamycin, Neomycin und Paromomycin sowie Ribostamycin, Butirosin, Gentamicin B und Geneticin führt.

Kanamycin dient in der Humanmedizin als Reserveantibiotikum bei multiresistenter Tuberkulose und Neomycin wird zur Darmdekontamination vor Operationen und zur Behandlung bestimmter Gehirnentzündungen herangezogen, beide Antibiotika werden örtlich bei Haut-, Augen- und Ohreninfektionen verwendet (Wögerbauer 2006). In der Veterinärmedizin wird Neomycin bei Darmentzündungen eingesetzt.

Die Antragstellerin beruft sich zwar auf die Europäische Lebensmittelsicherheitsbehörde EFSA (2004, 2006), wonach die Nutzung des nptII Gens in transgenen Pflanzen kein Sicherheitsrisiko für die menschliche Gesundheit und die Umwelt darstelle, da die genannten Antibiotika nur in geringem Umfang in der Human- und Tiermedizin eingesetzt würden. Zudem sei das Risiko eines Gentransfers sehr gering und das nptII Gen in den Bakterienpopulationen bereits weit verbreitet.

Laut WHO (2005) werden die Antibiotika Kanamycin, Neomycin und Gentamicin aber als essentiell und sehr wichtig eingestuft. Auch die Europäische Zulassungsbehörde für Medizinprodukte EMEA (2007) stellt fest, dass die genannten Antibiotika nicht als „von geringerer therapeutischer Bedeutung“ eingestuft werden können und zunehmend relevant werden für die Behandlung schwerer bakterieller humaner Infektionskrankheiten. Allein in Deutschland sind lt. EMEA (2007) 9 Kanamycin-, 44 Neomycin- und 80 Gentamicinprodukte für den Humanbereich zugelassen.

Nach Wögerbauer (2006) ist die Verbreitung von Resistenzgenen bei Keimen, auch solchen, die humanpathogen sind, sehr unterschiedlich. Korrelationen mit dem Antibiotikaverbrauch in einzelnen Ländern scheinen zu existieren. **Eine Verallgemeinerung zur Hintergrundbelastung mit Resistenzen ist danach nicht statthaft.** Auch lt. EMEA (2007) variiert das Vorkommen der Kanamycin-/Neomycinresistenz zwischen Bakterienarten und Ländern erheblich.

Eine genauere Analyse von eventuell mit-übertragenen Plasmid-Backbone-Sequenzen einschließlich Sequenzen des Antibiotikaresistenzgens *aadA* (das eine Resistenz gegen Spectinomycin/Streptomycin vermittelt) fand offenbar nicht statt. Auch auf eine mögliche Übertragung von Sequenzen des bakteriellen Chromosoms von *Agrobacterium tumefaciens* wird nicht eingegangen. Die Anwesenheit bakterieller DNA-Sequenzen erhöht aber die Wahrscheinlichkeit für einen horizontalen Gentransfer. Selbst Teilsequenzen könnten nach horizontalem Gentransfer Antibiotikaresistenzgene in Bodenmikroorganismen komplettieren. Nach Nielson & Townsend (2004) und Heinemann & Traavik (2004) spielten vermutlich wiederholter Gentransfer auch von partiellen Sequenzen und daraus resultierende Mosaikgene bei der Entwicklung von Antibiotikaresistenzen eine große Rolle. So könnte selbst bei sehr geringer Frequenz des horizontalen Gentransfers die Übertragung von partiellen Gensequenzen zu Effekten führen.

Spectinomycin bzw. Streptomycin werden in der Human- und Tiermedizin eingesetzt, die entsprechenden Resistenzgene sind daher in Pflanzen im Anbau nicht zulässig. Für Pflanzen, die der Entwicklung eines Baukastensystems für die Zulassung und Überwachung transgener Pflanzen dienen sollen, ist die Abwesenheit dieser Resistenzgene ebenfalls sicher zu stellen. Antibiotikaresistenzgene müssen deshalb aus Vorsorgegründen bei freizusetzenden Pflanzen ausgeschlossen werden, einschließlich partieller Sequenzen derartiger Resistenzgene.

d) Durchwuchs

Bei Cyanophycin-Kartoffeln ist von einer besseren Überwinterungsfähigkeit auszugehen. „Die Produktion von Cyanophycin durch die transgenen Kartoffeln greift in den Kohlenstoffstoffwechsel ein, so dass eine Veränderung gelöster Kohlenhydrate zu erwarten ist.“ Die Durchwuchsproblematik wird dadurch verstärkt. Selbst die Antragstellerin geht davon aus, dass die Frosttoleranz dieser Kartoffellinie aufgrund der Veränderung des Kohlenhydratstoffwechsels erhöht sein könnte. Bei einer veränderten „Zuckerkonzentration könnte sich die Frostresistenz erhöhen und die Ausfallkartoffeln besser überwintern.“⁴ Ähnliche Vorbehalte hatte auch das Bundesamt für Naturschutz 2006 in der Stellungnahme zum ersten Freisetzungsversuch unter Hinweis auf die Fähigkeit von Kartoffeln geäußert, zumindest über einen gewissen Zeitraum auf ruderalen Standorten wie Wegrändern, Schuttplätzen, Müllplätzen und Kanalufern zu überdauern.

Nach der Ernte können 10 000 – 30 000 Kartoffelknollen im Boden verbleiben, dies gilt insbesondere, wenn die Knollen sehr klein sind, wie im Antrag für frühere Freisetzungsversuche berichtet. Die Knollen können 4 – 5 Jahre im Boden überleben und, wenn sie 10 – 15 cm unter der Bodenoberfläche verbleiben, auch harte Winter überstehen (Neuroth 1997).

Darüber hinaus wurde durch die Antragstellerin selber der Verweis auf Durchwuchs im Jahr 2007 angezeigt. Das heißt in die Sicherheitsbetrachtung muss Durchwuchs als zu erwartende Erscheinung aufgenommen werden. Die vorgeschlagene Reduzierung des frei zubleibenden Randstreifens auf 2 m ist auch diesbezüglich nicht sachgerecht.

e) Stoffwechselstörungen

Aus Zwischenberichten der Antragstellerin zum vorangegangenen Freilandversuch mit den nun erneut beantragten transgenen Kartoffeln geht hervor, dass verschiedene Linien im Freiland mit Mindererträgen, höherer Anfälligkeit gegenüber Krankheiten auf den gentechnischen Eingriff reagierten. Offenbar kommt es zu Stoffwechselstörungen durch die insertierten Fremdgene.

So zeigte die ctxB-Kartoffel, die ein Gen aus dem Cholera-Bakterium erhält, im Jahr 2007 eine „geringere Wüchsigkeit“ und einen „signifikant geringeren Ertrag“. 2006 und 2007 zeigte sie zudem eine schlechte Bestandesentwicklung und eine höhere Anfälligkeit gegenüber Pathogenen. Die Cyanophycin-Kartoffeln hatten einen geringeren Stärkegehalt. Insbesondere eine Ausbringung von Cyanophycin produzierenden transgenen Kartoffeln ist offenbar mit hohen Risiken verbunden. Laut Literatur ist ein derartiger Eingriff in den Pflanzenmetabolismus dazu geeignet, umfangreichste Effekte bis hin zu einer Veränderung des Phänotyps zu

⁴A ntrag der Universität Rostock auf Ausbringung von gentechnisch veränderten Kartoffelpflanzen vom 18.8.2008 (Az. 6786-01-196)

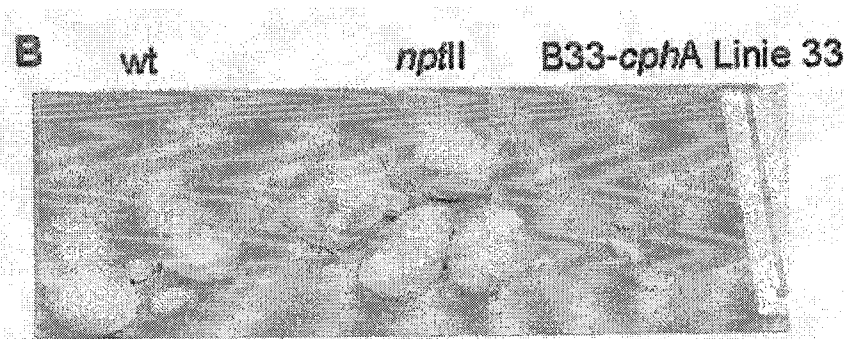
erzeugen. Hühns et al (2008) sprechen davon, dass die Expression von Biopolymeren in transgenen Pflanzen regelmäßig zu verminderter Fitness bzw. phänotypischen Abnormitäten führt.

Laut einem Antrag der Universität Rostock stellt die Produktion von Cyanophycin bei solchen Pflanzen einen gravierenden Eingriff in den Kohlenhydratstoffwechsel dar, da auf Kosten der Kohlenhydrate polymere Aminosäuren eingelagert werden. Laut Antrag kann es zu einer Änderung und vollkommen neuen Zusammensetzung der Speicherzucker und Proteine kommen.

*„Diese Änderungen können sowohl unter Wachstumsbedingungen, viel mehr jedoch unter umweltbedingtem Stress, gravierenden Einfluss auf das Umweltverhalten der transgenen Kartoffeln und ihrer Pathogenen haben. Aus vorherigen Arbeiten über Eingriffe in den Kohlenhydratstoffwechsel der Kartoffel, insbesondere bei Veränderungen des Kohlenhydrattransports, wurden vielfach abnorme Phänotypen und stark veränderte Speicherzucker gefunden.“*⁵

Laut Hühns et al (2008) führte die Produktion von Cyanophycin in transgenem Tabak bei hohen Gehalten zu einer Schwächung der Pflanzen in der Folgegeneration.⁶ Neumann et al (2005)⁷ beschreiben Veränderungen der Blattmorphologie und verzögertes Wachstum.

Laut einem Konferenzbeitrag der Projektleiterin Professor Inge Broer kommt es darüber hinaus zu Stresssymptomen wie verringertem Wachstum und verfrühter Blühinduktion.⁸ Bei Versuchen der Universität Rostock wurden verdickte Zellwände festgestellt.⁹ Darüber hinaus kam es zur Ausbildung von Miniaturknollen (siehe Abbildung).



- *Abbildung: Deformierte Linie der Cyanophycin-Kartoffeln der Universität Rostock (rechts): Abschlussbericht des BMBF-Projekts „Genom-basierte Untersuchungen zur Expression und Produktion von Impfstoffen gegen virale Erkrankungen von Tieren in transgenen Pflanzen“ (Quelle: <http://edok01.tib.uni-hannover.de/edoks/e01fb06/511834926.pdf>)*

⁵ Antrag der Universität Rostock auf Ausbringung von gentechnisch veränderten Kartoffelpflanzen vom 18.8.2008 (Az. 6786-01-196)

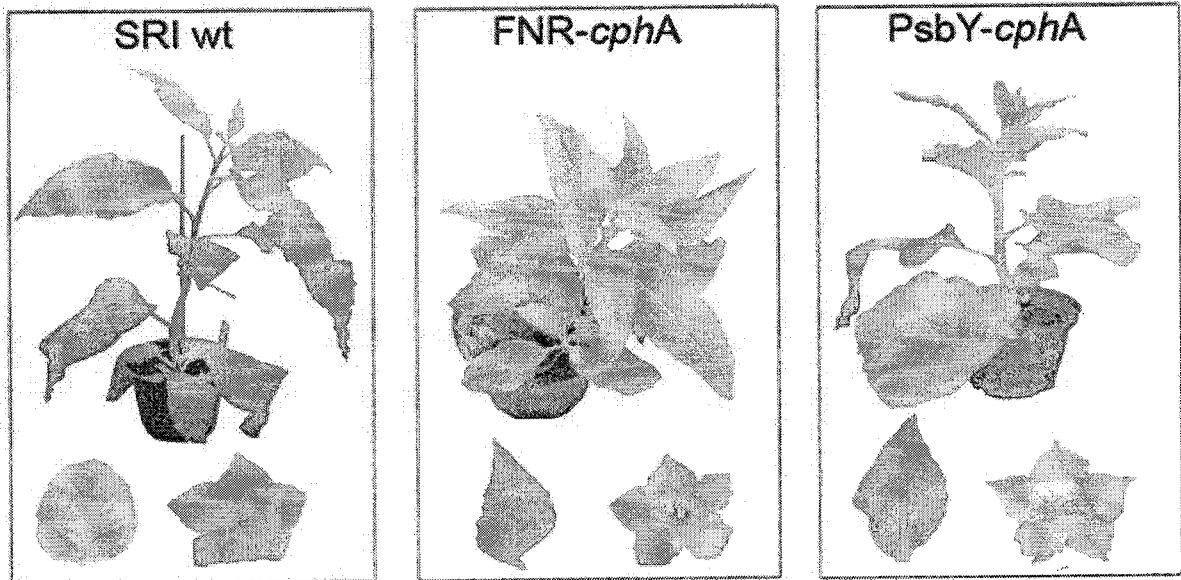
⁶ Hühns M. et al (2008): Plastid targeting strategies for cyanophycin synthetase to achieve high-level polymer accumulation in *Nicotiana tabacum*. *Plant Biotechnology Journal* 6 (4), 321 - 336

⁷ Neumann K et al (2005): Production of cyanophycin, a suitable source for the biodegradable polymer polyaspartate, in transgenic plants *Plant Biotechnology Journal* 3 (2), 249-258

⁸ Broer I (2008): Biomaterials, synthesis of the biopolymer cyanophycin in tobacco and potato. Konferenzbeitrag 4th EPSO Conference "Plants for Life"

⁹ Hühns M. et al (2008): Plastid targeting strategies for cyanophycin synthetase to achieve high-level polymer accumulation in *Nicotiana tabacum*. *Plant Biotechnology Journal* 6 (4), 321 - 336

Bei Cyanophycin produzierendem transgenem Tabak, der von der Universität Rostock hergestellt wurde, kam es ebenfalls zu Veränderungen im Phänotyp der Pflanzen: Laut einem Bericht der Uni Rostock waren zu beobachten: Panaschierung der Blätter, reduzierte Blattspreiten, verdickte Stämme, Blätter mit starker Äderung, ein in der T2 verringertes Wachstum, Antheren, die kleiner als die Narbe waren.¹⁰



40 m betrug die Auskreuzungsrate 1,1 % bzw. 0,5 %. In 80 m Entfernung trugen immerhin noch 0,2 % der Samen die entsprechende Markierung. Der Isolationsabstand von 20 m bis 50 m zwischen den Freisetzungsfeldern und dem nächsten Feld mit nicht gentechnisch veränderten Kartoffeln ist zu gering, um Auskreuzung mit Sicherheit zu verhindern. Kartoffelblüten werden von Insekten (z.B. Schwebfliegen, Hummeln, Honigbienen, Wespen, Schmeißfliegen, Libellen, Schmetterlinge und Nachtfalter sowie evtl. Rapsglanzkäfer, Schimmelkäfer, Tangfliegen und Goldfliegen) besucht. Bekanntermaßen haben Insekten einen größeren Aktionsradius als 20 m! Laut OECD-Konsensdokument können z.B. Hummeln und Bienen einen Flugradius von bis zu drei Kilometern haben und bis in diese Entfernung Kontaminationen von Kartoffelbeeren verursachen.¹¹

Eine Mantelsaat durch Mais ist ungeeignet, Insekten von den Kartoffelblüten abzulenken, Schittenhelm & Hoekstra empfehlen Brassica-Arten oder Sonnenblumen. 20 m reichen als Isolationsabstand keinesfalls aus.

b) Fehlende Datengrundlage zur Auskreuzung von Kartoffeln

Eine fundierte Risikoabschätzung über das Auskreuzungsverhalten von Kartoffeln auf der Basis wissenschaftlicher Publikationen ist nicht möglich. Einer Studie des Ökoinstituts Freiburg aus dem Jahr 2004 zufolge wurden nur bislang sehr wenige Studien veröffentlicht, in denen Auskreuzungsdistanzen von Kultur-Kartoffelsorten untersucht wurden. Wesentliche neue Erkenntnisse hat es seither nicht gegeben. Auf der Basis dieser Datenlage sind Abstände von 20 bzw. 50 Metern zu den nächstliegenden Kartoffelfeldern nicht zu verantworten.

Da Pollentransfer durch den Wind nicht auszuschließen ist, kann bei Starkwind-Ereignissen Pollen über größere Entfernungen verbreitet werden – bei einer sich über 1-7 Wochen erstreckenden Blühzeit ist durchaus mit solchen zu rechnen.

Die verwendeten Sorten Fasan und Albatros gelten zudem als Sorten mit hoher bis sehr hoher Blütenhäufigkeit.

Gebildete Samen können bis zu 13 Jahre lang keimfähig bleiben (Neuroth 1997). Anderen Quellen zufolge können Kartoffelsamen potentiell sogar über Jahrhunderte keimfähig bleiben (Düll & Kutzelnigg 1994).¹²

Durchwuchsknollen können noch bis zu vier Jahren nach dem Kartoffelanbau aufkeimen. Gerade die zunehmend wärmeren Winter verstärken diesen Effekt. Beim Auflaufen in den Folgejahren können Kartoffeln zudem Beeren bilden. Jede Kartoffelbeere wiederum kann bis zu 400 Samen enthalten, aus denen sich unter den hiesigen klimatischen Bedingungen neue Pflanzen entwickeln können. Aus Schottland und England liegen Studien vor, in denen von einem hohen Aufkommen von Durchwuchspflanzen aus Kartoffelsamen in den Folgekulturen berichtet wird, King 1974; Lawson 1983.¹³ Durch das Auflaufen transgener Samen, die durch

¹¹ OECD (1997) Consensus document on the biology of *Solanum tuberosum* ssp. *tuberosum* (potato).

¹² Düll R, Kutzelnigg H (1994): Botanisch-ökologisches Exkursionstaschenbuch. Quelle & Meyer, Heidelberg, Wiesbaden.

¹³ King JM (1974): Volunteer crop problems in the processing industry. Proceedings 12th British Weed Control Conference

Lawson HM (1983): True potato seeds as arable weeds. *Potato Research* 26, pp. 237-246.

Auskreuzungsereignisse entstanden sind, könnte es in Folgekulturen zur Bildung transgener Knollen und somit zu einer Kontamination der Ernte in den folgenden Jahren kommen.

Kartoffelknollen und -beeren werden durch Tiere verbreitet (z.B. Kleinsäuger, Vögel und Wild), deren Aktionsradius 20 m weit überschreitet. Eine Ausbreitung der Transgene und der transgenen Kartoffeln sowie deren Aufnahme durch Tiere sind zu erwarten, die genannten Sicherheitsmaßnahmen eignen sich nicht, dies zu verhindern.

Auch aus den Zwischenberichten der Antragstellerin gehen keine gesicherten Erkenntnisse zu diesen Fragen hervor. Die von der Antragstellerin vorgeschlagene einjährige Nachkontrollphase ist daher deutlich zu kurz und der Fläche der Nachkontrolle ist zu klein. Insbesondere die Verringerung des geplanten freien Randstreifens ist nicht zu vertreten.

c) Gesundheitliche Effekte

Die **Verwendung** von Nahrungs- oder Futterpflanzen für Freisetzen von „Pharmapflanzen“ stellt ein unakzeptables Risiko für die Lebensmittelsicherheit dar. Die Antragstellerin beschreibt mögliche Immunantworten bei Nichtzielorganismen bei mindestens zwei der verwendeten Konstrukte (vp60-Gen, ctxB-Gen). Die Bildung von Antikörpern könnten daher negative gesundheitliche Wirkungen bei Menschen oder Tieren auslösen, die mit den Kartoffeln in Berührung kommen.

Das BfN kam bei den unterschiedlichen Events zu folgenden Ergebnissen:

Da das VP60 eine immunogene Wirkung besitzt besteht der Verdacht, dass durch die gentechnische Veränderung die transgenen VP60-Kartoffeln allergene und toxische Wirkungen auf den Menschen und auf Wildtiere haben.

Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die dargestellten Untersuchungen nicht geeignet sind, um die toxikologischen, allergenen und Umweltwirkungen des in Kartoffeln erzeugten **Choleratoxin B** zu bewerten.“

Die vorgelegten Fütterungsstudien und Immunisierungsversuche sind widersprüchlich (siehe unten) und erlauben keine ausreichende Bewertung des Gesundheits- und Umweltverhaltens der VP60-Proteine.

Schädigungen von Wildtieren konnten von der Antragstellerin nicht mit der fachlich und rechtlich gebotenen Wahrscheinlichkeit ausgeschlossen werden. Daten zu möglichen schädlichen Wirkungen auf Invertebraten fehlen vollständig. Daher können schädlichen Wirkungen auf Invertebraten nicht ausgeschlossen werden.

Auch der Schlussbericht der Universität Rostock zum BMBF-Projekt „Genom-basierte Untersuchungen zur Expression und Produktion von Impfstoffen gegen virale Erkrankungen von Tieren in transgenen Pflanzen“ äußert sich sehr kritisch über die möglichen gesundheitlichen Effekte der transgenen vp60-Kartoffeln. In dem Dokument aus dem Jahr 2006 heißt es:

„Im Rahmen der Begleitforschung konnte nach Verfütterung von genetisch modifizierten VP60(+)-Kartoffelknollen bzw. transgenen VP60(-)-Kartoffeln gezeigt werden, dass sowohl physiologische Nebenwirkungen des biologischen Wirkstoffes (VP60-Antigen) als auch der

durch die Transgenese veränderten Zusammensetzung der transgenen Pflanzen nicht ausgeschlossen werden können. Die Ergebnisse der Expressionsuntersuchungen zeigten signifikante gewebsspezifische Effekte auf den Stoffwechsel der Tiere durch die Verabreichung der VP60(+)-Kartoffeln im Vergleich zur Kontrollgruppe. In Übereinstimmung mit der Ergebnissen nach oraler Applikation der VP60-Bakuloviren konnten in der Milz von Tieren, denen VP60(+)-Kartoffeln gefüttert wurden, geringere Expressionsniveaus von Genen des Lipid- und des Proteinkatabolismus beobachtet werden, die von geringeren Transkriptraten von Genen, die in verschiedene Entwicklungsprozesse involviert sind, begleitet waren (AG Souffrant, AG Schwerin).“¹⁴

In der Zusammenfassung der Risikobewertung zur **Choleratoxin B-Kartoffel (ctxB-Gen)** zieht die Antragstellerin Schlüsse aus der Wirkung von CTB in seit Jahren angewendeten Impfstoffen auf die gentechnisch in Kartoffeln erzeugten Wirkstoffe. Da ihr keine Beeinträchtigungen durch die verwendeten Impfstoffe bekannt sind, nimmt sie das als Unbedenklichkeitsbeleg für die Gentechnik-Kartoffeln. Unerwünschte Effekte der Choleraimpfung wurden in den klinischen Studien allerdings laut arznei-telegramm¹⁵ nur unzureichend erfasst, so dass sich das Sicherheitsprofil von DUKORAL (was ist das, hier Erklärung von unten) nach Ansicht der EMEA nur begrenzt beurteilen lässt.¹⁶ Sicher ist es aber nicht übertragbar auf die Risikoeinschätzung der Kartoffel. Auf die Impfung reagierten Menschen gelegentlich (0,1% bis 1%) mit Durchfall, Bauchkrämpfen und Kopfschmerzen, selten bis sehr selten mit Übelkeit und Erbrechen sowie systemischen Symptomen wie Atemwegsbeschwerden, Fieber, Schwindel, Gelenkschmerzen, vermindertem Geschmacksinn, Hautausschlag u.a.¹⁷ Angesichts von mehr als 1 Million eingenommenen Dosierungen durch schätzungsweise 500.000 skandinavische Reisende innerhalb von zehn Jahren und 72 gemeldeter Störwirkungen in diesem Zeitraum stuft die Behörde den Impfstoff jedoch als „sicher“ ein (EMEA).

Die Ausführungen des BfN¹⁸ (2006) sind auch für die Betrachtung der gesundheitlichen Risiken in dem vorliegenden Antrag relevant: „Da das Choleratoxin B eine immunogene Wirkung besitzt besteht der hinreichende Verdacht, dass durch die gentechnische Veränderung die transgenen VP60- Kartoffeln allergene und toxische Wirkungen auf den Menschen und auf Wildtiere haben können.

Jede Infektionskrankheit hat einen Effekt als ökologische Regelgröße (Ökofaktor). Von der Antragstellerin wurde nicht dargelegt ob *Vibrio cholerae* als natürlicher Ökofaktor einzuschätzen ist. Bekannt ist, dass *Vibrio cholerae* durch Wildtiere auf den Menschen übertragbar ist. Daher ist damit zu rechnen, dass auch *Vibrio cholerae* für einige Tiere ein natürlicher Ökofaktor darstellt. Die ökologischen Konsequenzen einer Immunisierung von Wildtieren durch transgene Kartoffelpflanzen wurden im Antrag nicht ausreichend berücksichtigt. Auch eine lokale und temporäre Immunisierung von Wildtieren, könnte zu einer Populationsvergröße-

¹⁴ Schlussbericht zum BMBF-Projekt „Genom-basierte Untersuchungen zur Expression und Produktion von Impfstoffen gegen virale Erkrankungen von Tieren in transgenen Pflanzen“. Förderempfänger: Universität Rostock Förderkennzeichen 312744. Beginn: 01.11. Laufzeit 2001 - 2005

¹⁵ arznei-telegramm 2005; Jg. 36, Nr. 7 67

¹⁶ EMEA: Europ. Bewertungsbericht DUKORAL vom 6. Febr. 2005

<http://www.emea.eu.int/humandocs/Humans/EPAR/dukoral/dukoral.htm>

¹⁷ Chiron: Fachinformation DUKORAL, Stand April 2004

¹⁸ Bundesamt für Naturschutz, Vollzug des Gentechnikgesetzes, Antrag der Universität Rostock auf Genehmigung der Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffeln vom 21.11.2005

Schreiben des BVL vom 03.05.06, Az. 6786-176

rung führen, die ggf. erhebliche Auswirkungen auf das Vorkommen von Nahrungspflanzen von Wildtieren haben kann.

Analog zu unserer Argumentation zu Versuchen mit dem VP60-Protein (s.o.), ist nach u.E. eine Übertragung von Versuchen von Impfstoffen, die in unterschiedlicher Weise bzw. in unterschiedlichen Expressionssystemen erzeugt werden auf den GVO nicht möglich, Risiken können also nicht ausgeschlossen werden.

Laut Antragstellerin zeigten Arakawa et al. bereits 1997 und 1998, dass keine negativ schädlichen Wirkungen an den Versuchstieren auftraten (Arakawa et al. 1997, Arakawa et al. 1998a). Diese Aussage ist nicht nachvollziehbar, da in Arakawa et al (1997, 1998a) keine Versuche zum Nachweis schädlicher Wirkungen aufgeführt sind. Arakawa et al. (1998a) zeigten lediglich eine Immunisierung von Mäusen durch die orale Aufnahme von Cholera-toxin B aus transgenen Kartoffeln.

Ein Verweis auf die Risiko- und Umweltrisikoprüfung von Impfstoffen, die das Cholera-toxin B enthalten, als Nachweis der Unbedenklichkeit des transgen erzeugten Cholera-toxin B ist nicht möglich, da sich die Exposition der Umwelt zwischen Impfstoffen, die als Arzneimittel verabreicht werden, und Impfstoffen, die im Freiland in transgenen Kartoffeln produziert werden, extrem unterscheidet. Zusammenfassend kann festgestellt werden, dass die dargestellten Untersuchungen nicht geeignet sind, um die toxikologischen, allergenen und Umweltwirkungen des in Kartoffeln erzeugten Cholera-toxin B zu bewerten.“

Anhand der dargestellten Probleme wird deutlich, dass die Risikobewertung und die danach vorgeschlagenen Sicherheitsvorkehrungen der Antragstellerin völlig unzureichend sind. Die Behauptung, schädliche Auswirkungen für Menschen, Tiere und die Umwelt seien ausgeschlossen, ist fehlerhaft.

5.Rechtliche Würdigung der Risiken dieser Freisetzung

Wie unter Punkt (I) gezeigt wurde, und hier bezüglich der zusammenfassenden Erkenntnisse nochmals wiederholt werden soll, ist weder die Richtlinie 2001/18 noch das GenTG eine ausreichende Rechtsgrundlage für die Freisetzung von Pharmapflanzen.

“The present legislation on GM plants was intended for use in food and feed, and it does not cover GM pharming plants in a satisfactory way.”

“The regulatory framework is fragmented and in important aspects uncertain.”

- Rehberger “Legal problems of Pharming”, S. 78, 292, in Pharming, Springer Verlag Berlin Heidelberg 2009 (Hervorhebungen durch Unterzeichnerin)

Unabhängig von diesen Erkenntnissen, ist die beantragte Freisetzung auch nach dem geltenden GenTG nach § 16 Abs. 1 Nr. 2 GenTG nicht zulässig.

Mit dem Erlass des Gentechnikgesetzes hat der Gesetzgeber eine grundlegende Entscheidung für die Zulassung gentechnischer Arbeiten getroffen; die durch solche Arbeiten auftretenden unvermeidlichen Risiken hat der Gesetzgeber bewusst in Kauf genommen. Dem entspricht jedoch auf der anderen Seite, dass er **vermeidbare Risiken** in jedem Falle ausschließen woll-

te. Der Zweck des GenTG ist nach § 1 Nr. 1, unter Berücksichtigung ethischer Werte, Leben und Gesundheit von Menschen, die Umwelt in ihrem Wirkungsgefüge, Tiere, Pflanzen und Sachgüter vor schädlichen Auswirkungen der gentechnischen Verfahren und Produkte zu schützen und Vorsorge gegen das Entstehen solcher Gefahren zu treffen. Mit dieser Formulierung wollte der Gesetzgeber sicherstellen, dass neben der Gefahrenabwehr auch eine "größtmögliche Vorsorge gegen vorhandene oder vermutete Gefahren, die von gentechnischen Verfahren oder Produkten ausgehen können" (amtliche Begründung zu § 1 GenTG, BT-Drucks. 11/5622, S. 22), getroffen wird. Schon aus der Formulierung "größtmögliche Vorsorge" folgt unmittelbar, dass es der Wille des Gesetzgebers gewesen ist, **nur solche Risiken in Kauf zu nehmen, die mit gentechnischen Arbeiten zwangsläufig verbunden sind, vermeidbare Risiken aber in jedem Falle auszuschließen.**

Aus § 16 Abs. 1 Nr. 2 und Nr. 3 GenTG i.V.m. § 1 Abs. 1 GenTG lässt sich daher der allgemeine, alle gentechnischen Arbeiten umfassende Grundsatz ableiten, dass bestehende - unausweichliche - Risiken soweit als nach dem Stand der Wissenschaft möglich zu minimieren sind, was auch bedeutet, dass Risiken, die vermeidbar sind, vermieden bzw. ausgeschlossen werden müssen. Wenn sich eine bestimmte gentechnische Arbeit sowohl unter Inkaufnahme eines bestimmten Risikos durchführen lässt als auch unter Vermeidung dieses Risikos, dann folgt aus den genannten Vorschriften zwingend, dass der zuletzt genannte Weg gewählt werden muss. Bei der Gefahr der Kontamination von Futterpflanzen und Lebensmitteln durch Pharmapflanzen, der Aufnahme und Verschleppung von Vögeln und durch Wildtiere, und anderweitigen möglichen Ausbreitungen, der Gefahr von Resistenzbildungen gegen Antibiotikahandel es sich aber um Risiken, die mit der Durchführung des angegebenen Freisetzungszwecks nicht zwangsläufig verbunden ist, sondern aus der Wahl dieser konkreten Pharmapflanzen resultiert. Es geht nicht nur um ein dem gentechnischen Vorhaben immanentes Risiko, sondern um ein solches, das ohne Beeinträchtigung der Ergebnisse des Freisetzungsversuchs in Kauf genommen oder aber vermieden werden konnte. In diesen Fällen folgt aus Sinn und Zweck der genannten Vorschriften unmittelbar, dass die Genehmigung dieses Freisetzungsversuchs nicht erteilt werden darf.

Bei der konkreten geplanten Durchführung des Freisetzungsversuchs kann eine Ausbreitung der Pharmapflanzen nicht ausgeschlossen werden:

Wie oben Punkt 4 ausgeführt, liegen zu zahlreichen Fragen keine ausreichenden Untersuchungen und Bewertungen vor.

Die Grundlagen der vorzunehmenden Risikobewertung werden durch die Antragstellerin verkannt, wenn sich die Risikobewertung darauf beschränkt, bereits nachgewiesene Risiken in die Risikobewertung einzustellen und solche, die sich aus noch nicht nachgewiesenen Ursachenzusammenhängen ergeben können, völlig außer Betracht lässt. Dies steht im Widerspruch zur Rechtsprechung des Bundesverwaltungsgerichts.

Da es andererseits ohne weiteres möglich ist, den geplanten Freisetzungszweck - Entwicklung standardisierter Verfahren - mit Pflanzen, die nicht das Risiko von Pharmapflanzen bergen, durchzuführen, ist der Freisetzungsversuch auch aus diesem Grund nicht genehmigungsfähig.

Im Übrigen sind auch die sonst erforderlichen Sicherheitsvorkehrungen nach dem Stand von Wissenschaft und Technik nicht ausreichend.

So ist die Verschleppung von Pflanzen durch Besucher im Schaugarten Üplingen nicht ausgeschlossen. Es ist weder eine Umzäunung der speziellen Flächen vorgesehen, noch ist es vorgesehen die Besucher so genau zu kontrollieren, dass diese Möglichkeit der Verbreitung ausgeschlossen ist. Ein solcher Ausschluss von Verbreitungen von Pharmapflanzen kann bei einer öffentlich zugänglichen Anlage nicht gesichert werden. Diese Diskrepanz ist insbesondere in Vergleich zu dem geforderten Containment Verfahren für Pharmapflanzen zu stellen.

Die Verschleppung von Kartoffelbeeren und Pollen durch Tiere, insbesondere Vögel, ist für beide Standorte nicht ausgeschlossen. Die Abstände zu anderen Flächen sind auch bezüglich der bestehenden Kenntnisse zu Durchwuchs und anderen Ausbreitungsmöglichkeiten viel zu gering bemessen.

Die im laufenden Text schon aufgeführten fehlerhaften oder nicht ausreichenden Sicherheitsvorkehrungen werden ausdrücklich noch einmal in Bezug genommen.

6.F ehrender Zweck der Freisetzung und Abwägung mit Risiken

a) Genannter Zweck

Die Antragstellerin gibt als Zweck der Freisetzung die Gewinnung von transgenen Kartoffelpflanzen für die Entwicklung von standardisierten Methoden an. Mit diesen standardisierten Methoden möchte sich die privatwirtschaftliche BioOk GmbH europaweit als Agentur für Freisetzungen aller Art einen Namen machen. Dieser Zweck ist aus mehreren rechtlichen und tatsächlichen Gründen abzulehnen.

Die Freisetzungen können ihren angegebenen Zweck auch objektiv nicht erfüllen.

Zunächst sieht die Freisetzungslinie und das Gentechnikgesetz eine case bei case und „step by step“ Prüfung der GVO in Freisetzungsverfahren vor. Die Antragstellerin hat nicht beschrieben, wie die geplanten standardisierten Prüfungen dieser Forderung gerecht werden.

Das geplante „Rund um Sorglospaketprojekt“ für zukünftige Freisetzungen ist noch fragwürdiger da es mit Pharmapflanzen durchgeführt werden soll, bei denen die Anforderungen an Sicherheitsbestimmungen wie unter Punkt I gezeigt wurde, Freisetzungen eigentlich ausschließen.

Es ist weiter festzustellen, dass alle drei GVO-Entwicklungen keine Anwendungsmöglichkeit zeitigen. Dieses Ergebnis war schon vor der letzten Freisetzung, ist jedoch spätestens nach jetziger Antragstellung absehbar.

Der Sinn einer Freisetzung von vp60-Kartoffeln ist nicht ersichtlich. Bereits 2006 kam die Universität zu dem Schluss, dass der in den manipulierten Kartoffeln gebildete Impfstoff gegen die Kaninchenerkrankung RHD keinerlei Wirksamkeit besitzt: *„Die orale Immunisierung mit transgenem Knollenmaterial führte nicht zur Ausbildung [...] eines Impfschutzes, obwohl*

die verabreichten Mengen deutlich über der ermittelten Minimalimpfdosis lagen.“¹⁹ Im aktuell vorliegenden Antrag wird dieses Ergebnis nochmals bestätigt.

Ebenso muss der Sinn der Freisetzung gentechnisch veränderter Kartoffelpflanzen zur Erzeugung der Cholera toxin B-Kartoffel (ctxB-Gen) allein schon deswegen in Frage gestellt werden, weil hierfür kein Bedarf besteht. Nach den internationalen Gesundheitsrichtlinien sollte kein Land eine Choleraimpfung für die Einreise verlangen. Die Forderung einer Impfpflicht bei der Einreise (z.B. bei Frachtschiffreisen) ist nicht medizinisch begründet.²⁰ Touristen haben selbst in Endemiegebieten ein geringes Risiko, an Cholera zu erkranken.²¹ Eine Impfung wird daher allenfalls für gefährdete Personen z.B. in Flüchtlingslagern und für Menschen mit besonderen Risiken z.B. bei chronischem Magensäuremangel oder chronisch entzündlichen Darmerkrankungen empfohlen.²² Hygienische Vorbeugemaßnahmen haben in der Cholera prophylaxe Vorrang. „It should be clear that a cholera vaccine is considered only as an additional tool to prevent cholera and will not replace any of the other cholera prevention and control interventions recommended by the WHO.“²³ Für den hierzulande seit 2004 zugelassenen oralen Choleraimpfstoff DUKORAL, der neben inaktivierten Cholera bakterien der Serogruppe O1 die rekombinant hergestellte, nicht toxische B-Untereinheit des Cholera toxins enthält, ist ein Nutzen nur für Personen aus Gegenden belegt, in denen Cholera endemisch ist bzw. epidemisch auftritt.²⁴ Die Ergebnisse sind nicht auf europäische Reisende übertragbar, denn Untersuchungen zur Schutzwirkung der Choleraimpfung bei Reisenden sind nicht möglich, da deren Risiko zu erkranken für statistische Auswertungen zu gering ist.²⁵

Diese Fehlentwicklungen sollen nunmehr unter neuer wirtschaftlicher Zweckbestimmung weiter freigesetzt werden.

Die konkrete Untauglichkeit auch für den nunmehr angegebenen Zweck der Verwendung als Modellpflanzen für standardisierte Verfahren wird im Folgenden dargestellt:

Wie die Antragstellerin den Zweck der Freisetzung „die Analyse der Variabilität der Transgenexpression im Freiland in Abhängigkeit von dem Integrationsort des Transgens, der Sorte sowie des Modellproteins“ bewerkstelligen will, wenn sie keine nähere Kenntnis der Integrationsorte hat, bleibt offen. Laut Antrag soll u.a. die Variabilität der Transgenexpression im Freiland in Abhängigkeit vom Integrationsort des Transgens, der Sorte sowie des Modellproteins analysiert werden. Doch da Angaben zu den Integrationsorten in den verschiedenen F-

und von Jahr zu Jahr. So reichen beispielsweise beim Event vp60SEK-6 die Unterschiede für die VP60 Protein-Expression zwischen minimalen und maximalen Proteinwerten für Knollen im Freiland bis zum 300 fachen. Wie mit einer derart schwankenden Expression der Transgene der Zweck der Freisetzung erreicht werden soll, ist nicht nachvollziehbar, fehlt es doch an grundlegenden Daten und ganz offenbar an der notwendigen Stabilität der Transgenexpression. Aussagefähige Ergebnisse bzgl. der gesundheitlichen und ökologischen Wirkungen der transgenen Pflanzen können so nicht erzielt werden.

b) Üplingen

Für den Standort Üplingen wird kein Zweck für die Freisetzung angegeben. Für die genannten Untersuchungszwecke sind die Freisetzungspflanzen in Üplingen offensichtlich nicht gedacht. Denn Angaben zu dem Transport der Pflanzen wurden in dem Antrag nicht gemacht. Es scheint auch unverhältnismäßig Pflanzen über 200 km zu transportieren und damit ein weiteres Risiko der ungewollten Verbreitung zu eröffnen.

Aus dem Antrag ergibt sich keine Erklärung warum die Freisetzung dieser Pflanzen in Üplingen erfolgen soll.

c) Abwägung

Nach § 16 Abs. 1 Nr. 3 GenTG müssen nach dem Stand der Wissenschaft im Verhältnis zum Zweck der Freisetzung unvertretbare schädliche Einwirkungen auf die in § 1 Nr. 1 bezeichneten Rechtsgüter nicht zu erwarten sein.

Wie gezeigt werden konnte, sind schädliche Auswirkungen auf die genannten Rechtsgüter nicht auszuschließen. Daher ist die Freisetzungsgenehmigung insbesondere auch angesichts des fragwürdigen Zwecks dieser Freisetzung auch aus den Gründen des § 16 Abs. 1 Nr. 3 GenTG nicht zu erteilen.

7. Zusammenfassung

Die Genehmigung zu der Freisetzung kann aus den genannten Gründen für den Standort Thulendorf nicht erteilt werden. Für den Standort Üplingen ist eine Genehmigung unter allen Umständen ausgeschlossen.

III. Kein Vorraussetzungen für die Anordnung des Sofortvollzugs

Die Antragstellerin beantragte den sofortigen Vollzug der Genehmigung. Sie begründete diesen Antrag damit, dass die Freisetzung im Rahmen eines zeitlich befristeten wissenschaftlichen Projekts stattfindet und ein Zeitverzug das gesamte Projektziel gefährden würde.

Diese Begründung ist für die Anordnung des Sofortvollzugs nicht ausreichend.

Die Antragstellerin kann nicht durch die Bestimmung des Zeitpunkts des Freisetzungsver-

suchs den Sofortvollzug erzwingen. Insbesondere führt die Antragstellerin nicht aus, welcher Nachteil gegeben wäre, wenn das Projekt nicht sofort durchgeführt wird. Schon die lange Versuchsdauer von vier Jahren deutet darauf hin, dass es auf den Sofortvollzug nicht ankommt. Darüber hinaus ergibt sich auch aus den Antragsangaben keine Notwendigkeit einer Freisetzung in einem bestimmten Zeitraum. Hier ist darauf hinzuweisen, dass eine Antragstellung die sich auf die nächste Vegetationsperiode bezieht, dann eben rechtzeitig erfolgen muss, um zum Zeitpunkt der Vegetationsperiode die Freisetzung sicher beginnen zu können. Daher ist in der Interessenabwägung nicht zu Gunsten der Antragstellerin zu entscheiden.

Die Frage der Rechtswidrigkeit einer Genehmigung wurde im Zuge der Risikoeinschätzung und der fehlenden Sicherheitsvorkehrung im Antrag deutlich gemacht. Zusammenfassend ist daher darzulegen, dass die Anordnung des Sofortvollzugs der Genehmigung rechtswidrig ist.

Mit freundlichen Grüßen

Katrin Brockmann
Rechtsanwältin

Die Zusammenstellung der Einwendung erfolgte unter Mitarbeit Andreas Bauer, Umweltinstitut München, Dr. Angela von Beesten, Ökologischer Ärztebund, Dr. Martha Mertens, BUND Deutschland und Annemarie Volling, Arbeitsgemeinschaft bäuerliche Landwirtschaft.

Quellen:

- Brinker, M. 1999. Untersuchungen zur Spezifität von Promotoren. UBA-Texte 80/99 Berlin.
- EFSA 2004. Opinion of the Scientific Panel on Genetically Modified Organisms on the use of antibiotic resistance genes as marker genes in genetically modified plants. EFSA Journal 48, 1-18.
- EFSA 2006. Opinion of the Scientific Panel on Genetically Modified Organisms on an application (Reference EFSA-GMO-UK-2005-14) for the placing on the market of genetically modified potato EH92-527-1 with altered starch composition, for production of starch and food/feed uses, under Regulation (EC) No 1829/2003 from BASF Plant Science. The EFSA Journal 324, 1-20.
- Gelvin, S.B. 2003. Agrobacterium-mediated plant transformation: the biology behind the "gen-jockeying" tool. Microbiol. Mol. Biol. Rev. 67, 16-37.
- Heinemann, J.A. & Traavik, T. 2004. Problems in monitoring horizontal gene transfer in field trials of transgenic plants. Nature Biotechnology 22, 1105-1109.
- Ho, M.W. Ryan, A. & Cummins, J. 2000. Hazards of transgenic plants containing the cauliflower mosaic viral promoter. Microbial Ecology in Health and Disease 126-11.
- Lange, M., Vincze, E., Moller, M.G. & Holm, P.B. 2006. Molecular analysis of transgene and vector backbone integration into the barley genome following Agrobacterium-mediated transformation. Plant Cell Rep. 25, 815-820.
- Latham, J.R., Wilson, A.K. & Steinbrecher, R.A. 2006. The mutational consequences of plant transformation. J. of Biomedicine and Biotechnology. Vol. 2006, 1-7.

- Myhre, M.R., Fenton, K.A., Eggert, J., Nielsen, K.M. & Traavik, T. 2006. The 35S plant virus promoter is active in human enterocyte-like cells. *Eur. Food Res. Technol.* 222, 185-193.
- Neuroth, B. 1997. Kompendium der für Freisetzen relevanten Pflanzen; hier: Solanaceae, Poaceae, Leguminosae. Umweltbundesamt Berlin, Texte 62/97.
- Nielsen, K.M. & Townsend, J.P. 2004. Monitoring and modeling horizontal gene transfer. *Nature Biotechnology* 22, 1110-1114.
- Prescott, V.E. et al. 2005. Transgenic expression of bean alpha-amylase inhibitor in peas results in altered structure and immunogenicity. *J. Agric. Food Chem.* 53, 9023-9030.
- Quist, D., Nielsen, K.M. & Traavik, T. 2007. The complex and interactive pathway from (trans)genes to proteins. In: *Biosafety first*. ed. Traavik & Li Ching, 49-64. Tapir Academic Press Trondheim.
- Rang, A., Linke, B. & Jansen, B. 2005. Detection of RNA variants transcribed from the transgene in RoundupReady soybean. *Eur Food Res Technology* 220, 438-443.
- Smith, N. et al. 2001. Superfluous Transgene Integration in Plants. *Critical Review in Plant Sciences* 20, 215-249.
- Tang, W., Newton, R.J. & Weidner, D.A. Genetic transformation and gene silencing mediated by multiple copies of a transgene in eastern white pine. *Exp Bot.* 58, 545-54.
- Traavik, T., Nielsen, K.M. & Quist, D. 2007. Genetically engineered cells and organisms: substantially equivalent or different? In: *Biosafety first*. ed. Traavik & Li Ching, 137-152. Tapir Academic Press Trondheim.
- Ulker, B., Li, Y., Rosso, M.G., Logemann, E., Somssich, I.E. & Weisshaar, B. 2008. T-DNA-mediated transfer of *Agrobacterium tumefaciens* chromosomal DNA into plants. *Nature Biotechnology* 26, 1025-1017.
- Wilson, A.K., Latham, J.R. & Steinbrecher, R.A. 2006. Transformation-induced mutations in transgenic plants: Analysis and biosafety implications. *Biotechnology and Genetic Engineering Reviews* 23, 209-234.
- Wilson, A. et al. 2004. Genome scrambling – myth or reality? Transformation-induced mutations in transgenic crop plants. www.econexus.info/pdf/ENx-Genome-Scrambling-Report.pdf.
- WHO 2005. Critically important antibacterial agents for human medicine for risk management strategies of non-human use. WHO Press Geneva. www.who.int.
- Wögerbauer, M. 2006. Risikoabschätzung von Antibiotika-Resistenzmarkergenen in transgenen Pflanzen. *Forschungsberichte der Sektion IV, Bd 1/2006, BMGF Wien.*



FinanzNachrichten.de, 30.09.2009 11:05:00

BKN biostrom AG: Eigenes Schulungs- und Technologiezentrum im UNESCO-Dorf Üplingen eröffnet

BKN biostrom AG: Eigenes Schulungs- und Technologiezentrum im UNESCO-Dorf Üplingen eröffnet

BKN biostrom AG / Sonstiges/Sonstiges

30.09.2009

Veröffentlichung einer Corporate News, übermittelt durch die DGAP - ein Unternehmen der EquityStory AG. Für den Inhalt der Mitteilung ist der Emittent / Herausgeber verantwortlich.

Vechta, den 30. September 2009. Die BKN biostrom AG hat auf dem Gelände des Stiftungsguts Üplingen unweit der Sachsen-Anhaltinischen Hauptstadt Magdeburg ein neues Schulungs- und Technologiezentrum eröffnet. Das Schulungszentrum wird Lehrgänge für Betreiber von Biogasanlagen anbieten und deren Interessierten die Gelegenheit geben sich über das Thema Biogas zu informieren. In einem Demonstrationslabor können Lehrgangsteilnehmer Einblicke in die Durchführung von Substrat- und Gärrestanalysen erhalten.

Darüber hinaus sollen überregionale Veranstaltungen mit Referenten aus der Landwirtschaft, der Pflanzenzüchtung und natürlich dem Bereich der Erneuerbaren Energien, die Themen zukunftsorientierte Landwirtschaft und Energieerzeugung interessierten Kreisen näher bringen. Die ersten Schulungen für Betreiber werden bereits im November/Dezember 2009 stattfinden.

Als Anschauungsobjekt für die Lehrgangsteilnehmer dient eine 500 kW-Biogasanlage, deren Bau noch in diesem Jahr abgeschlossen sein wird. Der in der Anlage produzierte Strom reicht für die Versorgung von ca. 1.000 Haushalten. Darüber hinaus wird die Abwärme aus der Biogasanlage über ein Nahwärmenetz zur Versorgung des Herrenhauses, sämtlicher Gebäude auf dem Gutshof inklusive der restaurierten Tagungs- und Schulungsräume sowie der angrenzenden Einfamilienhäuser genutzt. 'Dieses Schulungs- und Technologiezentrum hat in der Biogasbranche einmaligen Charakter und wird helfen, unsere führende Position im Bereich der prozessbiologischen Betreuung von Biogasanlagen weiter auszubauen', so Günter Schlotmann, COO der BKN biostrom AG.

Über das Stiftungsgut Üplingen

Im Stiftungsgut Üplingen entsteht Schritt für Schritt ein Kompetenzzentrum für nachhaltige Entwicklung (Center for Sustainable Development - CSD). Dort werden die regionalen und überregionalen Kompetenzen gebündelt, in den unterschiedlichen Teilprojekten zur Entwicklung des ländlichen Raums angewendet und damit die Erschließung innovativer Handlungsfelder ermöglicht. So befindet sich z.B. unmittelbar angrenzend der Schaugarten Üplingen der Biotechfarm GmbH&Co. KG, in dem Feldversuche mit neuartigen Pflanzenzüchtungen anschaulich demonstriert werden. Bedeutende Unternehmen der Saatguterstellung wie KWS Saat AG oder Monsanto führen hier ihre Feldversuche in Zusammenarbeit mit Biotechfarm durch. Der Standort Üplingen ist so mit gebündelter Kompetenz im Bereich der nachhaltigen Landwirtschaft ausgestattet.

Über BKN biostrom AG

Die BKN biostrom AG hat sich auf die Projektentwicklung von Biogasanlagen spezialisiert. Über ihre operativen Tochtergesellschaften fungiert BKN biostrom im Markt für Biogasanlagen erfolgreich als Generalprojektierer und deckt dabei die gesamte Wertschöpfungskette ab: Von der Standortsicherung, Projektierung, Genehmigungsplanung, dem Bau und der Inbetriebnahme von Biogasanlagen bis hin zur effizienten Steuerung der Anlagen verfügt die Gesellschaft über weit reichendes Know-how. Durch langjährige Erfahrung bei der prozessbiologischen Betreuung von Biogasanlagen besitzt BKN biostrom eine besondere Marktcompetenz.

BKN biostrom AG Gunnar Dresen, CFO

T +49 (0)40 357 188 60 F +49 (0)40 357 188 62 dresen@bkn-biostrom.de www.bkn-biostrom.de

30.09.2009 Finanznachrichten übermittelt durch die DGAP

Sprache: Deutsch Unternehmen: BKN biostrom AG Vechtaer Marsch 9 49377 Vechta Deutschland Telefon: +49 (0)40 3571 8860 Fax: +49 (0)40 3571 8862 E-Mail: ir@bkn-biostrom.de Internet: www.bkn-biostrom.de ISIN: DE000A0LD4M4 WKN: A0LD4M Börsen: Freiverkehr in Berlin, Düsseldorf, Stuttgart; Entry Standard in Frankfurt

Ende der Mitteilung DGAP News-Service

ISIN DE000A0LD4M4

AXC0082 2009-09-30/11:05

© 2009 dpa-AFX

Klicken Sie hier, um weitere aktuelle Nachrichten zum Unternehmen zu finden:

[BKN BIOSTROM AG Aktienkurs / News](#)

Link: <http://www.finanznachrichten.de/nachrichten-2009-09/15082377-bkn-biostrom-ag-eigenes-schulungs-und-technologiezentrum-im-unesco-dorf-ueplingen-eroeffnet-016.htm>

[Fenster schließen](#)

Biotech_Farm.pdf (application/pdf-Objekt) - Mozilla Firefox


http://www.besf.com/group/corporate/de/function/conversions/publish/content/products-and-industries/biotechnology/images/Biotech_Farm.pdf

Schaugarten Üplingen eröffnet - Google... Innovative Landwirtschaft Gehir- und Geldwäsche: Die Biotechfa... Biotech_Farm.pdf (application/p...

Kopie speichern Suchen Auswählen 100% Unterschriften

FELDVERSUCHE FÜR MORGEN.


FIELD TRIALS FOR TOMORROW.



Schaugarten
Üplingen


Das Stiftungsgut Üplingen bietet die optimalen Voraussetzungen für eine Schaufarm:
Von Vorteil sind die gute Verkehrsanbindung (A2) und die Nähe zu den Städten Magdeburg, Braunschweig und Hannover.

Der Ort Üplingen wurde von der UNESCO und dem Deutschen Nationalkomitee 2005 im Rahmen der UN-Dekade "Bildung für nachhaltige Entwicklung" ausgezeichnet.
Damit ergeben sich für die Schaufarm zahlreiche Anknüpfungspunkte zur Fortentwicklung dynamischer Bildungsprojekte.



Wie finde ich BioTech Farm - Schaugarten Üplingen ?

- Autobahn A2 / E30, an der Ausfahrt Alleringerleben verlassen
- Auf der L 40 über Belsdorf; Wefensleben nach Ummendorf
- Hinweisschilder auf die B 245 folgen und




BioTechFarm
GmbH & CO. KG

BioTech Farm GmbH & Co. KG
Schaugarten
Badelebener Str. 14
39393 Üplingen

Tel. +49 39404 66-370
Fax +49 39404 66-371
Internet: www.biotechfarm.de

Moderne Pflanzenzüchtung in der Börde



Der Schaugarten ist vom 18. Juni bis 18. September 2008 mittwochs und donnerstags von 10:00 - 18:00 geöffnet.

Ein Besuch des Schaugartens ist nur nach Anmeldung und im Rahmen einer Führung möglich:
per e-mail: registration@biotechfarm.de
telefonisch: +49 39404 66-370
(07.00-16.00 Uhr, montags-freitags)

1 von 2

Fertig

- Home
- Was wir können
- Was wir machen
 - Internet
 - Multimedia
- Wer wir sind
- Kontakt
- Impressum

Internetplattformen und Datenbanken

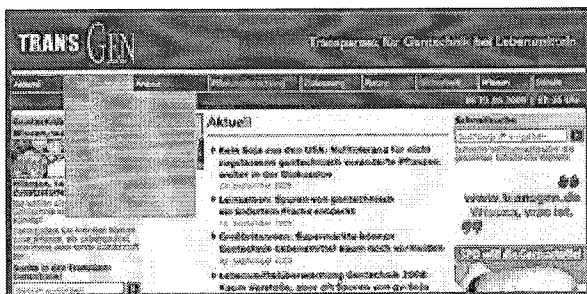
www.transgen.de | Transparenz für Gentechnik bei Lebensmittel

Themenschwerpunkte: Informationen zu Anwendungen der Grünen Gentechnik in der Landwirtschaft und bei der Lebensmittelherstellung.

Start: 1997, Relaunch: 2001 und 2005

Entwicklung, Leitung und Redaktion

www.transgen.de ist ein Projekt von i-bio (zuvor TransGen Wissenschaftskommunikation)
Seit 2009 wird es von Forum Bio- und Gentechnologie – Verein zur Förderung der gesellschaftlichen Diskussionskultur e. V. unterstützt.



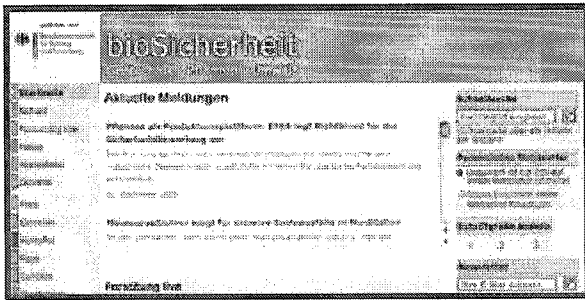
www.biosicherheit.de | Gentechnik - Pflanzen - Umwelt

Themenschwerpunkte: Umweltauswirkungen gentechnisch veränderter Pflanzen, Informationen zum BMBF-Programm Biologische Sicherheitsforschung, Datenbank aller Forschungsprojekte in Deutschland
Im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF)

Start: 2001, Relaunch: 2005

Entwicklung und Redaktion (in Kooperation mit Genius GmbH, Darmstadt)

Redaktion und Produktion verschiedener Videos und Animationen.



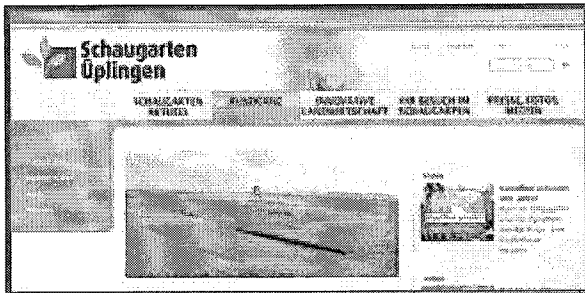
www.schaugarten-ueplingen.de | Pflanzenforschung erleben

Begleitende Internetpräsentation zum Schaugarten Üplingen (Sachsen-Anhalt)

Start: 2009

Entwicklung, Text- und Bildredaktion, Fotos, Videos

● Im Auftrag von BioTechFarm GmbH & Co. KG, Üplingen



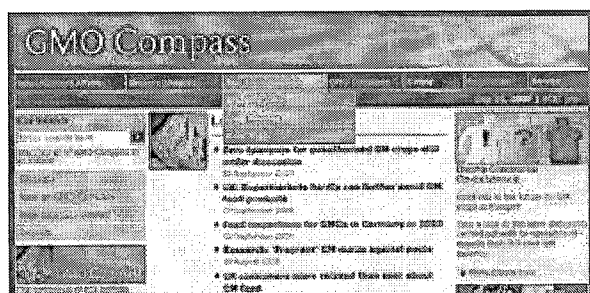
www.gmo-compass.org (englisch)

Themenswerpunkte: Gentechnik in Forschung, Landwirtschaft und Lebensmittelherstellung, Datenbank mit Anträgen und Zulassungen gentechnisch veränderter Pflanzen, Lebens- und Futtermittel

Start: 2005.

Entwicklung, redaktionelle Mitarbeit und Erstellen von Inhalten (Projektleitung: Genius GmbH, Darmstadt)

Die Entwicklung von www.gmo-compass.org wurde 2005/06 von der EU-Kommission gefördert (Forschungsförderung 6. Rahmenprogramm).

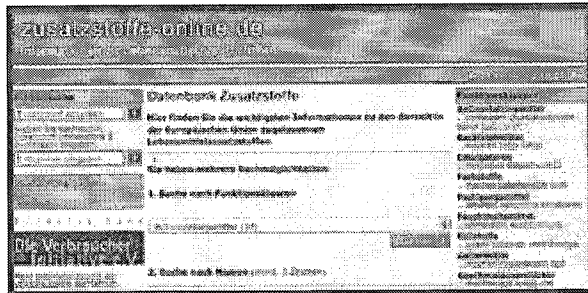


www.zusatzstoffe-online.de

Themen: Informationen zu allen in der EU zugelassenen Zusatzstoffen

Start: 1999, Relaunch 2006, Aktualisierung und Überarbeitung 2008

Entwicklung für Verbraucher Initiative e.V.



- [Home >](#)
- [Was wir machen >](#)
- [Internet >](#)

© 2009 i-bio, Aachen, Deutschland [Kontakt](#)

- [Home](#)
- [Was wir können](#)
- [Was wir machen](#)
- [Wer wir sind](#)
 - [Gerd Spelsberg](#)
 - [Sigrid Fuhrmann](#)
 - [Heike Kreutz](#)
 - [Anika Poetschke](#)
 - [Heike Baron](#)
- [Kontakt](#)
- [Impressum](#)



Das i-bio-Team
(v.l.n.r. Anika Poetschke, Sigrid Fuhrmann, Heike Baron, Gerd Spelsberg,
Heike Kreutz)

- [Home >](#)
- [Wer wir sind >](#)

Was wir machen

Zur Umsetzung der Ziele von Forum Bio- und Gentechnologie – Verein zur Förderung der gesellschaftlichen Diskussionskultur e. V. haben wir schon einige Ideen. Wir wollen

- Kompaktinformationen z. B. als Präsentationsvorlagen für den Schulunterricht anbieten,
- durch Anzeigenkampagnen, Flyer o. ä. Werbemittel wissenschaftlich fundierte Informationen zur Grünen Gentechnik in der öffentlichen Diskussion nach vorne bringen,
- das Informationsangebot des Internetportals transgen.de ausbauen und verbessern, die Inhalte vor allem ansprechender mit neuen visuellen Darstellungsformen präsentieren,
- Kontakte zwischen Wissenschaftlern aus den Bereichen Bio- und Gentechnologie und Multiplikatoren wie Journalisten oder Lehrer vermitteln,
- Dialog- und Diskussionsforen im Internet einrichten bzw. ausbauen, z. B. in einem Blog unmittelbar auf Medienberichte reagieren, die Positionen der Gentechnikgegner unhinterfragt übernehmen,
- das Forum des Internetportals transgen.de übersichtlicher und attraktiver gestalten.

Spenden Sie für Forum Bio- und Gentechnologie. Nur mit Ihrer Unterstützung können wir die oben genannten Vorhaben auch angehen und umsetzen.

Spenden

Impressum



INFORMATION
BIOWISSENSCHAFTEN

Durchführung, Redaktion und Projektleitung

i-bio Information Biowissenschaften
(vormals: TRANSGEN Wissenschaftskommunikation)

Bachstraße 62-64
52066 Aachen
tel.: 0241 / 168 4086
fax: 0241 / 168 4555
email: info[at]i-bio.info

Gerd Spelsberg
(verantwortlicher Redakteur und Projektleitung)

Anika Poetschke, Heike Kreutz, Sigrid Fuhrmann,
Dr. Heike Baron

 **i-bio** Information Biowissenschaften

Technische Entwicklung, Webdesign, Hosting

Webmotive
Christian Haase

Luisenstraße 20, 52070 Aachen
tel: 0241 / 160 359 04
fax: 0241 / 160 359 08

 webmotive

Herausgeber

Forum Bio- und Gentechnologie - Verein zur Förderung der
gesellschaftlichen Diskussionskultur e.V.

 Forum Bio- und Gentechnologie e.V.

Bildquellen

Fotoarchiv *transgen.de* / i-Bio, *biosicherheit.de*, *Pixelio.de*

Einzelne Bildrechte sind am jeweiligen Foto angegeben.

Comic Zulassung

Zeichnerische Umsetzung und Animation: Trickfilmstudio harrytoon /
Harald Schröder, Aachen

email: harrytoon[at]gmx.de

Copyright / Nutzungserlaubnis für Texte

Alle Beiträge auf *transgen.de* sind urheberrechtlich geschützt. Die Rechte liegen bei **i-bio** Information Biowissenschaften (TRANSGEN Wissenschaftskommunikation) bzw. weiteren, jeweils namentlich genannten Urhebern. Eine Vervielfältigung zum privaten Gebrauch ist möglich. Die Verwendung, Weitergabe und Vervielfältigung von Texten, Seiten, Grafiken und Abbildungen ohne die Erlaubnis von **i-bio** Information Biowissenschaften ist unzulässig. Eine Übernahme

99 forum
Bio- und Gentechnologie

>> Jetzt spenden



10 Jahre *transgen.de*

Ich nutze *transgen.de*, weil...

▶ 45 Personen, 45 Antworten

Alles zu *transgen.de*

- ▶ Impressum
- ▶ Redaktionelle Leitlinien und Finanzierung
- ▶ Fragen und Antworten

von Texten und Material auf anderen Webseiten bedarf der ausdrücklichen Zustimmung.

Die erstellten Informationen werden ausschließlich auf der Website *transgen.de* verbreitet. Eigene Broschüren oder anderes Informationsmaterial zur Grünen Gentechnik sind nicht verfügbar. Alle Seiten und Dokumente auf *transgen.de* können zur privaten Verwendung ausgedruckt werden.

Haftungsausschluss

Die Redaktion von *transgen.de* ist um Richtigkeit, Aktualität und Vollständigkeit der auf bereitgestellten Informationen bemüht, kann jedoch keine Gewähr dafür übernehmen. Haftungsansprüche für mögliche Schäden als Folge einer Nutzung fehlerhafter oder unvollständiger Informationen auf *transgen.de* sind ausdrücklich ausgeschlossen.

Die Verantwortung für die Inhalte fremder Webseiten, auf die bei *transgen.de* verlinkt wird, liegt allein bei dem jeweiligen Anbieter dieser Inhalte. *transgen.de* hat keinen Einfluss auf die Gestaltung und die Inhalte der verlinkten Seiten.

Datenschutz

i-bio Information Biowissenschaften garantiert, dass personenbezogene Daten - etwa E-Mail-Adressen der Abonnenten des Newsletters - nicht an Dritte weitergegeben werden.

Anfragen und Kontakt

Redaktion *transgen.de*
email: [info\[at\]transgen.de](mailto:info[at]transgen.de)

29. September 2009



© Copyright 1995 - 2010 TransGen Wissenschaftskommunikation

Impressum

Die Website *bioSicherheit.de* wird erstellt im Rahmen des Projektverbundes **Kommunikationsmanagement in der Biologischen Sicherheitsforschung** im Auftrag des Bundesministeriums für Bildung und Forschung (BMBF). Das BMBF ist für die auf *bioSicherheit.de* dargestellten Informationen nicht verantwortlich.

Die Redaktion *bioSicherheit.de* arbeitet unabhängig und ist an keine Weisungen gebunden.

Genius GmbH

Dr. Kristina Sinemus (Leitung Projektverbund)
Dr. Elisabeth Schulte (Gesamtkoordination)
Gabriele Völcker, Dr. Klaus Minol

Robert-Bosch-Str. 7, 64293 Darmstadt
tel: 06151- 872 4040

www.genius.de

i-Bio Information Biowissenschaften
(vormals: TransGen Wissenschaftskommunikation)

Gerd Spelsberg (verantwortlicher Redakteur *bioSicherheit.de*);
Sigrid Fuhrmann, Dr. Heike Baron

Bachstraße 62-64, 52066 Aachen
tel: 0241 - 168 4086

www.i-bio.info

Kontakt

Zentrale Adresse für Anregungen, Kritik und Fragen zu *bioSicherheit.de*:

info@biosicherheit.de

Technische Entwicklung, Webdesign, Hosting

webmotive | professional internet services

Christian Haase

Luisenstr. 20, 52070 Aachen
tel: 0241 160 359 04

www.webmotive.net

Bildquellen: biosicherheit.de, transgen.de, pixelo.de

Copyright-Hinweis und Hinweis für Redaktionen:

Alle Beiträge auf *bioSicherheit.de* sind urheberrechtlich geschützt. Die Rechte liegen bei jeweiligen Partnern des Projektverbundes bzw. den namentlich genannten Urhebern. Das Redaktionsteam gewährt jedoch Presseorganen und Journalisten das Recht, die auf dieser Website bereitgestellten Texte zu publizistischen Zwecken im Rahmen des geltenden Presse- und Urheberrechts und mit Hinweis auf die Quelle www.biosicherheit.de ganz oder ausschnittsweise zu verwenden, zu speichern und zu vervielfältigen. Abdruck und Online-Veröffentlichungen sind honorarfrei. Wir bitten jedoch um ein Belegexemplar mit dem Kennwort "Belegexemplar bioSicherheit.de" an

Genius GmbH
Robert-Bosch-Str. 7, 64293 Darmstadt

Newsletter

Ihre E-Mail Adresse



Der Newsletter *bioSicherheit* hält Sie auf dem Laufenden.

presse@biosicherheit.de

Wenn Sie als Journalist direkt über Presse-Mitteilungen unterrichtet werden möchten, senden Sie uns bitte eine E-Mail an

presse@biosicherheit.de.

Bitte denken Sie daran uns mitzuteilen, für welche Redaktion Sie arbeiten oder ob Sie freiberuflich tätig sind.

Die Verwendung, Weitergabe und Vervielfältigung von Texten zu anderen als den oben genannten Zwecken bedarf dagegen der Zustimmung der Redaktion *bioSicherheit.de*. Ebenso bedarf die Verwendung, Weitergabe und Vervielfältigung von Bildern und Grafiken der Zustimmung der Redaktion. Eine Nutzung der im Fotoarchiv eingestellten Fotos ist unter den dort genannten Bedingungen möglich.

bioSicherheit.de übernimmt keine Verantwortung für Inhalte externer Websites, auf die Links gesetzt sind.

bioSicherheit.de garantiert, dass personenbezogene Daten - etwa E-Mail-Adressen der Abonnenten des Newsletters - nicht an Dritte weitergegeben werden.

29. September 2009

Imprint

Genius GmbH
Robert-Bosch-Str. 7
64293 Darmstadt
Germany

Phone: +49 (6151) 872-4040
Fax: +49 (6151) 872-4041
Email: genius@genius.de
CEO: Dr. Kristina Sinemus
Commercial Register: Amtsgericht Darmstadt HR B 7040
VAT Reg. No.: DE 193933799



Team

Genius GmbH

Editorial office:

Dr. Klaus Minol, Dr. Elisabeth Schulte, Dr. Kristina Sinemus
Robert-Bosch-Str. 7, 64293 Darmstadt, Germany
Phone: +49 (6151) 872-4040
Email: genius@genius.de
Web: www.genius.de

TransGen Wissenschaftskommunikation

Gerd Spelsberg, Heike Kreutz, Sigrid Fuhrmann, Anika Poetschke
Bachstr. 62-64, 52066 Aachen, Germany
Phone: +49 (241) 168-4086
Email: info@transgen.de
Web: www.transgen.de

Animation Authorisation process
Trickfilmstudio harrytoon / Harald Schröder, Aachen, Germany
Email: harrytoon@gmx.de

webmotive | professional internet services

(web design, development and technical contact)

Christian Haase

Stiftstr. 2, 52062 Aachen, Germany
Phone: +49 (241) 1603-5904
Email: info@webmotive.net
Web: www.webmotive.net

Editorial Principles

GMO-Compass has received financial support from the European Commission under the Sixth Framework Programme (2005-2007), from the Green Biotechnology Europe (GBE) Unit of EuropaBio, the EU association for bioindustries (2007), and from the German Federal Ministry of Food, Agriculture and Consumer Protection (BMELV) (2007-2008).

- This website is the work of independent science journalists. The writers of GMO Compass are not contractually restricted and exercise journalistic freedom in the selection and presentation of the website's content. Statements conveyed by GMO Compass are not necessarily identical to those held by the European Commission, other EU agencies or GBE.
- The task of GMO Compass is to collect objective, science-based information on the use of genetic engineering

in the agri-food industry and present it to the public in a way that is easy to understand and readily accessible.

- GMO Compass is not decidedly "for" or "against" genetic engineering. The website does not seek to discourage the use of genetic engineering in food and agriculture, nor does it seek to promote it. Rather, the goal is to contribute to the informed, autonomous development of opinions and encourage responsible debate.
- The editorial board of GMO Compass restricts itself to reputable, publicly available sources including databases, public institutions, scientific literature, and press agencies.

Legal disclaimer

The material contained on the GMO Compass website is provided for general purposes only. Despite all reasonable efforts to monitor content, the creators of GMO Compass can accept no liability for the content of external sites accessed via links on the GMO Compass website. The providers of linked sites are solely responsible for their content.

GMO Compass endeavours at all times to offer up-to-date, correct and complete content and information on its website. However, errors or mistakes cannot be completely ruled out. GMO Compass accepts no liability for the information and content published on its website being current, accurate and complete, unless these errors or mistakes result from wilful or negligent action. This also applies to any material or non-material damages to third parties caused by the use of this website.

Picture credits

www.pixelio.de, www.gmo-safety.eu, www.sxc.hu, archive TransGen

Copyright notice

© 2005 by GMO Compass. All rights reserved.

July 9, 2007



Beweisantrag

Zu beweisende Tatsache:

Bei dem Gengersterversuch am Alten Steinbacher Weg handelt es sich nicht um Biosicherheitsforschung, sondern um Methodenentwicklung.

Begründung:

In der Propaganda seitens der Universität Gießen und des Versuchsleiters Prof. Kogel wurde der Versuch mit transgener Gerste als Biosicherheitsforschung dargestellt.

Auszug aus dem Giessener Anzeiger vom 25.04.2006

Dieser erste Freilandanbau, der am 3. April von der zuständigen Behörde genehmigt wurde, soll die Frage klären, ob sich die gentechnisch veränderten Pflanzen negativ auf die für die Pflanzen wichtigen Bodenpilze, die Mykorrhiza auswirken, die ein essentieller Bestandteil in Ökosystemen darstellen und in beträchtlicher Weise zur Förderung der Pflanzengesundheit beitragen.

Auszug aus dem Stern, 28.5.2006

Kogel will mit dem auf drei Jahre angelegten Versuch herausfinden, ob die gentechnisch veränderten Pflanzen schädliche Auswirkungen auf das Bodenleben haben. Vor allem interessiert die Forscher, ob nützliche Bodenpilze wie die praktisch überall vorkommenden Mykorrhiza verändert oder zerstört werden.

Die Version von der Biosicherheitsforschung wurde auch durch das Bundesministerium verbreitet:

Auszug aus einer Presseinformation des Bundesforschungsministeriums zum Versuch in Gießen (auch: Gießener Allgemeine, 2.6.2006, S. 23)

"Die Arbeit der Forscher dient einzig und allein dazu, sicherheitsrelevante Fragen zu beantworten", sagte Thielen.

Diese aus Propaganda- und Finanzierungsgründen vorgegeben Ziele und Inhalte des Versuches sind falsch. Tatsächlich diene das Feld mit transgener Gerste am Alten Steinbacher Weg der Entwicklung neuer Produkte und neuer Methoden.

Der Methodenentwicklung diene der Versuch insoweit, als neue gentechnische Verfahren an der Gerste entwickelt werden sollten, die dann für alle oder zumindest viele Pflanzen anwendbar wären. Der Versuch diene also im allgemeinen dem Vorantreiben der Gentechnik.

Die Recherche, die wirklichen Ziele hinter den Lügenfassaden von Prof. Kogel und der Uni Gießen zu entdecken, bedurfte intensiver Recherchen. Die dabei erlangten Unterlagen und Daten gehen bereits in eine Zeit vor vielen Jahren zurück, genauer: Kurz vor der Jahrtausendwende. Ende der 90er Jahre starten Projekte mit Gerste und gentechnischen Veränderungen, zumindest tauchen sie erstmals in Veröffentlichungen bzw. im Internet auf. Die Formulierungen beinhalten kein besonderes Interesse an irgendeiner bestimmten Pflanze, sondern allein an den angewandten Verfahren. Es entsteht der Eindruck, dass es um die Entwicklung gentechnischer Methoden geht. Dann wäre die Arbeit von Kogel und Umfeld noch deutlicher eine spezifische pro-gentechnische Arbeit: Es wird nicht nur ein Produkt entwickelt, sondern eine Methode zur Entwicklung von Produkten. Mit Sicherheitsforschung, wie das Ganze im dritten Förderstadium (ab 2005/06) dann propagandistisch verschleiert und für Förderanträge umformuliert wird, hat das nichts zu tun.

Auszug aus dem Werbeblatt "Genomanalyse im biologischen System Pflanze – GABI: Den Pflanzen in die Karten geschaut"

Charakteristisch für die moderne Pflanzengenomforschung sind ständig und weltweit steigende staatliche wie private Investitionen. Gefördert wird vor allem die Weiterentwicklung von Schlüsseltechnologien. Ferner gibt es Bemühungen zur gezielten Veränderung der Gene von Nutzpflanzen sowie umfangreiche Anstrengungen zur Patentierung der Gene bzw. der von ihnen gesteuerten Prozesse. Um die sich aus dieser Entwicklung ergebenden Chancen in Deutschland intensiver zu nutzen und mit der internationalen Forschungsszene Schritt zu halten, wurde 1998 vom Bundesministerium für Bildung und Forschung (BMBF) die Initiative „Genomanalyse im biologischen

System Pflanze – GABI“ gestartet. Damit war Deutschland einer der weltweiten Vorreiter in der Etablierung eines nationalen Pflanzengenomforschungsprogramms. ...

Die Erkenntnisfortschritte führen zu innovativen Problemlösungen mit hohem Wertschöpfungspotential in den Bereichen Land- und Forstwirtschaft, Ernährung, Gesundheit, Pharmazie, Chemie und Umwelt. Die Forschungsergebnisse kommen der Pflanzenzüchtung sowie einer umweltschonenden landwirtschaftlichen Erzeugung von gesünderen Nahrungsmitteln mit verbesserten Qualitätsmerkmalen zugute. Ferner werden neuartige Lebensmittel (funktionelle Lebensmittel, Nutraceuticals) sowie die Nutzung von Pflanzen als Bioreaktoren für die Produktion von Biomolekülen insbesondere auch von medizinisch relevanten Wirkstoffen (z.B. Molecular Farming) immer mehr an Bedeutung gewinnen.

SAR-Forschergruppe der DFG (FOR 343), Teilprojekt "AG Prof. Dr. K.-H. Kogel - Dr. G. Langen"
Ziel des Teilprojekts ist die Charakterisierung neuer Gene, die in der Gerste bei der Ausprägung der SAR nach chemischer Aktivierung gegenüber dem Mehltaupilz beteiligt sind. Die Charakterisierung dieser Gene ist Voraussetzung für ein genaues Verständnis der SAR und damit für ihre optimierte breite Anwendung. Als weitere Konsequenz dieser Arbeit werden heute nicht verfügbare Getreide-spezifische SAR Gene bzw. Promotoren bereitgestellt, die u. a. zur Erstellung von transgenen Pflanzen mit SAR Reporterfunktion verwendet werden können.

Dieser und der folgende Auszug aus dem Internet ist von denen, die den Text in das Internet gestellt haben, mit der Software Word 97 erstellt worden. Das liefert einen Hinweis auf die Entstehungszeit des Textes.

SAR-Forschergruppe der DFG (FOR 343), Teilprojekt "AG Prof. Dr. K.-H. Kogel - Dr. M. Korell"
Ziel dieser Untersuchung ist es, an verschiedenen nahezu-isogenen Mlg-Linien durch die Darstellung differentieller Genexpression mittels der neuen Methode des mRNA-AFLPs das Transkript des Resistenzgens Mlg bzw. nach Mehltauinokulation mit einem Mlg-avirulenten Isolat Komponenten des Mlg-vermittelten Signaltransduktionswegs zu identifizieren. Anhand der isolierten Klone für diesen resistenzgenspezifischen Signaltransduktionsweg soll die auf Grund phänotypischer Daten vermutete Homologie zwischen den Mechanismen der genetischen Mlg- und der SAR untersucht werden. Die auf diese Weise identifizierten und isolierten genetischen Elemente des Mlg-Signaltransduktionsweges sollen anschließend in Expressionsstudien an chemisch aktivierten Gersten, an einer Mlg-spezifischen Doppel-Haploiden-Linienpopulation und an zuvor parallel erstellten Mlg-Mutationslinien überprüft werden. Diese Mutationslinien sollen durch klassische Mutageneseverfahren mit EMS und NaN₃ an Gerstenembryonen von Mlg-resistenten Rückkreuzungslinien der isogenen Linienpaare erstellt werden und anfällige bzw. Individuen mit partieller Anfälligkeit durch Selektion isoliert werden. Die erzeugten Mutationslinien sollen zudem in Spaltungsanalysen charakterisiert werden.

Ab 2002 wurde die Forschungsreihe zum ersten Mal umgetauft und umgetopft aus finanziellen Gründen. Denn es gab 2,5 Mio. von der DFG für diese Projekte, bewilligt im Jahr 2002 (für drei Jahre).

Dann folgt ab 2006 das nächste Nachfolgeprojekt – wieder wird das Treiben umgetauft und umgetopft für ein neues anzuzapfendes Förderprogramm. unter neuem Titel. Doch auch hier tauchen wieder Formulierungen auf, die auf Methodenentwicklung hindeuten ... "versprechen neue Möglichkeiten der Ertragssteigerung" steht unter anderem in der Presseinformation zu den erhofften Ergebnissen.

Auszug aus der Presseinformation der Uni Gießen zum neuen DFG-Projekt FOR 666 am 7.2.2006
Die Deutsche Forschungsgemeinschaft (DFG) hat die Neueinrichtung der Forschergruppe "Mechanismen der Kompatibilität" (FOR 666) an der Justus-Liebig-Universität Gießen bewilligt, die im März 2006 ihre Arbeit aufnimmt. Initiiert wurde die FOR 666 von Prof. Dr. Karl-Heinz Kogel, Interdisziplinäres Forschungszentrum (IFZ) für Umweltsicherung an der Universität Gießen, der auch Sprecher der neuen Forschergruppe ist. Beteiligt sind von Gießener Seite zudem eine Arbeitsgruppe "Biostatistik" (Prof. Dr. Wolfgang Köhler) sowie das Institut für Allgemeine Botanik (Prof. Dr. Art van Bel, Prof. Dr. Hubert Felle). Weitere Kooperationspartner sind das Max-Planck-Institut für Terrestrische Mikrobiologie in Marburg (Prof. Dr. Regine Kahmann) und Wissenschaftler des Instituts für Pflanzenzüchtung und Pflanzenschutz der Universität Halle, des Leibniz-Instituts für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung in Gatersleben sowie Biologen der Universität Erlangen-Nürnberg. ...

Von ihrem Projekt erhoffen sich die Forscher unter anderem einen konkreten Nutzen für die Landwirtschaft: Die Ergebnisse versprechen neue Möglichkeiten der Ertragssteigerung sowie eine Verbesserung der Widerstandskraft von Nutzpflanzen.

Bereits damals zeigten unsere Recherchen, dass der Gerste weitere gentechnische Experimente an Möhren folgen sollten. Wir sollten Recht behalten – im Frühjahr 2008 präsentierte Prof. Kogel seine Möhren der Öffentlichkeit.

Auszug aus einer Internetseite des BMELV (Landwirtschaftsministerium) zum Projekt "Evaluierung transgener Möhren" des FOR 343

Ziel eines DFG Forschungsprojektes (FOR 343, Koordination Prof. Dr. K. H. Kogel, Institut für Phytopathologie und Angewandte Zoologie der Justus Liebig Universität Giessen) ist es exemplarisch an der Gerste grundlegende Erkenntnisse über eine effiziente Ausnutzung des generellen Resistenzpotentials von Pflanzen gegen biotische und abiotische Stressfaktoren zu gewinnen. Zentrale Rolle spielt dabei die -Induzierte- oder -Systemisch Aktivierte Resistenz- (SAR) als potentiell neues Pflanzenschutzprinzip. (www.uni-giessen.de/DFG-SAR) Im Rahmen des Projektes wurde das BI-1 Gen als Suppressor der Nichtwirts-resistenz gegen biotrophe Erreger gefunden und im transgenen Ansatz auch bei Möhren eingesetzt, um als Zelltodinhibitor eventuell Resistenz gegen nekrotrophe perthotrophe Erreger zu erzeugen. Erste Ergebnisse lassen eine erhöhte Resistenz der transgenen Möhrenklone gegen *Botrytis cinerea* erkennen. Ziel des Kooperationsprojektes ist zunächst die generative Vermehrung der erstellten transgenen Möhrenklone.

Der Gerste und den Möhren gemeinsam war das Hauptziel der Methodenentwicklung. Die Pflanze, die hier künstlich erschaffen wurde, stand nicht im Vordergrund, sondern das Verfahren, mit der sie erschaffen wurde.

Bedeutung für diesen Prozess

Die zu beweisende Tatsache ist für den laufenden Prozess von Bedeutung, weil die gezielte Falschdarstellung der Versuchsziele die tatsächliche Bedeutung des Versuchs und die damit verbundenen Risiken vertuschen sollte. Der Versuch diente nicht der Überprüfung von Risiken, sondern der Entwicklung von Methoden, die eine deutlich schnellere Ausbreitung der Agro-Gentechnik bezwecken sollen. Damit hat der Versuch eine völlig andere Bedeutung. Die Beendigung des Versuchs durch die Feldbefreiung muss vor diesem Hintergrund der tatsächlichen Ziele und überragenden Risiken des Versuchs bewertet werden.

Beweismittel:

- Vernehmung des Projektleiters Prof. Kogel, des BBS Dr. Langen, des Antragsstellers Dr. Wilfried Lührs und aller weiterer an der Versuchsdurchführung beteiligten Personen
- Vernehmung von Prof. Sonnewald, Uni Erlangen

Gießen, den

EINGEGANGEN 19. Dez. 2007

Anlage 11



Bundesministerium
für Bildung
und Forschung

Projektträger Jülich · Forschungszentrum Jülich GmbH · 52425 Jülich

Zertifiziert nach Projektträger Jülich
DIN EN ISO 9001 Forschungszentrum Jülich GmbH

Herrn
Prof. Dr. Karl-Heinz Kogel
Universität Gießen
Institut für Phytopathologie und Angewandte Zoologie
Heinrich-Buff-Ring 26 - 32
35392 Gießen

HAUSANSCHRIFT: Wilhelm-Johnen-Straße · 52428 Jülich
POSTANSCHRIFT: 52425 Jülich

ANSPRECHPARTNER/IN: Dr. Paul-Friedrich Langenbruch
GESCHÄFTSBEREICH: Biotechnologie BIO
UNSER ZEICHEN: -31P5409 /La

IHR ZEICHEN:
TELEFON: +49 2461 61-6897
TELEFAX: +49 2461 61-2890
E-MAIL: p.-f.langenbruch@fz-juelich.de

Eingegangen

22. Juli 2009

RA Tronje Döhmer

14. Dezember 2007

Verbundskizze: „Zur Biologischen Sicherheit gentechnisch erstellter pilzresistenter Gerste“

Ihre Projektskizze -31P5409 „Zur biologischen Sicherheit gentechnisch veränderten Getreides: Wirkung gegenüber mutualistischer Mykorrhiza“

Sehr geehrter Herr Professor Kogel,

Im Rahmen unserer Tätigkeit als Projektträger des BMBF haben wir Ihre oben genannte Projektskizze unter Einbeziehung eines externen Gutachtergremiums eingehend mit folgendem Ergebnis geprüft:

Dem skizzierte Verbundprojekt „Zur Biologischen Sicherheit gentechnisch erstellter pilzresistenter Gerste“ kann im Rahmen der Förderrichtlinien „Beiträge zur Biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Pflanzen“ im Vergleich zu anderen bei uns vorgelegten Projekten leider keine Priorität eingeräumt werden, da die vorgesehenen Untersuchungen zum überwiegenden Teil nur von geringer Relevanz für die Zielsetzungen der Förderrichtlinien sind. Wir können Ihnen und den Verbundpartnern daher nicht empfehlen, förmliche Anträge auf Forschungsförderung für das Verbundprojekt bei uns vorzulegen.


Als Ausgleich für die Behinderungen der Untersuchungen durch Feldzerstörungen in den Jahren 2006 und 2007 im laufenden Vorhaben 0313282A der Universität Gießen stellen wir Ihnen jedoch frei, einen Aufstockungsantrag zu diesem Vorhaben zu stellen, mit dem das laufende Arbeitsprogramm um 2 Jahre fortgeführt werden kann. Die im Rahmen des Aufstockungsantrags durchzuführenden Arbeiten sollten sich streng auf die Fortführung des bisherigen Arbeitsprogramms beschränken, um die bisher erzielten Ergebnisse zu möglichen Auswirkungen transgener, pilzresistenter Gerste auf nützliche pilzliche Mikroorganismen abzusichern.

Um eine möglichst zügige Bearbeitung des Aufstockungsantrags zu ermöglichen, empfehlen wir Ihnen, den Antrag bis zum 25. Januar 2008 bei uns vorzulegen.

Für Rückfragen steht Ihnen Herr Dr. Langenbruch (Tel.: 02461/616897) gerne zur Verfügung.

Mit freundlichen Grüßen

Forschungszentrum Jülich GmbH


I. A. Dr. Rudolf Straub



I. A. Dr. Paul-Friedrich Langenbruch

Antrag auf Gewährung einer Bundeszuwendung auf Ausgabenbasis (AZA)

Beachten Sie bitte die Richtlinien für Zuwendungsanträge auf Ausgabenbasis.

Bitte die weißen Felder des Vordrucks mit Maschinenschrift (Normalschrift) ausfüllen, den maximalen Zeichenvorrat und die Feldbegrenzungen nicht überschreiten und die grauen Felder nicht beschriften.

**Bundesministerium für
Bildung und Forschung
D-53170 Bonn**

bzw. die vom BMBF beauftragte
Organisation

Betrag der beantragten Zuwendung (ggf. Aufstockungsbetrag)

298.116,00 €

100,00 % der Gesamtausgaben von 298.116,00 €

für das im Folgenden beschriebene Vorhaben für den Planzeitraum

vom 01.04.2008 bis 31.03.2010

Vorhaben (Thema, max. 240 Zeichen)

0100 Zur biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Gerste und Weizen.

Rechtsverbindlicher Name des/der Antragsteller(s)/(in)

0110 Justus-Liebig-Universität Giessen

Straße

0120 Ludwigstr. 23

Postfach

0130 111440

Telefon (mit Vorwahl-Nr.)

0140 064199-37490

Fax (mit Vorwahl-Nr.)

0141 064199-37499

Postleitzahl

0150 a) 35390

0150 b) 35390

0150 c)

zu Feld 0120 (stets angeben)
zu Feld 0130
als Großkunde

Ort

0160 a) Giessen

0160 b) Giessen

0160 c)



AZA 1

Eingangsvermerk profi

Antragsnummer:
erfasst:
letzte Änderung:

Förderkennzeichen

0010 1 10313282A

0020 3 1 Antrag auf Erstzuwendung
2 Antrag auf Anschlusszuwendung
3 Antrag auf Aufstockung der Zuwendung

Kennwort

0030

Bewilligt €

% der Gesamtausgaben

von €

Bewilligungszeitraum

vom bis

Nur ausfüllen, wenn die ausführende Stelle des/der Antragsteller(s)/(in) eine besondere Bezeichnung oder Anschrift hat

Förderkennzeichen
0010

Ausführende Stelle
0210 Institut für Phytopathologie und Angewandte Zoologie (IPAZ)

Geschäftszeichen des/der Antragsteller(s)/(in)
0211

Postfach
0220
Straße
0225 Heinrich-Buff-Ring 26-32

Postleitzahl
0230 a) 35392 ← zu Feld 0225 (stets angeben) → 0240 a) Ort
0230 b) ← zu Feld 0220 → 0240 b) Giessen
0230 c) ← als Großkunde → 0240 c)

Projektleitung
0260 Anrede Name Vorname akad. Grad Telefon (mit Vorwahl-Nr.)
 Herr Kogel Karl-Heinz Prof.Dr.rer.nat. 0270 064199-37490
 Frau

E-Mail-Adresse
0280 Karl-Heinz.Kogel@agrار.uni-giessen.de 0281 Fax (mit Vorwahl-Nr.)
064199-37490

Ansprechpartner(in) für administrative Fragen
0290 Anrede Name Vorname akad. Grad Telefon (mit Vorwahl-Nr.)
 Herr Fritze Helga 0291 064199-37492
 Frau

E-Mail-Adresse
0292 Helga.Fritze@agrار.uni-giessen.de 0293 Fax (mit Vorwahl-Nr.)
064199-37499

Bevollmächtigte(r) [Unterzeichner(in) auf Seite 6]
0294 Anrede Name Vorname akad. Grad Telefon (mit Vorwahl-Nr.)
 Herr
 Frau 0295

E-Mail-Adresse
0296 Fax (mit Vorwahl-Nr.)
0297

Rechtsform des/der Anbieter(s)/(in) (genaue Bezeichnung)
0310 Körperschaft OR 0320 Ggf. Angaben zu Handels- / Vereinsregister / Handwerksrolle
Amtsgericht / Handwerkskammer Register-Nr.

Bestehende Verträge (z.B.Lizenz- oder Zusammenarbeitsverträge), die Ergebnisse oder Teilergebnisse des Vorhabens zum Gegenstand haben
0340 Art 0341 Vertragspartner(in)
0342 0343

Hinweis: Ggf. sind weitere Verträge in einer Anlage aufzuführen.
0350 Art der Buchführung
2 1 = kameralistisch
2 = kaufmännisch (doppelt)

Zahlungsempfänger (Name des Inhabers des Kontos in Feld 0363)
0355 Justus-Liebig-Universität Giessen

Geldinstitut für die Überweisung der Zuwendung (Angabe der amtlichen Kurzbezeichnung und des Orts)
0361 Landeszentralbank Giessen

Bankleitzahl
0362 51300000 0363 Konto-Nr. 51301503 0365 Verbuchungsstelle (max. 17 Zeichen)
Kogel/Biol.Sicher



AZA 2

17twTTEU

Förderkennzeichen
0010

Ausbildungsbetrieb gem. Berufsbildungsgesetz (BBiG) /
Handwerksordnung (HwO)?
Zahl der Auszubildenden

0500 1 = Ja
2 = Nein
0501

Bezugsjahr 0502

Nur ausfüllen bei Zusammenarbeit im Rahmen des Vorhabens (bei Vergabe von FE-Aufträgen an Dritte siehe Felder 0661 ff.)

Art der Zusammenarbeit
0610 1 = Zusammenarbeit ohne gesellschaftlichen Zusammenschluss
2 = Arbeitsgemeinschaft (BGB-Gesellschaft)

Nur bei Eintrag "1"
in Feld 0610:

Partner(innen)
Zelle 1 Name (rechtsverbindlich)
Zelle 2 Sitz (PLZ, Ort)
Zelle 3 Land, sofern Ausland

Rolle der
einzelnen
Partner(innen) *)

Kennzeichen, falls
Auftragsvergabe durch BMBF

0621	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0631	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0641	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>

0622	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0632	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0642	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>

0623	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0633	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0643	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>

*) 1 Partner(in) einer Zusammenarbeit ohne gesellschaftlichen Zusammenschluss
2 Geschäftsführer(in) ("Föderführer[in]") der Arbeitsgemeinschaft
3 Partner(in) der Arbeitsgemeinschaft

Hinweis: Ggf. sind weitere Partner(Innen) in einer Anlage aufzuführen

Nur ausfüllen bei der Vergabe von Aufträgen an Dritte von mehr als 100 T EUR (ohne US\$) im Rahmen dieses Vorhabens

Zelle 1 Auftragnehmer(in) (rechtsverbindlicher Name)
Zelle 2 Sitz (PLZ, Ort)
Zelle 3 Land, sofern Ausland

0661	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0662	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0663	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>

Vergütung	
0671	<input type="text"/> €
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0672	<input type="text"/> €
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>
0673	<input type="text"/> €
	<input type="text"/>
	<input type="text"/>

Nur ausfüllen bei Aufstockung der Zuwendung

Bisher bewilligt
0711 €

Nur ausfüllen bei Anschlussvorhaben
Förderkennzeichen der letzten Zuwendung

0714



17twTTEU

AZA 3

Gesamtfinanzierungsplan für Zuwendungen auf Ausgabenbasis

Förderkennzeichen
0010

für die Zeit vom
0801

bis
0802

A) Personalausgaben

Personen-Monate		€	€
0811	24,00	Beschäftigte TVöD/TV-L E 12 bis E 15 bzw. Angestellte BAT IIa bis I	<input type="text" value="132.000,00"/> 0812 <input type="text"/>
0816	24,00	Beschäftigte TVöD/TV-L E 1 bis E 11 bzw. I Angestellte BAT X bis III	<input type="text" value="88.560,00"/> 0817 <input type="text"/>
0819	0,00	Lohnempfänger(innen) MTArb (0819 gilt nicht bei Anwendung des TVöD/TV-L)	<input type="text" value="0,00"/> 0820 <input type="text"/>
		Sonstige Beschäftigungsentgelte	<input type="text" value="0,00"/> 0822 <input type="text"/>
		Summe A	<input type="text" value="220.560,00"/> 0824 <input type="text"/>

B) Sächliche Verwaltungsausgaben

		€	€
Gegenstände bis zu 410 € im Einzelfall		<input type="text" value="0,00"/>	0831 <input type="text"/>
Mieten	0832 <input type="text" value="0,00"/>	<input type="text" value="0,00"/>	0834 <input type="text"/>
Rechnerkosten	0833 <input type="text" value="0,00"/>		
Vergabe von Aufträgen		<input type="text" value="50.456,00"/>	0835 <input type="text"/>
Verbrauchsmaterial	0838 <input type="text" value="20.000,00"/>	<input type="text" value="22.700,00"/>	0843 <input type="text"/>
Geschäftsbedarf	0839 <input type="text" value="2.000,00"/>		
Literatur	0840 <input type="text" value="700,00"/>		
	0841 <input type="text" value="0,00"/>		
	0842 <input type="text" value="0,00"/>		
Dienstreisen / Inland	0844 <input type="text" value="1.900,00"/>	<input type="text" value="4.400,00"/>	0846 <input type="text"/>
Dienstreisen / Ausland	0845 <input type="text" value="2.500,00"/>		
	Summe B	<input type="text" value="77.556,00"/>	0847 <input type="text"/>

C) Gegenstände und andere Investitionen von mehr als 410 € im Einzelfall

Summe C 0850

D) Gesamtausgaben des Vorhabens

Summe A - C 0861

E) Übersicht über die Finanzierung

Eigenmittel des/der Antragsteller(s)/(in)	<input type="text" value="0,00"/>	0862 <input type="text"/>
Mittel Dritter / Einnahmen	<input type="text" value="0,00"/>	0863 <input type="text"/>
Zuwendung	<input type="text" value="298.116,00"/>	0864 <input type="text"/>

Zahlungsplan für ein mehrjähriges Vorhaben (nicht von dem/der Antragsteller/(In) auszufüllen):

Jahr	Jahr	Jahr
1. <input type="text"/>	3. <input type="text"/>	5. <input type="text"/>
2. <input type="text"/>	4. <input type="text"/>	6. <input type="text"/>



17twTTEU

AZA 4

Kurzfassung der Vorhabenbeschreibung

(max. 1500 Zeichen)

Es ist folgende Gliederung einzuhalten:

1. Vorhabenziel
2. Arbeitsplanung

0900

1. Vorhabenziel

Im Verbundprojekt werden transgene Gerstenlinien mit erhöhter Pilzresistenz und/oder verbesserter Futtereigenschaft bezüglich sicherheitsrelevanter Eigenschaften unter Feld- und Gewächshausbedingungen untersucht. Bei den bereits in Hochleistungssorten vorliegenden Transgenen handelt es sich um (a) das (1,3-1,4)- β -Glucanase Gen aus *Bacillus amyloliquefaciens*, (b) das *Trichoderma harzianum* ThEn42 Gen für Endochitinase-Aktivität.

2. Arbeitsplanung

Aufgrund der Teilerstörungen unserer Versuche in 2006 und 2007 werden zusätzlich Untersuchung der direkten Interaktion von (transgener) Pflanze mit pilzlichem Mikroorganismus sowie eine Studie zur Epidemiologie der Pilzentwicklung auf transgener Gerste (inkl. nützliche Mykorrhiza und pathogene Mykotoxinbildner) durchgeführt. Die Feldstudien sollen unter den Produktionsbedingungen des "low inputs" (reduzierte Pflanzenschutzmaßnahmen, reduzierte Düngung) im Vergleich zu intensiver Maßnahmen vergleichend angelegt werden.

Geplante Ergebnisverwertung (max. 1000 Zeichen)

0901

Zusammen mit den in den Jahren 2006 und 2007 erarbeitete Teilergebnissen werden die phytopathologisch und epidemiologisch relevanten Ergebnisse der Sicherheitsforschung publiziert.

Datenschutzhinweise:

Die im Antrag enthaltenen personenbezogenen Daten und sonstigen Angaben werden vom BMBF und seinen Beauftragten im Rahmen seiner/Ihrer Zuständigkeit erhoben, verarbeitet und genutzt. Eine Weitergabe dieser Daten an andere Stellen richtet sich nach dem Bundesdatenschutzgesetz (BDSG) bzw. diesem vorgehenden Rechtsvorschriften (§ 1 Abs. 3 BDSG).



17twTTEU

AZA 5

Unterlagen und Erklärungen zum Antrag

Förderkennzeichen
0010

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

= beigelegt (zu Nm. 1-3)

1. **Vorhabenbeschreibung** (mit Verwertungsplan) gemäß der Gliederung in den Richtlinien für Zuwendungsanträge auf Ausgabenbasis (AZA)

2. Planungshilfen

Balkenplan; bei umfangreichen Vorhaben ggf. Strukturplan und/oder Netzplan

3. Sonstige Unterlagen

Erläuterungen zu den einzelnen Positionen des Finanzierungsplans (AZA 4) gemäß Richtlinien (vgl. Nr. 1)

Liste der Gegenstände und anderer Investitionen (zu AZA 4, 0850)

Zeichnungen, Skizzen und dergleichen

Mitfinanzierungszusage(n) (zu AZA 4, 0863)

(Gilt nur für juristische Personen des Privatrechts, Personengesellschaften und natürliche Personen stets bei erstmaligem Antrag und auf Verlangen auch bei weiteren Anträgen)
Die in den Richtlinien für Zuwendungsanträge auf Ausgabenbasis (vgl. dort Nr. 3 zu AZA 6) angegebenen Unterlagen sind in einfacher Ausfertigung beigelegt.

4. Erklärungen des/ der Antragsteller(s)/(in) (Zutreffendes bitte ankreuzen / ausfüllen)

Mit dem Vorhaben bzw. den Arbeiten der beantragten Aufstockung ist noch nicht begonnen worden.

Hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter ist der/die Antragsteller(in) für das Vorhaben zum Steuerabzug nach §15 UStG nicht berechtigt.

Hinsichtlich Lieferungen und sonstiger Leistungen Dritter ist der/die Antragsteller(in) zum Vorsteuerabzug berechtigt. Umsatzsteuer ist in den Einzelpositionen des Gesamtfinanzierungsplans nicht veranschlagt.

Die im Gesamtfinanzierungsplan veranschlagten Eigenmittel können selbst aufgebracht werden, auch unter Berücksichtigung aller sonstigen kumulierten finanziellen Verpflichtungen während der Laufzeit des Vorhabens (z.B. Eigenmittel, die für alle anderen aus öffentlichen Haushalten geförderten Vorhaben aufzubringen sind).

Antragsteller(in) wird überwiegend aus Zuwendungen der öffentlichen Hand finanziert.

Der Gesamtfinanzierungsplan (AZA 4) enthält keine Personalausgaben, die durch Dritte aus öffentlichen Haushalten gedeckt sind und unter den Positionen 0831 und 0850 keine Ausgaben, die auf der Grundlage der Festlegungen in den Richtlinien (vgl. Nr. 1) der Grundausstattung dienen.

Das Vorhaben ist oder wird nicht anderweitig mit Zuwendung oder Auftrag öffentlich finanziert.

Das Vorhaben ist oder wird anderweitig mit Zuwendung oder Auftrag in Höhe von _____ € durch _____ öffentlich finanziert.

Durch das Vorhaben entstehen keine Folgeausgaben / voraussichtlich nachstehende Folgeausgaben (bitte Art, Höhe, Träger[in] angeben):

Antragsteller(in) unterhält eine eigene Prüfungseinrichtung; Bezeichnung der Prüfungseinrichtung:

Innenrevision

(Gilt nur für Forschungseinrichtungen und Hochschulen)
Dieser Antrag wird für den nicht wirtschaftlichen wirtschaftlichen Bereich gestellt.

(Gilt nur für staatl. Hochschulen)
Mindestens 10 v.H. der vorhabenbezogenen Gesamtausgaben entfallen auf die vom Land finanzierte Grundausstattung.

(Gilt nur für staatl. Hochschulen, wenn nach Landesrecht ausdrückliche schriftliche Ressortbestätigung nicht erforderlich)
Über den Antrag besteht bereits Einvernehmen mit dem zuständigen Landesressort.

Soweit im Antrag personenbezogene Daten von Beschäftigten des/der Antragsteller(s)/(in) oder sonstigen natürlichen Personen enthalten sind, wurden diese entsprechend den Datenschutzhinweisen auf Seite AZA 5 informiert und deren Einverständnis eingeholt.

Die Richtigkeit und Vollständigkeit der Angaben im Antrag wird versichert; die "Richtlinien für Zuwendungsanträge auf Ausgabenbasis (AZA)" sind beachtet worden. Das Einverständnis zur Prüfung des Antrags durch Sachverständige / Gutachter(Innen) wird erklärt.

Giessen

15.01.2008

Ort und Datum

Unterschrift [Bevollmächtigte(r)]

Stempel



17twTTEU

AZA 6

Jahresfinanzierungspläne für ein mehrjähriges Vorhaben

Förderkennzeichen / PZ

--	--	--	--	--	--	--	--	--	--	--

Planzeitraum vom 01.04.2008

bis 31.03.2010

€

		2008	2009	2010				Gesamt
0812	Angestellte BAT Ila - I	49.500,00	66.000,00	16.500,00				132.000,00
0817	Angestellte BAT X - III	33.210,00	44.280,00	11.070,00				88.560,00
0820	Lohnempfänger(Innen)	0,00	0,00	0,00				0,00
0822	Beschäftigungsentgelte	0,00	0,00	0,00				0,00
0824	Summe Personalausgaben	82.710,00	110.280,00	27.570,00				220.560,00
0831	Gegenstände bis zu 410 EUR	0,00	0,00	0,00				0,00
0834	Mieten und Rechnerkosten	0,00	0,00	0,00				0,00
0835	Vergabe von Aufträgen	25.228,00	25.228,00	0,00				50.456,00
0843	Verbrauchsmaterial	8.150,00	11.400,00	3.150,00				22.700,00
0846	Dienstreisen	700,00	3.200,00	500,00				4.400,00
0847	Summe sächliche Verwaltungsausgaben	34.078,00	39.828,00	3.650,00				77.556,00
0850	Gegenstände u. andere Investitionen über 410 EUR	0,00	0,00	0,00				0,00
0861	Gesamtausgaben des Vorhabens	116.788,00	150.108,00	31.220,00				298.116,00
0862	Eigenmittel	0,00	0,00	0,00				0,00
0863	Mittel Dritter/Einnahmen	0,00	0,00	0,00				0,00
0864	Zuwendung	116.788,00	150.108,00	31.220,00				298.116,00



AZA 4

17TWTEU

Antragsteller(in): Justus-Liebig-Universität Giessen

Thema: Zur biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Gerste und Weizen.

Personalausgaben Angestellte (0812)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung / Fachrichtung	Ein-gruppierung BAT	Beschäftigungs-dauer (Monate)	Wochen-Arbeits-stunden	Monatsatz €	Monatliche Zuschläge €	Gesamtbetrag €
2008	1 Post doc	BAT IIa	9,00	42,00	5.250,00	250,00	49.500,00
Beschäftigungsäquivalent (Vollzeit-PM)			9,00	-	Summe		49.500,00

2009	1 Post doc	BAT IIa	12,00	42,00	5.250,00	250,00	66.000,00
Beschäftigungsäquivalent (Vollzeit-PM)			12,00	-	Summe		66.000,00

2010	1 Post doc	BAT IIa	3,00	42,00	5.250,00	250,00	16.500,00
Beschäftigungsäquivalent (Vollzeit-PM)			3,00	-	Summe		16.500,00

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung / Fachrichtung	N.N. Personal	Ein-gruppierung BAT	Beschäftigungs-äquivalent (Vollzeit-PM)	Tarifliche Wochen-stunden	Monatsatz und Zuschläge	Gesamtbetrag €
Gesamt	1 Post doc	Ja	BAT IIa	24,00	42,00	siehe oben	132.000,00
Summe				24,00	-	-	132.000,00

Erläuterungen/Begründungen:

Postdoc: Feldversuche, epidemiologische Untersuchung Interaktionsstudie: Endophyten, Pathogene, transgene Pflanze (confokale Lasermikroskopie). Ich beabsichtige Herrn Dr. Jafargholi Imani, der das laufende Projekt betreut, zu beschäftigen. Herr Imani ist Projektleiter (Vertretungsfall) gem. §8 (4) GenTG. Seinen Zuständigkeitsbereich als Projektleiter für die Freisetzung ist von BVL bestätigt.

Angestellte (0817)

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung / Fachrichtung	Ein-gruppierung BAT	Beschäftigungs-dauer (Monate)	Wochen-Arbeits-stunden	Monatsatz €	Monatliche Zuschläge €	Gesamtbetrag €
2008	1 TA	BAT Va/Vb	9,00	42,00	3.480,00	210,00	33.210,00
Beschäftigungsäquivalent (Vollzeit-PM)			9,00	-	Summe		33.210,00

2009	1 TA	BAT Va/Vb	12,00	42,00	3.480,00	210,00	44.280,00
Beschäftigungsäquivalent (Vollzeit-PM)			12,00	-	Summe		44.280,00

2010	1 TA	BAT Va/Vb	3,00	42,00	3.480,00	210,00	11.070,00
------	------	-----------	------	-------	----------	--------	-----------



17twTTEU

Antragsteller(in): Justus-Liebig-Universität Giessen

Thema: Zur biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Gerste und Weizen.

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung / Fachrichtung	Ein-gruppierung BAT	Beschäftigungs-dauer (Monate)	Wochen-Arbeits-stunden	Monatsatz €	Monatliche Zuschläge €	Gesamtbetrag €
Beschäftigungsäquivalent (Vollzeit-PM)			3,00	-	Summe		11.070,00

Lfd. Nr.	Funktionsbezeichnung / Fachrichtung	N.N. Personal	Ein-gruppierung BAT	Beschäftigungs-äquivalent (Vollzeit-PM)	Tarifliche Wochen-stunden	Monatsatz und Zuschläge	Gesamtbetrag €
Gesamt	1 TA	Ja	BAT Va/Vb	24,00	42,00	siehe oben	88.560,00
Summe				24,00	-	-	88.560,00

Erläuterungen/Begründungen:

TA zur Produktion und Erhaltung von Mykorrhiza. Inokulation von transgenen Pflanzen mit Mykorrhiza, Interaktionsstudien, Durchführung der Feldversuche



17twTTEU

Antragsteller(in): Justus-Liebig-Universität Giessen

Thema: Zur biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Gerste und Weizen.

Vergabe von Aufträgen (0835)

	Lfd. Nr.	Auftragnehmer	Leistung	Betrag €
2008	1	VSU Wachdienst Securita GmbH	Nächtliche Feld überwachung	25.228,00
		Summe		25.228,00
2009	1	VSU Wachdienst Securita GmbH	Nächtliche Feld überwachung	25.228,00
		Summe		25.228,00
Gesamt	1	VSU Wachdienst Securita GmbH	Nächtliche Feld überwachung	50.456,00
		Summe		50.456,00

Erläuterungen/Begründungen:

Das Feld soll über gesamte Vegetationsperiode von einem privaten Sicherheitsdienst nachts überwacht werden.



17twTTEU

Antragsteller(in): Justus-Liebig-Universität Giessen

Thema: Zur biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Gerste und Weizen.

Positionen (0838 - 0842)

Pos. 0838	Bezeichnung	Betrag €
2008	Verbrauchsmaterial	7.200,00
2009	Verbrauchsmaterial	10.000,00
2010	Verbrauchsmaterial	2.800,00
Gesamt	Verbrauchsmaterial	20.000,00

Erläuterungen/Begründungen:

1. Molekularbiologische Chemikalien zu Nachweis und Detektion von Pilzen in pflanzlichem Gewebe 2. Fluoreszenzfarbstoffe 3. Mikroskopie-Chemikalien 4. Erde und Pflanzenanzuchtmaterial 5. Verbrauchsmaterial für den Feldexperiment (Bauzaun, Vogelnetz, Wildschuzzaun, usw.)

Pos. 0839	Bezeichnung	Betrag €
2008	Geschäftsbedarf	750,00
2009	Geschäftsbedarf	1.000,00
2010	Geschäftsbedarf	250,00
Gesamt	Geschäftsbedarf	2.000,00

Erläuterungen/Begründungen:

Bürobedarf

Pos. 0840	Bezeichnung	Betrag €
2008	Literatur	200,00
2009	Literatur	400,00
2010	Literatur	100,00
Gesamt	Literatur	700,00

Erläuterungen/Begründungen:

Bücherbeschaffung und Publikationen



17twTTEU

Antragsteller(In): Justus-Liebig-Universität Gießen

Thema: Zur biologischen Sicherheit gentechnisch veränderter Gerste und Weizen.

Dienstreisen

Inlandsreisen (0844)

	Reiseziel	Reisezweck	Reisedauer	Betrag €
2008	Berlin	Statusseminar	2	500,00
	Bonn	BDP "Informationskreis Gentechnik"	1	200,00
	Summe			700,00
2009	Berlin	Statusseminar	2	500,00
	Bonn	BDP "Informationskreis Gentechnik"	1	200,00
	Summe			700,00
2010	Berlin	Statusseminar	2	500,00
	Summe			500,00
Gesamt				1.900,00

Auslandsreisen (0845)

	Reiseziel	Reisezweck	Reisedauer	Betrag €
2009	Bangkok/Thailand	Agricultural Biotechnology International Conferenc	5	2.500,00
Summe				2.500,00
Gesamt				2.500,00



17twTTEU

Ziele

InnoPlanta e.V. fördert alle Aktivitäten von landwirtschaftlichen Betrieben, Unternehmen, wissenschaftlichen Institutionen, Gebietskörperschaften und von Organisationen, die der wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung der Pflanzenbiotechnologie und der modernen Pflanzenzucht dienen. Hierzu gehört auch die Vernetzung aller Beteiligten.

InnoPlanta e.V. leistet Öffentlichkeitsarbeit zur Förderung der Akzeptanz der Pflanzenbiotechnologie in der Bevölkerung sowie zur Präsentation Deutschlands als optimaler Standort für alle wissenschaftlichen und wirtschaftlichen Aktivitäten im Bereich der Pflanzenbiotechnologie.

InnoPlanta übernimmt die Rolle eines kompetenten Ansprechpartners und die Aufgabe der Informationsbereitstellung an Mitglieder, Öffentlichkeit, Medien und Politik.

Weitere Informationen zu InnoPlanta

- [Das InnoPlanta Forum](#)
- [Berichte InnoPlanta e.V.](#)
- [InnoPlanta Aufnahme-Antrag](#)
- [Das InnoRegio-Projekt](#)
- [InnoPlanta AGIL](#)



InnoPlanta Pflanzenbiotechnologie Nordharz/Börde - Gatersleben

Die InnoRegio

Unter dem Thema Ihr Partner für die Pflanzen von Morgen InnoPlanta - Netzwerk für Pflanzenbiotechnologie arbeitet die InnoRegio in der Region Nordharz/Börde an der Entwicklung einer anerkannt wichtigen Zukunftsbranche. Der Sitz der Koordinierungsstelle befindet sich im Biotech-Gründerzentrum in Gatersleben, einem themenbezogenen Inkubator für junge Firmen der Pflanzenbiotechnologie.



Die Ziele

Pflanzenbiotechnologie ist eine Zukunftsbranche. In der Region Nordharz/ Börde ist ein großes wissenschaftliches Potenzial dafür vorhanden. Traditionell gilt die Region als Wiege und Zentrum der deutschen Saatzucht. Naturräumliche Besonderheiten förderten die Entwicklung einer leistungsstarken Landwirtschaft und der verarbeitenden Industrie. Im Netzwerk InnoPlanta arbeiten Forscher, Saatzüchter und Landwirte gemeinsam mit Vertretern aus Industrie und Verwaltung daran, die Region zu einem bedeutenden Standort für die Pflanzenbiotechnologie zu entwickeln.

Die Projekte

Die Fachprojekte der InnoRegio lassen sich vier Schwerpunktfeldern zuordnen:

1. Entwicklung moderner Methoden der Pflanzenzüchtung
z.B. Anwendung der Markertechnologie bei Getreide und Mais
2. Verbesserung der Widerstandsfähigkeit von Kulturpflanzen
z.B. Weiterentwicklung von Resistenzen gegen Viren, Bakterien und Umwelteinflüsse
3. Züchtung von Pflanzen mit neuen oder verbesserten Inhaltsstoffen
z.B. Erhöhung des Proteingehaltes in Getreide und Erbsen
4. Züchterische Optimierung regionaler Sonderkulturen
z.B. Erhöhung des Wirkstoffanteils in Thymian und Bohnenkraut

Ergänzt werden die Fachprojekte durch begleitende Querschnittsthemen wie Bildung/Ausbildung, Standortmarketing und Risiko-/Akzeptanzforschung.

Die Partner

In der InnoRegio sind mehr als 60 Akteure aus allen Bereichen entlang der Wertschöpfungskette und von fördernden und begleitenden Einrichtungen integriert.

Bereich Wissenschaft:

- Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung, Gatersleben
- Bundesanstalt für Züchtungsforschung an Kulturpflanzen, Quedlinburg
- Hochschule Anhalt (FH), Bernburg/Köthen/Dessau

Forschungsunternehmen:

- SunGene GmbH & Co.KgA, Gatersleben
- Trait Genetics, Gatersleben
- Icon Genetics, Gatersleben

Saatzuchtbetriebe:

- Nordsaat GmbH, Böhnshausen
- Saatzucht Hadmersleben GmbH
- Züchtungsgesellschaft ZKW, Klein-Wanzleben

Landwirtschaft:

- Agrargenossenschaft Gerbstedt
- Tinplant GmbH, Klein Wanzleben
- Dr. Junghanns GmbH, Klein Schierstedt

Verarbeitungsbetriebe:

- Nordzucker GmbH, Klein Wanzleben
- BIRO GbR, Sommerschenburg
- MAWEA Majoranwerk GmbH, Aschersleben

Sonstige:

- BioMitteldeutschland GmbH, Halle
- Gesellschaft für Wirtschaftsförderung mbH, Stassfurt
- Biotech-Gründerzentrum Gatersleben GmbH

sowie Landkreise, Kommunen und weitere Partner.

Kontakt

Hans Strohmeyer
 InnoPlanta e.V.
 Am Schwabeplan 1b
 06466 Gatersleben
 Tel.: (03 94 82) 7 91 70
 Fax: (03 94 82) 7 91 72
 E-Mail: [info\[at\]innoplanta.com](mailto:info[at]innoplanta.com)
<http://www.innoplanta.com/>

DOKUMENTE

"DA WÄCHST WAS", AUS: "UNTERNEHMEN REGION", 2/05
 [PDF - 125,2 kB]



(URL: http://www.unternehmen-region.de/pot/download.php/M%3A1483+%22Da+w%26aumI%3Bchst+was%22%2C+aus%3A+%22Unternehmen+Region%22%2C+2%21%7E2F05/~/_media/Unternehmen_Region_0205_Innoplanta.pdf)

LINKS

INNOPLANTA

(URL: <http://www.innoplanta.com/>)

Archiv 2006 2007 2008 2009

27. Juni 2009 | Presse & Öffentlichkeitsarbeit Stralsunder Brauerei GmbH

5.000 BESUCHER FEIERTEN COMEBACK DES BRAUEREI-HOFFESTES DER STRALSUNDER BRAUEREI

Was für ein Fest! Was für ein Comeback! Nach zweijähriger Pause tummelten sich 5.000 Besucher am späten Samstagabend bis in den frühen Sonntagmorgen auf dem 11. Brauereihoffest der Stralsunder Brauerei.

STRALSUND. Mit 3.000 Besuchern haben wir gerechnet, auf 4.000 gehofft, aber das war wirklich Spitze, freute sich Stralsunder-Geschäftsführer Markus Berberich noch am Abend über die von den Stralsundern überwältigend aufgenommene Wiederkehr des beliebten und traditionsreichen Festes. 5.000 große und kleine Besucher, Einheimische sowie Gäste aus Nah und Fern strömten auf das Gelände der Stralsunder Brauerei und feierten bei Bratunwrst, Bier und Eis sowie Schweineschulter aus dem Grillsmoker der Klippengriller gemeinsam bis in den frühen Morgen ein rauschendes Fest.

Da störte es niemanden, dass die musikalischen Top-Acts der vergangenen Jahre nicht mehr am Start waren. Bekannt, aber teuer fand einen mehr als gleichwertigen Ersatz in Kult und gut. Hamburgs Kultrockstar Lotto King Karl begeisterte mit seinem Freund Carsten Pape,

und Die Dicken Kinder setzten mit ihrem Special Guest STOPPOK noch einen obendrauf. Der Kultrockstar aus dem Ruhrpott sprang kurzfristig für Rolf Stahlhofen ein. Der frühere Sänger der Söhne Mannheims hatte sich kurz vor Konzertbeginn einen Hexenschuss zugezogen.

Zum Aufwärmen heizte die TOP-40-Showband Countdown aus Hamburg den Besuchern genauso ein, wie zum Abschluss des Hoffestes, das erst gegen 1 Uhr morgens zu Ende ging. Super-Party, geile Stimmung, hoffentlich bald wieder freuten sich die Besucher über das gelungene Comeback des Brauereihoffestes und dessen Neuauflage in zwei Jahren. Im nächsten Jahr regiert dann wieder König Fußball auf dem Gelände der Stralsunder Brauerei, wenn die deutsche Nationalmannschaft und ganz Fußball-Deutschland zur Weltmeisterschaft in Südafrika auf ein neues Sommermärchen hofft.

04. Juni 2009 | Presse & Öffentlichkeitsarbeit Stralsunder Brauerei GmbH

VIEL SPASS BEIM HOFFEST DER STRALSUNDER BRAUEREI / DIE DICKEN KINDER: WIR WERDEN GUT SEIN, VERDAMMT GUT!

STRALSUND. So ein Spaß! Nach dem Exklusiv-Interview mit Lotto King Karl und Carsten Pape meldete sich jetzt auch Rolf Stahlhofen vor dem 11. Hoffest der Stralsunder Brauerei zu Wort. Dieses geht in diesem Jahr mit geändertem Konzept, aber mit gewohnt viel Spaß an den Start.

Bierkisten stapeln, Bullriding, ein buntes Animationsprogramm sowie ein Gewinnspiel mit attraktiven Preisen locken ebenso wie günstige Eintritts- (EUR 9,80 im Vorverkauf), Bier- (2 EUR) und Bratunwrstpreise (EUR 1,50) sowie Eis, Crêpes, Fischbrötchen und Grillspezialitäten von Europas größtem Grill-Smoker.

Nach dem Motto "Was Lotto kann, kann ich schon lange!" stimmt Rolf Stahlhofen, der ehemalige Sänger der Söhne Mannheims, die Stralsunder und ihre Gäste nun ebenfalls in einem Exklusiv-Interview auf das Konzert der Dicken Kinder (www.dickekinder.com) und das Hoffest (www.stralsunder-brauereihoffest.de) am 27. Juni ein.

Fasst ein Konzerterlebnis mit den Dicken Kindern in drei Worte (alternativ in einen Satz, dessen Länge eine A4-Seite nicht übersteigt).

Nichts ist wie es einmal war, wenn sie einmal da waren. Menschen setzen neue Maßstäbe im Tanzwahn, Menschen feiern sich und die Musik gegen jede Vernunft und ohne jedes Maß.

Was erwartet die Besucher bei Eurem Auftritt in Stralsund?

Die Frage ist aber eigentlich doch, was erwartet uns? Was bietet uns das Stralsunder Publikum? Schreien sich die Mädels für uns die Seele aus dem Leib? Wird es Sprechchöre geben? Bekommen wir endlich die lang ersehnten Stofftiere auf die Bühne geworfen? Oder gar Unterwäsche? Wird man uns lieben und unmoral... Ähmm... Wir werden gut sein, verdammt gut!

Ihr habt jetzt die einmalige Gelegenheit, Euch dem Stralsunder Publikum selbst anzukündigen. Also bitte: ...

Hallo Stralsund! Wir sind die Band Die Dicken Kinder. wir machen

die beiden Freunde am 27. Juni nun gemeinsam nach Stralsund. Ohne Band, ohne Tänzerinnen, ohne Showtreppe. Nur Lotto & Pape, und Songs die einen berühren.

Im Gepäck werden sie ihr brandneues Album "Die große Liebe" haben. Ihr erstes gemeinsames Werk nach vier Jahren Pause, das außer auf CD auch auf Schallplatte erscheinen wird. Denn "Vinyl klingt viel geiler als CD", so Carsten Pape. Voraussichtlicher Erscheinungstermin: 12. Juni.

In einem **Exklusiv-Interview** ließen Lotto & Pape schon mal durchblicken, was die Stralsunder am 27. Juni auf dem Gelände der Stralsunder Brauerei erwartet.

Am 27. Juni tretet Ihr mit Rolf Stahlhofen und den Dicken Kindern beim Hoffest der Stralsunder Brauerei auf. Mal ganz ehrlich, was wisst Ihr über Die Dicken Kinder?

Pape: So weit ich weiß, sind die dicken Kinder ein Künstlerprojekt, welches in keiner festen Besetzung besteht. Ich glaube Künstler, die schon mit etlichen verschiedenen Pop Stars zusammen gespielt haben, vereinigen sich bei den dicken Kindern auf einer Bühne. Das finde ich sehr interessant.

Lotto: Rolf Stahlhofen ist ein Freund von mir, der eigentlich nur mit sehr guten Musikern auftritt, deshalb freue ich mich doppelt auf ein Wiedersehen! Und er kann sich auch freuen, denn ich mache es genauso: Ich trete mit Pape auf!

Und über Stralsund?

Pape: Stralsund ist eine Hansestadt und man kann dort einen duften Ostseurlaub machen. Aber viel mehr weiß ich wirklich nicht. Nur, dass ich mich freue, Stralsund jetzt auch mal persönlich kennenzulernen.

Lotto: Nicht so bescheiden, mein Lieber, soweit ich weiß, warst Du mit "Clowns & Helden" da doch auch sehr erfolgreich! Ich selbst habe auch schon in Stralsund gespielt und es waren immer sehr schöne Abende!

Vermutlich kennen Euch hier dennoch nur wenige. Das muss sich ändern! Und deshalb beschreibt uns bitte Lotto & Pape.

Pape: Das ist nicht so einfach. Was ich aber über uns beide sagen kann: Seit über 10 Jahren bestehen wir als Duo. Wir treten immer nur zu zweit auf, ohne Band. Weil wir unsere CDs auf der Bühne nicht nur einfach rekonstruieren wollen, sondern der Meinung sind, gute Songs müssen es auch schaffen, einfach auf den Instrumenten wieder gegeben zu werden, auf dem Sie entstanden sind.

Lotto: Wir spielen hauptsächlich G-Dur! Wie die "Beatles".

Fast ein Konzerterlebnis mit Lotto & Pape in drei Worte (alternativ in einen Satz, dessen Länge eine A4-Seite nicht übersteigt).

Pape: Wir geben immer alles.

Lotto: Das waren 4!

Was erwartet die Besucher bei Eurem Auftritt in Stralsund?

Pape: Erwarten können die Leute von uns, dass wir uns sehr bemühen werden, unsere Zuhörer und Zuschauer gut zu unterhalten. Vielleicht kriegen wir es ja zusammen hin, damit meine ich Publikum und Künstler, einen unvergessenen Augenblick zu erleben. Das wäre das Größte für uns.

Lotto: Genau!

Lotto, Du bist HSV-Stadionsprecher. Beim Hoffest in Stralsund wirst Du von Struppi, dem Stadionsprecher des FC Hansa Rostock angekündigt. Auaweh oder ein Treffen unter Kollegen?
Pape: Ich bin zwar nicht Lotto, aber es wird wie mit allen anderen Stadionsprechern, die wir bis jetzt getroffen haben: Ein Treffen unter Fußball-Fans.

Lotto: Ich denke, Struppi und ich haben nicht nur denselben Job, wir mögen auch beide Fußball und sind aus den gleichen Gründen Fans unserer jeweiligen Clubs. Das schweißt zusammen. Und auf unseren Konzerten in anderen Fußballhochburgen stellen wir immer wieder fest, dass es unter echten Fans auch kein Problem ist, sich gegenseitig zu respektieren und zu mögen. So habe ich in den letzten Tagen sehr viel Zeit bei diversen Interviews mit dem Kollegen Arnd Zeigler von Werder Bremen verbracht und wir hatten vor den Spielen viel Spaß dabei. Nach den Spielen er mehr und ich leider weniger, aber so ist das nun mal, das gehört dazu. Und am Ende sind wir doch alle Norddeutsche und im Zweifel sind die meisten gegen die Bayern.

Aktuelles Album Lotto & Pape (tba. 12.6.2009): Die große Liebe
Album Lotto King Karl & Die Barmbek Dream Boys(2008): Seitenwechsel

Album Papes Brüder (2008): Von Delphinen, Untiefen und anderen Möglichkeiten

Internet: www.lottoundpape.de, www.lottokingkarl.de, www.carsten-pape.com

Eintrittskarten für das Stralsunder Brauerei Hoffest 2009 zum VVK-Preis von EUR 9,80: in allen Zisch-Getränkemärkten, bei der Ostsee-Zeitung sowie in den Braugasthäusern "Zum alten Fritz" in Stralsund, Rostock, Greifswald und Binz.

Hintergrund

Lotto King Karl - in Hamburg ist er seit Jahren der Superstar. Da kürt ihn das führende Lokalradio als Nachfolger von Paul McCartney zum Künstler des Jahres, da füllt er seit Jahren regelmäßig den Open-Air-Stadtpark, um wenige Monate später auch noch den Mega-Dom der Colorline Arena aufzuheizen. Da grölen sie drei Stunden lang Zeile für Zeile seine Songs mit, seine lockeren Liebeslieder, die unter die Haut und die Bettdecke gehen, die Rockbrecher und emotionalen Balladen; seine Szenehits wie Hamburg, meine Perle, Ich liebe dich und Fußball und Dosenbier.

Carsten Pape war Sänger der Kultband "Clowns & Helden". Diese landeten mit "Ich liebe Dich" einen Riesen-Hit, der noch heute in aller Ohren ist. Ihr Album "Von beteuerten Gefühlen und anderer Kälte" erreichte Kultstatus.

Darüber hinaus schrieb Pape Hits für Udo Lindenberg, Nena sowie Peter Maffay und macht mit seinem Freund Lotto in regelmäßigen Abständen vor allem norddeutsche Bühnen unsicher.

Lotto & Pape arbeiteten jetzt gut drei Monate im Studio an ihrer neuen CD "Die große Liebe". Gemeinsame Auftritte folgen im Sommer 2009, am 27. Juni beim 11 Hoffest der Stralsunder Brauerei. Ihr letztes gemeinsames Album "Freunde" erschien im Jahr 2005.

20. Mai 2009 | Presse & Öffentlichkeitsarbeit Stralsunder Brauerei GmbH

STRALSUNDER MINERALWASSER NACHWEISLICH URANFREI

STRALSUND. Mineralwasser aus der Mineralquelle der Stralsunder Brauerei ist garantiert uranfrei. Das bestätigt Markus Berberich, der Geschäftsführer der Stralsunder Brauerei (www.stralsunder.de),

gebraute Erfrischungsgetränk bios (www.bios-natur-pur.de). Das Brauwasser für Stralsunder und Störteker Biere wird ebenfalls aus der eigenen Mineralquelle entnommen.

STAHLHOFEN MIT DEN DICKEN KINDERN IN STRALSUND!

Sänger der Söhne Mannheims wird gemeinsam mit den Dicken Kindern am 27. Juni beim Hoffest der Stralsunder Brauerei für Dauerparty und hemmungslose Kurzweile sorgen.

Kaum eine Liveband bietet ein so vielseitiges Programm und hat dabei noch so viel Spaß wie Die Dicken Kinder. Auch die knapp 3.000 Gästebucheinträge auf www.dickekinder.com sprechen dafür eine deutliche Sprache. Doch nicht nur eingefleischte einheimische Fans aus dem Süden Deutschlands preisen dort die einzigartigen Konzerte an. Nein, sogar bis auf die Insel Rügen hat es sich bereits herumgesprochen, welche geballte Ladung musikalische Energie da im Juni auf der Stralsunder Bühne abgehen wird: "hallo ich war gestern, den 25.04 in der halle 101 und bin begeistert gewesen. einfach klasse, ich komme von rügen und dort fehlt so eine verrückte band. einfach klasse stimmen und und und und, geil!!!!!!".

06. Mai 2009 | Presse & Öffentlichkeitsarbeit Stralsunder Brauerei GmbH

PROTEST: STRALSUNDER BRAUEREI SCHICKT BUNDESEHRENPREIS ZURÜCK AN AGRARMINISTERIN AIGNER

STRALSUND. Mit einem Paukenschlag reagiert die Stralsunder Brauerei heute auf die gestern veröffentlichte Genehmigung des Freilandversuchs mit gentechnisch veränderter Gerste in der Gemeinde Thulendorf in der Nähe von Rostock. Aus Protest gab Markus Berberich, der Geschäftsführer der renommierten Brauerei, den kurz zuvor am 23. April durch die Bundesagrarinministerin überreichten Bundesehrenpreis für die Stralsunder Brauerei an Ilse Aigner zurück.

Zuvor hatte das Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit am 4. Mai die Freilandversuche mit gentechnisch veränderter Gerste genehmigt. Bereits am morgigen Donnerstag kann mit der Aussaat der gentechnisch veränderten Gerste begonnen werden. Das ist ein Schlag ins Gesicht für Mensch und Umwelt, begründet Berberich die Rückgabe der höchsten Auszeichnung, die an eine deutsche Brauerei verliehen werden kann. Darüber hinaus stünde diese Genehmigung im krassen Widerspruch zu den Aussagen der Bundesagrarinministerin, die im Rahmen der Preisübergabe in Berlin das Deutsche Reinheitsgebot noch als höchstes Gut der hiesigen Braukultur vor der versammelten Brauwirtschaft gepriesen hat. Somit ist dieser aus den Händen von Frau Aigner an die Stralsunder Brauerei überreichte Preis für uns nichts mehr wert.

Bereits im Februar hatte der Geschäftsführer der Stralsunder Brauerei in einem Offenen Brief an den Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg-Vorpommern, Erwin Sellering, vor den Gefahren dieses Versuchs gewarnt. Er fand jedoch ebenso wenig Gehör, wie betroffene Landwirte oder aber ein protestierender Umweltverband. Insgesamt gab es etwa 1.400 Einwendungen gegen das von der Universität Gießen vorangetriebene Projekt im fernen Mecklenburg-Vorpommern.

24. April 2009 | Presse & Öffentlichkeitsarbeit Stralsunder Brauerei GmbH

SIMPLY THE BEST - ERNEUTE HÖCHSTE AUSZEICHNUNG FÜR STRALSUNDER BRAUEREI

BERLIN/STRALSUND. Wie schon im Vorjahr wurde die Stralsunder Brauerei gestern in Berlin für die herausragende Qualität ihrer Biere mit dem Bundesehrenpreis für Bier geehrt. Anlässlich des „Tags des Bieres“ nahm Geschäftsführer Markus Berberich die höchste Auszeichnung der deutschen Ernährungswirtschaft im

Und so dürfen sich die Besucher des 11. Hoffestes der Stralsunder Brauerei schon jetzt auf ein aussergewöhnliches Konzerterlebnis mit Rolf Stahlhofen und den Dicken Kindern freuen.

Album Die Dicken Kinder: Die Dicken Kinder - ddk live'08 limited Edition

Soloalbum Rolf Stahlhofen: Zeit was zu ändern

Internet: www.stahlhofen.com, www.dickekinder.com, www.stralsunder-brauereihoffest.de

Eintrittskarten für das Stralsunder Brauerei Hoffest 2009 zum VVK-Preis von EUR 9,80: in allen Zisch-Getränkemärkten, bei der Ostsee-Zeitung sowie in den Braugasthäusern Zum alten Fritz in Stralsund, Rostock, Greifswald und Binz.

HINTERGRUND

Bereits vor der Aussaat warnten Landwirte, vor der Aussaat gentechnisch veränderter Gerste. Die gentechnischen Veränderungen betreffen auch Braugerste. Gerade das Bier mit seinem traditionellen Reinheitsgebot sei durch jede Verunreinigung sofort stark betroffen.

Der geplante Versuch ist eine Wiederholung eines Experiments aus Gießen. Dort war in den Jahren 2006 bis 2008 die Freisetzung am Widerstand aus der Bevölkerung gescheitert. Schon während dieser Phase aber war erkennbar, dass sich die Versuchsleiter an Sicherheitsauflagen nicht halten. Ein Mäuseschutz wurde gar nicht errichtet, zweimal wuchs die gentechnisch veränderte Gerste außerhalb der geschützten Bereiche. Damit war sie gegen eine direkte Verbreitung in die Umwelt nicht mehr geschützt.

Gerstenpollen gelangen trotz einer hohen Selbstbestäubungsrate in die Luft und werden dort sehr weit verweht. (s. Pollenkalender)

Gentechnikkritiker haben inzwischen nachgewiesen, dass die angeblichen Ziele des Gerstenversuches nur behauptet werden, um an hohe Fördermittel zu kommen. Tatsächlich soll Produkt- und Methodenentwicklung betrieben werden. In dieser Sache sind bereits vor längerer Zeit Strafanzeigen gegen die Versuchsleitung eingereicht worden.

Der Gengersteversuch wird als wissenschaftliches Experiment dargestellt. Allein der Aussaatzeitpunkt ab 7. Mai macht aber eine seriöse Forschung nicht mehr möglich.

Gesamtergebnisse in den verschiedenen Bundesländern erzielen konnten.

Der Preisverleihung ging der als härtester Biertest der Welt bekannte Wettbewerb der DLG voraus. bei dem sich gut 530 Biere den

Erneuter Appell an Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern

Anbauverbots von Genmais in Deutschland appelliert der Geschäftsführer der Stralsunder Brauerei, Markus Berberich, erneut an die Landesregierung Mecklenburg-Vorpommern, den geplanten Versuch zum Anbau gentechnisch veränderter Braugerste in der Nähe von Rostock zu stoppen.

"Wenn unsere Bundesagrarministerin Ilse Aigner in gentechnisch verändertem Mais eine Gefahr für die Umwelt sieht, so kann die logische Konsequenz nur heißen, das Anbauverbot auch auf gentechnisch

veränderte Braugerste auszuweiten", erklärte er heute in Stralsund. Dies schaffe Sicherheit für die heimische Landwirtschaft, Industrie und die Verbraucher.

Die Universität Gießen hat beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit einen Antrag auf die Genehmigung eines Freilandversuches mit gentechnisch veränderter Braugerste in Groß Lüsewitz bei Rostock gestellt, der in Mecklenburg-Vorpommern seit einigen Wochen landesweit für Empörung sorgt.

01. April 2009 | Presse & Öffentlichkeitsarbeit Stralsunder Brauerei GmbH

STRALSUNDER BRAUEREI - HOFFEST FEIERT AM 27. JUNI COMEBACK

Nach zweijähriger Abstinenz meldet sich das 11. "Stralsunder Brauerei Hoffest" in diesem Jahr zurück.

STRALSUND. "Wir sind wieder da!" freut sich Lars Gräning, Marketingleiter der Stralsunder Brauerei, über das Comeback der beliebten Veranstaltung. Bis zu 10.000 Gäste werden zum eintägigen Revival des Hoffestes am 27. Juni 2009 auf dem Gelände der Stralsunder Brauerei erwartet. Und die dürfen sich wie schon in den Vorjahren auf Live-Musik der Extra-Klasse freuen.

Mit dabei ist in der Neuauflage der Hamburger Kultrockstar Lotto King Karl, der gemeinsam mit seinem Freund Pape die Bühne rocken wird. Nicht nur dieser Act, wird dafür sorgen, dass dies ein erlebnisreicher Abend wird.

Weiterhin in diesem Jahr mit dabei: "Die Dicken Kinder", ein Musikensemble der besonderen Art aus Rheinland Pfalz. Als Special Guest der Dicken Kinder ist Rolf Stahlhofen (ehemaliger Sänger der Söhne Mannheims) in Stralsund mit am Start. Die Top 40 Show-Band Countdown, wird mit aktuellen und älteren Hits bis in den frühen Morgen für ausgelassene Partystimmung sorgen.

Wir sind uns sicher, so Gräning, mit diesem außergewöhnlichen Line Up an Bands der besonderen Art, den Hoffest Fans aus Stralsund und MV neue musikalische Leckerbissen zu präsentieren. Alle Bands haben wir Live gesehen und speziell ausgesucht.

Anders als in den Jahren zuvor wird das Hoffest künftig an nur einem Tag stattfinden. "Dennoch greifen wir die gute Tradition des tollen Party-Samstags wieder auf und setzen diese nunmehr in einem Turnus von zwei Jahren fort", erklärt Gräning das neue Hoffest-Konzept.

Für Party, Musikhilights, Geselligkeit, Genuss und Entspannung im Zeichen der Stralsunder Biere steht auch das diesjährige Hoffest.

Den Hoffest-Freitag, bislang besetzt mit Konzert-Highlights national und internationaler Stars, wird es nicht mehr geben. "Die Gagen der Künstler waren mit unseren Vorstellungen nicht mehr vereinbar", erläutert Lars Gräning das auf einen Tag reduzierte Rahmenprogramm. Dennoch werde das Stralsunder Brauerei-Hoffest auch in diesem Jahr ein echter Publikumsmagnet.

LOTTO KING KARL - in Hamburg ist er seit Jahren der Superstar. Da kürt ihn das führende Lokalradio als Nachfolger von Paul McCartney zum "Künstler des Jahres", da fillt er seit Jahren regelmäßig den Open-Air-Stadtpark, um wenige Monate später auch noch den Mega-Dom der Colorline Arena aufzuheizen. Da grölen sie drei Stunden lang Zeile für Zeile seine Songs mit, seine lockeren Liebeslieder, die unter die Haut und die Bettdecke gehen, die Rockbrecher und emotionalen Balladen; seine Szenehits wie "Hamburg, meine Perle", "Ich liebe dich" und "Fußball und Dosenbier".

CARSTEN PAPE war Sänger der Kultband "Clowns & Helden". Diese landeten mit "Ich liebe Dich" einen Riesen-Hit, der noch heute in aller Ohren ist. Ihr Album "Von beteuerten Gefühlen und anderer Kälte" erreichte Kultstatus. Darüber hinaus schrieb Pape Hits für Udo Lindenberg, Nena sowie Peter Maffay und macht mit seinem Freund Lotto in regelmäßigen Abständen vor allem norddeutsche Bühnen unsicher.

DIE DICKEN KINDER wiederum sind gar nicht so dick, wie es sich anhört. Aber ein Ensemble der besonderen Art mit über 80 Musikern und Sänger. Es gibt keine feste Besetzung oder Sänger bei Ihren Auftritten. Für jeden Auftritt der Band wird eine neue Besetzung mit neuem Programm zusammengestellt.

Dabei geben sich international bekannte Größen und regionale Newcomer ein Stelldichein. So sind Shaham Joyce und Faiz Mangat (Bro Sis) schon seit Gründung der Band mit dabei. Bereits zu Gast waren Künstler wie Udo Lindenberg, oder Rolf Stahlhofen. Dieser war lange Zeit Sänger der Söhne Mannheims und wird auch am 27. Juni in Stralsund gemeinsam mit gut 15 verschiedenen Musikern mit von der Partie sein.

Durch die vielen verschiedenen Charaktere entsteht ein ganz besonders umfangreiches Repertoire. So spielen Die Dicken Kinder Songs aus Rock und Pop, Funk, Soul und Reggae, Hip Hop und R'n'B, Jazz und Klassik.

Diese Symbiose aus jungen, motivierten Künstlern, dem vielseitigen Programm und der Qualität sowie Leistung der Künstler, ist der Garant für eine geniale, unterhaltsame Show.

KARTEN FÜR DAS STRALSUNDER BRAUEREI HOFFEST 2009 gibt es noch rechtzeitig vor Ostern ab 08.04. 2009 in allen Zisch-Getränkemärkten, der Ostsee-Zeitung sowie den Braugasthäusern "Zum alten Fritz" in Stralsund, Rostock, Greifswald und Binz zum Vorverkaufspreis von nur EUR 9,80.

offenen Brief an Jürgen Sellering, den Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg Vorpommern, protestiert die Stralsunder Brauerei gegen den von der Justus-Liebig-Universität Gießen geplanten Freilandversuch mit gentechnisch veränderter Gerste auf dem Gelände des AgroBioTechnikums in Groß Lüsewitz bei Rostock.

„Die Verwendung gentechnisch manipulierter Gerste als Braugerste ist gefährlich, wider den Interessen der Verbraucher und unvereinbar mit dem 1516 formulierten Reinheitsgebot zum Brauen unverfälschten Bieres“, erklärt Geschäftsführer Markus Berberich.

Im Detail begründet Markus Berberich diesen Vorstoß mit den nicht kalkulierbaren Risiken, die allein der beim Bundesamt für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit beantragte Versuch des Freisetzens genmanipulierter Gerste mit sich bringt:

- Bisher ist die genaue Wirkung der Mechanismen, mit denen bei Pflanzen und Tieren das Erbgut verändert wird, unklar. Immer wieder tauchen bei gentechnisch veränderten Pflanzen unerwartete Eigenschaften auf.

- Freigesetzte gentechnisch veränderte Organismen schaden der Umwelt. Bereits jetzt zeigt sich, dass der Anbau von GVOs zu Artenrückgang führt sowie neue resistente „Super-Unkräuter“ und resistente, derzeit nicht mehr angreifbare Schädlinge entstehen. Von Gen-Pflanzen produzierte Gifte reichern sich im Boden an.

- Forscher haben noch nicht geklärt, wie sich der Verzehr von GVO langfristig auf die menschliche Gesundheit auswirkt. Es hat keine Versuche gegeben. Somit werden alle Konsumenten zu Testpersonen gemacht. Tierversuche zeigen immer wieder eindeutig Gefahren auf.

- Besonders bedenklich sind die Antibiotika-Resistenzen, die in viele bisher entwickelte Gen-Pflanzen eingebaut wurden. Sie können auf Bakterien übergehen und resistente Keime hervorbringen.

- Sind GVO ausgebracht, lassen sie sich nicht zurückholen und breiten sich unkontrolliert aus.

- Für die Hersteller von gentechnikfreien Lebensmitteln bedeutet der Anbau von GVOs in der Nachbarschaft erhebliche Mehrkosten für Analytik und Qualitätssicherung.

- Schon bei einem geringen Ausmaß an Genpflanzen-Anbau können die Verbraucher nicht mehr frei wählen, was sie essen. Denn Pollenflug und Verunreinigungen im Saatgut erschweren einen gentechnikfreien Anbau gleichartiger Pflanzen ganz erheblich.

- Die Agro-Gentechnik gefährdet Arbeitsplätze, denn sie ist eine Rationalisierungstechnologie, deren Gewinne nur sehr wenigen, großen Konzernen zu Gute kommen. Der Wettbewerbsdruck auf die mittelständischen Saatzunternehmen wird Zusammenschlüsse und Übernahmen begünstigen.

- Keiner will für die möglichen Schäden der gentechnisch veränderten Pflanzen aufkommen, nicht die Industrie, die sie herstellt, nicht der Bauer, der sie anbaut, und auch keine Versicherung.

- Gentechnisch veränderte Pflanzen können und werden patentiert und bieten den Konzernen gänzlich neue Möglichkeiten der Marktbeherrschung. Landwirten und Verbrauchern drohen neue Abhängigkeiten.

Neben der Produktion konventioneller Biere hat sich die Stralsunder Brauerei im Bereich der Entwicklung und Produktion von Bio-Bieren sowie fermentierter Bio-Erfrischungsgetränke ohne Zuckerzusatz profiliert. Auf der Grünen Woche 2009 wurden die Stralsunder wie schon im Vorjahr erneut mit mehreren Goldmedaillen für ihre Spitzenprodukte geehrt und untermauert damit ihren Ruf als eine der besten Brauereien in den neuen Bundesländern.

Markus Berberich wird am 18.2.2009 ab 19 Uhr in den Räumlichkeiten der Sobi (Soziale Bildung e.V.) im ehemaligen Haus der Deutsch-Sowjetischen Freundschaft in Rostock an einer von Kritikern des Freilandversuchs mit gentechnisch veränderter Gerste organisierten Informationsveranstaltung als Gesprächspartner zur Verfügung stehen.

17. Januar 2009 | Presse & Öffentlichkeitsarbeit Stralsunder Brauerei GmbH

6 X GOLD FÜR STRALSUNDER BIERE AUF DER GRÜNEN WOCHEN

Ministerpräsident Sellering übergibt die Auszeichnung

BERLIN. Mit einer regelrechten Gold-Serie in Folge wurde die Stralsunder Brauerei auf der Grünen Woche in den vergangenen Jahren von der Deutschen Landwirtschaftsgesellschaft (DLG) für ihre

Spitzenprodukte geehrt. Im letzten Jahr gab es aus den Händen von Bundesaußenminister Frank-Walter Steinmeier den erstmals verliehenen Bundesehrenpreis für beste Gesamtergebnisse in den letzten Jahren. An diese Erfolge konnten die Brauer vom Sund auch in diesem Jahr auf der Grünen Woche anknüpfen und ihren Titel als beste Brauerei in den neuen Bundesländern verteidigen. Beim härtesten Biertest der Welt, bei dem 528 Biere von 157 Brauereien aus Deutschland, Europa und den USA an den Start gingen, holte die Stralsunder Brauerei sechs Goldmedaillen für ihre erfolgreichen Marken Stralsunder Traditionsbock, Stralsunder Lager, Störtebeker Bernstein-Weizen und Störtebeker Schwarzbier. Ebenfalls mit gold prämiert, wurden die Störtebeker Biere in Bio-Qualität, BIO Roggen Weizen sowie Bio Bernstein-Weizen. Wir freuen uns riesig über diesen erneuten Erfolg, denn die Goldmedaillen sind der Beweis dafür, dass wir bei der Qualität keine Abstriche machen, sagte Markus Berberich, Geschäftsführer der Stralsunder Brauerei. Die DLG-Urkunden wurden heute durch den Ministerpräsidenten des Landes Mecklenburg Vorpommern Erwin Sellering und Landwirtschaftsminister Till Backhaus an Markus Berberich übergeben.

Die Stralsunder Brauerei konnte im abgelaufenen Jahr 89.000 Hektoliter Bier in Flaschen und Fässern absetzen.

Berberich ist nicht ganz glücklich mit dem, was 2008 rund um das Unternehmen der Nordmann-Gruppe geschah. Dennoch bleibt er mit Blick auf 2009 "verhalten optimistisch".

Vor allem das überregionale Geschäft habe sich in den zurückliegenden 12 Monaten nicht so entwickelt wie erhofft, erklärt der 39-Jährige. Gründe nennt er mehrere. "Vor allem wirkten sich Veränderungen im Einzelhandel stark auf den Absatz aus. Dadurch brachen Geschäftsbeziehungen weg." Dabei verweist der Brau-Ingenieur auf Zusammenschlüsse bzw. Übernahmen der Großen Handelsketten wie Edeka.

Ein schweres Jahr sei es auch wegen der Konsolidierung bei den großen Brauereien gewesen. Es gebe einen "Kapazitätsüberdruck am Markt". Hinzu kämen die stark gestiegenen Kosten für Rohstoffe und Energie, die die Ertragsituation des Unternehmens verschlechterten.

Diese Negativtendenz konnte die Stralsunder Brauerei auch nicht durch die "sehr gute Entwicklung am Regionalmarkt" kompensieren. "Hier haben wir dazu gewonnen", erklärt Berberich stolz. Das treffe sowohl auf die Marke "Stralsunder" als auch auf "Störtebeker" zu. Insgesamt flossen vergangenes Jahr 89 000 Hektoliter Bier aus den Kesseln an der Greifswalder Chaussee. Das sind fünf Prozent weniger als im Vorjahr.

Für die Zukunft setzt Berberich eindeutig auf eine Stärkung der Position in der Region. Dabei verweist er auf die Bio-Produkte des Hauses und auf das Konzept "vom Acker ins Glas". Er beschreibt Kreisläufe, wie die Gerste von den Feldern Vorpommerns als Bier auf die Tische der Menschen hier kommt. Den ganz großen Knaller landete das Unternehmen 2008 allerdings nicht mit Bier, sondern mit einem alkoholfreien Getränk. Berberich: "Mit 'Bios' haben wir etwas völlig Neues auf den Markt gebracht." Die Limonade unterscheide sich grundlegend von allem, was bislang im Handel angeboten worden sei. Es

verfüge nicht nur über ein Säuerungsmittel, das durch Fermentierung aus Malz (Berberich: "Das können nur Brauer.") gewonnen werde. Sondern verzichte auch auf den Zusatz von Kristallzucker. Die Süße werde mit Hilfe von Fruchtsäften erreicht. Damit unterscheide sich "Bios" eindeutig von dem Lifestyle-Getränk "Bionade". "Unser Produkt ist 100 Prozent bio, etwas für Gesundheitsbewusste." Derzeit gibt es vier Geschmacksrichtungen dieser neuartigen Limonade, die auf der "BioFach" in Nürnberg im Februar 2008 einiges Aufsehen erregte. Die Sorte "Orange-Ingwer" wurde zudem von "Ökotest" angefordert und mit dem Prädikat "sehr gut" bewertet. Die Neuentwicklung bescherte der Brauerei beim Absatz von alkoholfreien Getränken ein Plus von zwei Prozent auf 100 000 Hektoliter.

Im Zusammenhang mit "Bios" spricht Berberich von einem "Schlüssel zu neuen Getränkekategorien" und von "netten Ideen, mit denen wir die Kunden und unsere Wettbewerber in der nächsten Zeit überraschen werden".

Unabhängig von dieser positiven Entwicklung sieht Berberich die Zukunft beim Bier. Dazu trägt sicherlich auch bei, dass die Nordmänner im vergangenen Jahr mit dem Bundesehrenpreis für die Brauerei mit den meisten Auszeichnungen gewürdigt wurde. Der Preis wurde 2008 zum ersten Mal vergeben. Für jedes Bundesland gab es ihn jeweils einmal.

Fortsetzen will die Brauerei auch im neuen Jahr ihr Engagement in der Region. Marketing-Chef Lars Gräning nannte das Sponsoring im Sport ebenso wie die Unterstützung des Tierparks als Beispiele. Ein endgültiger Schlussstrich wurde allerdings unter die Brauereihoffste gezogen. "Im Juni oder Juli 2009 wird es erstmals ein Bierfest auf dem Unternehmensgelände geben", sagt Gräning. Dazu gehöre natürlich auch ein kultureller Teil, aber keiner mit Konzerten großer Stars. Im jährlichen Wechsel zu den Bierfesten soll die Brauerei-Arena bei Fußball-Welt- und Europameisterschaften wieder zahlreiche Fans anlocken.

pressrelations

schneller mehr wissen

Pressemitteilung vom 15.03.2007 | 17:37
Naturschutzbund Deutschland (NABU)

NABU: Forderung nach Verlegung der Gen-Datenbank in Gatersleben ist ein Skandal Seehofer-Behörde will "Pflanzenbibliothek" zugunsten von Genpflanzen-Anbau opfern

Berlin/Gatersleben - Der NABU hat den Vorstoß des Bundesamtes für Verbraucherschutz und Lebensmittelsicherheit (BVL) zur Verlegung der Genbank für Kulturpflanzen im sachsen-anhaltinischen Gatersleben als ein Stück aus dem bürokratischen Tollhaus bezeichnet. Das BVL hatte den Eigentümer der Genbank, das Leibniz-Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK), aufgefordert, die Vermehrungsflächen für die Genbank, eine der größten der Welt, zu verlagern. Laut eines Sprechers sei die Gefahr von Auskreuzungen nicht vollständig auszuschließen.

„Die Seehofer-Behörde widerspricht sich selbst und liefert damit einen absurden Schildbürgerstreich“, sagte NABU-Präsident Olaf Tschimpke. Einerseits genehmige sie den Anbau von genmanipulierten Pflanzen, um dann zu betonen, dass sie das Risiko durch die Gen-Pflanzen für nicht beherrschbar halte. Sollen demnächst alle Bauern umziehen, wenn das BVL eine Freisetzung von Gen-Pflanzen in der Nähe ihrer Felder genehmigt? *Minister Seehofer muss diesem Treiben rasch Einhalt gebieten und sich endlich für einen glaubwürdigen Schutz von Natur und Verbrauchern vor der Agro-Gentechnik einsetzen“, so Tschimpke weiter.

Das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung (IPK) unterhält am Standort Gatersleben eine Genbank, in der Samen von 150.000 Kulturpflanzen eingelagert sind. Die alten Weizensorten müssen zur Erhaltung immer wieder im Freiland angebaut werden. In unmittelbarer Nähe zu den Anbauflächen wird Gen-Weizen angebaut.

Das BVL hatte bereits im vergangenen November für den Freisetzungsversuch im IPK grünes Licht gegeben. Der NABU hatten den Anbau des Gen-Weizens am Standort Gatersleben mehrfach kritisiert. Nicht nur Hamster und Mäuse können zwischen den verschiedenen Kulturen hin- und herwandern, sondern es besteht darüber hinaus die Gefahr, dass der moderne Gen-Weizen in die alte Sorten der Genbank einkreuzt. Obwohl rund 30.000 Einwendungen von Bürgern, Verbänden und Lebensmittelhändlern gegen den Anbau des genmanipulierten Weizen an das BVL übergeben worden seien, hatte die Behörde dem riskanten Vorhaben zugestimmt.

Für Rückfragen: Dr. Steffi Ober, NABU-Gentechnikexpertin, mobil 0177-3027718.
Im Internet zu finden unter www.NABU.de

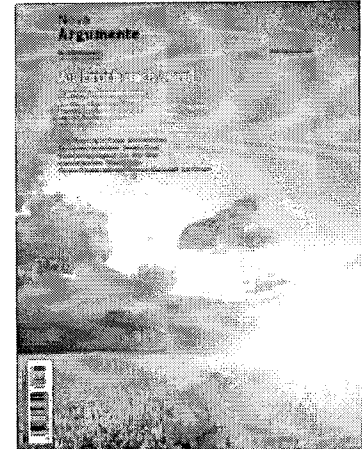
Bonn - Veröffentlicht von pressrelations

Link zur Pressemitteilung: <http://www.pressrelations.de/new/standard/dereferer.cfm?r=271787>

Dossiers

Atomkraft Doping Grüne NGOs Nahost-Konflikt
Bildung Europa Klimawandel Rauchverbot
Wahlen & Parteienkrise
Wirtschafts- & Finanzkrise

Atomkraft



**MAGAZIN KAUFEN ...
MAGAZIN ABONNIEREN ...**

**Thomas Deichmann: „Greenpeace Energy:
Katerstimmung zum zehnten Geburtstag“**

Bei Greenpeace Energy klaffen Anspruch und
Wirklichkeit weit auseinander

Novo104 (1–2 2010), Online-Debatte:

[http://www.novo-argumente.com/magazin.php
/archiv/novo104_32](http://www.novo-argumente.com/magazin.php/archiv/novo104_32)

Rudolf Kipp: „Energie: Luxusgut der Zukunft“

Die deutsche Energieversorgungspolitik ist weder
nachhaltig noch zukunftsfähig.

Novo104 (1–2 2010), S. 27

**Ludwig Lindner und Lutz Niemann: „Ab ins
Endlager“**

Über die altbackenen deutschen Kapriolen um die
Lagerung radioaktiver Abfälle.

Novo102 (9–10 2009), S. 56–58

Lutz Niemann: „Der Asse-‘Skandal‘“

Über die Endlagerdebatte und politische
Profilierungssehnsüchte

Novo99 (3–4 2009), [http://www.novo-
argumente.com/artikel/99/novo9943.pdf](http://www.novo-argumente.com/artikel/99/novo9943.pdf)

**Lutz Niemann: „Wie viele Menschenleben
kostet erneuerbare Energie?“**

Warum gilt Kernenergie als gefährlich und
erneuerbare Energien als ungefährlich?

Novo97 (11–12 2008)

**Heinz Horeis: „‘Small (is) was beautiful’ – Öko
wird Großtechnik“**

Der „sanfte Energiepfad“ führt direkt in die

Großtechnik; von den romantischen Flausen der Grünen bleibt nur noch der kuschelige, mit Ökoholz beheizte und Feinstaub absondernde Kachelofen. Novo93 (3–4 2008), <http://www.novo-argumente.com/artikel/93/novo9355.pdf>

Edgar Gärtner: „Deutsche Energiepolitik auf dem Weg nach nirgendwo“

Der Berliner Energiegipfel vom Juli 2007 hat die Verunsicherung über die Entwicklung der Rahmenbedingungen für Investitionen in neue Kraftwerke verstärkt.

Novo91/92 (11 2007 – 02 2008), <http://www.novo-magazin.de/91/novo9165.htm>

Ludwig Lindner: „Energie speichern – aber wie?“

Ein Problem bei der Sicherung unserer Energieversorgung sind die schlechten Speichermöglichkeiten von Energie und Strom. Der Autor stellt Optionen und Illusionen vor.

Novo91/92 (11 2007 – 02 2008), <http://www.novo-magazin.de/91/novo9170.htm>

Lutz Niemann: „Strahlend wie das Matterhorn“

Über die gemeinhin noch immer als ungelöst geltende Frage der Endlagerung.

Novo89 (7–8 2007), S. 34

Günther Keil: „Der einsame Ausstieg“

Deutschland sollte nicht länger in der technologischen Schmollecke verharren.

Novo86 (1–2 2007), <http://www.novo-magazin.de/86/novo8622.htm>

Daniel Ben-Ami: „Kernkraftwerke für Afrika“

Eine richtige Antwort auf die Klimadebatte wäre ein massiver Ausbau der Kernenergieversorgung.

Novo86 (1–2 2007), S. 11

Ludwig Lindner / Lutz Niemann: „Was bringt das „CO2-freie Kohlekraftwerk“?“

Die CO₂-Emissionen sollen nach dem Kioto-Abkommen reduziert werden. Im Bereich der Stromerzeugung bieten sich hierfür Kernkraftwerke an. Um auch bei Kohlekraftwerken die CO₂-Emissionen zu vermeiden, macht neuerdings das Schlagwort vom „CO₂-freien Kohlekraftwerk“

und dem „Endlager für CO2“ die Runde.
Novo84 (9–10 2006), <http://www.novo-magazin.de/84/novo8446.htm>

**Heinz Horeis: „Deutschlands
Energieversorgung: der Ausstieg ins
Ungewisse“**

Über eine weltweit einmalige Energiedebatte.
Novo81 (3–4 2006), <http://www.novo-magazin.de/81/novo8109.htm>

**Thomas Deichmann / Thilo Spahl: „Folgen des
Reaktorunfalls von Tschernobyl“**

Novo81 (3–4 2006), <http://www.novo-magazin.de/81/novo8110.htm>

**Lutz Niemann: „Kernenergienutzung global
betrachtet“**

über die weltweit wachsende Akzeptanz und
Nutzung der Kernenergie.
Novo81 (3–4 2006), <http://www.novo-magazin.de/81/novo8120.htm>

**Lutz Niemann: „Wie gefährlich sind radioaktive
Strahlen?“**

Über die Krebsgefahr durch Sonnenlicht,
radioaktive Strahlung und Alkohol.
Novo81 (3–4 2006), <http://www.novo-magazin.de/81/novo8122.htm>

**Ludwig Lindner: „Die Wiederkehr der
Kernenergie“**

Die Kernenergie ist die sicherste und effektivste
Form der Energiegewinnung und vor allem dann
empfehlenswert, wenn man natürliche Ressourcen
schonen will.
Novo73/74 (11 2004 – 2 2005), <http://www.novo-magazin.de/73/novo7338.htm>

Thilo Spahl: „Atomkraft? Allerdings!“

Wir können unseren Kindern gerne Windräder
vorenthalten, aber auf keinen Fall Kernkraftwerke.
Novo40 (5–6 1999), <http://www.novo-magazin.de/40/novo4011.htm>

**Matthias Heitmann: „Droht Deutschland eine
Ökodiktatur?“**

Über die totalitären Methoden, mit denen

Bundesumweltminister Jürgen Trittin sicherstellen
will, dass Öko-Ideologie die Rolle von
Sachverstand übernimmt.
Novo40 (5-6 1999), <http://www.novo-magazin.de/40/novo4044.htm>

© NovoArgumente | AGB & Datenschutz

Interview mit Claus Peymann:
 "Es gibt keinen in diesem Jahrhundert, der mit dieser Schärfe die Lüge, die in der Sprache selbst steckt, aufdecken kann."

Peter Handke: Die Fahrt im Einbaum oder Das Stück zum Film vom Krieg
 Auszug aus Peter Handkes neuem Theaterstück.
 [Heft S.23]

WISSENSCHAFT & TECHNIK

Thilo Spahl: Atomkraft? Allerdings!

Peter Dinkelaker: Kernfusion gegen Tanklaster
 [Heft S.15]

Friedrich Burtak und Astrid Giebertz: Entwicklungsperspektiven der Kernenergie

Matthias Heilmann: Droht Deutschland eine Ökodiekatere?

David Hall: Wie schädlich ist Strahlung?
 [Heft S.48]

Sabine Beppler: Macht Atomkraft krank?
 [Heft S.50]

Patrick Körber: Lug und Trug um Tschernobyl
 [Heft S.51]

WELTGESCHEHEN

Thomas Deldmann: NATO-Rollback im Kosovo

POLITIK & GESELLSCHAFT

Helmut Ortner: Das große Aufräumen?
 [Heft S.40]

MEDIEN & KULTUR

Bernd Herrmann: Von Superman und Scheiße-Mann
 [Heft S.52]

RUBRIKEN

Zeitgeistler, Updates & Daneben
 [Heft S.8]

Stichwort
 Leontines Abgang von Sabine Reul

Käsblatt
 "Lieber Onkel Goethe" Satire von Sina Dikmen

Neue Mitte
 Durch den Wind von Tillmann Prüfer
 [Heft S.42]

Schwerhörbert
 Fastblinder Politisches Wörterbuch I wie III
 [Heft S.54]

WISSENSCHAFT & TECHNIK

Atomkraft? Allerdings!

Thilo Spahl ist der Meinung, daß wir unseren Kindern gerne Windräder vorenthalten können, aber auf keinen Fall Kernkraftwerke.

Trittin steht nicht allein. Atomkraft ist in der deutschen Bevölkerung ungefähr so beliebt wie abgestandenes Bier. Von Begeisterung für die Umwandlung von Materie in Energie fehlt jede Spur. Ein neuer Weltrekordler im Gummistiefelwurf fürs Guinness-Buch der Rekorde erhält in den Medien mehr anerkennende Beachtung als das niedersächsische Atomkraftwerk Grohnde, das 1998 "Weltmeister" in der Stromproduktion wurde. Es lieferte 11,76 Milliarden Kilowattstunden. Neben Grohnde finden sich unter den ersten sechs in der Welt noch drei weitere deutsche Kraftwerke. Man stelle sich vor, Deutschland wäre auf der ATP-Weltrangliste ähnlich gut vertreten. Wer würde es wagen, den Ausstieg Deutschlands aus dem Tennis zu fordern?

Natürlich sind die beiden Sachen nicht zu vergleichen; auf dem Tennisplatz sterben viel mehr Menschen als in Atomkraftwerken. Und vom Tennis verstehen die meisten Menschen viel mehr als von Atomkraft. Tennis ist einfacher.

BESCHLOSSENE SACHE

In den ersten Monaten der rot-grünen Regierung durften wir eine Ausstiegsdebatte beobachten, die manches Kopfschütteln und Augenverdrehen bewirkte, eine Inszenierung, an der drei Regisseure zur gleichen Zeit arbeiteten und die daher nicht gerade als großes Kunstwerk in die Geschichte der deutschen Politik eingehen wird. Manchem wird inmitten des Getummels entgangen sein, daß es um nichts Grundsätzliches ging. Es ging lediglich um den bescheidenen Unterschied zwischen "Jetzt aber ruck zuck!" und "Nicht jetzt gleich, sondern wirtschafts- und sozialverträglich!". Von einer Kontroverse kann man bei der ganzen Debatte nicht sprechen, der Ausstieg blieb, wie schon seit Jahren, beschlossene Sache. Die Frage scheint heute nur noch, wie man ihn am besten voranbringt. Sehr gut kommt das zum Ausdruck, wenn man liest, wie die *Süddeutsche Zeitung* ihre Lesenumfrage zum Thema formulierte:

Läßt sich im Bestreben um einen Ausstieg aus der Atomenergie nur vehement etwas erreichen, und bringen deshalb die Äußerungen Trittins die Debatten um den Atomausstieg voran - oder schaden sie eher der Sache?
 Halten Sie die Vorgehensweise des Umweltministers in der Atompolitik für richtig?

Das Vorgehen in der Atompolitik ist also dann am ehesten richtig, wenn es der guten Sache, dem Atomausstieg, am besten dient. Andere Meinungen scheinen gerade mal noch Lobbyisten der Atomindustrie, einer aussterbenden Spezies, und der CSU vorbehalten zu sein.

ENERGIE: SCHLIMM
 ATOMENERGIE: NOCH SCHLIMMER

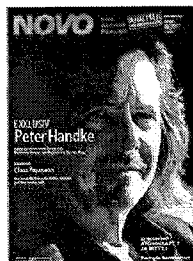
In der grünen Weltsicht (die sich heute mehr oder minder ausgeprägt in allen politischen Parteien findet) ist Energieverbrauch als solcher schon etwas Schlechtes. Da ist es nicht verwunderlich, daß die Energiequellen, die am meisten liefern, irgendwie die unsympathischsten sind. Dazu gehören neben Atomkraftwerken vor allem große Staudämme. Beliebte dagegen sind Windrädchen, Solarzellen oder vielleicht noch Blockheizkraftwerke, also alles, was sich ohne Probleme im Vorgarten unterbringen läßt. Atomkraft jedoch gehört nicht in den Vorgarten und befindet sich damit außerhalb des braven Hausbauers Horizont. Atomkraft ist eine technisch aufwendige Form der Energiegewinnung. Das unterscheidet sie von Verbrennungsenergie oder Wasserkraft, wie wir sie schon im letzten Jahrhundert genutzt haben. Sie ist die Energie der Zukunft, sie wird nach dem Ende der Ära fossiler Energien neben der Sonnenenergie die Hauptenergiequelle für die menschliche Zivilisation sein. Während fossile Energieträger ganz deutlich endlich sind und in ein paar hundert Jahren keine große Rolle mehr spielen werden (vgl. Abb. "Consumption of Fossil Fuels"), beträgt nach

INFOS

Zum Autor

Webtips

Inside
 NOVO 40



Atomenergie und regenerative Energien von Thilo Spahl

Es dürfte schwer sein, eine wichtige neue Energiequelle zu finden, die so wenig unerwünschte Nebenwirkungen mit sich gebracht hat wie die Kernenergie

heutigem Wissensstand die Reichweite von Uran bei intelligenter Nutzung mehrere tausend Jahre. Ähnliche Reichweiten sind für den anderen nuklearen Energieträger Thorium zu erwarten. Die Reichweite der Energieträger Deuterium und Lithium, die in zukünftigen Fusionsreaktoren genutzt werden, ist praktisch unendlich. Das 21. und 22. Jahrhundert werden, objektiv betrachtet, die Periode des Übergangs zum eigentlichen Atomzeitalter sein. Im Rückblick wird es recht skurril anmuten, wenn man sich die heutigen Debatten um den Ausstieg anschaut.

POSITIVE BILANZ

Die zweite Hälfte des 20. Jahrhunderts war in gewisser Hinsicht die Frühphase des Übergangs zum Atomzeitalter. Betrachtet man sie als Erprobungszeit, muß man konstatieren, daß der Einstieg erstaunlich problemlos gelaufen ist. Vergleicht man mit den Umwelt- und Gesundheitsbelastungen während der Entwicklung der technischen Nutzung fossiler Energien aus Kohle, Öl und Gas, so erweist sich die Atomenergie als um Dimensionen sauberer und sicherer. Die größten Belastungen entstanden zweifellos in den "wilden Jahren" des Uranabbaus in den späten 40er und den 50er Jahren, in denen Hunderttausende von Bergarbeitern hohen Strahlendosen ausgesetzt waren. Der GAU von Tschernobyl kostete 1986 59 Menschen das Leben und führte zu mehreren Hunderten zusätzlicher Fälle von Schilddrüsenkrebs und 17 weiteren dokumentierten Todesfällen in den folgenden zehn Jahren (s. in diesem Heft der Artikel von Patrick Körber). Vergleicht man mit anderen Unfällen in den 80er Jahren, etwa dem Grubenunglück in Mexiko 1984 mit über 500 Toten, dem Dammbruch 1985 in Italien mit 250 Toten, der Explosion auf der Ölbohrinsel Piper Alpha in der Nordsee 1988 mit 167 Toten oder dem Pipelineleck und dem Feuer in Asha-ufa (Sibirien) 1989 mit 600 Toten, so darf man 1986 nicht unbedingt zu den schwärzesten Jahren in der Geschichte der Energiegewinnung zählen. In der gesamten Zeit der friedlichen Atomenergienutzung sind durch Unfälle weltweit bislang weniger Menschen gestorben als jede Woche in Deutschland allein im Straßenverkehr.

Es dürfte schwer sein, eine komplizierte neue Technologie zu finden, die in den ersten vierzig Jahren ihrer Nutzung, eingesetzt in 32 Ländern der Erde, so wenig unerwünschte Nebenwirkungen mit sich gebracht hat wie die Kernenergie.

SCHRECKENSMELDUNGEN UND UNGLÜCKSVISIONEN

Leider interessieren sich viele Menschen nicht sonderlich für die Fakten, weil sie zu sehr von Schreckensmeldungen und Unglücksvisionen beeindruckt sind. Viele hegen Zweifel, ob man diesen entwarnenden Zahlen trauen dürfe. Wird da nicht doch einiges verheimlicht? Viele mutmaßen auch, daß das, was an Katastrophen bisher nicht eingetreten ist, ja noch kommen und dann ungeahnte Ausmaße annehmen könne. Für die weite Verbreitung beider Bedenken gibt es Gründe.

Verheimlichte "Verseuchungen" lassen sich bei der Atomkraft besonders gut vermuten, da man die Strahlung ja weder riecht noch sieht und sie gerade deshalb eine so heimtückische Gefahr darstellt. Das ist richtig. Andererseits reicht es nicht aus, um wirklich heimliche Katastrophen anzunehmen. Denn unbemerkt können sie nicht bleiben, da Strahlung ja, so unsichtbar sie auch ist, durchaus ständig gemessen und überwacht wird. Man muß also zusätzlich eine regierungsseltige Verschwörung von globalem Ausmaß annehmen, die uns solche Informationen bewußt vorenthält. Dies jedoch entbehrt jeder Plausibilität.

Die noch zu erwartenden Katastrophen ungeahnten Ausmaßes erscheinen auf den ersten Blick nicht unwahrscheinlich - schließlich hat man gesehen, was Atombomben anrichten können. Andererseits weiß man auch, daß Atombomben dafür gebaut sind, größtmögliche Zerstörungen anzurichten, während Atomkraftwerke dafür konstruiert sind, jedes mögliche Risiko zu minimieren. Da gibt es schon Unterschiede. Die begonnene Kernschmelze im Reaktor Three Mile Island bei Harrisburg hat gezeigt, daß ein sicherheitstechnisch mittelmäßiges Kraftwerk zwar bei einem Unfall komplett zerstört werden kann (womit eine Milliarde Dollar vernichtet wurden), jedoch bereits vor zwanzig Jahren einen GAU ohne Gefährdung der Bevölkerung überstehen konnte. Neue Reaktortypen sind weit sicherer und setzen zunehmend auf Mechanismen, die eine Kernschmelze naturgesetzlich unmöglich machen.

ATOMMÜLL: EINE HYPOTHEK FÜR DIE ZUKUNFT?

Bleibt die Frage der Entsorgung. Die wird gemeinhin als vielleicht das größte Problem gewertet; man trifft jedoch nur selten jemanden, der sagen kann, was daran problematisch sei. Unter Atom Müll verstehen wir

strahlende Materialien aus Atomkraftwerken. Der größte Teil davon ist schwach radioaktiv und wird einfach vergraben. Viele Gedanken macht man sich um die Endlagerung hochradioaktiver Stoffe, die nur in geringen Mengen anfallen, jedoch noch über Tausende von Jahren strahlen und deshalb nicht in Kontakt mit Lebewesen kommen sollten, die sie schädigen können. Das ist technisch gesehen eine durchaus zu bewältigende Aufgabe.

Stand der Überlegungen heute ist, sie zu verglasen und dann in Gesteinen oder Salzstöcken zu lagern, in denen sich schon seit mehreren Hundert Millionen Jahren nichts gereg hat. Das ist eine Methode, die weit sicherer ist, als das Gefährdungspotential es erfordern würde. Abgesehen von der Tatsache, daß man etwa Plutonium lieber weiter zur Energiegewinnung nutzen sollte, statt diese kostbare Substanz zu vergraben, spricht nichts gegen diese Form der Endlagerung.

DAS WISSEN DER ZEIT NUTZEN

Die wichtigste Ressource für die Entwicklung der Menschheit ist die menschliche Intelligenz. Das zunehmende Wissen über die Natur ermöglicht es uns, diese zu nutzen und unser Leben zu verbessern. Es war seit Beginn der Wissenschaften immer selbstverständlich, daß die Menschen darauf brannten, neue Erkenntnisse zu nutzen, um die eigenen Möglichkeiten und die folgender Generationen zu erweitern. Die Fortschritte in der Kernphysik gehören zu den großen Errungenschaften des 20sten Jahrhunderts. Die kleine Einsteinsche Formel $e=mc^2$ verweist darauf, daß Materie in Energie umgewandelt werden kann. (Das ist beim Verbrennen von Holz oder Kohle keineswegs der Fall, es sieht nur so aus, weil feste Stoffe weitgehend in gasförmige umgewandelt werden, wobei jedoch kein Masseverlust zu verzeichnen ist.) Dies passiert, wenn große Atome (etwa Uran) zu kleineren gespalten oder kleine (z. B. Wasserstoff) zu größeren verschmolzen werden. Dabei geht tatsächlich Materie verloren, und große Mengen an Energie werden frei. Aus dieser Kenntnis eröffnen sich phantastische Möglichkeiten - aber kaum mehr einer findet sich, der sie nutzen möchte.

Die "Wollen-wir-nicht! Brauchen-wir-nicht!"-Haltung gegenüber der Kernenergie am Ende des zweiten Jahrtausends werte ich nicht als Ausdruck tatsächlicher Bedenken, als Ausdruck (wenigstens für sich selbst) begründeter Angst, schon gar nicht als verantwortliche Entscheidung auf Basis einer aufgeklärten gesellschaftlichen Debatte. Ich werte sie in erster Linie als Ausdruck der Perspektivlosigkeit, als Ausdruck einer tiefgreifenden Begeisterungslosigkeit und Zukunftsferne.

Thilo Spahl ist NOVO-Redakteur des Ressorts Wissenschaft und Technik.
Kontakt: novo@gmx.de

WEBTIPS

Basiswissen zum Thema Kernenergie
<http://www.dkrz.de/schule/energie/enk-0.html>

Informationskreis Kernenergie
<http://www.kernenergie.de>

Multimedia Kernphysik
<http://won.mayn.de/wue/bildung/mna-physik/kern.html>

The Uranium Institute
<http://www.uilondon.org/index.htm>

Uranium Information Centre
<http://www.uic.com.au>

The Virtual Nuclear Tourist
<http://www.cannon.net/~gonveau/nuclear/index.htm>

General Atomic
<http://www.ga.com/index.html>

International Atomic Energy Agency
<http://www.iaea.org/worldatom>

Accelerator Driven Systems
<http://clo.neutron.kth.se/ansmulation/introduction>

Radiation Effects Research Foundation
<http://www.ref.or.jp/elgo/experp/ref/home.htm>

Radiation, Science, and Health
<http://cms.wpi.edu/RS&H/index.html>

Chernobyl ten years on radiological and health impact

archiv

Heft 73/74
 Übersicht

Jobart

ZUR SACHE:
 Vor der Wahl ist nach der
 Wahl
 Von Thomas Deichmann

STICHWORT:
 Brüsseler Kulturrevolution am
 Bosphorus
 Von Sabine Reul

Julian Narmé:
 Die Türkei will beitreten –
 aber wem?
 [Heft S.11]

Matthias Heltmann:
 Bush? I don't Kerry!

POLITIK UND
 GESELLSCHAFT

Frank Furedi:
 Die schrecklichen schönen
 68er-Jahre

Sabine Beppler-Spahl:
 Gemeldeten Prüfungsdaten
 ist kein Bildungsstandard

Andreas Lichte:
 Vom zweifelhafte Erfolg
 der Waldorfpädagogik

Josef H. Reichhof:
 Adios Amigos?

Wolfgang Müller-El Abd:
 Die Lähmung der Politik

Niels Höpfer:
 Die Mutter muss ins
 Alzheimer

EINSPRUCH:
 Carl Schmitt und die
 Republik der Angsthasen
 Von Gunnar Sohn
 [Heft S.33]

WISSENSCHAFT
 UND ÖKOLOGIE

Rob Lyons:
 Epidemische Epidemiologie

Hans-Joachim Maes:
 Kein Medikament ohne
 Nebenwirkungen
 [Heft S.36]

Ludwig Lindner:
 Die Wiederkehr der
 Kernenergie

Thilo Spehl:
 Die beste Welt der
 gesunden Ernährung

Tamas Nagy:
 Volkwirtschaft:
 Unvermeidliche
 Wiederbetäubungsversuche

WORTGESCHICHTEN:
 Nachhaltigkeit
 Von Bernd Herrmann
 [Heft S.47]

WIRTSCHAFT

Joe Kaplinsky:
 Die Ökrisenmacher

James Woudhuysen:
 SCHÖNE NEUE WELT:
 Markenfetisch und die
 Kultur des Spiels

RECHT UND
 DEMOKRATIE

Emile LeFant:
 Wenn der Fisch am Kopf
 stinkt, wird bald die
 Schwanzflosse faulen...

Geminal Chikov:
 Das
 Kriegsverbrechertribunal –
 a joint criminal enterprise

KRIEG UND
 TERRORISMUS

James Heartfield:

WISSENSCHAFT UND ÖKOLOGIE

INFOS

ZUM ANBIET

NOVO → →
 abonnieren

Die Wiederkehr der
 Kernenergie

Die Kernenergie ist die sicherste und effektivste Form der
 Energiegewinnung und vor allem dann empfehlenswert, wenn man
 natürliche Ressourcen schonen will. Von Ludwig Lindner

Es entspricht der menschlichen Natur, dass man Dinge
 besser versteht, die man sehen oder anfassen kann.
 Deshalb sind radioaktive Strahlen, die außerhalb des
 sichtbaren Bereiches liegen, für viele Menschen schwer
 „begreifbar“. Dennoch ist Radioaktivität eine ganz
 natürliche Erscheinung in unserem alltäglichen Leben.
 Jeder Mensch ist selbst radioaktiv. In unserem Körper
 zerfallen jede Sekunde etwa 9000 Atome der Elemente
 Kalium 40 und Kohlenstoff 14 und setzen dabei
 Strahlung frei. Das Leben ist nur durch Radioaktivität
 möglich, denn die Wärme auf der Erde wird zu etwa 70
 Prozent vom radioaktiven Zerfall des Urans im Erdreich
 geliefert, etwa 30 Prozent entstammen dem flüssigen
 Magma im Erdinneren. Die natürliche Radioaktivität, mit
 der alle Lebewesen zu leben gelernt haben, setzt sich
 hauptsächlich aus der Strahlung des Edelgases Radon,
 das aus dem natürlichen Zerfall von Uran gebildet wird,
 sowie aus kosmischer und terrestrischer Strahlung
 zusammen. Die Strahlenbelastung liegt in Deutschland
 bei etwa 2,4 mSv/Jahr, an einigen Stellen im
 Bayerischen Wald bei 3,5 mSv/Jahr, an manchen Orten
 der Welt ist sie noch deutlich höher, etwa im Indischen
 Kerala, wo bis zu 20 mSv/Jahr erreicht werden. Hinzu
 kommen lebensstilbedingte Expositionen, vor allem
 durch das Rauchen, das bei 20 Zigaretten täglich die
 Lunge mit 8 mSv/Jahr belastet.

Während sich kaum jemand Gedanken macht, ob man –
 vielleicht durch geeignete Wohnortwahl – die natürliche
 Radioaktivität meiden sollte, sind die meisten Menschen
 durchaus ob der Gefahren künstlich erzeugter
 Radioaktivität besorgt, die in Kernkraftwerken entsteht.
 Wir fragen uns: Wie sicher sind Kernkraftwerke? Ist eine
 Katastrophe wie in Tschernobyl auch in Deutschland
 möglich? Sind die Castortransporte sicher und bleiben
 die Behälter dicht? Wie ist es mit der Endlagerung für
 viele Tausend Jahre?

Diese Fragen sind vor allem auch deshalb berechtigt,
 weil international der Einsatz der Kernenergie zunimmt
 und sich dieser Trend mittelfristig mit sinkender
 Verfügbarkeit und steigenden Preisen bei fossilen
 Energieträgern noch verstärken wird. Ende 2003 waren
 439 Kernkraftwerke weltweit in Betrieb, die meisten
 schon seit Jahrzehnten, 29 sind derzeit im Bau, 32 in
 Planung und 72 in Vorschlagsreife. Die modernen
 Kernkraftwerke erreichen heute mehr als 90 Prozent
 Jahresverfügbarkeit. Unter den weltweit zehn
 Kernkraftwerken mit der höchsten Jahres-
 Stromproduktion sind seit vielen Jahren mehr als fünf
 deutsche Anlagen. Diese gute Verfügbarkeit und
 Sicherheit und auch die Wirtschaftlichkeit haben zu
 einer Renaissance der Kernenergie geführt: In den USA
 haben bereits 25 Kernkraftwerke die Verlängerung der
 Betriebslizenz von 40 auf 60 Jahre erhalten. Finnland
 und Frankreich bauen ein neues fortschrittliches
 Kernkraftwerk (EPR European Pressurized Water
 Reactor), in vielen Ländern Asiens werden neue
 Kernkraftwerke gebaut. Die Schweiz hat sich in einer
 Volksabstimmung für den Weiterbetrieb ihrer
 Kernkraftwerke entschieden, und in Ländern wie
 Schweden wird der geplante „Atomausstieg“ immer
 weiter verschoben. Auch in Deutschland zeigen
 Meinungsumfragen mittlerweile wieder eine Mehrheit für
 Kernenergie in der Bevölkerung.

Stand der Technik heute

Für die Sicherheitsdiskussion gibt es zwei Bezugspunkte:
 Harrisburg und Tschernobyl. Die beiden
 Reaktorkatastrophen sind Beleg dafür, dass natürlich
 auch in Kernkraftwerken einiges schief gehen kann.
 In Harrisburg trat im Kernkraftwerk Three Mile Island im
 Jahr 1979 eine Kernschmelze ein, die jedoch im
 geschlossenen Reaktorgebäude verblieb. Obwohl ein
 kleiner Teil der Radioaktivität freigesetzt wurde
 (Edelgase), gab es keine Toten, Verletzten oder direkt
 erkennbare Gesundheitsschäden, wie mehr als ein
 Dutzend Studien zwischen 1981 und 1991 gezeigt
 haben. Das System hat also schon vor 25 Jahren einen

Inside
 NOVO 73/74



Die Wiederkehr
 der Kernenergie
 von Ludwig Lindner

Anki-imperialistische
Zombies im Kampf gegen
das Empire

Brendan O'Neill:
Bestat: Was wirklich
geschah

PHILOSOPHIE UND THEORIE

Hanko Uphoff:
Foucault und die Rückkehr
des Subjekts

Angelika Willig:
Die Superschlaunen
[Heft 5.69]

Philip Hammond:
Die Postmoderne und der
Krieg

MEDIZIN UND KULTUR

Tessa Mayes:
Die Prinzessin des Privaten

Susanne Ahrens:
Ankunft auf einer
kubanischen Insel
[Heft 5.76]

Matthias Heitmann:
„Ethisch klingend“ oder Guts
Mienen zum schlechten
Spiel

Stefan Chatrath:
Quo vadis, deutscher
Fußball?
[Heft 5.80]

RUBRIKEN

DAFÜR STENT NOVO
[Heft 5.8]

IMPRESSUM
[Heft 5.6]

BRIEFE
[Heft 5.6]

FRÖHE BOTSCHAFT
von Dirk Maxeiner und
Michael Miersch
[Heft 5.15]

BRIEF AUS BERLIN
von Klaus Bittermann:
Das Vermittlungsproblem der
SPD
[Heft 5.82]

GAU (größter anzunehmender Unfall) verkraftet und die technische Weiterentwicklung hat inzwischen viele erhebliche Verbesserungen gebracht.

Anders in Tschernobyl im Jahr 1986. Dieser sowjetische Reaktortyp wurde zur militärischen Plutonium-Produktion entwickelt und dann auch zur Stromproduktion genutzt. Im Reaktor 4 hatte die Betriebsmannschaft einen nicht zulässigen Versuch im Grenzbereich gefahren und dabei wesentliche Sicherheitsvorrichtungen außer Betrieb genommen. Die Betriebsmannschaft war unzureichend informiert und ausgebildet.

Außerdem war dieser Reaktortyp konstruktiv und sicherheitstechnisch schlechter ausgestattet als die westlichen Kernkraftwerke. Es kam zur Zerstörung der Brennelemente, zum Graphitbrand und zum Austritt von 4 Prozent des Kernbrennstoffes in die Umwelt mit den bekannten Folgen. Nach Angaben der UNO starben 31 Menschen, die hohen Strahlendosen ausgesetzt waren. Zudem kam es bis zum Jahr 2003 zu rund 2000 zusätzlichen Fällen von Schilddrüsenkrebs in der Ukraine, in Russland sowie in Weißrussland, vor allem bei Kindern, die glücklicherweise zum größten Teil geheilt werden konnten. Direkte Ursache war die Belastung durch leicht flüchtiges radioaktives Jod, das sich in der Schilddrüse anreichert. Dies hätte durch die Gabe von Jodtabletten verhindert werden können, denn wenn die Schilddrüse mit Jod abgesättigt ist, nimmt sie das radioaktive Jod nicht mehr auf. Doch Jodtabletten wurden nur in Polen verteilt, wo daher kaum zusätzliche Schilddrüsenerkrankungen auftraten.

Die heute betriebenen und die zurzeit im Bau befindlichen Kernkraftwerke westlicher Technologie sind selbstverständlich in ihrer Sicherheitstechnik viel besser ausgerüstet als der Tschernobylreaktor. Für den Betrieb der Kernkraftwerke sind zur Vermeidung der Freisetzung von Spaltprodukten oder noch größerer Störungen wie zum Beispiel eines GAUs eine Reihe von Sicherheitseinrichtungen erforderlich. Die Reaktoren vom Typ EPR, die in Finnland im Jahre 2009 und in Frankreich 2011 in Betrieb gehen sollen, verfügen sogar über noch weiter gehende Sicherheitseinrichtungen, wie etwa über die Auslegung gegen Kernschmelze durch Sammeln und Kühlen derselben in einer speziell ausgeführten Reaktorgarbe aus keramischem Material mit separater Notkühlung.

Neben den überwiegend genutzten Druck- und Siedewasserreaktoren sind unter den Ende 2003 weltweit betriebenen 439 Kernkraftwerken noch einige andere Reaktortypen in Betrieb, etwa Natururan-Schwerwasserreaktoren, Helium-Gasgekühlte Reaktoren und im ehemaligen Ostblock auch noch einige Reaktoren vom Tschernobyltyp, die allerdings heute mit Unterstützung der westlichen Länder auf einen erheblich verbesserten Sicherheitsstandard gebracht wurden. Der so genannte „Schnelle Brüter“, bei dem mehr Kernbrennstoff erzeugt (erbrütet) als verbraucht wird, wurde im nordrhein-westfälischen Kalkar zu 90 Prozent fertiggestellt, nach jahrelangem politischem Streit und ständig neuen technischen Nachforderungen der Behörden aber schließlich von der Industrie aufgegeben. Anlagen vom Typ Schneller Brüter arbeiten zurzeit noch in Russland und Japan. Die Technologie dürfte dann wieder interessant werden, wenn das Natururan teurer wird.

Schließlich gibt es noch den Thorium-Hochtemperatur-Reaktor (THTR), auch als Kugelhaufen- oder Schultenreaktor bekannt, der Thorium als Kernbrennstoff verwendet. Ein solcher High-Tech-Hochtemperaturreaktor (300 MW) – eine deutsche Entwicklung – wurde in Hamm Uentrop nach rund 16.000 Betriebsstunden 1988 stillgelegt, weil die weitere staatliche Förderung vom damaligen Ministerpräsidenten Rau verwehrt wurde. Dieser Reaktortyp wird derzeit mit deutscher Hilfe in Südafrika sowie in China weiterentwickelt. Er besitzt aufgrund seiner Bauweise besonders vorteilhafte Sicherheitsmerkmale. Er ist inhärent sicher, so dass auch bei Totalausfall aller Systeme keine Kernschmelze mit Entweichen von Radioaktivität auftreten kann.

In den USA wurde unter der Federführung des Energieministeriums damit begonnen, speziell für den dezentralen Einsatz in der Dritten Welt kleine transportable und wartungsfreie, versiegelte Kernreaktoren zu entwickeln. Die SSTAR genannten Minikraftwerke („small, sealed, transportable, autonomous reactor“) funktionieren nach dem Prinzip des Schnellen Brüters. Sie werden betriebsbereit per Schiff und LKW geliefert, produzieren Strom, ohne dass irgendwelche Eingriffe erforderlich sind, und werden schließlich nach 30 Jahren Betriebszeit wieder abgeholt. Per Satellit wird überwacht, dass die Versiegelung nicht geöffnet wird. Bis 2015 soll der erste Prototyp fertiggestellt sein.

Während des Betriebes geht keine Gefährdung von Kernkraftwerken aus. Durch die massiven Beton- und Stahlabschirmungen ist die Strahlung in der Nähe der Kernkraftwerke gegenüber der natürlichen Radioaktivität nicht erhöht. Die Abgabe von radioaktiven Stoffen mit dem Wasser beziehungsweise mit der Abluft wird von den Betreibern ständig überwacht und von den

Behörden kontrolliert, zum Teil durch Fernüberwachungen. Die Radioaktivität in Abwasser und Abluft liegt deutlich unter den von den Behörden genehmigten sehr niedrigen Werten. Für Störungsfälle sind umfangreiche Sicherheitsmaßnahmen und Abschaltverriegelungen vorhanden. Diese sind insgesamt deutlich besser als bei anderen Industrieanlagen. Aufgrund der Flugzeugangriffe auf das World Trade Center am 11. September 2001 forderten Kernkraftgegner wiederholt die sofortige Abschaltung von Kernkraftwerken. Damit wäre das Problem Terrorgefährdung jedoch nicht gelöst. Es gibt in Deutschland 7800 Anlagen, die bei Angriffen von Terroristen zu einer Gefahr für die Umwelt und die Bevölkerung werden könnten. Diese Anlagen unterliegen deshalb der Störfallverordnung. Sie alle zu schützen ist nicht möglich. Wenn man auf diese Weise Prävention betreiben wollte, müssten Fußballspiele am Wochenende verboten, Flugplätze und das Frankfurter Waldstadion (nahe dem Frankfurter Flughafen) geschlossen, Raffinerien und Chemieanlagen geschlossen, Staus auf den Autobahnen „verboten“ werden usw.

Wohin mit dem Atommüll?

Ein Problem der Kernenergie besteht zweifellos darin, dass Stoffe zurückbleiben, die zum Teil noch für sehr lange Zeit radioaktiv strahlen und daher sicher verwahrt werden müssen. Eine Alternative wäre die Zerstörung der langlebigen hochradioaktiven Stoffe durch so genannte Transmutation, was heute zwar im Labormaßstab technisch möglich ist, aber sehr hohe Kosten verursachen würde. Dies mag sich in Zukunft ändern. Im Moment werden die abgebrannten Brennstäbe zunächst in Castorbehälter verpackt. Deren Transportsicherheit wurde in umfangreichen Tests geprüft. Sie überstehen den Abwurf aus einem Hubschrauber, den Zusammenstoß mit einer Eisenbahn, eine Fahrt gegen eine Wand und 30 Minuten Feuer bei mehr als 800 Grad. Die Außenstrahlung während des Transports ist minimal, die zusätzliche Strahlenbelastung für die Polizisten vernachlässigbar. Das Begleitpersonal hat bereits 1997 Dosimeter zum Nachweis der Strahlenbelastung getragen, die erhaltenen Strahlendosen lagen unterhalb der Nachweisgrenze.

Für die Endlagerung der radioaktiven Abfälle gibt es zwei Möglichkeiten: Eine ist die chemische Aufarbeitung der Brennelemente in einer Wiederaufbereitungsanlage, wie zum Beispiel im französischen La Hague oder im britischen Sellafield. Dabei wird der verbrauchte Kernbrennstoff aufgearbeitet, die Spaltprodukte vom Uran und Plutonium abgetrennt. Das Plutonium kann mit neuem Uran zu so genanntem MOX-Kernbrennstoff (Uran-Plutonium-Misch-Oxid) verarbeitet und wieder in Kernreaktoren zur Stromerzeugung genutzt werden. Die Spaltprodukte werden in Glas eingeschmolzen und sind in speziellen Behältern direkt für die Endlagerung geeignet. Die Vorteile dieser Verfahrensweise liegen auf der Hand: Spaltprodukte in unlöslichem Glas, kleines Volumen und Nutzung des Plutoniums im MOX-Kernbrennstoff. Dieser vernünftigste Weg für die abgebrannten Brennelemente ist laut „Atomkonsens“ allerdings nur noch bis 2005 zulässig.

In Deutschland steht derzeit keine entsprechende Anlage zur Verfügung. Das Projekt der vorgesehenen Wiederaufbereitungsanlage im bayerischen Wackersdorf wurde nach massiven, teilweise gewaltvollen Protesten fallen gelassen. Hinzu kam, dass es sich auch für die Energiewirtschaft als ökonomischer erwies, statt der teuren Wiederaufarbeitung die Brennelemente der direkten Endlagerung zuzuführen, auf die Wiederverwendung des erzeugten Plutoniums zu verzichten und stattdessen preiswertes Uran zu verwenden. Ähnlich erging es der MOX-Anlage in Hanau, die zur Wiederverwendung des Plutoniums in Kernreaktoren und damit zur Entsorgung geplant war. Aufgrund immer neuer Auflagen durch den damaligen hessischen Umweltminister Joschka Fischer gab schließlich der Betreiber auf und verzichtete auf die Inbetriebnahme. Die voll funktionsfähige Anlage wurde zerlegt und in Kisten verpackt, um vielleicht irgendwann doch noch nach China verkauft zu werden.

Die zweite, ab 2005 einzig zulässige Möglichkeit ist die direkte Endlagerung der abgebrannten Brennelemente. Die Brennelemente in den Castorbehältern werden dabei in standortnahen Zwischenlagern etliche Jahre zum weiteren Abklingen der Radioaktivität gelagert. Als Endlager für den radioaktiven Abfall unter der Erde sind Salz, Granit und Ton vorgesehen. Mit Gorleben hat Deutschland im Salzstock einen sehr gut geeigneten Endlagerstandort. Das ist zumindest die Meinung aller namhaften Experten. Die Salzstöcke in Deutschland sind mehr als 100 Millionen Jahre alt und seitdem unversehrt. Fest verschlossener radioaktiver Abfall würde dort auch Millionen Jahre wie ein „toter Hund liegen“, so die Geologen vor Ort.

Im Jahre 1999 hat jedoch Bundesumweltminister Trittin einen Erkundungsstopp (Memorandum) für Gorleben verfügt und einen Arbeitskreis AkEnd gegründet, der deutschlandweit nach Alternativstandorten suchen soll. Damit kann nun wieder offiziell behauptet werden, das Endlagerproblem sei ungelöst, was gemeinhin als eines

der Hauptargumente gegen die Nutzung der Kernenergie vorgebracht wird.
Mit diesem Erkundungsstopp und der Suche nach neuen Endlagern verhindert Tritin einen vernünftigen Abschluss der Arbeiten und verursacht Kosten in Milliardenhöhe für die Volkswirtschaft. Bisher wurden für Gorleben und den bereits genehmigten Standort für schwachen bis mittelaktiven Abfall Konrad insgesamt 2,2 Mrd. Euro ausgegeben.

Vernünftige Zukunftsszenarien

Für eine Volkswirtschaft sollten zwei Prämissen bei der Energieerzeugung gelten: Es dürfen keine ideologischen Argumente gegen oder für bestimmte Energieformen zum Tragen kommen, und die Energiegewinnungsverfahren müssen zur jeweiligen Zeit nach wirtschaftlichen Gesichtspunkten unter Einbeziehung langfristiger Perspektiven ausgewählt werden. Beide Prämissen sind in Deutschland heute nicht erfüllt. Der Ausstieg wurde aus rein ideologischen und politischen Gründen beschlossen und mutet vom Ausland betrachtet als sehr seltsam und unverständlich an, wenn man bedenkt, dass die weltweit besten Kernkraftwerke in Deutschland betrieben werden. Ebenso fragwürdig erscheint die massive Subventionierung der als alternativ bezeichneten Energieversorgungsformen. Diese Alimentierung kostete die Volkswirtschaft allein 2003 rund 2,6 Mrd. Euro und soll mit steigender Tendenz noch rund 20 Jahre weiter laufen. Dabei können Windräder Kohle und Kernenergie nicht ersetzen, weil immer Reservekraftwerke (so genannte Schattenkraftwerke) bereitstehen müssen für Zeiten, in denen der Wind nicht genug oder zu heftig weht. Bei hohem Windangebot müssen die Schattenkraftwerke auf der Basis von Kohle mit Teillast und damit schlechterem Wirkungsgrad betrieben werden, was höhere CO₂-Emissionen pro kWh bedeutet. Es sind inzwischen 15.000 Windkraftanlagen in Deutschland installiert. Die Technik ist ausreichend erprobt. Die weitere Subventionierung ist deshalb falsch. Das gleiche gilt heute für die Solarzellen zur Stromerzeugung. Beide Stromerzeugungsverfahren haben ihre Berechtigung in Sonderfällen, wenn keine Infrastruktur für Strom vorhanden ist. Sie haben aber keine Berechtigung in Deutschland mit einer ausgesprochen guten Infrastruktur. Die Windkraftanlagen im Binnenland sind ökonomisch unsinnig. Auch die Stromerzeugung mit Off-Shore-Windkraftanlagen wird wegen der hohen Investitionskosten noch lange unwirtschaftlich bleiben. Solarzellen zur Stromerzeugung werden auch auf lange Sicht nicht nur in Deutschland ein Nischendasein fristen, weil sie zu teuer und nicht effektiv genug sind. Auf die Biomasse (Holz, landwirtschaftliche Abfälle, gezielter Anbau von Energiepflanzen) werden von Rot-Grün große Hoffnungen gesetzt. Doch auch diese Verfahren funktionieren nur mit massiver Subvention. Auch die scheinbare „CO₂-Neutralität“ bei den nachwachsenden Rohstoffen ist zweifelhaft. Die Pflanzen wachsen nur im Sommer. Und bei Holz brauchen die Bäume 80 Jahre, um das bei der Verfeuerung entstandene CO₂ wieder zu binden.

Im laufenden Jahrhundert sollten wir in Deutschland die Braunkohle als ökonomischen und heimischen Brennstoff nutzen, die deutsche Steinkohle „auf Sparflamme“ weiter nutzen (damit die weltweit führende Bergbautechnologie ein Übungsfeld hat), Importsteinkohle verwenden, die Laufzeit der bestehenden Kernkraftwerke wie in den USA auf 60 Jahre verlängern und dann neue Kernkraftwerke bauen. Beim Bau von Erdgaskraftwerken zur Stromerzeugung sollte wegen der starken Abhängigkeit der Stromerzeugungskosten vom unberechenbaren Erdgaspreis Zurückhaltung geübt werden. Die Kraft-Wärme-Kopplung, die schon seit den 30er-Jahren des 20. Jahrhunderts in der Chemieindustrie in großem Stil eingesetzt wird, wird mit Erdgas als Rohstoff dort eine verstärkte Anwendung finden, wo Wärme oder Kälte das ganze Jahr benötigt wird. Die Wasserkraft ist in Deutschland ausgereizt, weltweit gibt es aber noch beträchtliche Potenziale.

Sinnvolle Nutzung aller Energiequellen

Von heute ca. sechs Mrd. wird die Menschheit bis 2030 auf ca. zehn Mrd. Menschen anwachsen. Alle diese Menschen brauchen Energie und wollen einen Lebensstandard haben wie wir in Mitteleuropa. Deshalb betont die Weltenergiekonferenz (World Energy Conference) immer wieder, dass wir zukünftig alle möglichen Energieformen nutzen müssen. Folglich ist es auch richtig, alle denkbaren Energieerzeugungsarten zu untersuchen, insbesondere weil die fossilen Energien (Erdöl, Erdgas, Kohle) endlich sind und als Rohstoffe für die chemische Industrie nachfolgender Generationen geschont werden sollten.

Hierzu kann besonders die Kernenergie beitragen, denn für Uran gibt es bisher als wesentliche Nutzung nur die Energieerzeugung. Und Kernenergie ist neben Wasserkraft die einzige sinnvolle und wirtschaftliche Energie, bei der CO₂-Emissionen vermieden werden.

Dr. Ludwig Lindner ist pensionierter Chemiker. Er lebt in Mari und war früher in Chemie- und Energieunternehmen tätig. Durch seine Mitarbeit an Internetportalen und die Herausgabe eines E-Mail-Newsletters beteiligt er sich heute an der öffentlichen Diskussion um energiepolitische Fragen. In *Novo69* schlug er in seinem Artikel „Windkraft – nur fauler Zauber?“ vor, das Gesetz zu den „Erneuerbaren Energien“ zu streichen. Kontakt mit dem Autor: Ludwig_Lindner@t-online.de.

© Copyright 1999-2009 Novo Argumente Verlag GmbH

Wir spüren in den Nischen des globalen intellektuellen Diskurses Ideen und Konzepte auf, die Wege aus der aktuellen geistigen und politischen Stagnation weisen können... >> Dafür steht NOVO

„Die Menschheit hat kein Recht auf einen konstanten Meeresspiegel.“

Der niederländische Geologe und Bestsellerautor Salomon Kroonenberg rät zu mehr

Gelassenheit in der Klimadiskussion. Kommt schon in 10.000 Jahren die nächste Eiszeit?

Thomas Deichmann: Herr Kroonenberg, Sie haben es mit Der lange Zyklus in Holland in die Bestsellerlisten geschafft. Obwohl oder weil Sie dem gängigen Bild einer bevorstehenden Klimakatastrophe widersprechen?

Salomon Kroonenberg: Als Geologieprofessor bin ich es gewöhnt, lange Zeitabschnitte der Erdgeschichte zu überblicken. Sedimente und metamorphe Gesteine bilden sich über Jahrtausende. Wenn man sie erforscht, lernt man, wie sich die Erde immerzu neu verwandelt. Diese Perspektive ist bei der aktuellen Klimadiskussion verloren gegangen. Die Erde ist viereinhalb Milliarden Jahre alt, und sie hat allerhand durchgemacht. Doch wir betrachten sie wie durch ein winziges Schlüsselloch als statisch und haben Angst davor, dass sie sich verändern könnte. Mit meinem Buch wollte ich den Horizont erweitern. Das wird offenbar von vielen Lesern geschätzt.

Verstehen Sie Ihr Werk als Plädoyer für mehr Gelassenheit in der Klimadiskussion?

Im Grunde stellt sich diese Gelassenheit schon fast automatisch ein, wenn man einige erdgeschichtliche Fakten kennt. Beim Klima der Erde sind große Trendwenden die Regel, nicht die Ausnahme. Es gibt einen ständigen Wechsel von Warm- zu Kaltzeiten. Die Erde erlebte vor etwa 120.000 Jahren – übrigens ohne die menschliche Nutzung fossiler Brennstoffe – ihre letzte Warmzeit. Der Meeresspiegel lag damals wegen der abgeschmolzenen Eiskappen um sechs Meter höher als heute. Vor nur 20.000 Jahren herrschte indes die letzte Eiszeit. Der Meeresspiegel war 120 Meter niedriger, die Nordsee trockene Steppe. Vor diesem Hintergrund stellt sich die Frage, ob der aktuelle Klimawandel so schlimm ist, wie er gemeinhin dargestellt wird. Man könnte erwidern, die Katastrophen, vor denen wir uns heute ängstigen, haben in der Vergangenheit schon einmal stattgefunden. Das Schlimmste ist längst vorbei. Also sollten wir auch weniger Furcht haben und mehr über ingenieurtechnische Lösungen nachdenken, um uns den Veränderungen anzupassen.

Aber was ist mit der Natur, die diese Anpassungsleistung nicht wird vollbringen können?

Aus erdgeschichtlicher Perspektive erkennt man, dass die Natur viel dynamischer ist, als wir es uns heute mit unserem Schlüssellochblick vorstellen können. Viele Pflanzen- und Tierarten, wie wir sie heute in Europa kennen, hatten es sich während der letzten Eiszeit im heutigen Spanien gemütlich eingerichtet. Sie kamen erst mit dem Abklingen der Frostperiode langsam wieder zurück in unsere Breitengrade. In Amerika breiteten sich nach der Eiszeit Fichten und Eichen mit einer Geschwindigkeit von etwa 150 Kilometern pro Jahrhundert aus – der Meeresspiegel stieg um vier Meter pro Jahrhundert. Im 20. Jahrhundert stieg der Meeresspiegel um nur 17 Zentimeter, und im 21. Jahrhundert, so schätzen Klimaexperten, könnte es maximal ein halber Meter werden. Die Menschheit kann Einfluss auf den Gang der Natur nehmen. Aber sie hat kein Recht auf einen konstanten Meeresspiegel.

Noch bis vor einigen Jahren war es unter Forschern Konsens, dass wir uns auf eine neue Eiszeit zu bewegen. Ist das überholt?

In der Tat diskutierte man in den 70er-Jahren noch intensiv über die Folgen einer neuen Eiszeit. Heute dominiert hingegen die Angst vor einer Klimaerwärmung, obwohl die älteren Erklärungsansätze nach wie vor gültig sind. Natürlich gibt es neue Erkenntnisse in der Klimaforschung. Aber heute bilden bedauerlicherweise zumeist sehr unsichere Klimarechenmodelle den Ausgangspunkt der Diskussionen. Ich gehe dennoch davon aus – und das ist auch die Sicht vieler Kollegen –, dass die Menschheit in ein paar tausend Jahren in der nächsten Eiszeit stecken wird.

Was macht Sie so sicher?

Die Erde hat rund 20 Eiszeiten durchlebt, die, zeitlich gesehen, etwa 90 Prozent der letzten zwei Millionen Jahre Erdgeschichte ausmachen. Nur zehn Prozent dieser irdischen Zeit waren also von Warmzeiten geprägt. Dieser ständige Wechsel von niedrigeren zu höheren Temperaturen

wird maßgeblich durch astronomische Faktoren verursacht – also dem Lauf der Erde um die Sonne. Daraus ergibt sich ein irdischer Klimazyklus, der etwa 100.000 Jahre andauert. Das letzte Klimaoptimum gab es vor etwa 6000 Jahren – den Rest kann man sich ausrechnen. Der nächste Wechsel von der aktuellen Warmzeit zur Eiszeit kommt so sicher wie Tag und Nacht und wie Sommer und Winter. Schon in 10.000 Jahren könnte die Nordsee wieder trocken sein.

Werden diese Zyklen nicht durch den Menschen ausgebebelt, in dem er fossile Brennstoffe verfeuert? Dafür spricht doch die Klimaerwärmung der letzten Zeit.

Das Klima hat sich in den letzten Jahrzehnten verändert – es ist offenbar wärmer geworden. Aber es ist wissenschaftlich ungeklärt, welche Rolle das CO₂ hierbei spielt. Es ist denkbar, dass der CO₂-Ausstoß zum Temperaturanstieg beiträgt. Aber für Wissenschaftler gibt es noch viele offene Fragen. Wie lässt es sich erklären, dass im Zeitraum 1945 bis 1975 der CO₂-Anteil in der Atmosphäre zunahm, während die Durchschnittstemperatur auf der Erde sank? Oder wie passt es, dass seit 1998 keine globale Klimaerwärmung mehr festgestellt wurde? Es gibt Messungen, die zeigen, dass sich bei früheren Temperaturwechseln der atmosphärische CO₂-Anteil erst mit einer zeitlichen Verzögerung von 600 bis 800 Jahren veränderte und damit also nicht Auslöser des Klimawandels gewesen sein kann. Es gibt noch sehr viele Unsicherheiten, und wir sollten kein Geld aus dem Fenster werfen.

Machen Energiesparen und CO₂-Vermeidung keinen Sinn?

Solange unser Verständnis des globalen Klimas so rudimentär ist, sollten wir bescheidener sein beim Propagieren von Handlungsstrategien. Die Erde ist kein einfaches System, das wir nach Belieben steuern können. Die Politik verlangt heute von der Wissenschaft eindeutige Antworten, die diese aber gar nicht liefern kann. Wir brauchen noch mehr Zeit, um zu erforschen, welche Rolle das CO₂ spielt. Darüber hinaus, so meine ich, sollten die Energie- und die Klimapolitik voneinander getrennt werden. Energie einzusparen ist gut, ganz egal, ob wir damit Einfluss auf das Klima der Erde nehmen oder nicht. Entsprechend sollten wir uns immer darum bemühen, effiziente Energiesysteme zu entwickeln. Die aktuelle Politik zur CO₂-Vermeidung hingegen halte ich für bedenklich, weil sie irrtümlicherweise davon ausgeht, die menschliche Nutzung fossiler Brennstoffe sei der alleinige oder zumindest der entscheidende Faktor für den Klimawandel.

Es kann doch aber sinnvoll sein, vorsorglich aktiv zu werden, auch wenn sich die Rolle des Kohlendioxids später als nicht so wichtig herausstellen sollte.

Ich erachte es als Fehler, heute Bäume zu pflanzen, weil man CO₂ binden will, oder es sogar in den Untergrund zu pumpen. Dieses Verfahren ist extrem aufwendig und sehr teuer, zudem gibt es keine Erfolgsgarantie. Stattdessen

sollten wir lieber realistische Szenarien des aktuellen Klimawandels in Ruhe diskutieren und überlegen, wie wir vorausschauend agieren können. Auf diesem Weg käme man vielleicht eher auf die Idee, Deiche gegen steigende Meeresspiegel zu bauen – vor allem in Entwicklungsländern, wo hierfür die Mittel fehlen. Als Wissenschaftler möchte ich es jedenfalls nicht verantworten, den Menschen in Bangladesh zu sagen: „Macht euch keine Sorgen, wir pumpen jetzt CO₂ in die Erde, euch wird schon nichts passieren.“

Immerhin vollzieht sich ein Bewusstseinswandel, dass uns irgendwann die fossilen Brennstoffe ausgehen. Ist die Klimaaufregung nicht deshalb legitim?

Eine solche Herangehensweise wäre unehrlich und undemokratisch, weil vernunftbasierte Entscheidungsfindungen in der Gesellschaft nicht mehr funktionieren. Wer heute die Klimawandelangst instrumentalisiert, um von den fossilen Brennstoffen wegzukommen, der betreibt überdies Missbrauch an den Naturwissenschaften.

Warum hält die Politik dennoch so hartnäckig an der CO₂-Reduktion fest?

Politiker müssen tagtäglich mit wirtschaftlichen Unsicherheiten leben. Ich meine, sie wären gut beraten, zu offenen Fragen wie dem Klimawandel auch wissenschaftliche Unsicherheiten zu akzeptieren. Für die Hartnäckigkeit der Diskussion sind wohl vor allem politische Faktoren verantwortlich. Zu bedenken ist dabei, dass der Klimaschutz institutionalisiert wurde und eine große Bürokratie nun dafür sorgt, dass sie selbst und das Thema CO₂-Reduktion nicht in Vergessenheit geraten. Und spätestens, seit sich die EU dieses Ziel auf die Fahnen geschrieben hat, ist es auch zu einem großen Geschäft geworden. Es locken überall Steuermillionen, um für den Klimaschutz investiert zu werden. ■

Salomon Kroonenberg ist Professor der Geologie am Fachbereich Geotechnologie der Technischen Universität Delft, Niederlande. Sein aktuelles Forschungsinteresse gilt insbesondere den Auswirkungen von Meeresspiegelveränderungen auf sedimentäre Systeme. Die Fragen stellte Novo-Chefredakteur Thomas Deichmann, der zudem Kroonenbergs Buch in *Novo95* kurz vorstellte. Das Interview erschien zuerst am 7.6.08 in der Tageszeitung *Die Welt*.



Lesetipp

Salomon Kroonenberg: *Der lange Zyklus. Die Erde in 10 000 Jahren*. Aus dem Niederländischen von Monica Barendrecht und Thomas Charpey. Primus Verlag Darmstadt 2008, 256 S., EUR 24,90

Aufbruch nach vorn! Debattenforum

Eine Beleidigung für die Menschheit

Dank unserer Erfindungskraft könnten wir uns ohne Weiteres an einen Anstieg der globalen Temperaturen anpassen. Von Dominic Lawson



MAGAZIN KAUFEN ...
MAGAZIN ABONNIEREN ...

(7) Kommentare

Was ist vom Abschlussdokument des UN-Klimagipfels in Kopenhagen zu halten? Es ist kein Abkommen, ja nicht einmal ein Vertrag. Und es ist gewiss keine bindende und überprüfbare Verpflichtung. In den offiziellen Dokumenten ist nur von übereinstimmender „Kenntnisnahme“ die Rede. Und Dinge zur Kenntnis nehmen tut man, wenn nichts wirklich vereinbart worden ist. Das Abschlussdokument wiederholt lediglich das, was viele Politiker „die Wissenschaft“ nennen – und die Behauptung, es wäre eine Tragödie für die Welt, wenn die globalen Temperaturen um mehr als zwei Grad stiegen.

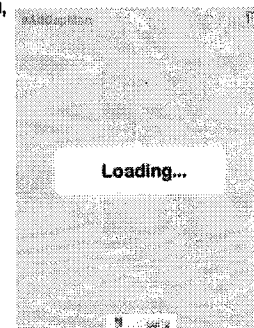
Dazu ist Folgendes zu sagen. Erstens: Einen deutlichen Temperaturanstieg als Katastrophe zu betrachten, ist lediglich eine Meinung. Zweitens: Angesichts der Entwicklung der vergangenen zehn Jahre, in denen die globalen Durchschnittstemperaturen konstant blieben, während die anthropogenen CO₂-Emissionen unaufhaltsam und dramatisch zugenommen haben (wie schon seit der industriellen Revolution), ist offenkundig, dass die eigentliche Erkenntnis der Klimaforschung die ist, dass wir nicht genug über unsere Klimasysteme wissen, um verlässliche Voraussagen treffen zu können.

Das ist keine Kritik an den Wissenschaftlern, denn die Sache ist nun einmal unglaublich komplex. Es gibt derart viele Variablen, die sie noch nicht wirklich verstehen – und die ehrlichsten geben das auch zu. Daher kann auch niemand wissen, welche Maßnahmen den Anstieg der Temperaturen anhalten könnten, denn man weiß nicht, in welchem Umfang die menschlichen CO₂-Emissionen sie tatsächlich in eine bestimmte Richtung treiben. Das ganze Konzept des Klimawandels steht intellektuell auf äußerst schwachen Füßen.

Dass in Kopenhagen keine wirklichen Maßnahmen vereinbart wurden, ist zum Teil Folge dieser Unsicherheit. Die Skepsis gegenüber der vermeintlichen Allwissenheit des sogenannten wissenschaftlichen Konsenses, der ja den ganzen politischen Planungen zugrunde liegt, hat in jüngster Zeit zugenommen. Es ist wie eine Pyramide, die auf dem Kopf steht. Da gibt es diese relativ kleine Gruppe von maximal 30 bis 40 Experten für Klimamodelle. Und auf die stützt sich dieses gewaltige Gebäude der Politik, der CO₂-Märkte und der Klimaschutzmaßnahmen und einer sich anbahnenden umfassenden staatlichen Kontrolle vieler Lebensbereiche. Diese Pyramide ist extrem labil, da sie auf diesem einen sehr kleinen Punkt ruht. Wenn der zu bröckeln beginnt, bricht der ganze politische Überbau zusammen. Ich denke, dass das recht bald geschehen wird.

Das Gerede vom wissenschaftlichen Konsens war ohnehin immer irgendwie seltsam. Es gibt nicht nur eine Minderheit hoch qualifizierter Wissenschaftler, die anderer Auffassung sind, sondern es geht schließlich um Theorie und nicht bloße mathematische Formeln, deren Schlüssigkeit man a priori auf dem Papier beweisen könnte. Die Theorie betrifft die Treibhausgase, zu denen CO₂ zählt, und die Auswirkungen einer rein

Nutzen Sie Twitter? Dann veröffentlichen Sie doch Ihren Kommentar zum Alternativen Kopenhagen-Manifest auch in einem Tweet und verwenden Sie dabei unseren Hashtag #AltCopMan. Besten Dank!



anthropogenen Zunahme dieser Gase auf die Temperaturen.

Die Idee, dass Treibhausgase einen Temperaturanstieg auslösen können, gibt es schon seit dem 19. Jahrhundert. Das Problem ist, dass keiner wirklich weiß, welche Wirkung in dem immens komplizierten Experiment namens Erde ein bestimmtes Niveau anthropogener CO₂-Emissionen auf das hat, was wir globale Temperaturen nennen. Und je näher wir die Sache betrachten, desto unklarer wird sie. Der Klimakonsens hat zwar durchaus eine theoretische Grundlage, aber in der Praxis geht es darum, die Bedeutung des anthropogenen Beitrags zu den Treibhausgasen und seine Auswirkungen auf die Erde, die mit unzähligen anderen unkontrollierbaren Variablen zusammentreffen, zu quantifizieren. Daher erscheint der ganze Versuch, das Klima anhand eines bestimmten Anteils eines einzigen Spurengases zu kontrollieren – nämlich durch Reduktion unserer eigenen CO₂-Emissionen – bestenfalls reichlich vermessen.

Das heißt jedoch nicht, dass jene, die Gegenmaßnahmen fordern, die Möglichkeiten menschlichen Eingreifens überschätzen. Im Gegenteil. Man kann auf zwei Arten mit einer Änderung der globalen Temperatur umgehen. Entweder sagt man: „Wir befürchten, dass die Temperaturen steigen werden. Also müssen wir etwas tun, um das zu verhindern.“ Oder man sagt: „Wir befürchten, dass die Temperaturen steigen werden. Daher müssen wir Möglichkeiten suchen, damit zurechtzukommen.“ Der zweite Ansatz ist sehr viel erfolgversprechender – nicht zuletzt, weil er dem entspricht, was wir über Menschen wissen.

Die Menschen sind eine ungeheuer anpassungsfähige Spezies. Das ist, wenn man so will, auch der Grund für unseren evolutionären Triumph. Darwin wird oft missverstanden. Ich glaube nicht, dass er selbst je vom „Überleben des Stärksten“ sprach. Was er sagte, war, dass die Anpassungsfähigsten überleben und gedeihen. Und der Mensch ist die anpassungsfähigste aller Gattungen. Nehmen wir nur ein ganz einfaches Beispiel: Es gibt Menschen, die in arktischen Regionen leben, die für alle lebenden Säugetiere mit Ausnahme von Eisbären äußerst unwirtlich sind. Trotzdem haben dort Gesellschaften wie die Inuit gut leben können. Und es gibt Regionen wie Singapur, in denen die jährliche Durchschnittstemperatur bei 28 Grad Celsius liegt. Die Menschen sind die einzige Gattung, die in allen Klimazonen, Temperaturen und Zeiten überlebt und gedeiht. Der Grund dafür ist unsere auf Erfindungskraft beruhende Anpassungsfähigkeit.

Die Idee, die Menschheit könne sich an die zurzeit diskutierten Veränderungen nicht anpassen – insbesondere durch technische Innovation –, ist eine Beleidigung für die Menschheit. Die Leute, die archaische Lösungen wie Windmühlen propagieren, sind die gleichen pessimistischen Misanthropen, die auch meinen, Thomas Malthus sei ein großer Prophet gewesen. Sie glauben wirklich, die Menschheit sei eine Pest auf der Erde. Dabei sind wir ihre Krönung.

Aus dem Englischen übersetzt von Sabine Reul.

Dominic Lawson ist Kolumnist der britischen Zeitungen Independent und Sunday Times und ehemaliger Redakteur des Sunday Telegraph. Der vorliegende Text ist auch im Rahmen der Online-Debatte „After Copenhagen. Heating up the debate about the future“ erschienen. Die Debatte wird organisiert vom britischen Novo-Partnermagazin Spiked (spiked-online.com) in Zusammenarbeit mit dem schwedischen Kulturmagazin Voltaire (voltaire.se). Grundlage bildet das ebenfalls in dieser Novo-Ausgabe publizierte *Alternative Copenhagen-Manifest*.

Mehr zum Thema finden Sie im Dossier „Klimawandel“

15.03.2010 | Permanenter Link

Kategorie(n): Klimawandel

Lesen Kommentieren

Könnte es sein, dass diejenigen, die glauben, der Mensch sei eine Pest für die Erde, zu dieser Idee kamen, weil sie zu oft in den Spiegel blickten und deshalb von sich auf andere schließen?

Otto Wildgruber

18.03.2010 19:21

Wenn von der Menschheit mit ihrer Anpassungsfähigkeit gesprochen wird, dann muss das mehr als nur den am höchsten entwickelten Teil der Menschheit einbeziehen. Der Großteil der Menschheit hat als Anpassungsmöglichkeit nämlich nur die Migration. Sonst bleibt nur Zynismus übrig und der Beweis, dass Darwin nur von Tieren gesprochen haben kann. Hätte er vom Menschen gesprochen, dann hätte er vom Überleben des Brutalsten reden müssen.

erich moser

28.03.2010 13:44

@ Otte Wildgruber:

Nein - wohl eher weil sie so einen antihumanistischen Blödsinn wie vom Autor lesen mussten - die Zeche zahlen wie immer die Ärmsten und Schwächsten, die sich nicht so einfach anpassen können.

Leider haben wir nicht mehrere Planeten sonst könntet ihr solche Experimente ja unter euch machen - aber Asyl später ausgeschlossen.

Karl Marx

05.04.2010 10:00

Die Anpassungsfähigkeit des größten Teiles der Menschen besteht darin, die geschaffenen Probleme zu vererben und auf die Problemlösungsfähigkeit ihrer Nachkommenschaft zu setzen.

Nach dem Motto: "Wir haben es auch nicht leicht gehabt, was wir alles geleistet haben, so leicht wie ihr hätten wir es gerne gehabt" usw.

bescheidenheit-gegen-falsche-christen

06.04.2010 08:02

@ Zeitgeistgläubige

Es ist ja so bequem eine Ideologie statt kritischem Denken zu benutzen und außerdem schwimmt es sich ja so angenehm im Strom des Zeitgeistes. Schon mal dran gedacht, dass man die ganze Weltbevölkerung zum Stehempfang auf der Fläche des Saarlandes leicht unterbringt? Und diese beeindruckende Masse hebt dann den Planeten aus den Angeln. Toll!

Otto Wildgruber

07.04.2010 14:09

Also ich bin absolut nicht der Meinung, dass diese paar Mrd. Stehempfangsbesucher die Welt aus den Angeln hebt.

Aber ich weiss ganz genau, dass ein einziger Idiot genügt um das Barriere Riff (347800 km²) in weiten Teilen zu ruinieren.

Ein einziger mafiöser Spekulant genügt um ein ganzes Flusssystem auf Jahrzehnte hinaus abzutöten.

Aber das ist sicher von kritischem Denken weit entfernt, oder nur eben im Zeitgeist.

Übrigens, viel Vergnügen im Saarland, hoffentlich sind auch genug Toiletten verfügbar.

bescheidenheit-gegen-falsche-christen

07.04.2010 16:56

Bisher werden die Kommentare dem Text nicht gerecht:

Sicher, wenn man den 0,03%igen Anteil von CO₂ in der Luft / Atmosphäre für Klimaveränderungen verantwortlich macht, genauer, die etwa 3% der 0,03%, für die der Mensch verantwortlich ist, muss man den in dieser Frage durchaus abwägenden Text ablehnen. Dann ist der Mensch - im Sinne von die Menschheit - Quell des Übels und sollte sich nicht anpassen, sondern leiden.

Und zur Anpassungsfähigkeit des Menschen sagt der Autor nicht mehr, als dass die Gattung Mensch trotz vielfacher Beeinträchtigungen - kein Fell, keine Flügel, nicht besonders kräftig, ein so eben passables Gebiss, kein schneller Läufer usw. usw. - anders als viele anderen Lebewesen, nicht an besondere äußere Rahmenbedingungen wie Temperatur und Feuchtigkeit gebunden ist. Dies ist wohl nicht zu leugnen.

Ebenfalls nicht zu leugnen ist, dass die Menschheit diesen Planeten mehr als alle anderen Lebewesen gestaltet und immer wieder umgestaltet hat. Sie selbst und seine Techniken weiterentwickelt und nicht nur überlebt, sondern sich exponentiell vermehrt hat. Das bedeutet, der Mensch kann sich seiner Umwelt auch in deren Wandel anpassen. Er verfügt über die dafür notwendige Kreativität und Intelligenz. Und daher ist die Aufforderung, sich mit völlig normalen klimatischen Veränderungen, die es nachweislich und völlig unabhängig von CO₂-Konzentrationen seit Millionen von Jahren immer wieder gegeben hat, auseinanderzusetzen und Strategien zu entwickeln, wie mit sinkenden und steigenden Temperaturen, mit sinkenden und steigenden Wasserspiegeln, mit Überschwemmungen und Dürren umzugehen ist, um das Überleben der Menschen zu sichern.

Diese Diskussion in die Frage der Verteilungsgerechtigkeit innerhalb der Menschheit umzudrehen, lenkt ab und geht fehl. Dennoch ein Satz dazu: Mit der aktuellen Energiepolitik werden wir im reichen Deutschland die Schere zwischen "arm" und "reich" weiter öffnen; sollte in diesem Feld "am deutschen Wesen die Welt genesen" werden sich Armut und Elend in anderen Teilen der Welt verschärfen, denn Energie ist Lebensmotor, sie zu verknappen und/oder zu verteuern bringt diesen Motor zum Stottern.

Es ist richtig, nach neuen Energiequellen zu suchen UND sich auf Klimaveränderungen vorzubereiten. Der Mensch hat das Klima nicht verändert, er wird es nicht ändern und er wird Klimaveränderungen nicht aufhalten, nicht steuern können. Aber - und da bin ich mit dem Autor zuversichtlich - er wird mit Klimaveränderungen fertig werden. Und wenn die Menschen in dieser Frage an einem Strang ziehen würden, wäre vielleicht sogar weltweit ein Erfolg des Anpassungsprozesses möglich.

Ludwig Malworm

17.04.2010 20:02

Name

Email-Adresse

URL

Kommentar

Über neue Kommentare per E-Mail informieren?

Abschicken

Aufbruch nach vorn! Debattenforum

Das Alternative Kopenhagen-Manifest

Die Enttäuschung über das Kopenhagener Abkommen ist allgegenwärtig. Die Staatschefs der Welt haben im Dezember 2009 versprochen, mehr Geld zur Bewältigung des Klimawandels bereitzustellen und die weltweite Erwärmung auf zwei Grad beschränken zu wollen. Das liegt meilenweit entfernt von ihren ursprünglichen Zielen. Wie soll es weitergehen? Wir haben einen Vorschlag: unser alternatives Kopenhagen-Manifest.

(49) Kommentare

1. Der „ökologische Fußabdruck“ der Menschen wächst zu Recht!

Von der Schöpfungslehre bis hin zur Aufklärung sah sich die Menschheit als Herrscher über den Planeten. Wir Menschen „herrschen über die Fische im Meer und über die Vögel unter dem Himmel und über das Vieh und über alle Tiere des Feldes und über alles Gewürm, das auf Erden kriecht“, heißt es in der Bibel. „Lasst uns die Natur auf den Seziertisch legen und ihre Geheimnisse erforschen!“, sagten die großen Denker der Aufklärungszeit. Heute jedoch reden Menschen über sich selbst als böartige Wesen oder „ernste planetarische Krankheit“, wie es ein führender Vertreter der Grünen formuliert hat. All unsere Errungenschaften – seien es Industrie, Städte, moderne Landwirtschaft oder Hochhäuser – werden als schädlicher „ökologischer Fußabdruck“ verunglimpft. Den will die Umweltschutzbewegung reduzieren, denn sie betrachtet die Menschen als destruktive Spezies. Die jahrhundertlange Arbeit am Fortschritt wird dargestellt als gigantische Dummheit, der heute schleunigst Einhalt zu gebieten sei. Hier muss Einspruch erhoben werden! Wir haben die Erde nicht vergiftet, wir haben sie humanisiert. Und unser „Fußabdruck“ ist ein fünftausendjähriges Projekt zur Beherrschung der Naturgewalten und Gestaltung unserer Umwelt, das weiter voranschreiten muss.

2. Kohlenstoff-Rechner gehören abgeschaltet!

Jede menschliche Aktivität wird heute daran bemessen, wie viel CO₂ sie freisetzt. Fliegen, Arbeiten, Essen und selbst Kinderkriegen wird in Tonnen CO₂ aufgerechnet. Ein Neugeborenes produziere jährlich zehn Tonnen CO₂, bekommen wir zu hören. Neue Kühlschränke in China zerstörten das Klima, wird gesagt. Doch das menschliche Dasein lässt sich nicht auf die Anzahl der Schadstoffe reduzieren, die es angeblich produziert. CO₂-Kalkulationen haben das Urteil Gottes ersetzt. Doch während die Anhänger Gottes wenigstens zwischen guten und bösen Taten unterscheiden, gilt der moralisierenden, schadstofffixierten Tyrannei der Kohlenstoffkirche jede menschliche Aktivität als potenziell gefährlich. Wir plädieren dafür, umgehend damit aufzuhören, unsere Leben in Tonnen CO₂ zu berechnen. Menschliches Handeln ist nach menschlichen Maßstäben zu bewerten. Wir sollten es als gut, kreativ, erfindungsreich, fleißig oder einfach beglückend anerkennen.

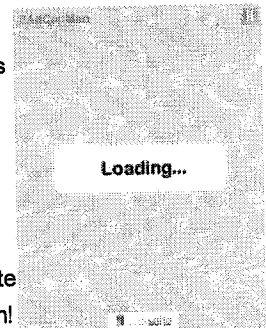
3. Wirtschaftswachstum ist gut!

Überfluss zu erzeugen war und ist das überragende Ziel fast jeder



MAGAZIN KAUFEN ...
MAGAZIN ABONNIEREN ...

Nutzen Sie Twitter? Dann veröffentlichen Sie doch Ihren Kommentar zum Alternativen Kopenhagen-Manifest auch in einem Tweet und verwenden Sie dabei unseren Hashtag #AltCopMan. Besten Dank!



menschlichen Gesellschaft: Überfluss an Nahrung, Wohnraum und Waren aller Art. Von der israelitischen Vorstellung eines Landes, „in dem Milch und Honig fließt“, bis hin zu Sozialisten, die davon träumten, mehr Güter zu produzieren, als alle Menschen verbrauchen können, herrschte Einigkeit, dass materieller Wohlstand unser Leben angenehmer und freier macht. Je weniger Zeit wir mit Arbeit verbringen, desto mehr bleibt für intellektuelle Vorlieben, Zwischenmenschliches oder einfach nur Lebensgenuss. Im Öko-Zeitalter jedoch wird Überfluss verteufelt und Genügsamkeit gefeiert. Doch wer entscheidet, was genügt? Wirtschaftswachstum wird als zerstörerisch denunziert und die Sehnsucht nach Wohlstand und Konsum zur Überflusskrankheit „Affluenza“ umdefiniert. Wir sollten darauf bestehen, dass Wirtschaftswachstum im Kern gut und überdies unverzichtbar ist. Es ist die Voraussetzung dafür, dass Menschen keine materielle Not leiden und genügend Freizeit und Freiheit haben, um ihre persönlichen Ziele zu verwirklichen.

4. Entwicklung gelingt nur ohne Nachhaltigkeitsdogma!

Akzeptabel erscheinen in diesen Tagen Wachstum und Entwicklung nur, wenn sie „nachhaltig“ sind. Das klingt nett. Wer möchte sich schon als Gegner der Nachhaltigkeit bekennen? Doch das Dogma der Nachhaltigkeit legt menschliches Handeln in Ketten. Es gestattet nur bescheidene Projekte, die sich sanft in die Umwelt schmiegen. Es lähmt Mut und Tatkraft. Dem Nachhaltigkeitskult folgend darf nur erdacht und gemacht werden, was weder Kräfte verschlingt noch entfesselt. Große Sprünge sind tabu. Innovationen im klassischen Sinn kann es aus dieser Perspektive nicht geben. Undenkbar erscheint es da, Altes zu überwinden, um wirklich Neues und Besseres zu schaffen. Die Forderung, sich immer und überall dem Diktat der Nachhaltigkeit zu unterwerfen, verhindert das Überdenken des Hergebrachten, unterbindet Kreativität und Fantasie und richtet sich gegen das Entwerfen und Erschaffen einer neuen Welt. Der Nachhaltigkeitsgedanke wirkt wie eine mentale Zwangsjacke. Von dieser sollten wir uns besser heute als morgen befreien.

5. Bevölkerungswachstum ist besser als Geburtenkontrolle!

Aus fortschrittlicher Perspektive sind Arbeitslosigkeit, Armut und Hunger soziale Probleme, die wir durch gemeinsame Anstrengungen überwinden können. Heute scheint stattdessen Konsens zu sein, dass es sich hier um natur- oder demografiebedingte Probleme handelt, die dadurch zu lösen seien, dass wir dem Menschen von Mutter Natur vorgegebene Grenzen respektieren. Dies wird nirgendwo so klar wie beim ökologisch inspirierten Neo-Malthusianismus, der meint, unser Planet sei von zu vielen hungrigen Mäulern bevölkert. Dass wir die Welt noch nicht so eingerichtet haben, dass sie den Bedürfnissen der Menschen gerecht wird (also als Welt im Überfluss), wird umgedeutet als Versagen der Einzelnen, ihren Fortpflanzungstrieb, ihre Konsumwünsche und ihren Ressourcenverbrauch zu drosseln. Als mangelnder Fortschritt noch als Ursache sozialer Missstände galt, konnten kollektive politische, technische und wirtschaftliche Lösungen in Angriff genommen werden. Heute, wo Missstände als Folge der Überschreitung naturgegebener Grenzen definiert werden, erscheint als einzig vorstellbare Lösung die Beschränkung des menschlichen Aktionsradius. Bevölkerungswachstum ist kein Problem. Der Mangel an sozialer Vorstellungskraft ist das Problem.

6. Freier Austausch statt Dämonisierung der „Leugner“!

Eine ernsthafte Debatte über die Menschheit und ihre Zukunft wird

permanent behindert. Wer heute die gängigen Thesen zum Klimawandel infrage stellt oder an anderer Stelle der grünen Weltsicht widerspricht, wird auf eine Stufe mit Kreationisten oder Hohlwelttheoretikern gestellt. Manche bezeichnen die „Leugnung des Klimawandels“ sogar als psychische Störung und behaupten, solche „bösen Worte“ würden buchstäblich zu Tod und Zerstörung führen. Zensurfreunde haben ihre Gegner schon immer als nicht nur fehlgeleitet, sondern auch moralisch verwerflich und Bedrohung für den sozialen Frieden dargestellt. Das Konzept der „Leugnung“ impliziert, dass es eine etablierte Wahrheit gibt, die man zu akzeptieren hat und die infrage zu stellen nur krankhaften Exzentrikern in den Sinn kommen könnte. Wir sollten das Recht auf Widerspruch verteidigen. Nicht, weil „Klimaskeptiker“ permanent Interessantes zu sagen hätten, sondern weil Durchbrüche in der Geschichte der Menschheit immer auf der Bereitschaft beruhen, unangenehme und provokante Fragen zu stellen – gerade in Bezug auf vermeintliche Wahrheiten.

7. Nord-Süd-Partnerschaften ohne Öko-Protektionismus!

Einst sangen selbst Marxisten Loblieder auf die kapitalistische Tendenz, Produktion und Handel zu internationalisieren. Die rasante Entwicklung von Produktion, Transport und Kommunikation auf dem Planeten hätte viele Gesellschaften in die Zivilisation geführt, schrieben Marx und Engels im Jahre 1848. Heute hingegen gilt es als vorbildlich, beispielsweise nur Lebensmittel zu kaufen, die im Umkreis von wenigen Kilometern produziert worden sind. Grüne Lobbygruppen verbreiten pseudowissenschaftliche Märchen über die besondere Qualität regionaler Kost, um den (oft auch nur vermeintlich) CO₂-intensiveren Import ausländischer Nahrungsmittel zu verhindern. Ökologistische Schwarzmalerei haben sogar den Begriff „Liebesmeilen“ erfunden, um die Einfuhr kenianischer Blumen zum Valentinstag einzudämmen. Dieser Protektionismus im grünen Gewand verweigert Menschen in Entwicklungsregionen Zugang zu Arbeit und Einkommen. Wir brauchen mehr sinnvolle und wirklich faire Verbindungen zwischen Nord und Süd.

8. Energie ist die Lösung, nicht das Problem!

Ob man Braunkohle mit dem Schaufelradbagger abbaut oder Uran aus Pechblende extrahiert, immer erntet das heute auch Argwohn. Natürliche Ressourcen werden als endlich wahrgenommen und ihr Verbrauch als unabdingbar mit der Zerstörung des Planeten verbunden. Doch das Schreckgespenst der Ressourcenknappheit basiert nicht auf wissenschaftlichen Fakten. Es entspringt vielmehr der Überzeugung, dass wir natürliche Ressourcen ohnehin am besten gar nicht für menschliche Zwecke nutzen sollten. Selbst der Wasserverbrauch auf unserem blauen Planeten wird heute problematisiert. Grüne NGOs berechnen munter „Wasserfußabdrücke“ und fordern einen „wasserneutralen“ Lebensstil. Das zeugt von der neuen Sicht auf den Menschen als Zerstörer statt als Schöpfer. Die Erde wird zum Ressourcengroßmarkt umdefiniert, und die uns gebührende Rolle scheint darin zu bestehen, auf Zehenspitzen umherzuschleichen und wirklich nur zu nehmen, was wir unbedingt brauchen. Doch Energieerzeugung, nicht Rationierung ist die Lösung. Billige Energie ist ein großer Fortschrittsmotor. Jede Art der Energiegewinnung kann erforscht werden – auch Wind- und Wellenkraft –, solange wir die Prämisse akzeptieren, dass der Energieverbrauch zunehmen muss, um die Bedürfnisse der Menschheit befriedigen zu können.

9. Demokratiedefizite offen und ehrlich angehen!

Unsere Staatsoberhäupter reisten im Dezember nach Kopenhagen, um bei dieser „historischen Veranstaltung“ Handlungsfähigkeit und Entschlossenheit zu demonstrieren – Attribute, die man in der Tagespolitik schmerzlich vermisst. Mangels glaubwürdiger Visionen für ein besseres Leben übten Politiker sich angesichts des erwarteten Klimawandels als Prediger der Sparsamkeit und des Verzichts. Bürger wurden dafür kritisiert, es an Konsequenz beim Klimaschutz mangeln zu lassen. Große Teile der Gesellschaft betrachteten die Veranstaltung in Kopenhagen hingegen als reine Zeit- und Geldverschwendung. Viele brachten in unzähligen Umfragen ihre Meinung zum Ausdruck, dass der Klimawandel in ihren Augen nicht unser größtes Problem ist. Wenn Kopenhagen etwas brachte, dann die Gewissheit, dass sich Demokratiedefizite und eklatante Wahrnehmungsdifferenzen zwischen den politischen Führungen und den Bürgern nicht durch pseudo-historische „Events“ überwinden lassen. Wir brauchen dringend mehr Offenheit und Ehrlichkeit bei der Diskussion um unsere Zukunft – und mehr kontroverse Debatten, die unseren Horizont erweitern.

10. Menschen sind wichtiger als Tiere!

Früher gingen die Menschen davon aus, dass ein weißhaariger Gott vom Himmel herab über sie wache. Heute glauben viele, wir müssten uns an weißpelzigen Polarbären orientieren. Der Eisbär ist nicht erst seit Knut zur Metapher für menschliche Destruktivität geworden. Unser Handeln wird daran gemessen, ob es die Eisschollen durcheinander bringt, auf denen die Tiere leben. Rückwärtsgewandte Naturromantik und Abscheu gegenüber Eingriffen in die Umwelt führen zu immer stärkerer Kontrolle unserer Aktivität und zur Verengung unserer persönlichen und kollektiven Horizonte. Gebetsmühlenartig beschwört man das Bild von menschlicher Konsumgier und Ressourcennutzung bedrohter Arten und festigt so eine Kultur der Geringschätzung der Menschen. Wir brauchen stattdessen eine Moral und Werte, die den Menschen und seine freie Entfaltung in den Mittelpunkt stellen. Legen wir die Leitbilder der professionellen Miesmacher, die sich hinter Eisbären verstecken, auf Eis!

Mit dem vorliegenden Manifest lanciert NovoArgumente gemeinsam mit seinem britischen Partnermagazin *Spiked* und der schwedischen Kulturzeitschrift *Voltaire* eine internationale Diskussion über die Zukunft der Erde und der Menschheit. Verfasst wurde der Ursprungstext von *Spiked*-Chefredakteur Brendan O'Neill. Aus dem Englischen übersetzt wurde er von Lena Wilde und im Anschluss weiter bearbeitet von der Novo-Redaktion. Die deutschsprachige Online-Debatte findet auf der Website von NovoArgumente statt, die englischsprachige bei *Spiked*.

Mehr zum Thema finden Sie im Dossier „Klimawandel“

04.03.2010 | [Permanenter Link](#)

Kategorie(n):

[Lesen](#) [Kommentieren](#)

Das Problem scheint mir bipolar zu sein.

1. Mischen beim Thema zu viele Menschen mit, die nicht lesen oder hören können; sonst hätten sie was von „Climategate“ erfahren und ihre Schlüsse gezogen.
2. Zu viele Interessentengruppen sind scharf auf ein möglichst böses CO₂: Je böser, desto besser; z.B. für

Wolfgang Clement

„Grüne Biotechnologie - Deutschland am Scheideweg?“

InnoPlanta Forum 2009

am 07.09.2009

Stiftungsgut Üplingen

(Es gilt das gesprochene Wort)

Ich freue mich, bei Ihnen hier am Rande des Harzes zu Gast zu sein. Dies ist eine wunderbare, beeindruckende Region unseres Landes. Hier hat unser Thema, die Saatzucht, eine Tradition, die über Jahrzehnte andauert, und sie bewegt sich zugleich auf der Höhe der Zeit. Eine Region mit Vergangenheit, der Zukunft zugewandt. Die hier angesiedelten Forschungseinrichtungen, das Institut für Pflanzengenetik und Kulturpflanzenforschung und das Julius Kühn-Institut in Quedlinburg sind international anerkannt und renommiert. Dies ist eine Region für Forscher und Gründer, für Innovatoren und unternehmende Unternehmer der Biotechnologiebranche.

Und um dies schon vorweg zu sagen und nicht zu vergessen: Diese Branche schafft hier und andernorts Arbeitsplätze, nicht zuletzt hoch qualifizierte Arbeitsplätze - wenn wir sie, die Branche, denn wirken lassen. Deutschland wird sich jedenfalls nur dann als eine der stärksten Volkswirtschaften der Welt behaupten können, wenn wir auf den zukunftssträchtigen Feldern von Wissenschaft und Wirtschaft auch künftig eine international führende Rolle einnehmen. In der Biotechnologie wie auch auf anderen Feldern von Wissenschaft, Forschung und Entwicklung - nehmen Sie nur die Atomenergie, die CO₂-freie Kohleverbrennung oder, um eine ganz andere Disziplin anzusprechen, die Stammzellforschung - ist dies zur Zeit nicht gewährleistet. So setzen wir die Zukunftsfähigkeit unseres Landes auf's Spiel!

Ich begrüße deshalb sehr, dass das InnoPlanta Forum sich in den zurückliegenden Jahren zu einer wichtigen Diskussionsplattform für die Grüne Gentechnologie und zur modernen Pflanzenzüchtung entwickelt hat. Das ist überaus wichtig. Denn die Diskussion zu den damit angesprochenen Themen hat sich ja nicht eben entspannt, sondern wird weiterhin sehr kontrovers und sehr emotional geführt, und zwar mit bedenklicher neuer Kraft, wie die jüngsten Entscheidungen von Bundeslandwirtschaftsministerin Ilse Aigner (CSU) zeigen.

Ich will mich heute nicht echauffieren, sondern möchte zu diesem Ereignis eine CDU-Politikerin zu Wort kommen lassen, nämlich Dr. Renate Sommer MdEP, die die Entscheidung der Bundeslandwirtschaftsministerin, den Anbau der gentechnisch veränderten Maissorte MON 810 der Firma Monsanto in Deutschland zu verbieten, mit - erst recht unter politischen Schwestern - ungewöhnlich deutlichen Worten aufs Korn genommen hat. Diese Entscheidung sei „rein politisch“, erklärte Frau Dr. Sommer, „eine CSU-Wahlkampfaktion“ (übrigens, in den letzten Zügen des kürzlichen Europa-Wahlkampfes...). Schließlich gebe es keine neuen wissenschaftlichen Erkenntnisse, die eine Gefährdung der Umwelt oder der Gesundheit von Mensch und Tier durch MON 810 belegen. Der Monsanto-Mais, der bereits seit 1998 eine Zulassung in der EU habe, werde ja auch schon in Deutschland angebaut, sehr zum Nachteil des Maiszünglers, dem mit MON 810 einfach die Futtergrundlage entzogen worden sei. Künftig nun müsse eben dieser Züngler wieder mit großem chemischem Aufwand vergiftet werden. Ob das besser für die Umwelt sei?

Zugleich wanderten immer mehr Forscher auf diesem Feld aus Deutschland aus, argumentiert Frau Dr. Sommer, und Unternehmen würden verkauft - sehr zum Vorteil des Konzerns Monsanto, der prinzipiell nur so seine 98prozentige Weltmarktführung habe aufbauen können, was natürlich „eine ungesunde Entwicklung“ sei. Frau Aigner habe mit ihrer Entscheidung „uns allen einen Bärendienst erwiesen“, denn auf dem von der Bundeslandwirtschaftsministerin eingeschlagenen Weg werde Deutschland in nicht ferner Zukunft „viele Milliarden für Gentechnikpatente und -produkte aus anderen Teilen der Welt ausgeben müssen“. Soweit die Europaabgeordnete Dr. Renate Sommer in ihrem, wie ich finde, bemerkenswert klaren Statement.

Wir sind heute allerdings zusammengekommen, um über Wege und Möglichkeiten zu sprechen, die verhindern helfen können, dass es soweit kommt, wie Frau Dr. Sommer befürchtet. Mit der Verleihung der InnoPlanta-Preise 2009 wollen wir Zeichen setzen - für einen unabhängigen, offen und fair berichtenden und kommentierenden Journalismus wie für die Freiheit der Forschung, die heute auf dem Felde der Grünen Gentechnologie durch Unverstand, blindwütige Zerstörungswut, aber auch durch mangelndes Engagement der Politik bedroht und gefährdet ist.

Mit anderen Worten: Wir setzen gegen eine irreführende Emotionalisierung - vor, während und nach Wahlkämpfen wie gegen darauf zielende falsche politische Entscheidungen - auf die Kraft des Arguments. Wir setzen auf die Erfahrung, auf das Wissen und Können der deutschen Wissenschaft und Wirtschaft. Wir setzen auf die Fähigkeit der Menschen, wir hoffen jedenfalls darauf, verstandesgemäß zu handeln, und nicht zuletzt setzen wir auf die Bereitschaft der demokratischen Politik, im Interesse unseres Landes gegebenenfalls auch für momentan unpopuläre Entscheidungen gerade zu stehen.

Vor vierzig Jahren, im Herbst des Jahres 1969, schlug die Geburtsstunde der Gentechnik. Professor Ernst-Ludwig Winnacker, der frühere Präsident der Deutschen Forschungsgemeinschaft, der damals im Jahr 1969 Postdoktorand im Department für Biochemie der Universität von Kalifornien in Berkeley war, hat kürzlich in einem Vortrag darüber berichtet: Wie es war, als eines Tages in jenem Department „ein neuer Assistenzprofessor“ auftauchte, „ein gewisser Stuart Linn, der die letzten beiden Jahre bei Werner Arber, damals noch in Genf, verbracht hatte: Bei Untersuchungen, die sich mit der Abwehr von Virusinfektionen durch Bakterien befassten, waren diese beiden auf das Phänomen der Restriktion, also das Vermögen von Bakterien gestoßen, das Erbgut von in sie eindringenden Viren zu zerstören und sich damit vor dem Angriff der Viren zu schützen.“ Der Forscher Paul Berg, ein Kollege der beiden an der Stanford University, der später den Nobelpreis erhielt, war kurz darauf zu der Einsicht gekommen, dass bestimmte Enzyme das Erbgut der Viren in Stücke zerlegen, dass man diese Stücke im Reagenzglas aber auch wieder zusammenfügen konnte, und zwar auch aus dem Erbgut unterschiedlicher Quellen. „So war die Gentechnik geboren“, berichtet Winnacker.

Inzwischen hat sie sich als unersetzlich für die moderne biologische Forschung erwiesen. Die Biologie als Wissenschaft ist - so Winnacker - „durch sie aufgeblüht und quantitativ geworden“. Letztlich habe die Gentechnik sie revolutioniert, genauso wie übrigens die pharmazeutische Industrie mit zahllosen neuen Produkten, die aus der heutigen medizinischen Praxis nicht mehr wegzudenken sind.

Die breite Diskussion um die Chancen und Risiken der Gentechnik, die darüber in aller Öffentlichkeit entbrannte, hatte ihren Preis, und zwar nach meinem Eindruck in ganz besonderer Höhe hier bei uns in Deutschland. So weist Winnacker beispielhaft darauf hin, dass dem Unternehmen Hoechst AG elf Jahre lang die großtechnische Produktion von gentechnisch hergestelltem humanem Insulin versagt wurde, und zwar mit dem Ergebnis, dass zwar in der medizinischen Praxis seit 1983 nur noch dieses Material verwendet wird, dass davon aber ausschließlich ausländische Hersteller profitierten. Ich zitiere Winnacker: „Die Hoechst AG, die noch 1982 das größte Pharmaunternehmen der Welt war, hat diese Auseinandersetzung, die im wesentlichen auf den damaligen hessischen Umweltminister Joschka Fischer zurückgeht, nicht überlebt“. Sie gibt es nicht mehr. Ihm, Winnacker selbst, habe der Kampf um die Rote Gentechnik damals „immerhin einen Platz auf der Abschussliste der Roten Armee Fraktion“ eingebracht.

Der Unsinn, der seinerzeit über die Anwendung des körpereigenen Insulin verbreitet wurde, nämlich dass es für den Menschen tödlich sei, habe sich bald ein ganzes Jahrzehnt lang gehalten - und international dem Ansehen Deutschlands als Forschungsstandort schwer geschadet. Die deutsche Biotech-Industrie sei folglich, von ganz wenigen Ausnahmen abgesehen, auch nie wirklich an die Weltspitze gelangt.

Heute, vier Jahrzehnte nach Entdeckung und der weiteren Entwicklung der Biotechnologie, droht sich in unserem fortschritts- und risikoscheuen Land jene Geschichte nun um die Grüne Gentechnik zu

wiederholen. Es ist im Grunde der gleiche Glaubenskrieg, in dem die Rote Gentechnik in Deutschland beinahe untergegangen wäre, der jetzt mit Gewalttätigkeiten, mit Misstrauen gegen die Wissenschaft und ihre Argumente und mit einem Feindbild von der klassischen intensiven Landwirtschaft - im Gegensatz zur guten, ökologischen Landwirtschaft - gegen die Grüne Gentechnik ausgetragen wird.

Dabei steht die Landwirtschaft vor gewaltigen Herausforderungen, die sich aus der Globalisierung, aus der Notwendigkeit der Ernährung von heute 6,5 Milliarden, in knapp zwei Jahrzehnten schon 8,5 Milliarden Menschen und aus dem Klimawandel ergeben. Es ist deshalb fürwahr auch aus „wissenschaftsgeschichtlicher Erfahrung“, wie Winnacker sagt, nachgerade verantwortungslos, der Landwirtschaft in unserem Land gerade jetzt neue Züchtungsverfahren vorzuenthalten, die die Bauern in den USA, in Kanada, in Argentinien benutzen und die ihnen große Vorteile bringen. Noch gibt es in der Tat in Deutschland über 100 Saatgutfirmen, auch viele Familienbetriebe. Doch es ist schon zynisch, wenn diejenigen, die heute hierzulande immer höhere Hürden gegen die neue Technik aufbauen, immer höhere emotionale und politische Hürden, anschließend die Monopolisierung des Marktes beklagen.

Dabei hat die Grüne Gentechnik, anders als die Rote, mit zwei zusätzlichen Problemen zu tun. Es ist auf der einen Seite die Tatsache, dass sich bei uns zwei parallele Märkte herausgebildet haben, der für gentechnisch veränderte und der für nicht veränderte Nutzpflanzen, und dass die ökologische Landwirtschaft der klassisch-intensiven, die ja auf die Dauer die besseren Produkte hervorbringen könnte, jeden nur möglichen Stein in den Weg legt. Und dass zum anderen die Politik die Wissenschaft nicht oder kaum zur Kenntnis nimmt, teilweise auch gegen alle wissenschaftliche Vernunft argumentiert und handelt.

Das ist ja eines der Probleme: Wir haben heute keine wirkliche Fortschrittspartei mehr in Deutschland, keine Partei, die sich dem Fortschritt von Wissenschaft und Forschung, und zwar einschließlich der Anwendung natürlich, verschrieben hätte, wie es meine Partei, die SPD, einmal tat. Ebenso wenig ist dies heute die CDU mit der CSU - siehe das opportunistische Gebaren von Herrn Seehofer. Am nächsten kommt dieser Aufgabe in meinen Augen derzeit noch die FDP.

Aber so ist nicht verwunderlich, wenn auch eigentlich ein Armutszeugnis, dass es hierzulande bis heute nicht gelungen ist, die Koexistenz verschiedener Anbauformen sicherzustellen. Es ist jedenfalls wissenschaftlich untersucht und bestätigt, dass Mindestabstände zwischen Feldern und andere Maßnahmen, die Landwirte auch beim konventionellen oder ökologischen Anbau vorsehen, könnten auch die unterschiedlichen Qualitätsmerkmale verschiedener Pflanzenkulturen mit und ohne Gentechnik sichern könnten.

Stattessen hat im Europawahlkampf beispielsweise der bayerische Umwelt- und Gesundheitsminister von der Unnatürlichkeit der Gentechnik und der Zerstörung der Schöpfung gesprochen. Der Wissenschaftler Professor Winnacker hat hierauf so geantwortet:

- „Natürlich ist die Gentechnik unnatürlich, sie könnte unnatürlicher nicht sein, aber ist das ein Problem? Und natürlich sind ihre Produkte nicht zurückholbar, aber wenn es sich um Gene aus dem natürlichen Umfeld handelt, warum denn eigentlich sich fürchten? Sind die Gene für die Kurzbeinigkeit des Dackels, der ursprünglich vom Wolf abstammt, zurückholbar? Sind die Domestizierungsvorgänge, die in den vergangenen 10.000 Jahren aus den meist giftigen Vorläufern unserer Nutzpflanzen eben diese Nutzpflanzen geschaffen haben, sind diese rückführbar auf den damaligen Zustand? Wäre das überhaupt wünschenswert?
- Und weiter: „Wer die Schöpfung zum Zeugen seiner Überzeugung macht, übersieht zweierlei. Die Schöpfung ist schon aus sich heraus nicht unveränderlich und zweitens, auch wir Menschen sind Teil der Schöpfung. Wenn sich an der Schöpfung überhaupt irgendetwas als konstant erweist, dann ihr ständiger Wandel, ein Wandel, ohne den auch unsere Spezies nie entstanden wäre. Die Urschöpfung ist lange her. Auch das schöne Oberbayern, das vielen von uns dank seiner Blumenwiesen und Alpweiden wie ein Paradies vorkommt, ist nicht der Garten Eden mehr. Aus dem so wünschenswerten Erhalt dieser Kulturlandschaft ein

Argument für ein landes- oder gar bundesweites Verbot des Anbaues gentechnisch veränderter Pflanzen abzuleiten, halte ich für völlig abwegig und aus der Luft gegriffen“.

Wie ist es dennoch möglich, dass in demselben Bayern - Umfragen zufolge - 74 Prozent der Bevölkerung sich prinzipiell gegen die Grüne Gentechnik aussprechen, dass 71 Prozent die Forderung unterstützen, den Anbau gentechnisch veränderter Pflanzen im Lande generell zu verbieten und dass ebensolche Mehrheiten beim alltäglichen Einkauf Wert auf Lebensmittel legen, die gentechnisch nicht behandelt wurden. So beschreibt es das Verbraucherschutzministerium. Es versäumt allerdings, darauf hinzuweisen, dass 70 bis 80 Prozent der heute feilgebotenen Lebensmittel bereits mit gentechnisch veränderten Organismen in Kontakt gekommen sind, indem sie aus diesen hergestellte Produkte wie Stärke oder Lecithin enthalten. Wie ist eine derart schiefe, moderat gesprochen: unzureichende Informationspolitik erklärbar?

Wir verstehen heute eine Entwicklung als nachhaltig, wenn sie zur ökologischen Stabilisierung, zum ökonomischen Wohlstand und zur sozialen Sicherheit führt. Das sind die drei Zielsetzungen, auf die es ankommt.

Gentechnisch verändertes Saatgut ist heute in 25 Ländern im Einsatz, 30 weitere Staaten lassen den Import von gentechnisch veränderten Lebensmitteln als Nahrungs- oder Futtermittel zu. Die Anbaufläche weltweit ist heute bei 125 Millionen Hektar, also etwa so groß wie die gesamte Ackerfläche der EU. Derzeit bauen etwa 13 Millionen Bauern gentechnisch veränderte Pflanzen an. Führend sind - nach Nutzfläche - die USA, gefolgt von Argentinien, Brasilien, Kanada, Indien und China. Der Anbau in Europa ist demgegenüber bescheiden. Allerdings importiert die EU etwa 30 Millionen Tonnen gentechnisch veränderte Pflanzen als Tierfutter, das entspricht etwa 60 kg pro Einwohner.

Wer sich die Zahlen und Daten einer immer noch wachsenden Weltbevölkerung vor Augen führt - 2030 etwa 8,5 Milliarden, 2050 etwa 9 Milliarden Menschen -, dem ist klar, dass wir die landwirtschaftliche Produktion in den nächsten 20 Jahren global etwa verdoppeln müssen, jedenfalls dann, wenn wir den Hunger von Milliarden Menschen stillen wollen. Deshalb ist es so wichtig, dass die Pflanzenbiotechnologie die globale Nahrungsmittelversorgung auch quantitativ verbessern kann, dass sie dabei die Umwelt schützt und nicht etwa belastet und dass sie Arbeitsplätze in der Forschung und in der Landwirtschaft erhält und neue schafft.

Es gibt kaum eine Technologie, die umfassender geprüft wird als diese. Sie ist offensichtlich so sicher wie sie innovativ ist. Bis heute ist in keinem Fall festgestellt worden, dass der Einsatz von gentechnisch veränderten Pflanzen negative Auswirkungen auf Organismen gehabt hätte, die nicht Ziel des Einsatzes waren. Wir sollten deshalb wissen: Auf den Weltmärkten werden deutsche und europäische Landwirte auf etwas weitere Sicht nur bestehen können, wenn sie solchermaßen innovative Produkte und Techniken nutzen.

Das sind die Fakten. Aber zur Realität gehört auch - wie ich in einem Statement zur Fachtagung „Grüne Gentechnik“ des Bundeslandwirtschaftsministeriums aus dem Jahre 2002 las -, dass diese Technik „in besonderer Weise ein Kommunikationsproblem“ ist. „Womöglich trifft die Einschätzung zu“, sagte bei dieser Gelegenheit der Theologe Dr. Roger J. Busch, „dass wir zu diesem Thema seit langem einen ritualisierten Streit immer wieder neu zelebrieren“. Dass es dabei also um den „allzu oft beobachtbaren gelebten ‚verdeckten Vertrag auf Nicht-Veränderung‘“ gehe. Und der besage, „dass zwar alle Partner betonen, wie wichtig Veränderung sei, aber in actu letztlich alles tun, um Veränderung zu verhindern...“

Ich fürchte, dass diese Einschätzung nur zu berechtigt ist und dass es deshalb darauf ankommt, dieses Ritual zu durchbrechen. Wir brauchen dazu die Wissenschaft, die ihr Ansehen und das Vertrauen, das ihr immer noch entgegengebracht wird, nutzen muss, um sich dem Disziplinen übergreifenden, pauschale Bewertungen entlarvenden Diskurs zu stellen und die Politik herauszufordern statt zu resignieren. Ja, Sie dürfen nicht resignieren. Wir alle dürfen nicht länger zulassen, dass die Politik sich faktisch der Diskussion verweigert. Wir müssen in die Offensive gehen. Es ist doch einfach

beschämend zu sehen, wie hier der Schaugarten Üplingen mit Zäunen und Wachtürmen vor Zerstörern geschützt werden muss. Wo ist da eigentlich der Rechtsstaat, der ständig wiederholten Rechtsbruch ahnden und für die Zukunft verhindern muss? Wer schützt die Forschung und die Forscher vor solchen Angriffen und Anfeindungen in unserem Land?

Wir brauchen natürlich die Politik, die nicht nur vermeintlichen, kurzfristigen Effekten folgen, sondern gerade auf diesem Feld ihre globale Verantwortung in den Blick nehmen muss. Und dazu wir brauchen eine Kommunikation, die erstens fachlich fundiert und zweitens dennoch allgemein verständlich ist. Denn darin hat Professor Winnacker vermutlich Recht: „Das Thema Nachhaltigkeit in der Landwirtschaft stand lange nicht im öffentlichen Interesse. Dies aber beginnt sich zu ändern...“

Wir sollten die Chance nutzen und die heutige Verleihung der InnoPlanta-Preise als Ermutigung verstehen, den neuen Aufbruch zu wagen. Noch ist es nicht zu spät für uns in Deutschland und für uns in Europa, die wir derzeit allerdings - verglichen mit anderen - weit zurückliegen auf dem Felde der Grünen Gentechnologie.

Die Welt wartet nicht auf uns. Sie verändert sich in hohem Tempo. Viel rascher als erwartet bilden sich die neuen Kraftzentren, die neuen Wirtschaftsmächte heraus. „Think India, think Innovation“. So wirbt der Subkontinent für sich und seine Zukunft. Wer mag, der kann in Shanghai im Gespräch mit europäischen oder amerikanischen Unternehmern wahrnehmen, wie der Wettbewerb um die besten Köpfe im weltweiten „War for Talents“ entbrannt ist. Welche Rolle kann, welche Rolle will unser Europa in diesem Wettbewerb noch spielen?

Es ist eine Weichenstellung, die uns abverlangt wird. Europa hat noch alle Möglichkeiten, in der sich neu ordnenden Welt eine gestaltende Rolle zu spielen. Alles dafür zu tun, sind wir auch und vor allem den uns nachfolgenden Generationen schuldig. Viel Zeit bleibt uns allerdings nicht zu verstehen, dass die Welt nicht auf uns wartet. Wir müssen handeln. Und dieses Zeichen sollte auch von unserem heutigen Treffen hier in Üplingen ausgehen.



mz-web.de
Mitteldeutsche Zeitung



Seien Sie mit dem Ticker live dabei! Plus: Alle wichtigen Fußball-Tabellen!
Verpassen Sie keine Entscheidung in der 1. und 2. Bundesliga, der 3. Liga, im DFB-Pokal, der Champions League, der Europa League und in der Formel 1.
Zum Liveticker | Zu den Fußballtabellen

LOKALES >

ServiceCenter Anzeigen Abonnement MZ-Shop

Start Werbung/Leistungen Unternehmen Kontakt A-Z-Index

mz-web.de MZ-Archiv Suchbegriff

RSS Bildschirmschoner mz-web.de mobil

- NACHRICHTEN
- Mitteldeutschland
 - Deutschland
 - Aus aller Welt
 - Wirtschaft
 - Galaxo
 - Videos

Topthemen

Moderne Pflanzenzucht in erster Freilandausstellung
 Gaterslebener Pflanzentechnologie arbeitet mit dem Schaugarten Üplingen zusammen
 erstellt 09.09.09, 18:37h, aktualisiert 09.09.09, 20:15h

- GESELLSCHAFT
- Kultur
 - Panorama
 - Campus
 - Kommentare
 - Fotogalerien

- SPORT
- Regionalsport
 - Überregional
 - Fußball
 - Fotogalerien
 - Live-Ticker
 - Fußballtabellen

- MZ-WEB.DE
- Händel-Jahr 2009
 - Mauerfall 1989
 - Lutherdekade

- FREIZEIT
- News
 - Multimedia
 - Tipps & Termine
 - Reise
 - Gesundheit
 - Auto & Verkehr

- TOP-SERVICES
- FINANZEN
 - STAU
 - QUIZ
 - TERMINE
 - WETTER
 - TEL-BUCH

- SERVICES
- AUSKUNFT >
 - VERKEHR >
 - GALERIEN >
 - INTERAKTIV >
 - SPIELEN >
 - FERNSEHEN >
 - WEITER >

mehr Services

MZ-AKTIONEN



MZ-Medienprojekt



Mitteldeutsche Zeitung



Freude nach der Vertragsunterzeichnung. (FOTO: MZ)

Bild als E-Card versenden

GATERSLEBENÜPLINGEN. Der Standort der Pflanzenbiotechnologie in Gatersleben arbeitet in Zukunft enger mit dem Schaugarten Üplingen zusammen. Die Marketinginitiative "Green Gate Gatersleben" und die BioTech-Farm GmbH haben im Rahmen der Veranstaltung "Grüne Biotechnologie - Deutschland am Scheideweg?" des Vereins InnoPlanta eine Kooperationsvereinbarung für eine intensivere Zusammenarbeit beschlossen.

"Wir wollen die Kompetenzen bündeln und einen stärkeren Austausch im Bereich der Dienstleistungen, vorhandenen Infrastrukturen und der Aus- und Weiterbildung fördern", erklärt Dr. Jens Lerchl, Sprecher der Marketinginitiative das gemeinsame Engagement für den Pflanzenbiotechnologie-Standort in Sachsen-Anhalt. Green-Gate-Gatersleben, kurz GGG, ist eine Initiative aller am Standort in Gatersleben ansässigen Firmen und Einrichtungen, um den Standort besser zu vermarkten. Im Detail geht es darum, die vorhandene Infrastruktur wie Büros und Labore am Standort durch die BioTech-Farm und andere Einrichtungen zu nutzen.

Die BioTech-Farm bietet den ortsansässigen Unternehmen und Forschungseinrichtungen Flächen und weitere Dienstleistungen für wissenschaftliche Feldversuche in Üplingen an. "Unser Unternehmen unterhält in Üplingen mit dem Schaugarten die europaweit erste Freilandausstellung. Mit der Kooperation bieten wir den Mitgliedern der Marketinginitiative an, ihre Produkte der modernen Pflanzenzucht dort der Öffentlichkeit zu präsentieren", ergänzt Kerstin Schmidt, Geschäftsführerin von BioTech-Farm. "Der Pflanzenbiotechnologie weht in Deutschland ein scharfer Wind entgegen", kommentiert Dr. Jens Katzek, Geschäftsführer der BIO Mitteldeutschland GmbH und GGG-Mitglied. "Umso wichtiger, dass sich die einzelnen Akteure stärker zusammenschließen und sich gegenseitig unterstützen.

Die Kombination der Standorte Gatersleben und Üplingen bedeutet, dass man - einmalig in Deutschland - von der Forschung und Entwicklung bis hin zur Produktion und dem Präsentieren der Produkte die gesamte Warenkette der Pflanzenbiotechnologie in Sachsen-Anhalt abbilden kann."

zurück Druckfassung per Formular empfehlen per Mail empfehlen

Social Bookmarking: Was ist das? Voice Reader Web: Was ist das?



Newsticker: Nachrichten **Fr, 11.09.2009**

- 12:35 Gerdemann gibt Vuelta wegen Sturzverletzungen auf
- 12:30 Herbstblues statt Sommerhoch: EM-Aus für DVV-Team
- 12:26 Bundesregierung weist Wennemer-Kritik an Opel-Deal zurück
- 12:25 Fotograf Roger Mella ist tot
- 12:07 Bauern wollen Milch wegschütten

DIE BELIEBTESTEN PAUSENSPIELE

- Mahjongg Fortuna »**
5464 Spieler
- Fischdom »**
3460 Spieler
- Bookworm »**
3065 Spieler
- Posh Boutique »**
1985 Spieler

[Zu allen Onlinespielen »](#)



Wir machen Fehler - Sie korrigieren uns



Klee Gartenfachmarkt
Lesen Sie hier die aktuellen Angebote des Klee Gartenfachmarktes in Halle/Peißen

ANZEIGE

[STADTMENSCHEN.DE](#)



LESER-TOP-5

- 1 Tote Frau in Klärgrube wurde offenbar ermordet
- 2 Polizei findet Baby-Leiche in Schorfheide
- 3 Räuber flüchtet mit mehreren tausend Euro
- 4 HFC entsetzt über das Chaos beim Aufsteiger
- 5 Kein Unterhalt für Verheiratete bei neuem Partner

REDEN SIE MIT!



Soll Semenya als Zwitter die Goldmedaille aberkannt werden?

Die südafrikanische 800-Meter-Weltmeisterin Semenya hat dreimal so viel Testosteron als bei Frauen üblich. Sollte ihr der Titel aberkannt werden?
Bisher 1 Stimmen



MZ-Leserforen und -Chats

Sie fragen - unsere Experten geben Auskunft. Hier finden Sie die MZ-Leserforen und sämtliche Chat-Protokolle zum Nachlesen.

Ihre Meinung zu aktuellen Themen

Sie wollen sich mit anderen über aktuelle Themen austauschen? Dann nutzen Sie unser offenes Forum!



Parlamentarier online befragen

Haben Sie Fragen an die Volksvertreter aus ihrer Region? Geben Sie Ihre Postleitzahl ein und informieren Sie sich bei [abgeordnetenwatch.de!](#)

Postleitzahl:

MEDIKAMENTEN-PREISVERGLEICH



Immer die besten Preise
Suche nach Name, Hersteller oder PZN:



WAS, WANN, WO

Was, Wann, Wo in Sachsen-Anhalt - September 2009

Mo	Di	Mi	Do	Fr	Sa	So
	1	2	3	4	5	6
7	8	9	10	11	12	13
14	15	16	17	18	19	20
21	22	23	24	25	26	27
28	29	30				

LIVETICKET UND HINTERGRÜNDE

- Fußball: Alle Spiele der Bundesliga live**
Die neue Saison startet im August? Erfahren Sie alles live auf mz-web.de
- Fußball: Alle Spiele der 2. Bundesliga live**
Energie Cottbus will den Wiederaufstieg? Alles live bei mz-web.de
- Fußball: Alle Spiele der 3. Liga live**
Viel Ostdeutsche Fußball-Prominenz hat sich in der 3. Liga versammelt. Alle Spiele live auf mz-web.de
- Fußball-Tabellen und Tippspiel**
Alle Ergebnisse aus Sachsen-Anhalt, der 1. und 2. Bundesliga, 3. Liga und Regionalliga Nord sowie Tippspiele der 1. Bundesliga und regionaler Ligen.

WISSENSTESTS AUS ALLEN BEREICHEN

- Opel-Quiz**
Sehen Sie bei Opel noch durch?
- Wahl-Quiz**
Am 27. September sind Bundestagswahlen. Testen Sie Ihr Wissen zu diesem politischen Großereignis!
- Führerschein-Test**
Würden Sie Ihre Fahraunbnis heute auch noch kriegen?
- Transfer-Quiz**
Wechselbörse der Bundesliga. Wer lauscht wohin?
- Autokennzeichen-Quiz**
Welche Stadt oder welcher Kreis verbirgt sich hinter dem Buchstabenkürzel?

Quiz zu Georg Erdreich Mädel

Die zahlt sich aus!

- > 4 % auf Speisen & Getränke
Griechisches Restaurant Yiamas
- > 8 % auf Grundgebühr und Lehrmaterial
Fahrschule Kaiser
- > 4 % auf Bekleidung + Zubehör
Team Rein Motorsport
- > 4 % auf Sportartikel und Sportbekleidung
Sport Schulz
- > 4 % auf Schnittblumen und Pflanzen
Blumenhaus am Markt

DAS WETTER IN HALLE PRÄSENTIERT:

Küche 2004

Freitag	Samstag	Sonntag
11°C/20°C (20%) mal Sonne, mal Wolken	10°C/20°C (20%) mal Sonne, mal Wolken	11°C/17°C (60%) Regenschauer

mehr Wetter »
Temperaturkarte »

5 Tage Vorschau »
Regenradar »

SPORTERGEBNISSE

2. Handball-BL M

Eintracht Hildesheim - Dessau-Roßlauer HV 2006 **27:27 (14:14)** » Bericht
04.09.09




Fußball-RL-Nord

FC Obernsuland - Hallescher FC **1:0 (1:0)** » Vorbericht
05.09.09 » Bericht

2. Handball-BL M

HSG Varel - SV Anhalt Bemburg **31:24 (13:11)** » Vorbericht
05.09.09 » Bericht

1. Handball-BL M

TSV Lenigo - SC Magdeburg **10.09.09 20:15**   




2. Handball-BL F

SV Union Halle-Neustadt - TSV Travemünde **13.09.09 16:00**   
» Mehr zum Verein



1. Basketball-BL F

Herner TC - SV «Lions» Halle **26.09.09 11:45**   
» Mehr zum Verein

1. Volleyball-BL M

RWE Volleys Bottrop - VC BadDürrenberg/Spergau **04.10.09 16:00**   

1. Basketball-BL M

WALTER Tigers Tübingen - Mitteldeutscher BC **09.10.09 20:00**   
» Mehr zum Verein

» Fußball-Tabellen aller Ligen

mzweb galerien

zur Übersicht: alle Fotogalerien

Die Oppositionsspitze diskutiert im «TV-Dreikampf»

Der FDP-Vorsitzende Guido Westerwelle, Linksfraktionschef Gregor Gysi und Grünen-Fraktionschefin Renate Künast waren gemeinsam Gäste der Wahlsondersendung "Der TV-Dreikampf" mit Moderatorin Maybrit Illner.



Galerie ansehen

mzweb galerien

zur Übersicht: alle Sportfotos

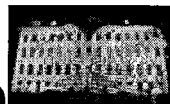
Deutschlands Frauen besiegen England im Finale

Deutschlands Fußball-Frauen haben sich zum siebten Mal den Europameister-Titel gesichert. In Helsinki kam die Mannschaft des Deutschen Fußball-Bundes am Donnerstag im Finale gegen England zu einem 5:2 (2:1)-Sieg.



Galerie ansehen

Mitteldeutschland : Tipps und Termine : Stadtmenschen : Bürgerservice



Sachsen-Anhalt «Orte des Genusses» öffnen zum Denkmaltag

Historische Bauten - Kulinarische und musikalische Überraschungen
Der ganze Beitrag >

Magdeburg: Räuber flüchtet mit mehreren tausend Euro
Verkehr: 452 Verstöße bei einwöchiger Kontrollaktion
Finanzen: «Krise belastet öffentliche Haushalte noch viele Jahre»

Wirtschaft : Finanzvergleich : Börse live : Fonds-Überblick



Verbraucher
Online-Zulassung im Test
Nummernschild per Internet - Schwierigkeiten bei Fahrzeugpapieren und Kennzeichen
Der ganze Beitrag >

Autobauer: Warnung vor allzugroßer Euphorie
Gasimporteure: Umstrittener Wechsel an VNG-Spitze
Lebensmittel: Preiskampf geht weiter

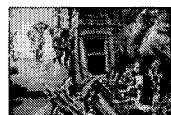
Panorama : Wissenstests : Spiele



Bevölkerung
Mehr als 40 000 Hundertjährige in Japan
Neuer Rekord - Überalterung der Gesellschaft weiter beschleunigt
Der ganze Beitrag >

Brandenburg: Polizei findet Baby-Leiche in Schorfheide
Raumfahrt: Shuttle muss im All bleiben
Schifffahrt: Russische Crew in Duisburg gestrandet

Deutschland : Aus aller Welt : Fotogalerien



Geschichte
Die alten Feindbilder endgültig begraben
Brücke in die Zukunft - 65 Jahre Schlacht um Arnheim
Der ganze Beitrag >

Familie: Kein Unterhalt für Verheiratete bei neuem Partner
Bundestagswahl: Mit dem Internet auf Wählerfang
Breitband: Ausbau von schnellem Internet schleppend

Kultur : Musik : Literatur : Kino



Buchmesse
Ticket-Wirrwarr um kritische Autorin
Zensurskandal: Gastland China übt Druck auf deutsche Organisatoren in Frankfurt aus
Der ganze Beitrag >

Berlin: Stadtschloss-Vertrag mit Stella ungültig
Thale: Bergtheater ohne Intendant und Ensemble
Thüringen: Der Mann, der Gotha rettete

Sport-Überregional : Regionalsport : Fußball : Ticker : Tabellen : Galerien



Leichtathletik
Semenya ist ein Zwitter
800-Meter-Weltmeisterin hat innenliegende Hoden statt Eierstöcke und keine Gebärmutter
Der ganze Beitrag >

Formel 1: Verursachte Nelson Piquet Jr. den Unfall absichtlich?
US Open: Federer fährt «erlaunlichsten Rekord» ein
Handball: SC Magdeburg unterliegt Lemgo zum Saisonauftakt